

DAS ARGUMENT 115

Verlags- und Redaktionsmitteilungen	333
Editorial: Redaktionspolitik im Widerspruch	335
v. Oertzens DGB-Kampagne gegen Abendroth	337
Karl-Heinz Götze: Die Rattenfänger pfeifen besser	339
Klassen / Kultur / Politik	
Wolfgang Fritz Haug	
Theoretische Probleme der Diskussion über Kultur der Arbeiterklasse	342
Thomas Metscher	
Faust und die Kunst zu erben	352
Herbert Claas und Karl-Heinz Götze	
Ästhetik und Politik bei Enzensberger und Peter Weiss	369
Walter Busch	
Machtstaatsideologie und linke Melancholie	382
Wieland Elfferding	
Eine bürgerliche Lehre aus Holocaust	390
Stalinismus-Forschung	
Heiko Haumann: Die Wende von 1929	395
Sowjetkritik und Antikommunismus	
Bruno Frei und Josef Schleifstein: Antworten auf Gollwitzer	403
Natur und Gesellschaft	
Volker Schurig: Gegenstand und Geschichte der Soziobiologie	410
Heinrich Epskamp: Idealistischer Naturbegriff	416
Aktuelle Analyse: Albert Statz: Direktwahlen zum Europaparlament	428
Replik: Hans-Thies Lehmann: Antwort auf Woetzel	440
Kongreßankündigungen und -berichte	
Geographentag; Viktimologie-Symposium; VDJ-Kongreß; Benn-Colloquium; Rationalisierungstagung des IMSF	442
Besprechungen	
Ästhetik und Hermeneutik; Gegenwartsliteratur; Deutschunterricht; Kultur und Politik; Film; Geschichtsdidaktik; Sozialistische Länder	448
Zeitschriftenschau	III
Über die Autoren	XII

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61

Besprechungen

Philosophie

<i>Heller, Agnes, Ferenc Febér, u. a.: Die Seele und das Leben (H. Schlaffer)</i>	448
<i>della Volpe, Galvano: Kritik des Geschmacks (I. Bindseil)</i>	449
<i>Iser, Wolfgang: Der Akt des Lesens (H. Kargus)</i>	450
<i>Gadamer, Hans-Georg, Gottfried Boehm (Hrsg.): Seminar: Die Hermeneutik und die Wissenschaften (M. Schneider)</i>	452
<i>Krämer-Badoni, Thomas: Zur Legitimität der bürgerlichen Gesellschaft (J. Rohbeck)</i>	452
<i>Moreau, Pierre-François: Marx und Spinoza (R. Hoffeld)</i>	454

(Fortsetzung auf Seite X)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1979 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,- DM, + Versandkosten. – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Berliner Disconto Bank 721/7722, Bank für Gemeinwirtschaft 11 1440 13 00, Postscheckkonto Berlin West 5745–108. – Satz: Hellmich KG, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1.-10. Tausend Mai 1979

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält – in Teilaufgabe – einen Zahlkartenprospekt und den Gesamtprospekt des Argument-Verlages.

Verlagsmitteilungen

Sonderverkauf: Wir verlängern die ursprünglich bis 30. April begrenzte Aktion, in deren Verlauf alle älteren Hefte bis Nr. 100, sowie die Reprint-Sonderbände AS 1/1 und AS 1/2 zu niedrigstpreisen ausverkauft werden. Bitte macht Kommilitonen und natürlich auch Buchhandlungen und Bibliotheken auf diese Aktion aufmerksam. Bitte ggf. Bestellformulare und Prospekte (lagen Heft 113 bei) anfordern.

Wir haben vergessen, folgendes Heft im Rahmen dieser Sonderaktion anzubieten:

34 Probleme der Entwicklungsländer (I) – mit Beiträgen von K. H. Tjaden, Frank Deppe, Kurt Steinhaus u. a. – Einfachheft 2,- DM.

Aus der Sonderaktion herausgenommen (weil bis auf die Archiv-Restaufgabe ausverkauft) wurden inzwischen folgende Nummern: 51, 52, 58, 69 und 77.

Nur noch wenige Exemplare im Rahmen der Sonderaktion gibt es von folgenden Nummern: 38, 41, 64 (bitte bei Bestellungen Ersatzhefte angeben).

Auch im Archiv völlig vergriffen sind inzwischen die Nummern 47, 66, 71, 72.

Argument-Sonderbände: Der bereits für 1978 angekündigte AS-Band 30: *Soziale Medizin* (VIII) ist nun endlich erschienen, ebenso AS 33: *Gulliver* 5, AS 34: *Forum Kritische Psychologie* 4 und AS 35: *Alternative Wirtschaftspolitik*.

Verkleinert aufs neue Format erscheinen ferner die 3. Auflage von AS 7: *Automation in der BRD* und die 2. Auflage von AS 8: *Jahrbuch für kritische Medizin* 1.

AS-Abonnenten (Mindestabnahme 3 Bände aus der Jahrgangsproduktion) erhalten auch Bände aus früheren Jahrgängen verbilligt.

Die Kollegen von der Auslieferung bitten die AS-Abonnenten, die für 1979 noch nicht bezahlt haben, dies doch umgehend zu tun und die Entstehung von Mahnaufwand und -gebühren zu verhindern.

Titel-Änderung: Der Titel von AS 44 wurde geändert in: *Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik* (ursprünglich: Eurokommunismus – Strategie für die Bundesrepublik?).

Argument-Studienhefte: Soeben ist – neben den SH 22 bis 30 – SH 31 erschienen unter dem im Vergleich zur Vorankündigung geänderten Titel: *Die demokratische Hochschulreform und ihre Feinde – Der Kampf um die Köpfe*. Analysiert am Beispiel des Fachbereichs 11 der Freien Universität Berlin, der als linker Fachbereich für *Philosophie und Sozialwissenschaften* in den zehn Jahren seiner Existenz fast pausenlosen Hetzkampagnen ausgesetzt war und nun von Zwangsauflösung bedroht ist. Es versteht sich, daß eine *Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* diesem Fachbereich besonders verbunden ist. Allgemeine Aspekte von Reform und Konterreform werden am Beispiel dieses Fachbereichs besonders deutlich, von dem entscheidende Impulse kritischer Sozialwissenschaft, darunter die Kritische Psychologie und vieles andere mehr, ausgegangen sind. Die Herausgabe der Broschüre besorgten Studentenvertreter in Zusammenarbeit mit Hochschullehrern des FB 11 und einer Reihe hochschulpolitischer Organisationen, darunter der BdWi. Die Veröffentlichung wurde durch Geldspenden von Hochschullehrern unterstützt.

Abo »Gulliver« und »Forum Kritische Psychologie«: Auf vielfachen Wunsch haben wir die Möglichkeit zum Abonnement dieser beiden Periodika im Rahmen der AS-Reihe eingerichtet. Preise: wie beim AS-Auswahl-Abo, allerdings erscheinen jeweils nur zwei Bände pro Jahr.

Redaktionelle Mitteilungen

Schwerpunkt Kulturwissenschaft und Entwicklung demokratischer Kultur: Wir widmen diesem Schwerpunkt nicht nur den Hauptteil dieses Heftes, sondern auch eine neue Rubrik *Kulturwissenschaften* im Rezensionsteil. Sie wurde zum erstenmal im Beiheft 79 bedient, das vor kurzem erschienen ist (als Rezensions-Sondernummer anlässlich des zwanzigsten Geburtstags dieser Zeitschrift).

Den Bestrebungen einer »Kultur-von-unten« sind in den letzten Jahren bedeutende Erfolge beschieden gewesen. Wir denken, daß die Bedeutung alternativer, demokratischer Kulturentwicklungen in den kommenden Jahren noch erheblich zunehmen wird. Die theoretische Analyse und verallgemeinernde Auswertung der Erfahrungen hat mit der Praxis zunächst nicht Schritt gehalten.

In AS 23: *Massen / Kultur / Politik* werden die Strategien gewerkschaftlicher Kulturpolitik bilanziert, vor allem aber geht es um die Auswertung der vielfältigen Ansätze der in den letzten Jahren spontan entstandenen »zweiten Kultur«; zugleich eröffnet der Band die Diskussion über die Kulturtheorie.

AS 47: *Materialistische Kulturtheorie* – Theoretische Grundlagen und Beiträge zur Erforschung der Alltagskultur wird die Grundlagendiskussion weitertreiben. Zur Musikkultur erscheint ein Sonderband (AS 42: *Musik in den 50er Jahren*, ca. Oktober 79), der die Linie von AS 5: Hanns Eisler und AS 24: *Musik der 20er Jahre* fortsetzt. In dem neuen Band geht es darum, Entwicklungen des Musiklebens nach dem Krieg von heute aus wieder zurückzuverfolgen, und damit etwas aufzuholen, was in den 50er Jahren selbst weitgehend verschüttet war: geschichtliches Bewußtsein. Die »Weitergabe« musikalischer und theoretischer Ergebnisse aus der Zeit vor 1933 war stark gestört, und doch fing man an – aber wie? Wie wurden die Weichen für die Situation der Musik heute gestellt? Welche demokratischen Anfänge nach '45 sind für uns heute schon wieder unbekannt? In drei Teilen wird diesen Fragen nachgegangen:

- Studien über wichtige Komponisten (Henze, Nono, Dessau . . .)
- Probleme des Musikbetriebs (Schallplatten-Industrie, Avantgardezirkel, Jugendbewegung, Rock'n-Roll-Welle)
- Ästhetische Tendenzen (Abstraktion, Vom Stilwillen zur Materialorganisation, »Nachkriegs-Humanismus«, Einfluß Adornos, Der Begriff der Avantgarde . . .)

Redaktion: Hanns Werner Heister und Dietrich Stern.

DAS ARGUMENT 116

Dritte Welt und Erste Welt (II)

P. Joseph: Reform und Konterrevolution – Die USA und die internationale Ökonomie

U. Albrecht: Von der Ost-West- zur Südpolitik der Bundesrepublik

D. Boris: Unterentwicklung und Staat

W. F. Haug: Zum Problem des Eurozentrismus bei Bahro und Dutschke

Arbeitsmarktforschung

U. Ewers: Technologische Entwicklung und Beschäftigungsproblem

Arbeitergeschichtsschreibung

W. Bühler u. a.: Zur Konstitution des Proletariats als Klasse
Kongreßankündigungen und -berichte, Besprechungen

Neue Rubriken: zwei Dauer-Problemgruppen sind uns Anlaß, besondere Rubriken einzurichten, in denen wir kontinuierlich Analysen und Diskussionsbeiträge veröffentlichen werden: Probleme des Arbeitsmarktes und der auf die Arbeitslosigkeit antwortenden Strategien werden wir in der Rubrik *Arbeitsmarktforschung* untersuchen, ökologische und angrenzende Fragen in einer Rubrik *Umweltfragen*.

Argument-Arbeitskreise: Lothar Walter aus Rosenheim regt an, Diskussionskreise ins Leben zu rufen. Er schreibt:

»Zum Problem der akademischen Schreibweise (Argument 113) fällt mir ein: Das Verständnis eines Textes wird erleichtert, wenn man darüber diskutieren kann, anstatt ihn sich individuell-isoliert anzueignen. Diese Diskussion könnte in Argument-Lesegruppen stattfinden. Da Argument-Leser verschiedenen politischen Richtungen anhängen, ließe sich so auch die Bündnisperspektive der Zeitschrift praktizieren.«

Uns leuchtet dieser Vorschlag, der schon früher gemacht wurde, ein. Wir werden Interessenten, die sich an uns wenden, koordinieren und ggf. über dezentrale Initiativen informieren.

Editorial

Redaktionspolitik im Widerspruch

Schlängel, Kurven, Dogmatismus

Zu den Faktoren, die unsere Arbeit erschweren, gehört die wieder einmal wachsende Fraktionierungstendenz der Linken. Die vielfältigen Gründe für diese Tendenz zu analysieren und dadurch die auf Bündnis und Aktionseinheit drängenden Kräfte zu stärken, steht auf dem redaktionellen Programm dieser Zeitschrift. Symptomatischer Ausdruck der Zersplitterungstendenz sind scharf gegensätzliche Stellungnahmen zur Redaktionspolitik. Auf die Veröffentlichung des Beitrags von Helmut Gollwitzer über *Sowjetkritik und Antikommunismus* (in *Argument* 113/1978) reagierte ein kommunistischer Genosse aus Köln mit der empörten Drohung, das *Argument* abzubestellen, falls weiter solche Beiträge gedruckt würden, die »unter dem Deckmantel der Auseinandersetzung nur noch antikommunistisches und antisowjetisches Geschreibe« seien. Wir hoffen, daß er beim zweiten Lesen von Gollwitzer sieht, daß er ihn gründlich mißverstanden hat. Die Antwort des kommunistischen Theoretikers Josef Schleifstein (Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, IMSF, in Frankfurt) zeigt dagegen eine Haltung der Bündnisfähigkeit, die nicht Kritik an Kommunisten mit Antikommunismus gleichsetzt, sondern das Angebot öffentlicher Diskussion und Aktionsgemeinschaft aufnimmt, erwidert und in erwidbarer Form die prinzipielle Verbundenheit mit der Sowjetunion begründet.

Wir verstehen eine wichtige Funktion dieser Zeitschrift als Organisation rationaler Diskussion. Wir haben dabei anzukämpfen gegen die emotionale (wie immer motivierte) Bereitschaft, auf Kritik mit anklagendem Davonlaufen zu reagieren. Als vor Jahren ein »Ständiger Mitarbeiter« erfuhr, daß ein Beitrag von ihm zusammen mit einer Kritik (auf die er wiederum antworten konnte) gebracht werden sollte, zog er ihn zurück und verkündete dabei lautstark in der Öffentlichkeit, im *Argument* könne man nicht mehr veröffentlichen. Er verschwieg den Zusatz, der ihn wirklich zum Davonlaufen gebracht hatte: Im *Argument* kann man nicht veröffentlichen, ohne mit Erwiderung rechnen zu müssen. Wer gute Argumente hat und die eigne Entwicklungsfähigkeit bejaht, wird dies als optimale Wirkungsbedingung begrüßen. (Daß uns ein ergebnis- und standpunktloses Diskutieren-um-seiner-selbst-willen nicht interessiert, sondern die Diskussion in der Perspektive wissenschaftlicher Verbindlichkeit und des politischen Bündnisses geführt werden soll, versteht sich.)

Die Front zwischen denen, die Diskussion und Bündnis praktisch-tatsächlich bejahen und denen, die sie ebenso praktisch-tatsächlich ablehnen, verläuft nicht zwischen den politischen Organisationen oder Richtungen, sondern mitten durch alle Lager. Dies zeigt einerseits die gegensätzliche Reaktion des Kölner Kommunisten und Josef Schleifsteins auf Gollwitzers aktuellen Versuch, *Sowjetkritik und Antikommunismus* voneinander zu trennen; andererseits zeigen viele Reaktionen aus dem »spontaneistischen« Lager, mit dem Gollwitzer z. T. sympathisiert, daß dort im Gegensatz zu ihm Diskussion und Bündnisbereitschaft von starken Kräften negiert werden. Mit einer besonders beredten Stimme aus diesem Lager, die leider schon wieder aus einem Kündigungsschreiben spricht, setzt sich unser Redakteur Karl-Heinz Götze exemplarisch auseinander (*Die Rattenfänger pfeifen besser*).

Wir führen solche Auseinandersetzungen regelmäßig und öffentlich, weil wir denken, daß wir nur solange unsere Arbeit fortsetzen können, wie wir von den Lesern und Mitarbeitern bewußt unterstützt werden. Wir nehmen an, daß sie das in dem Maße tun, in dem sie die Notwendigkeit dieser Zeitschrift anerkennen, die Gründe für unsere Redaktionspolitik und deren unvermeidliche Widersprüche begreifen und die Gefahren und Anfeindungen mitbekommen, denen die Zeitschrift ausgesetzt ist. Das *Argument* und der von ihm koordinierte und aufrechterhaltene Diskussionszusammenhang stellt nichts selbstverständlich Gegebenes dar, sondern eine gemeinsame Aufgabe. *Das Argument kann nur als Projekt seiner Leser existieren.*

Das Auseinandertreiben der gegensätzlichen Elemente der Linken wirkt immer wieder als Zerreißprobe auf eine Bündniszeitschrift, deren Lebensfähigkeit von der Diskussionsbereitschaft und dem Bedürfnis nach verbindlicher wissenschaftlicher Analyse und verbindender theoretischer Kultur abhängt.

Ein weiteres Beispiel bietet die Rezeption der Analyse von Erich Wulff über *Psychiatrie und Herrschaft* in der Sowjetunion (in den Heften 110 und 111/1978). Exemplarisch wendet Wulff hier die Erkenntnismittel des historischen Materialismus auf Konflikte und Institutionen der Sowjetgesellschaft an. Vom Ansatz her unterläuft er die Erkenntnis und politischen Fortschritt gleichermaßen verhindernde falsche Alternative von Kritiklosigkeit gegenüber der Sowjetunion und Antisowjetismus. Auch dieser Text wird extrem gegensätzlich wahrgenommen. Wieder läuft der Gegensatz quer durch die politischen Lager der Linken. Von den einen wird der Aufsatz wie ein lange fälliger Durchbruch begrüßt, von den andern mit Empörung der jeweiligen Gegenseite zugerechnet. Von der einen Seite wie ein peinlicher Ausrutscher in Antisowjetismus behandelt, erscheint er der antisowjetischen Empörung als »Reinwaschungsversuch der Verbrechen der sowjetischen Psychiatrie« (so in einem Schreiben von G. Baader).

Der Bremer Hochschullehrer für Philosophie, Hans Jörg Sandkühler, polemisiert aus Anlaß der Argument-Erklärung *zum Spionageverdacht gegen Friedrich Tomberg* (in Heft 114, S. 331 f.) gegen die Redaktionslinie, »für deren Schlängel und Kurven es inzwischen keine geometrische Mitte mehr gibt«. »Bisher war ich der Auffassung, daß das Argument es nicht nötig hat, sich von Positionen der marxistischen Theorie zu distanzieren.« Etwa gleichzeitig polemisiert Gerwin Schefer, Hochschullehrer in Kassel, in einer Abbestellung, die er als »ökonomisches Druckmittel« interpretiert haben will, gegen die Linie der Argument-Redakteure aus entgegengesetzter Sichtweise: »Bei ihnen dominiert so viel Rigidität und Dogmatismus, daß man sich fragt, wie da überhaupt noch Leute kooperieren können.« (Die Frage zu stellen, besteht mehr Anlaß, als Schefer weiß, denn die Zahl der Mitarbeiter steigt kontinuierlich seit vielen Jahren an; über fünfhundert Wissenschaftler arbeiten gegenwärtig am *Argument* mit).

Geht man so manchem Dogmatismus-Vorwurf auf den Grund, enthüllt er sich als getarnter Dogmatismus; im Kern enthält er die Forderung, bestimmte Beiträge zu unterdrücken; in verschobener Form drückt er aus, daß man sich der Diskussion verweigert. »Dogmatismus« heißt nun das Veröffentlichlichen von Argumenten, auf die mit Gegenargumenten zu antworten man sich scheut.

Als opportunistische »Schlängel und Kurven« erscheinen von der andern Seite die beständigen Versuche, die rationale Kommunikation von Position und Gegenposition zu organisieren, unter wechselnden, aber immer widersprüchlichen Bedingungen das Bündnis und den Diskussionszusammenhang kritischer Wissenschaft herzustellen, zwischen »großer Theorie« und unmittelbaren Interessen der Intellektuellen, zu denen wir gehören, für die und mit denen wir arbeiten, zu vermitteln. Immer wieder lernen wir aus den Reaktionen, daß wir den Kurs ändern müssen. Die richtige Linie besteht nur im beständigen Korrigieren von Abweichungen, als Prozeß der Selbstkritik.

Opportunismus wie Dogmatismus (die sich nicht ausschließen) sind dabei ständige Gefahren, vor denen niemand sicher ist, und die man eben nur im Prozeß der Kritik und Selbstkritik immer wieder zurückdrängen kann. Wir interpretieren deswegen (auch wenn sie nicht so gemeint sind) sowohl »Schlängel und Kurven ohne geometrisches Mittel« wie »soviel Rigidität und Dogmatismus, daß man sich fragt, wie da überhaupt noch Leute kooperieren können« als konstruktive Beiträge zu diesem Prozeß. Die Verfasser (und Leser mit ähnlichen Auffassungen) bitten wir, diese Einordnung nachträglich zu akzeptieren und sich darauf zu besinnen, welchen Schwierigkeiten ein Unterfangen wie das *Argument* ausgesetzt ist und darauf, daß wir alle (auch unsere Leser) die Mitverantwortung dafür tragen, daß diese Schwierigkeiten nicht zum Scheitern führen, sondern, wenn auch nicht beseitigt, so doch bei jedem erneuten Anlaß halbwegs eingedämmt werden können.

v. Oertzens Versuch, Abendroth'sches Denken für unvereinbar mit den Zielen des DGB erklären zu lassen

Nachdem das obenstehende Editorial über die auf verschiedenen Seiten vertretenen bündnisfeindlichen Haltungen in Satz gegangen war, erreichte uns ein Dokument, das alle oben zitierten an Gefährlichkeit übertrifft, an Gefährlichkeit insbesondere auch für die sozialdemokratischen Gewerkschafter.

Peter von Oertzen hat in die Auseinandersetzung um die Gewerkschaftsgeschichte von Deppe u. a. mit einem Brief eingegriffen, der an die Mitglieder des DGB-Bundesvorstands, der DGB-Landesvorstände, der Vorstände der Einzelgewerkschaften und die leitenden Redakteure der gewerkschaftlichen Presse gerichtet war. Seine Kritik an der »Gewerkschaftsgeschichte« kann hier außer acht bleiben. Wir werden die Position ihrer Gegner im nächsten Heft durch Nachdruck der Besprechung von Gerhard Baier dokumentieren sowie Buch und Kritik von Ditfried Krause-Vilmar und Jörg Kammler analysieren lassen. Sofortiger Beachtung bedürftig ist hingegen Oertzens »kurze Betrachtung zur »moralischen Kompetenz« . . . des Kollegen Wolfgang Abendroth, der seinen Schülern Deppe, Fülberth und Harrer in diesem Streit zur Seite getreten ist«. Oertzens Ergebnis:

»Abendroth steht prinzipiell auf der Seite des politischen Systems des sogenannten »realen Sozialismus«. Er kritisiert ihre »Unterdrückungshandlungen« nur aus taktischen Gründen. Er hält die Freiheit der Wissenschaft, der Meinung und der politischen Betätigung nicht prinzipiell für unantastbar, sondern fordert diese Freiheiten nur für die »bürgerliche Demokratie«, dem »sozialistischen« Staat gesteht er das Recht zu, diese Freiheiten aus politischen Opportunitätsgründen einzuschränken oder – wie in der Praxis der Staaten des »realen Sozialismus« – gänzlich zu verweigern. Ich erspare mir einen Kommentar zu dieser in-

tellektuellen und moralischen Haltung. Jedenfalls sind die Auffassungen Abendroths unvereinbar mit dem Programm des DGB und unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie, den Zielen des Sozialismus und den Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung.«

Oertzen schlußfolgert dieses Ergebnis ausschließlich aus Abendroths *Argument*-Aufsatz zum »Fall Bahro« (Argument 111, S. 716–718). Die Richtigkeit der Folgerung muß sich also an diesem Text messen lassen. Kritisiert Abendroth das Bahro-Urteil tatsächlich nur taktisch? Man vergleiche die Konklusion von Abendroths »Versuch, dem Betroffenen – hier Bahro – . . . so gut er kann zu helfen«: »Deshalb sind überhöhte Urteile dieser Art nicht nur darum ein Fehler, weil sie (mindestens im Einzelfalle) nicht den humanitären Zielen des Sozialismus entsprechen (*volle* Wahrung der Humanität in *jedem* Einzelfalle wird, das ist zuzugeben, erst dann möglich, wenn der Sozialismus nicht mehr ernstlich bedroht ist; und das ist – leider – immer noch Zukunftsmusik. Aber *maximale* Realisierung der Humanität ist für jeden Sozialismus ständiges Gebot). Sie sind vor allem zusätzlich ein politischer Fehler auch vom bloßen Machtdenken eines sozialistischen Staates aus gesehen, weil sie seine möglichen Bundesgenossen schwächen und teilweise völlig verwirren.« Maßstab bei der Beurteilung des Bahro-Urteils sind hier zuerst die humanitären Ziele des Sozialismus, *zusätzlich* werden politisch-taktische Erwägungen ins Feld geführt. Davon, hier werde »nicht prinzipiell, sondern nur taktisch« (Oertzen-Brief) argumentiert, kann in Wahrheit nicht die Rede sein. Da deutsche Professoren das Lesen gelernt haben, ist zu vermuten, daß die Fehldeutung absichtsvoll konstruiert wurde.

Richtig ist, daß Abendroth in der gegenwärtigen Situation *noch nicht* für die Freiheit *jeglicher* oppositioneller Aktivitäten im Sozialismus eintritt. Daß diese Haltung im wohlverstandenen Interesse der westdeutschen Linken liegt, beweist Oertzen selbst, wenn er schreibt: »Abendroth vertritt hier (gemeint ist der erste Absatz seines Aufsatzes, d. Red.) die Auffassung, daß nicht nur geheimdienstliche Tätigkeit . . . in einem »sozialistischen« Staat strafbar sein kann, sondern unter Umständen auch *sonstige* oppositionelle Tätigkeit.« Abendroth wird hier, wie jeder durch Lektüre des ersten Abschnittes seines Aufsatzes nachprüfen kann, abermals falsch referiert. Aufschlußreich ist, *wie* er falsch referiert wird. Abendroth spricht nicht von *geheimdienstlicher und sonstiger* Opposition. Er hat gekaufte Agenten, die Humanisierung als Rekapitalisierung betreiben, nie zusammen mit Kritikern genannt, die die sozialistischen Staaten weiter demokratisieren und humanisieren wollen, hat ihnen den Ehrentitel »Opposition« ebensowenig zugebilligt, wie es ihm in den Sinn käme, den Landesverräter Guillaume zur westdeutschen »Opposition« zu rechnen. Abendroth trat für den Oppositionellen Bahro (der sich für die Gesellschaft bedanken wird, in die Oertzen ihn rückt) ein; weil er aber weiß, daß es in der DDR nicht nur demokratische, sondern auch gekaufte Opposition gibt, macht er sich nicht für die Freiheit jeglicher Form von praktischer und theoretischer Kritik (die es übrigens nirgendwo gibt) stark. Weil er unterscheidet, muß er immer wieder Schwierigkeiten mit denjenigen in der BRD bekommen, denen jegliche Schädigung der DDR recht ist, ebenso wie er seine Schwierigkeiten mit denjenigen in der SBZ hatte, die vom entgegengesetzten Standpunkt geneigt waren, alle Oppositionellen als Agenten zu verdächtigen.

Aber kommen wir noch einmal zurück auf den Vorwurf der lediglich taktischen Verurteilung administrativer Maßnahmen gegen abweichende Auffassungen. Dies heißt nun aber, wie gezeigt, nicht auf Abendroth zurückkommen, sondern – auf Oertzen. Der schreibt nämlich in seinem Brief zur weiteren Strategie gegenüber Abendroth und den Verfassern der »Gewerkschaftsgeschichte«: »Diese Feststellung ist jedoch kein Plädoyer für irgendwelche administrative Maßnahmen. Die politische Auseinandersetzung mit parteikommunistischen Maßnahmen ist notwendig; aber

Zensurmaßnahmen, Disziplinarverfahren und Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind keine überzeugenden Argumente im ideologischen Kampf. Allerdings heißt das nicht, daß man Auffassungen wie den oben kritisierten freie Bahn geben sollte.« Dies ist denn wohl tatsächlich eine »nur taktische« Argumentation. Gerne läse man analog zu Abendroths Bahro-Text einen Satz, der besagt, daß administrative Maßnahmen gegen Minderheitsauffassungen in der Gewerkschaftsbewegung deren »humanitären Zielen« widersprechen. Nichts davon. So darf man dann auch vermuten, daß Oertzen in einer anderen Situation für administrative Maßnahmen eintreten würde. Diese Vermutung liegt schon deshalb nahe, weil Oertzen an der letzten großen Unvereinbarkeitskampagne in der BRD, mit der die Berufsverbote legitimiert wurden, nicht nur als Theoretiker des ideologischen Kampfes, sondern in seiner Funktion als niedersächsischer Kultusminister auch an führender Stelle administrativ beteiligt war.

Oertzen hat schon recht: über Moral sollte man in diesem Zusammenhang nicht reden. Jedenfalls nicht über seine. Was wäre auch moralisch zu nennen an dem Versuch, durch absichtsvolle Mißinterpretation die ihm wohlbekannten Positionen seines früheren politischen und akademischen Mentors Wolfgang Abendroth zu denunzieren, ohne diesem davon Kenntnis oder gar die Möglichkeit der Replik zu geben?

Nein, reden wir von Politik: Wenn sich die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung die Oertzensche Methode der politischen Auseinandersetzung zu eigen machen würde, verlöre sie im Inland wie im westlichen Ausland an Glaubwürdigkeit. Wenn sie inhaltlich Unvereinbarkeitsdekrete gegen Positionen wie die von Wolfgang Abendroth ausspräche, setzte sie die Einheitsgewerkschaft aufs Spiel. So würde auch denjenigen geschadet, die sich als Parteigänger des »demokratischen Sozialismus« im Oertzenschen Verstande begreifen. Nicht nur die Kommunisten, nicht nur die Verfechter der Aktionseinheit wie Wolfgang Abendroth, sondern auch die christlichen Gewerkschafter wären ausgegrenzt. Heinz Oskar Vetter weiß das. Er hatte Oertzens Brief gewiß schon erhalten, als er am 23. 3. in Berlin rückblickend formulierte: »Es gab nur sehr wenige Wissenschaftler, die sich damals bemüht haben, unsere Zukunftsperspektiven mit dem historischen Erfolgs- und Leidensweg der Arbeiterbewegung zu verknüpfen. Oswald von Nell-Breuning, Carlo Schmid und Wolfgang Abendroth gehören zu den wenigen, die es auf unterschiedliche Weise in ihren Arbeiten, durch ihr Wirken getan haben.«

Karl-Heinz Götz

Die Rattenfänger pfeifen besser

Bisweilen erhalten wir Leserbriefe, die länger sind als ein Aufsatz. Derjenige, von dem hier die Rede sein soll, scheint nach dem ersten Leseindruck von einem idealen Leser zu kommen: Er kritisiert, aber macht auch Vorschläge, wie der Kritik abgeholfen werden könne; er läßt sich ein auf die Bedingungen, unter denen wir produzieren; kennt die Kontinuität des »Argument«; stellt nicht nur die Anforderungen des bornierten Fachverständes; schreibt gut, weil aus wirklicher Anteilnahme.

Er enthält die Begründung für eine Abbestellung. Der Begründung nachzugehen, lohnt sich in doppelter Hinsicht. Einerseits, weil nicht nur wir Redakteure uns Teile von ihr hinter den Spiegel stecken müssen, sondern auch unsere Mitarbeiter; andererseits, weil sie etwas will, was *so jetzt* nicht mehr sein kann – das »alte« Argument.

Der nun schon ehemalige Leser richtet berechtigte Wünsche an unseren Rezensionsteil. ». . . sehr oft muß man sich nach der Lektüre verwirrt fragen: was steht denn nun ungefähr drin in dem Buch XY?« Er beklagt mangelnde Aktualität. Er findet zu wenig Integration der Kritik in den aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand. Vor allem aber wendet er sich gegen einen Rezensionstil, der sich der trocke-

nen, hölzernen, arroganten und detailversessenen Schreibweise akademischer Gutachten angeglichen habe. Er schlägt vor, verstärkt Literaturberichte zu publizieren, die den Prozeßcharakter der Wissenserarbeitung leichter abbilden können, und gibt uns zu erwägen, ob wir nicht Besprechungssonderbände herausgeben sollten. Mit dem letzteren werden bei uns offene Türen eingerannt. Eines von vielen Ergebnissen unserer seit Heft 81 laufenden Diskussion über über die redaktionelle Linie der Zeitschrift, deren programmatisches Resümee im Editorial zu Heft 106 gegeben wurde, war, daß Literaturberichte »Vorfahrt« gegenüber Einzelbesprechungen haben. Das Experiment eines Besprechungssonderbandes haben wir soeben gemacht. Der Band ist als *Beiheft 1979* zum 20. Jahrestag des ersten *Argument* am 4. Mai dieses Jahres erschienen. Natürlich ist es damit nicht getan. Die Redaktion muß verstärkt darauf drängen, daß alle Besprechungen der Grundanforderung genügen, über das betreffende Buch zu informieren, sie muß die Einordnung in Forschungsperspektiven abverlangen, sie muß rascher bearbeiten und publizieren, daß die Aktualität nicht verlorenght. Das führt aber nur zum Erfolg, wenn die Mitarbeiter ihre Rezension ebenso wichtig nehmen wie einen Aufsatz, die verbreitete akademische Mißachtung der Buchkritik nicht durch nachlässige und verspätete Besprechungen reproduzieren. Unsere neuen flexibleren Möglichkeiten der Buchbesprechung, die von der kurzen Anotation bis zur »Buch des Monats«-Rubrik im Aufsatzteil reichen, werden zu wenig genutzt. Daß die schnelle, in den Rezeptionsprozeß unmittelbar eingreifende Kritik größeren Nutzen hat als die nachtrabende, auch wenn sie Irrtümer enthält, ist eine Einsicht, die bei uns noch zu wenig Folgen zeigt. Also: Macht uns auf wichtige Neuerscheinungen rasch aufmerksam! Wartet nicht auf den Mitarbeiterbrief! Bietet auch Besprechungen an, die aus der ersten Wut oder Begeisterung entstanden sind! Der akademische Jargon der Gleichgültigkeit verbessert sie nicht, sondern schreckt die »fachfremden« Leser ab.

So gehaltvoll die Kritik unseres Lesers am Besprechungsteil ist, so schwer faßbar bleibt sie, was die Zeitschrift insgesamt angeht. Er kritisiert nicht falsche Themen, schlechte Bearbeitungen, problematische Thesen, sondern den Verlust der frühen »Unbedingtheit des Willens (das erst nach der endgültigen Entdeckung des Proletariats sich anschickte, schamhaft zu werden)«, vermißt den Stil der Zeiten, »da emotionales und politisches Engagement fühlbar miteinander liiert waren«, als man noch selbstverständlich »wir« sagen konnte. Von diesen Zeiten, so heißt es, würde die Zeitschrift leben. Sie habe eine Vergangenheit, aber keine Gegenwart. Die Herausgabe der Studienhefte sei dafür ein herausragendes Beispiel. Das »Argument« sei den Weg der Wiederholung, der Spiegelung gegangen, habe »Konservendosenmentalität« aus Angst vor unbekanntem Terrain entwickelt.

Wir stehen, wir haben uns geändert, über die materiellen Grenzen der Unbedingtheit des Willens sind wir belehrt worden, man merkt uns an, daß das Engagement auch Kraft kostet und nicht nur Lust bereitet. Manchen, den das »wir« früher selbstverständlich einbegriff, schreiben wir jetzt mit »Sehr geehrter Herr« an. Und wer von denen, die das »alte« Argument dem gegenwärtigen zum Vorwurf machen, hätte sich nicht geändert? Das Feld sozialer Beziehungen, für das früher geschrieben wurde, hat sich gewandelt. Wie sollte eine Zeitschrift davon absehen können? Während uns z. B. Christoph Butterwege verklagt, wir würden kommunistische Positionen nicht mehr zu Wort kommen lassen (*Rote Blätter* 8/1979, H. 12, S. 6), bestellte ein anderer Leser die Zeitschrift ab, da sie einen »dogmatischen Marxismus DDR-gefärbter Couleur« vertrete. Wo war das Problem vor 10 Jahren?

Aber wir *gestehen* nicht nur, daß wir uns geändert haben, sondern wir *bestehen* darauf gegenüber dem Vorwurf der saturierten Reproduktion des Ewig-Gleichen. Nehmen wir die letzten beiden Jahrgänge: Haugs Artikel über ideologischen Klas-

senkampf (100), Tjadens »Gesellschaftswissenschaftliche Entwicklungstheorie« (101), Holzkamps Kritische Psychologie (103), Priesters Untersuchung über Gramsci (104), Meyers Theorien über den Stalinismus (106), Wulffs Untersuchung über den Mißbrauch der Psychiatrie in West und Ost (110 und 111), Frigga Haugs Entwurf marxistischer Empirie (111) – wo soll das immer schon gesagt worden sein, bei uns oder anderswo? War die Sozialismus-Diskussion nicht ein Versuch, die Zahl derjenigen Sozialisten in der BRD zu vergrößern, die über Fraktionsgrenzen hinweg »wir« sagen? Sicher haben diese Artikel nicht mehr unmittelbar die durchschlagende Wirkung einiger »früher« Argument-Artikel. Die Beschäftigung mit dem Marxismus in der BRD hat sich eben verbreitert, spezifiziert, und das ist gut so.

Dennoch, so wendet unser ehemaliger Leser ein, das »Argument« ist nicht mehr so aufregend wie früher, erweckt nicht wie manches neue Heft des »Kursbuchs« oder des »Pflasterstrands« heftige Zustimmung oder heftige Ablehnung. In der Tat: mit Vergeblichkeitsparolen, Resignationsgesten, der vorschlagsweisen Auflösung des Marxismus wie der Wissenschaft, der papiernen Nachbildung der universellen Angst wollten und wollen wir keinen Anstoß erregen. Die Kontinuität wissenschaftlicher Arbeit in sozialistischer Perspektive gibt es im Argument gewiß, wenn sich auch die Bedingungen und Themen geändert haben. Wer dies als Langeweile empfindet, vermag sich nicht mehr zu interessieren für die Organisation und Kommunikation eingreifenden Denkens in den Wissenschaften, er hat sie endgültig abgeschlossen, er verlangt andere Reize als die der allmählichen Herausarbeitung eines Neuen.

Und gerade deshalb steckt auch in *dieser* Kritik etwas Richtiges. Wir haben Resignationstendenzen und Theoriemüdigkeit lange borniert übersehen. Sie waren Gegenstand des vorletzten Heftes und sind Gegenstand des vorliegenden. Wir wollen nicht ihr Sprachrohr sein, sondern zum Begreifen und damit zum Verändern dieser Tendenzen beitragen. Oft reagieren wir viel zu schwerfällig, während, auf der andern Seite, die Rattenfänger ihr Mundwerk verstehen. Sie pfeifen einfach gefälliger.



AS 34: 1979, ca. 216 S.: 15,50 DM.
Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM.
Stud. 11,- DM. Erscheint Mitte
März.

Zum Tode von Alexej Nikolajewitsch Leontjew

K. Holzkamp: Das Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft in der traditionellen und in der Kritischen Psychologie (I)

R. Seidel: Über die ökonomische Funktion der Logik. Deduktion im Denkprozeß

Diskussion

H. Gottschalch: Probleme der Motivationstheorie der »Kritischen Psychologie«

U. H.-Osterkamp: Motivationstheorie im Lichte psychologischer Tagesmeinungen. Antwort auf Gottschalch

B. Uhrig: Zur Besonderheit menschlicher Sexualität. Natur und Gesellschaft in der Auffassung der Bedürfnisse bei H.-Osterkamp

U. H.-Osterkamp: Antwort auf Uhrig

Rezensionen

K. Holzkamp: Rezension des Buches von Georg Rückriem (Hrsg.): Historischer Materialismus und menschliche Natur

Tomberg und Rückriem: Replik

Zu einigen theoretischen Problemen der Diskussion über die Kultur der Arbeiterklasse*

1. Unterscheidung von soziologischem und sozialistischem Kulturbegriff

Das Thema »Kultur der Arbeiterklasse« läßt sich sehr unterschiedlich verstehen, entweder soziologisch, dann ist es das, was man in einem gegebenen Land zu einer gegebenen Zeit als kulturelle Verhaltensweise der Arbeiterklasse beobachten kann. Oder man kann es verstehen als die Frage nach Kultur vom Standpunkt der Arbeiterklasse, dann meinen wir, daß wir uns von diesem Standpunkt aus perspektivisch vorausbeziehen, also in sozialistischer Perspektive die Dinge betrachten und bewerten. Bei den schriftlich vorgelegten Referaten und bei unseren Diskussionen wird es unvermeidlicherweise immer wieder so sein, daß diese beiden Bedeutungen durcheinandergehen. Und doch sind sie enorm verschieden. Betrachten wir z. B. den soziologischen Kulturbegriff: Soziologisch gesehen können wir als »Kultur der Arbeiterklasse« viele Verhaltensweisen beobachten, ich möchte sagen, ein Übergewicht von Verhaltensweisen, die Resultat der Einwirkung der ideologischen Apparate des Imperialismus sind. Im soziologischen Sinn »kulturelle« Verhaltensweisen, an denen sich beobachten läßt, wie die Arbeiter festkleben in ihrer Grundbefindlichkeit, »in der Arbeit außer sich und außer der Arbeit bei sich« zu sein (Marx), d. h. in der Grundbefindlichkeit der Orientierung aufs Private.

Wir haben in unserem Land die fast unangefochtene Vorherrschaft einer Privatkultur in der Arbeiterklasse. Soweit ich sehe, unterscheidet das unser Land beträchtlich von einigen Nachbarländern; das hat historische Ursachen. Es würde genügen, den Blick eines beobachtenden Soziologen auf die Arbeiterklasse Italiens, Frankreichs, Englands zu richten, und man würde eine Fülle von Beobachtungsmaterial finden, von praktizierter Kultur der Arbeiterklasse, welches schon übergeht zur zweiten Bedeutung unserer Titelbegriffe, nämlich von *Klassenkultur*, d. h. daß Arbeiter sich vom eigenen Standpunkt aus selbstbewußt abgrenzen von der bürgerlichen Kultur (bzw. dem kleinbürgerlichen Spießertum) oder sich gar perspektivisch beziehen auf die (sehr kurz gesagt) politische Klassenzukunft. In England, Italien und Frankreich z. B. können wir Formen des Sichkleidens, Formen des gewöhnlichen Konsums entdecken, in denen eine bewußte und mit sich einverständene Arbeiterkultur sich darstellt und die wir in der Bundesrepublik derzeit nur in Restbeständen kennen. »Kultur der Arbeiterklasse« bekommt hier eine etwas andere Bedeutung als bei uns, wenn man soziologisch fragt. Aber hier wie dort gilt: Wer im Ton des Soziologen über »Kultur der Arbeiterklasse« spricht, der muß zunächst sprechen über die imperialistische Massenkultur, oder er schenkt uns den Himbeersaft der Illusionen ein. Und er muß davon sprechen, daß die imperialistische Massenkultur in den besiegten Ländern des Zweiten Weltkrieges in Japan und in der Bundesrepublik Deutschland auf eine kulturwissenschaftlich geradezu sensationelle Weise sich durchgesetzt hat auf den

* Diskussionsbeitrag zu der vom IMSF veranstalteten Tagung: »Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse«. Erstveröffentlicht in den vom IMSF veröffentlichten gleichnamigen Tagungsmaterialien (vgl. die Rezension in diesem Heft).

Trümmern relativ traditionell gewachsener, sehr viel widersprüchlicherer Kulturen, die eher dem entsprochen haben würden, was wir heute noch in unseren Nachbarländern betrachten können. Also die historische Eigentümlichkeit dieser besonderen Geschichte darf bei den Analysen nicht aus den Augen verloren werden. Von dieser Eigentümlichkeit möchte ich noch einen Zug hervorheben, den vor Jahren drastisch-strategisch Kurt Steinhaus analysiert hat¹, nämlich den Sachverhalt, daß jene spezifische Lebensweise (die man auf amerikanisch »Way of life« nennt), die unserem Land im gleichsprachigen sozialistischen Nachbarland den Namen »Goldener Westen« eingetragen hat, eine sehr bewußt im Zuge der Klassenkämpfe von den Herrschenden entwickelte und überlegt in dieses Land importierte Angelegenheit ist, nicht primär aktiv erkämpft von der Arbeiterklasse. – Diese Lebensweise ist allenfalls um zwei Ecken herum sozusagen von anderen Arbeiterklassen miterkämpft, wie es z. B. das geflügelte Wort von der DDR als der dritten Tarifpartei besagte: Wenn die Gewerkschaft Lohnabschlüsse gemacht hat in den Hochkonjunkturzeiten der Bundesrepublik, dann saß, hieß es immer, der unsichtbare Partner mit am Tisch, nämlich die Kommunisten, aus Angst vor denen (oder aus kluger integrierender Rücksicht auf welche) die Herrschenden bestimmte Zugeständnisse gemacht und bestimmte andere verweigert haben. – Kurz, die soziologische Frage nach der »Arbeiterkultur« führt hin zu den Resultaten dieses Prozesses, zu Resultaten, die national besonders und historisch anders bestimmt sind als etwa in den westeuropäischen Nachbarländern.

Wir dürfen diese Resultate daher auch nicht unmittelbar – sozusagen aus dem Stand – theoretisieren, also die soziologischen Beobachtungsergebnisse kategorial fassen und das Ergebnis für marxistische Theorie halten.

Nun ein paar Bemerkungen zur zweiten Bedeutung der Titelbegriffe »Kultur der Arbeiterklasse«, also zu *Kultur vom Standpunkt der Arbeiterklasse und in sozialistischer Perspektive*. Dabei werde ich den weiteren Kulturbegriff verwenden. – Dorothea Kollandt berichtete von einer empirischen Erhebung, bei der ihre Gruppe Arbeiter der AEG nach Schichtschluß die Frage stellte: »Üben Sie kulturelle Betätigungen aus?« Wir hörten, daß viele entweder nicht antworteten oder sagten, zu so etwas hätten sie keine Zeit. Wir dürfen vermuten, daß die AEG-Arbeiter unter »kultureller Betätigung« etwas »Höheres« verstanden haben. Daß die Befragenden sich vielleicht auch dafür interessiert haben, wie die AEG-Arbeiter nach Feierabend ihr Bier trinken, wie sie Skat spielen, Witze erzählen, wie sie vom Boß berichten, in den Pausen kommunizieren usw., daß das als zur Kultur der Arbeiterklasse gehörend angesehen werden kann, vielleicht sogar als etwas, das Keime bewußter Klassenkultur enthält, die sich vom Klassengegner abgrenzt, ihn als Gegner identifiziert, – das konnten die AEG-Arbeiter in der Frage »Üben Sie kulturelle Betätigungen aus?« vermutlich nicht wahrnehmen. Kein Wunder, die politische Sprache hat das auch anders festgelegt; bei Parteitagungen oder sonstigen Anlässen gibt es ein Kulturprogramm, darunter versteht man die Unterhaltung, nachdem die Reden absolviert sind. Wenn »Kultur der Arbeiterklasse« hieß: jene Programme für Nachher, das Feuilleton der Sozialisten, dann hatten die AEG-Arbeiter natürlich nichts zu antworten. Für dieses Feuilleton haben sie in ihrem Leben nur wenig Platz. Man muß überlegen, wie man vielleicht anders fragen und sich anders verständigen kann, und dann stößt man auf eine breite Vielfalt von Aspekten ihres täglichen Daseins, die man als kulturelle Aktivitäten werten muß. Vielleicht sollten wir uns eingestehen, daß unser Kulturbegriff noch sehr ver-

schwommen und vieldeutig ist; die einen verstehen *Kunst* darunter und haben vielleicht die Perspektive von Kunstmissionaren, die wissen, in der Kunst ist Humanität derart konzentriert verkörpert, man muß doch diese Humanität in die Arbeiterschaft tragen. Kann man überhaupt ein Mensch sein ohne diese Kunst? Von dieser Vorstellung dürfen wir annehmen, daß sie in vielen bürgerlich-kulturellen Köpfen halb gedacht herumschwirrt. Der kulturmissionarische Gesichtspunkt sollte uns etwas mißtrauisch stimmen.

Vielleicht sollten wir uns klarer überlegen, warum es sich überhaupt lohnt, neben den üblichen Begriffen des historischen Materialismus von marxistischer Seite noch von Kultur zu sprechen. Was meinen wir denn damit, wenn wir eine besondere Dimension der Tätigkeiten herausheben? Wir sollten dabei dem Hinweis unserer Klassiker Gewicht geben, daß wir jene wertenden Aktivitäten, in denen Menschen sich ihr Leben sinnvoll und genießbar einrichten, nicht vom theoretischen Reißbrett her in die Wirklichkeit zu projizieren versuchen, sondern aus den wirklichen Aktionen der Menschen entwickeln. Das würde aber bedeuten, daß wir uns an den Wortsinn der »Kultur« erinnern müßten. Der Begriff stammt noch aus der bäuerlichen Gesellschaft. Im alten China soll man den Kindern zur lehrhaften Belustigung die Geschichte von dem törichten Bauern erzählt haben, der in seiner Ungeduld, daß die Reishalme schneller wachsen sollten, täglich aufs Feld ging und an den Pflänzchen zog, bis er sie alle ausgerupft hatte. Bäuerliche Denkweisen verfahren sehr viel weniger »von oben herab«, als dies in anderen Bereichen menschlicher Praxis erfolgreich sein kann. Vielleicht muß man den Gesichtspunkt einer Kultur-von-unten stärker betonen – daß es die Menschen selber sind, die ihren Kulturprozeß betreiben bzw. die dazu erforderlichen Fähigkeiten entwickeln müssen – und die Funktion politischer und gewerkschaftlicher Organisationen mehr so bestimmen, daß sie Bedingungen schaffen, die Prozesse der kulturellen Selbsttätigkeit fördern. Kulturpolitik hieß dann: Pflegen und entwickeln, was es an kulturellen Regungen der Massen gibt, den vorhandenen Versuchen Echo geben, sie verallgemeinern und dadurch anderes ermutigen, wissend, daß Kultur in diesem Sinn nichts Zentrales sein kann, sondern daß sie nur als etwas Vielfältiges, von unten herauf Wachsendes, zu Unterstützendes gedeihen kann.

Die Bedeutung der Organisation und ihrer Öffentlichkeit für diesen Prozeß kann gleichwohl nicht hoch genug eingeschätzt werden. Von ihr hängt es ab, ob die verstreuten Ansätze wieder zurücksinken oder ob sie sich stabilisieren können, ob sie der Integration in »Kultur der Monopole« gegebenenfalls widerstehen, ob sie ein Bewußtsein von ihrer historischen Situation ausbilden, ob sie begreifen lernen, gegen welche gesellschaftlichen Widerstände, gegen welche zerstörerischen kulturindustriellen Dampfwalzen sie sich vorkämpfen müssen, ob sie das Bewußtsein bekommen, daß es nicht selbstverständlich ist, wenn irgendwo einer eine Gitarre in die Hand nimmt und Lieder dazu macht, sondern daß das praktisch eine Tat gegen die großen Konzerne ist; und daß er das in einer Gesellschaft tut, in der er gegenüber der »Kultur der Monopole« in einer fast schon notvollen Interessengemeinschaft mit sehr vielen an allen Orten steht. Wenn von den Organisationen dieses Bewußtsein zurückstrahlt auf die vielen Aktivitäten in der Provinz, dann bieten sie eine Perspektive und eine Orientierung, die viel mehr in die Wirklichkeit eingreift, als es der Versuch täte, von oben herab bestimmte Kulturstandards nach bestimmten Mustern zu propagieren. Eine

solche politisch zentrale Förderung der dezentralen, vielfältigen kulturellen Ansätze wäre eine der Formen, in denen sich die berühmte »Hegemonie der Arbeiterklasse«, vorangetrieben durch die bewußtesten Organisationen dieser Klasse, durchsetzt, wenn sie nämlich den vielen dezentralen Ansätzen und Aktivitäten praktisch beweist, daß sie bei ihr bestens aufgehoben sind, daß sie in ihrer Perspektive Ermutigung und produktive Betätigung finden. In diesem Fall orientieren sich die dezentralen kulturellen Aktivitäten ohne weiteres hin zu den bewußtesten, fortgeschrittensten Organisationen der Arbeiterklasse, und nichts anderes meint wohl Gramsci, wenn er von der Hegemonie der Arbeiterklasse im Kulturellen spricht.

2. Die Unterscheidung von »Kultur« und »Ideologie«

Die Berichte aus den vier Arbeitskreisen vermittelten die überall gemachte Erkenntnis, daß es ohne theoretische Klarheit und gemeinsame Grundbegriffe nicht geht. Ohne theoretische Vorklärung sahen wir uns außerstande, uns auch nur darüber zu verständigen, was unser Gegenstand ist, wenn wir »Kultur« sagen, geschweige denn, *warum* wir darüber sprechen, was wir eigentlich praktisch erreichen wollen. Offenkundig muß man beim Aufbau einer solchen Arbeitstagung den theoretischen Grundlagen und ihrer Diskussion ein gewisses Recht einräumen.

Im folgenden möchte ich skizzenhaft einige kulturtheoretische Ansätze erörtern. Zuerst werfe ich einen Blick zurück auf die bürgerliche Tradition, von der Thomas Metscher gerade sehr klar und gegen unsere marxistischen Popanzvorstellungen vom »Bürgerlichen« festgestellt hat, daß hier der weiteste Kulturbegriff vorhanden ist, daß es sogar ein Problem der bürgerlichen Tradition ist, daß in dieser Weite jede klare Bestimmung verschwimmt. Ich zitiere den Klassiker der bürgerlich deutschen Soziologie, Max Weber, der die Kultur als ein Resultat der »Wertung« durch Menschen bezeichnet hat: »Kultur ist ein vom Standpunkt des Menschen aus mit Sinn und Bedeutung bedachter endlicher Ausschnitt aus der sinnlosen Unendlichkeit des Weltgeschehens.« Er präzisiert: Dieser mit Bedeutung bedachte Ausschnitt bezieht sich nicht nur auf »wertvolle Erscheinungen«. »Eine Kulturerscheinung ist die Prostitution so gut wie die Religion oder das Geld, alle drei deshalb und nur deshalb und nur soweit«, fährt Max Weber fort, »als ihre Existenz und die Form, die sie historisch annehmen, unsere Kulturinteressen direkt oder indirekt berühren . . .«²

Hätte man nun gehofft, im Fortgang des Zitats klarer zu erfahren, was das Kulturinteresse ausmacht, so sieht man sich enttäuscht und durch eine Kurzschlußargumentation wieder an den Anfang zurücküberwiesen. Kultur sei Wertungsresultat vom Standpunkt des Kulturinteresses. Was das aber nun genau ist, wird bei Max Weber nur sehr vage ausgedrückt.

Thomas Metscher hat die Präzisierung vor dem Hintergrund eines sehr weiten Kulturbegriffs als eine der unmittelbaren Aufgaben der marxistischen Diskussion benannt. Ich will Probleme einiger solcher Präzisierungsversuche erörtern, ohne selber schon die Lösung bereit zu haben.

Ich beginne mit Kaspar Maase. Er schlägt vor, den Gegenstand der Kulturdiskussion zu bestimmen als den »Zusammenhang der materiellen und geistigen Lebensbedingungen mit der Ausbildung bestimmter Typen von Lebensweise in der aktiven Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Umwelt.«³

In diesem Vorschlag zur Gegenstandsbestimmung sehe ich einige Probleme, und

zwar ist es mir nicht klar, worin das Kulturspezifische in diesem Zusammenhang eigentlich besteht, denn was darin vorkommt, sind wir gewohnt im historischen Materialismus unter anderen Begriffen zu thematisieren. Warum brauchen wir über die Begriffe des historischen Materialismus hinaus, unter denen der Begriff »Kultur« – von unseren Klassikern zumindest – nicht vorgesehen war, noch den Kulturbegriff? Worin besteht nun genau seine entscheidende Differenz zu den andern Begriffen? Ich sehe sie in Kaspar Maases Bestimmung nicht, wenigstens nicht klar genug. Auch sehe ich nicht, wie aus dieser Gegenstandsbestimmung der »Kultur« eine Kulturpolitik hervorgehen soll. Oder wie ein Kulturarbeiter irgendwo in der Kommunalpolitik daraus ableiten könnte, was er tun soll.

Ich springe jetzt zu der Arbeitsdefinition, mit der Rüdiger Hillgärtner seine Thesen strukturiert.⁴ Er sagt: 1. Kultur ist ein »Aspekt« aller menschlichen Bedürfnisse. Verweilen wir einen Augenblick bei dieser Kategorie des Aspekts: »Kultur« bezeichnet demnach keinen Gegenstandsbereich im Sinne eines Gebietes, das man sozusagen räumlich trennen kann von anderen Gebieten, sondern meint einen Aspekt der Gebiete; und die Beziehung, auf die hin der Aspekt aufgefaßt wird, sind die menschlichen Bedürfnisse. In seiner zweiten These sagt Hillgärtner, wie diese »kulturelle« Beziehung in ihrer von anderen Bedürfnisbeziehungen unterschiedenen Eigenart zu denken sei: »Der kulturelle Aspekt in den Bedürfnissen ist das Moment des Genusses . . .«. Kurz, er schlägt vor, den Gegenstand der Kulturtheorie zu definieren als die genußvolle Beziehung auf menschliche Bedürfnisse, soweit sie in irgendeinem Bereich der menschlichen Wirklichkeit vorhanden ist.

Nun hat der Marxismus traditionell zum Genuß ein gespaltenes Verhältnis. »Theoretisch« bejaht er die Diesseitigkeit, aber in der Praxis und der »praktischen Ideologie« ist der Genuß verdächtig. Der Genuß scheint im Gegensatz zur Anstrengung zu stehen, zu den Verzichten, die wir bringen müssen, zu den Opfern. Und er ist zweideutig. Rüdiger Hillgärtner spricht diese Zweideutigkeit in einer späteren These an, wenn er auf die manipulative Faszination durch Ästhetisches hinweist, die überwunden werden müsse. Wie steht es mit dem Verhältnis von kämpferischer Anstrengung und Genuß? Ist da ein feindlicher Gegensatz? Oder ist es ein Gegensatz, der ein lebendiger Widerspruch des Lebens ist? Dazu möchte ich eine Antwort von Bertolt Brecht anführen. Er gibt sie in der Geschichte vom Feuermachen der Lai-tu.

»Me-ti sagte zu Lai-tu: ich habe dir zugesehen beim Feuermachen. . . . Du sahst aus wie jemand, der gezwungen wird, Feuer zu machen, und da nur ich selber da war, mußte ich annehmen, ich sei dieser Ausbeuter. Sie sagte: Ich wollte die Stube so schnell wie möglich warm haben. Me-ti sagte lächelnd: Was du wolltest, weiß ich. Aber weißt du es? Du wolltest es mir, deinem Gast, behaglich machen; es sollte rasch geschehen, damit das Gespräch anfangen konnte; ich sollte dich gern sehen; das Holz sollte anbrennen; das Teewasser sollte kochen. Aber von alldem kam nur eben das Feuer zustande. Der Augenblick ging verloren . . . eines geschah fürs andere, aber nichts für sich selber. Und was hätte alles im Feuermachen zum Ausdruck kommen können! Es ist eine Sitte darinnen, die Gastlichkeit ist etwas Schönes. Die Bewegungen, mit denen das schöne Holz zum Brennen gebracht wird, können schön sein und Liebe erzeugen; der Augenblick kann ausgenutzt werden und kommt nicht wieder. Ein Maler, der hätte malen wollen, wie du deinem Lehrer Feuer machtest, hätte kaum etwas zu malen gehabt. Es lag kein Spaß in diesem Feuermachen, es war nur Sklaverei.«⁵

Wenn man nun diese Geschichte, die eine lehrhafte sein will, auf ihre Lehre hin interpretiert, was zeigt sich dann? Der kulturelle »Wert«, von dem hier die Rede ist, ist die Gastlichkeit. Die Bestimmung, die für das Kulturspezifische gegeben wird, ist die:

daß der Augenblick zu gewinnen sei. Ja, was soll das heißen? Es geht um das Tun von Notwendigem; es muß geheizt werden. Aber das ist nicht das »Kulturelle« daran, in der Bedeutung, die Brecht diesem Begriff gibt: insofern es nur notwendig ist für ein anderes, aber nicht für sich selber steht. Es geht ihm darum, dem Tun des Notwendigen etwas abzugewinnen für den Augenblick, durch die augenblickliche Beziehung auf die menschlichen Bedürfnisse, auch dieses Tun genießen zu können; die Gastlichkeit soll schon im Feuermachen enthalten sein.

Ich versuche, dies in eine etwas begrifflichere Sprache zu übersetzen, um zu sehen, ob wir damit arbeiten könnten. Me-ti schlägt vor, dem Augenblick und den Dingen, mit denen wir umgehen, einen Aspekt abzugewinnen (und sie zu diesem Zweck entsprechend zu verändern), in dem sie »für sich selbst stehen«, nicht mehr Sklaverei ausdrücken, sondern das, was Marx am Ende des 3. Bandes »Kapital« etwas altehrwürdig das »Reich der Freiheit« genannt hat, »die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt«. ⁶ Ist es nicht das, was wir als »kulturellen Aspekt« in allen Lebensbereichen, auch der Arbeit, selbst in ihrer entfremdeten Gestalt, als Lohnarbeit, entdecken? »Selbstzweck« heißt aber auch, daß der Zweck von den betreffenden Individuen oder Gruppen selbst gesetzt ist, jede Delegation der kulturellen »Zwecksetzung« an andere Instanzen würde sie ins Gegenteil verkehren. Selbst dann, wenn den Massen die »Kultur der Monopole« (mit bestürzend großem Erfolg) angeboten wird, bedarf es noch der »kulturellen Realisierung« dieses Angebots, das von den Adressaten ergriffen und »selbst« angenommen werden muß, wenn auch dieses Moment der Selbsttätigkeit durch die imperialistische Massenkultur häufig auf einen verschwindenden Rest zusammengedrängt ist.

Ich erwähnte schon die marxische Regel, nicht von theoretischen Setzungen, sondern von der wirklichen Praxis der Menschen auszugehen, und die Brisanz dieser Regel in ihrer Anwendung auf die marxistische Kulturtheorie. Die kulturellen »Wertungen« sind ein Vorgang im Leben selbst, der Theoretiker kann nur analysieren, wie diese Prozesse ablaufen oder warum sie in bestimmter Weise ablaufen oder blockiert sind; er kann dann – wie Me-ti in der Geschichte vom Feuermachen der Lai-tu – die Erkenntnis über den Zusammenhang fördern und dadurch die Selbsttätigkeit unterstützen.

Wenn wir die Lehre Brechts annehmen, dann müssen wir das Kulturelle in strenger Unterscheidung vom Ökonomischen fassen, also nicht einfach alles = kulturell setzen – der Kulturbegriff würde sonst zu einem neuen Modesammelbegriff, unter dem die Gesamtheit der menschlichen Phänomene subsumiert würde. ⁷ Womit hat es das Ökonomische zu tun? Mit der Produktion von Lebensmitteln, die, wie der Name sagt, als Mittel zum Zweck des menschlichen Lebens selbst dienen. Ihr eigenes Leben ist für die Menschen selbst kein Mittel. »Man lebt nur einmal«, sagt man. D. h. wir sollten den kulturellen Aspekt im Unterschied zu ökonomischen und politischen Notwendigkeiten, die *Mittel* zu gesellschaftlichen Zwecken betreffen, unmittelbar von den Lebenszwecken her bestimmen, wie die wirklichen Menschen sie setzen; soweit Individuen oder Gruppen etwas von diesem Standpunkt aus behandeln, sollten wir vom »kulturellen Aspekt« sprechen, also soweit sich Menschen als Selbstzweck setzen. Im Gegensatz zum durch die Klassenherrschaft zugleich in Dienst genommenen und mystifizierten bürgerlichen Begriff von Kultur als einem Höheren, das über der Gesellschaft schwebt, wäre hier ein Zugang zu einem demokratischen Begriff der

Kultur »von unten«, in dem die Massen als das historische Subjekt aufgefaßt sind, als das sie dem Marxismus gelten.

Nun ein Blick auf eine etwas andere Auffassung von Dietrich Mühlberg⁸, die Einfluß gehabt hat auf einige der zu dieser Tagung vorgelegten Thesen. Mühlberg definiert Kulturauffassung als Selbstbewußtsein der Kultur und faßt dieses Selbstbewußtsein als Teil der Ideologie auf. Dann untersucht er den *Gehalt* dieser Kulturauffassung und stellt fest: 1. Sie beinhaltet die Regelung der Sozialisation, des Erziehungs- und Ausbildungswesens, also der Prozesse, in denen – grob ausgedrückt – aus Kindern gesellschaftlich funktionierende »Erwachsene« gemacht werden. Der zweite Gehalt der Kulturauffassung ist nach Mühlberg folgender: Sie regelt das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in einer Gesellschaft oder die geistige Vermittlung zwischen Individuum und Gesellschaft, stellt also einen »Transmissionsriemen« zwischen diesen beiden Instanzen dar; folglich ist Kultur eine Bedingung für die Reproduktion der Produktionsverhältnisse. Man sieht, daß diese Bestimmungen auf eine Definition der Ideologie hinauslaufen, und zwar auf eine ziemlich exakte. Das Kulturelle wird hier – wie bei Althusser im Rahmen einer andersgearteten Theorie⁹ – mit dem Ideologischen zusammengeworfen. Damit ist aber seine Besonderheit verschwunden.

Mühlberg schreibt der »Kulturauffassung« folgende Leistungen zu: 1. Sie »steuert . . . die individuelle Lebenstätigkeit« (153). 2. Sie »reguliert . . . den . . . Sozialisationsprozeß« (ebd.). 3. Sie »beeinflußt . . . die soziale Gesamtentwicklung« (ebd.). – Diese Auffassung geht ins »Systemtheoretische«; begriffsbildend ist für sie die Perspektive der Steuerung sozialer Prozesse, insofern hat sie sozialtechnischen Charakter. Dieser Charakter drückt sich drastisch aus in der entsprechenden Funktionszuweisung an Sozialtechniker. Mühlberg geht davon aus, daß zwar einerseits die Kulturauffassung etwas spontan Entstehendes ist, daß aber andererseits der wissenschaftliche Charakter der marxistischen Kulturauffassung die Arbeiterklasse von ihrer Entwicklung ausschließt. »Ihre Grundaussagen werden – abgehoben von den Lebensbedingungen der Arbeiter – arbeitsteilig produziert und in die Klasse hineingetragen.« (155) Im Fortgang spricht Mühlberg von der »arbeitsteiligen Produktion von kulturellen Wertvorstellungen« (157) und von »ihren professionellen Ausarbeitern« (ebd.) oder dem »Kreis der Spezialisierten, die sie ausarbeiten« (155).

Wir sehen hier folgende Vorstellung: »Kulturauffassung« der Arbeiter im Sozialismus wird gleichgesetzt mit »Ideologie«. Es gibt einen Spezialistenkreis, der arbeitet die kulturellen Wertungen aus – ein Spezialistenkreis von Intellektuellen – und trägt sie in die Arbeiterklasse hinein. Das scheint mir fragwürdig; im übrigen steht es im Widerspruch zum Programm der SED. In diesem Programm steht, es gehe darum, die *Bedingungen* zu schaffen, *damit die Fähigkeiten sich entfalten können*. Es gehe darum, *Möglichkeiten* zu eröffnen, *damit sich die Menschen ihr Leben inhaltsreich zu gestalten vermögen*. – Hier wird eine interessante, für alle Kulturgegenstandsbestimmung und Kulturpolitik wichtige Unterscheidung getroffen. Nämlich zwischen den *Bedingungen* des kulturellen Prozesses und dem *Prozeß selber*. Staatliche oder parteiliche Maßnahmen sollen sich laut Programm der SED auf die Bedingungen beziehen und nicht unmittelbar auf den kulturellen Prozeß. Der kulturelle Prozeß wird charakterisiert durch Selbsttätigkeit der Individuen im Interesse ihrer Selbstentfaltung aufgefaßt und entsprechend die Ermöglichung, Förderung, auch Orientierung dieses Prozesses unmittelbar auf die *Bedingungen* bezogen.

Ich möchte noch eine Parallele ziehen zwischen Gramscis kultureller *Hegemonie* und dieser Formulierung des SED-Programms, sowie dann eine Zusammenfassung geben. Gramscis Vorstellungen, mit denen er uns Intellektuellen sagt, wie wir ordentlich zu arbeiten hätten, sind ausgedrückt in dem ins Deutsche unübersetzbaren Begriff des »organischen Intellektuellen« des Proletariats. Viele Begriffe von Gramsci sind fast unübersetzbar. Mit dem Begriff des organischen Intellektuellen meint er z. B. – angewandt auf unser Thema –, wir sollen die »Werte« nicht außerhalb der Massen oder der Arbeiterklasse produzieren – vor allem die Vorstellung einer arbeitsteiligen »kulturellen Wertproduktion« wäre eine arrogante Anmaßung der Intellektuellen; als würden sie die »Werte« der Arbeiterklasse produzieren –, sondern wir sollten erstens zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeiter ständig selber ihre eigenen Werte hervorbringen, und wir sollten ihnen zweitens helfen bei der Ausarbeitung eines zusammenhängenden, mit der Wissenschaft in Einklang befindlichen Verständnisses von diesen Werten. Wir sollten mithin nicht das Verhalten der Arbeiterklasse zu regeln beanspruchen – was wir übrigens gar nicht könnten, was nur zu einer Phraseologie hier und zu einem Fallenlassen der zu Phrasen gewordenen Klassenansprüche dort führt –, sondern wir sollten auf der Grundlage der Einsicht in die Gesetzmäßigkeit, daß die Massenprozesse immer durch Eigentätigkeit vermittelt sind, hineingehen in den Kulturprozeß der Massen und dort unterstützend, verallgemeinernd, verwissenschaftlichend am Kulturprozeß teilnehmen, nicht so, daß in der Arbeitsteilung ein neuer Spezialist entsteht, sondern daß die Massen selber befähigt werden, diese ihre Prozesse in die eigene Hand zu nehmen.

3. Einige vorläufige Thesen

1. Beim Versuch einer Gegenstandsbestimmung, auch einer Gegenstandsbestimmung der Kulturtheorie, sollten wir ausgehen von den Aktionen der wirklichen Menschen und schauen, welche Aktionsarten wir kulturell nennen können.

2. So herangehend entdecken wir, daß Kultur nicht als Dingbereich aufgefaßt werden kann, nicht ein Sachkomplex ist, sondern ein Aspekt in der Gesamtheit der Beziehungen, und zwar der Aspekt, insofern Menschen sich ihre Aktivitäten als sinnvoll und sinnlich genießbar einrichten.

3. Wenn ich sage, wir sollen nach den Aktionen der wirklichen Menschen sehen, so ist der wirkliche Mensch nicht erschöpft im Individuum und auch nicht in der kleinen Gruppe; die *Organisation einer Klasse gehört zum wirklichen Menschen*, also die Aktionen der Klassenorganisationen gehören hierzu, und es ist klar, daß marxistische Diskussionen entweder wie diese hier am Rande einer Arbeiterorganisation stattfinden oder mehr oder weniger unmittelbar verwoben sind mit diesen Aktionen.

4. Es ist wichtig zu unterscheiden zwischen objektiven Kulturbedingungen und subjektiver Kultur, und zwar wichtig für jede Möglichkeit des Eingriffs in kulturelle Prozesse.

5. Ich würde vorschlagen, die höhere Kultur aufzufassen als genetisch abgelöst, zu etwas »Besonderem« geworden aus diesem allgemeinen Aspekt des menschlichen Daseins, der auch nach dieser Ablösung, nach der Entstehung bestimmter »höherkultureller« Tätigkeitsarten bestehen bleibt.

6. Kultur sollten wir nicht mit Ideologie gleichsetzen, schon gar nicht mit wissenschaftlicher Weltanschauung, und zwar deshalb, weil Kultur nicht wie die wissen-

schaftliche Weltanschauung auf Einsicht in die Notwendigkeit beruht; sondern auf – jetzt unausgeführte Begriffe, die hier in der Diskussion waren – Genuß und Humanität (vorgeschlagen von Hillgärtner und Metscher). Man kann und muß auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Weltanschauung um eine Kohärenz kämpfen, eine Linie durchsetzen, regulative Ziele der Geschlossenheit verfolgen, deren Übertragung aufs Gebiet der Kultur zerstörerisch wäre und im übrigen immer nur neben die Wirklichkeit greifen lassen würde.

7. Kulturpolitik muß sich konzentrieren auf die Schaffung von Bedingungen der Selbstentfaltung, auf die Orientierung dessen, was sich entfaltet, auf das Aufgreifen, Ermutigen, wie das von Lenin in »Was tun« als Aufgabe der neuzuschaffenden zentralen Zeitung gegenüber den politischen Aktivitäten aufgefaßt wurde.

8. Grobe Fehler sind entstanden und werden immer wieder entstehen, wo man zum Administrationismus und zum Edukationismus übergeht (diese Begriffe spielen in der sowjetischen Diskussion eine Rolle). Edukationismus, also alles und jedes ständig »erzieherisch« zu betrachten, weil man die Massen als jederzeit »zu erziehende« (Unmündige) behandelt, führt nämlich dazu, daß man sie gar nicht erziehen kann, denn die Massen lassen sich nicht »erziehen«, sondern wenden sich angeekelt ab von dieser dauernden Einwirkung. Edukationismus ist eine erfolglose Anstrengung von Erfolgen.

9. Kultur sollte man nicht mit Propaganda gleichsetzen; man sollte stets beachten *die Dialektik der Instrumentalisierung dessen, was sich selbst als Selbstzweck gilt*, oder um es anders zu sagen: Das Kulturelle ist das, was sich als das Nicht-Instrumentelle auffaßt, was sogar als antiinstrumentell auftritt; bei seiner Instrumentalisierung stößt man auf eine Dialektik, der man nicht ausweichen kann.

Zum Schluß möchte ich einen Grund skizzieren für die vielen Fehler, die begangen worden sind in der kulturpolitischen Tradition der Marxisten, zugleich ein Verständnis – verstehen heißt nicht verzeihen! – für den Sachverhalt vorschlagen, daß man so oft Kultur mit Ideologie gleichzusetzen neigt: Diese falsche Gleichsetzung wird mit großer suggestiver Kraft nahegelegt durch die Tatsache, daß der »kulturelle Aspekt« verknüpft ist mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft. Die klassenlose Gesellschaft streben wir als eine an, in der das Kulturelle – wie eingangs definiert – unmittelbar gesellschaftsbestimmend geworden ist. In dieser Gesellschaft gelten die Menschen sich unmittelbar als Selbstzweck und beziehen bewußt und uneingeschränkt alle gesellschaftliche Tätigkeit und allen gesellschaftlichen Reichtum auf diese Zwecksetzung. Im Ziel der klassenlosen Gesellschaft ist der kulturelle Aspekt so gut aufgehoben, daß das Mißverständnis naheliegt, man könne ihn deshalb umstandslos instrumentalisieren für den Kampf um dieses Ziel.

Anmerkungen

1 Kurt Steinhaus, Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, in: BRD – DDR, Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971.

2 Max Weber, Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in: Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, hrsg. v. J. Winckelmann, Stuttgart 1956, S. 223.

3 Kaspar Maase, 1. These des zu dieser Tagung vorgelegten Referats.

4 Rüdiger Hillgärtner, Thesen 1 und 2 des Referats zu dieser Tagung.

5 B. Brecht, Me-ti, Buch der Wendungen.

6 Karl Marx, Das Kapital, III. Band, MEW 25, S. 828.

7 Anders als bei Marx wird in dem sowjetischen Werk von Arnoldow u. a. über »Grundlagen der marxistisch-leninistischen Kulturtheorie« (Moskau 1976) der Akzent nicht auf »die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt« gelegt, sondern auf vergegenständlichte »Werte«. Hier die von W. M. Meshujew in der genannten Kollektivarbeit gegebene Kulturdefinition: »Kultur ist die in den Sphären der materiellen und geistigen Produktion verwirklichte aktive schöpferische Tätigkeit der Menschen (der Individuen, sozialen Gruppen, Klassen, Nationen, der Gesellschaft im Ganzen) zur Aneignung der Welt, in deren Prozeß gesellschaftlich bedeutsame materielle und geistige Werte geschaffen, aufbewahrt, verbreitet, ausgetauscht und angeeignet werden, wie auch die Gesamtheit dieser Werte selbst, in denen die schöpferische Tätigkeit der Menschen vergegenständlicht ist.« (S. 22) Hier droht jede unterscheidende Spezifik des kulturellen Aspekts unterzugehen in einem Totalzusammenhang. Schlechterdings alle Vergegenständlichungen der Menschen in der Geschichte gelten hier (irgendwie) = »Kultur«, der Mensch = »das kulturelle Wesen«. Klassencharaktere, Widersprüche (z. B. zwischen »Reich der Notwendigkeit« und »Reich der Freiheit«) sind hier ebenso untergegangen wie die Ansätze zu einer demokratischen Kulturpolitik. Dieser Kulturbegriff ist in strengem Sinn unmateriellistisch. (Zit. n. Weimarer Beiträge 11/1977, S. 170).

8 Dietrich Mühlberg, Zur weiteren Ausarbeitung unserer wissenschaftlichen Kulturauffassung, in: Weimarer Beiträge 7/1977, S. 151 ff.

9 ». . . culturel, c'est-à-dire idéologique . . .« (»kulturell, d. h. ideologisch«), formuliert Louis Althusser in: Philosophie et philosophie spontanée des savants, Paris 1974, S. 45. – Daß auch der so verwandte Ideologiebegriff seine Spezifik einbüßt, versuche ich zu zeigen in: »Zwei Kapitel über den ideologischen Klassenkampf« (Argument 100/1976) und »Zur Dialektik von ökonomischer Basis und politischem Überbau im Sozialismus« (Argument 106/1977, S. 789).



Gewerkschaften und Kultur

K. Maase: Gewerkschaftliche Kulturarbeit

L. Winckler: Soziale Stellung der Intelligenz in der Kulturindustrie und die Perspektive gewerkschaftlicher Orientierung

U. Klitzke: Ästhetische Arbeitsplatzgestaltung als Element gewerkschaftlicher Kulturarbeit

H. Hoffmann: Zum Verhältnis von öffentlicher und gewerkschaftlicher Kulturarbeit

D. Kramer: Neue Akzente in Freizeittheorie und -politik

Organisation und Spontaneität.

Zwischenbilanzen fortschrittlicher Kulturarbeit

K. Pallowski: Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt als Modell alternativer Kulturarbeit

H.-W. Heister/D. Stern: Aspekte fortschrittlicher Musikproduktion

G. Wiese: Kulturelle Spontaneität im politischen Kampf. Das Beispiel Wuhl

D. Kramer: Kultur der Arbeiterklasse und kulturelle Aktivitäten in der Geschichte der Arbeiterbewegung – Forschungsbericht

R. Hillgärtner: Thesen zum Kulturbegriff

Dokumentation

K. Schwab/F. Eckhard/O. Todtenberg: Gespräch über gewerkschaftliche Kulturarbeit

AS 23, 1978, 192 S., 15,50 DM. Stud.
12,80 DM; im Abo 12,80 DM. Stud.
11,- DM

Faust und die Kunst zu erben¹

1. Der historische Horizont der Faust-Diskussion

Sozialismus oder Untergang
in der Barbarei
Rosa Luxemburg

In einem kürzlich erschienenen Aufsatz hat Robert Weimann den Versuch unternommen, die Politisierung der Literaturwissenschaft in den kapitalistischen Ländern als notwendigen, mit grundlegenden strukturellen Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus verbundenen Prozeß zu begreifen.² Seine wichtigsten Thesen lauten: 1. Mit dem Anwachsen der staatlichen Aktivität im Dienste der Integration aller gesellschaftlichen Tätigkeiten und Faktoren, einschließlich der Volksbildung, der Kommunikation, der Kultur, ist, wie die gesellschaftswissenschaftliche Theorie insgesamt, auch die Literaturwissenschaft konfrontiert. Sie kann ihr nur aus politischem Bewußtsein widerstehen. Ihre Politisierung ist somit »kein voluntaristischer Akt aus moralischer Bewußtheit, vielmehr eine Konsequenz ihrer veränderten sozialen Funktion im Ensemble gewandelter Produktions- und Kommunikationsverhältnisse«. 2. Die Verflechtung von Wirtschaft und Politik, Industrie und Militär, von Prozessen der Produktion und der Zirkulation bringt Widersprüche hervor, die dazu führen, daß die Klassenkämpfe über die Verhältnisse der Produktion hinaus zunehmend die Bereiche der gesellschaftlichen Kommunikation und Konsumtion, der Literatur, Kunst, Kultur, Ideologie und Wissenschaft erfaßt haben. 3. Die Literaturwissenschaft hat teil an dem Schicksal der Institution Wissenschaft insgesamt, »kraft dieses Vergesellschaftungsprozesses in erhöhtem Maße beides zu sein: Gegenstand der Integration und Subjekt der Destruktion, ein Objekt der Manipulation und ein Medium der Selbstbestimmung, ein Fall des staatsmonopolistischen Eigentums wie auch ein Feld gesellschaftlicher Aneignung von Erkenntnis und Erfahrung«.

Auch die Aneignung des nationalliterarischen und weltliterarischen Erbes steht im Spannungsfeld dieser Auseinandersetzungen. So spielt die im *Argument* geführte Debatte um Goethes *Faust* nicht in einem weltlosen Raum wertfreier Philologie. Sie spielt vor dem Horizont der welthistorischen Alternative: Aufbau einer humanen Kultur oder Rückkehr der Barbarei mit der möglichen Konsequenz des Menschheits-suizids. Zur Frage steht: haben Kunst und Literatur, haben die kulturellen Überlieferungen der Vergangenheit überhaupt eine Funktion in diesen Kämpfen, und wenn ja: welche Funktion können sie besitzen?

Es kann nicht erwartet werden, daß die Auseinandersetzung um Goethes *Faust* diese Fragen zufriedenstellend zu beantworten oder auch nur als Fragen vollständig zu explizieren vermag. Zu erwarten ist jedoch – zumindest dann, wenn diese Diskussion von Wissenschaftlern geführt wird, die ihrem Anspruch nach sich im Umkreis marxistischen Denkens bewegen –, daß die Diskutanden sich des umfassenden historischen Horizonts ihrer Fragen bewußt sind. Daraus würde folgen, daß sie auf Intellektuellegezänk, Selbstprofilierung und Konkurrenzattitüden verzichten.

In den Beiträgen zur Faust-Diskussion im *Argument* 99 dominiert die z. T. polemische Kritik der von mir vorgetragenen Deutung. Der oben skizzierte historische

Horizont wird nur gelegentlich und am Rande einbezogen. Ausgehend von dieser leer gebliebenen Stelle möchte ich im folgenden die Diskussion um das literarische Erbe ein Stück vorantreiben. Angesichts der Schärfe der Kritik bin ich jedoch leider gezwungen, zunächst auf Auseinandersetzungen einzugehen, die von diesem Gegenstand noch weit entfernt sind. Der Leser, der solcher Polemik kein Interesse abzugewinnen vermag, kann den folgenden Abschnitt ohne weiteres überspringen.

2. Wissenschaftliche Kritik oder polemische Selbstblendung?

Ich kann nicht umhin, die Zweifel am wissenschaftlichen Status meines Essays an meine Kritiker zurückzugeben als Zweifel am wissenschaftlichen Status ihrer Kritik. Als Minimalforderung an jede wissenschaftliche Kritik postuliere ich zwei simple Anforderungen: 1. wissenschaftliche Kritik muß ihren Gegenstand genau und umfassend zur Kenntnis genommen haben, bevor sie sich kritisch zu diesem äußert; 2. wissenschaftliche Kritik muß die Auseinandersetzung mit den zentralen Argumenten der gegnerischen Position führen. Auch wenn sie Randerscheinungen behandelt (was ihr gutes Recht ist), muß sie den Weg zu den zentralen Argumenten finden. Zumindest darf sie sich der Auseinandersetzung mit diesen nicht entziehen. Diese Kriterien erst grenzen wissenschaftliche Kritik von der politischen, ideologischen oder persönlichen Polemik ab. Ich kann meinen Kritikern den Vorwurf nicht ersparen, zumindest in Teilen ihrer Beiträge gegen diese grundlegenden Regeln verstoßen zu haben.

Dafür einige Beispiele. So hält mir Schlaffer in der Kritik meiner Deutung der Schlußszenen von *Faust II* vor, ich würde die »Ironien und Inversionen« des 5. Akts nicht sehen, vor allem hätte ich die »ironische Struktur der realen Negativität hinter der scheinhaften Positivität« (S, 773) ignoriert. Dem halte ich entgegen, daß in meinem Text mehrfach von der »ironischen Struktur der Schlußszene« (M, 62) ihrem grundlegenden »Widerspruch« (M, 93), ihrer »szenischen Ironie« (M, 107, auch 133), dem »offenen Ende« der Faust-Handlung usw. gesprochen wird. Dem Wortlaut meines Texts zufolge gehört die Schlußszene »zu den höchsten Formen der Ironie in der Geschichte der Literatur« (M, 57). Ich reflektiere ausdrücklich die hermeneutischen Voraussetzungen, die meine Lesart des Akts, vor allem der Schlußszene erst möglich machen (M, 85, 106 f.). Meine Deutung mag falsch sein; daß ich eine »Positivität« des Texts naiv unterstelle, ist unwahr. Richtig ist, daß die ironische Struktur des Akts von mir nicht analytisch entfaltet wird, von einer »Glorifizierung von Fausts Taten und Tätigkeiten« (S, 775) kann dagegen mit keinem Wort die Rede sein. Ich deute *Faust* als poetische Geschichtsschreibung der bürgerlichen Klasse: ihrer Taten und Untaten, der Widersprüchlichkeit des Fortschritts kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, der Brutalität bürgerlicher Klassenherrschaft. Schlaffer führt Kommerells Metapher von der »Gefräßigkeit« Fausts gegen meine Deutung ins Spiel. Ich selbst spreche vom »Vampirdurst« des Kapitals nach »lebendigem Arbeitsblut«, den ich in Faust verkörpert sehe (M, 92), von einem welthistorischen Schauplatz von Menschenopfern. Daß der Prozeß der Kapitalisierung der Welt, daß bürgerliche Expansion und Weltherrschaft im menschheitsgeschichtlichen Sinn *dennoch* einen Fortschritt darstellen, sollte zumindest für Marxisten kein befremdlicher Gedanke sein. Er findet sich im *Kommunistischen Manifest* in klassischer Weise formuliert. Weiter rechnet mir Schlaffer vor, ich wüßte mit der Schlußszene der Dichtung (»Grablegung«) nichts anzufangen: ihr »Leitwort« sei »Liebe« (S, 776). Das ist richtig, nur ist bei mir wörtlich das gleiche zu finden. So spreche ich von Gretchen als der »Verkörperung der ewigen Kraft der Liebe« (M, 110) und deute die Szene als »Resurrektion der Natur im Symbol des ewig neuen Tags der Liebe« (M, 111). Auch die von Schlaffer gegen meine Interpretation ins Feld geführte »Formulierung einer proletarischen Position« im »allegorischen Feld der Ameisen, Greife, Pygmäen und Daktylen« findet sich, nahezu wörtlich, in meinem Aufsatz (M, 80 f.).

Pickerodt behandelt meinen Text mit ähnlicher Akribie. Zunächst stützt er sich meine Position zurecht durch Einfügung des Wörtchens »nur«. Mein Satz, daß Grundeinsichten des historischen Materialismus in der klassischen Literatur des deutschen Humanismus »in poetischen Formen vorgebildet sind«, erscheint in seinem Zitat als »nur in poetischen Formen vorgebildet, nicht aber in wissenschaftlicher Begrifflichkeit artikuliert« (P, 749). So läßt sich's trefflich gegen mein »szientifisch-begriffliches Erkenntnisideal« (P, 749) polemisieren. Die durch das eingefügte »Nur« implizierte Abwertung läuft jedoch dem gesamten argumentativen Gestus meines Essays zuwider, geht es mir doch gerade um das Herausarbeiten der historischen Leistung, des

hohen Rangs dieser Literatur. Die polemische Kritik ist prinzipienlos. Sie nimmt sich die Argumente, wie sie sie braucht. So schreibt Pickerodt einerseits, ich würde Literatur auf eine Vorform begrifflicher Erkenntnis reduzieren, erhebt an anderer Stelle jedoch den Vorwurf, ich würde »die poetische Bildstruktur in Geschichte« auflösen (P, 750), darüber hinaus Ökonomie und Geschichte voneinander isolieren (P, 758). Angesichts eines solchen Katalogs philologischer Todsünden sollte der Beschuldigte in sich gehen und schweigen. Doch erlaubt er sich zuvor die bescheidene Frage: was geschieht in den Kapiteln II, 2, II, 3 und III, 1 eigentlich anderes, als daß dem Gedanken nachgegangen wird, *Faust* als Darstellung eines Prozesses historischer Bildung zu begreifen? Der Prozeßcharakter des dramatischen Vorgangs, verstanden als Widerspiegelung des Geschichtsprozesses, ist das zentrale Thema meines Essays. Erst in den letzten Kapiteln ist die Substanz meines Deutungsversuches enthalten. Die Untersuchung der literarischen Funktion ökonomischer Kategorien (II, 1) hat dagegen nicht mehr als eine vorbereitende Funktion. Dies scheint eigentümlicher Weise keiner meiner Kritiker zur Kenntnis genommen zu haben.

Mit der Methode des sinnentstellenden Zitierens arbeitet auch Mattenklott. Meine Auffassung vom »offenkundigen Opportunismus« Goethes (M, 152, Fußnote) erscheint bei Mattenklott als Goethes »opportunistische Entgleisungen«, was den gemeinten Sinn verdreht. Der Punkt mag marginal sein, ist jedoch nicht uncharakteristisch für den Typus einer Kritik polemischer Selbstblendung, wie ihn die Beiträge Mattenklotts, Pickerodts und Schläffers auf weite Strecken repräsentieren. Keine Marginalie ist Mattenklotts aggressive Kritik meiner Auslegung des Monolog Fausts am Beginn des Zweiten Teils (V. 4679–4727), vor allem des Monologschlusses (». . . und du begriffst genauer: Am farbigen Abglanz haben wir das Leben«). Meine Deutung (M, 59 ff.) besagt, daß Faust in diesem Monolog ein Resultat der Erfahrungen formuliert, die der erste Teil der Dichtung brachte. Es handelt sich mithin um die Artikulation eines Erkenntnisakts, der in der letzten Strophe des Monologs entfaltet und in der letzten Verszeile sentenziös resümiert wird. Das zentrale Bild des Wassersturzes deutet ich als »Symbol des Lebensstromes, der in Fruchtbarkeit wachsend sich erfüllt« (M, 59). Der sentenziöse Schluß will meiner Auffassung zufolge zum Ausdruck bringen, daß die Erfüllung des menschlichen Lebens *in dieser Welt* zu suchen ist, nicht in einer jenseitigen, und *in dieser Welt* heißt: in der Welt des Erdscheitens, der »erscheinenden Natur« als dem Tätigkeitsbereich des Menschen. Meiner Deutung nach ist der Gedanke Niederschlag einer spinozistischen Grundauffassung. Mattenklott jedoch liest meinen Text so, als hätte ich die Meinung vertreten, daß sich die Metapher des »farbigen Abglanzes« auf den Vorgang *wissenschaftlicher Begriffsbildung* beziege, der Vers also lauten müßte: »an der genaueren Begriffsbildung haben wir das Leben«. Mein Argument, daß es sich hier um die *Form eines Erkenntnisvorgangs* handelt, der erkannte *Inhalt* in der Metapher des farbigen Abglanzes konzentriert ist, wird verdreht, indem die Auslegung des »Und du begriffst genauer« schlicht auf die Metapher des »farbigen Abglanzes« übertragen wird. Kein Wunder, daß mein Kritiker mich nun, angesichts des absoluten Unsinns, den er mir in den Mund gelegt hat, im Brustton aufrechter Entrüstung und als kühner Verteidiger der geschändeten Dame Philologie einer »toll-dreisten Nichtachtung des Texts und der Geschichte seiner gelehrten Auslegung« anzuklagen vermag (Ma, 470). Sicherlich läßt sich über meine bewußt demystifizierende Deutung des Monologs und seiner zentralen Symbole streiten (sie stellt sich in einen nicht näher entfalteten Gegensatz zu den Deutungen der traditionellen Faust-Forschung). Pickerodt argumentiert daher auch auf anderer Ebene, wenn er die Metapher des farbigen Abglanzes auf den Vorgang ästhetischer Erkenntnis bezogen wissen will, eine sicher interessante, doch reduktive Lesart, die weder von dem metaphorischen und thematischen Kontext des gesamten Monologs getragen, noch auch von der Bedeutung des dramatischen Gesamtprozesses gestützt wird.³ Unbestreitbar dürfte sein, und im Kontext meines Arguments ist dies die Hauptthese, daß der Monolog einen Erkenntnisprozeß artikuliert, daß er, wie sich sagen ließe, *sylogistisch* strukturiert ist. Selbst wenn man meine vorausgesetzte Beziehung zum ersten Teil des Faust-Dramas (vor allem zur Szene »Wald und Höhle«) in Frage stellen möchte, ließe sich aus dem Text des Monologs allein ablesen, daß aus der Reflexion von Erfahrungen – Erfahrungen, die in Naturbildern von kosmischer Dimension artikuliert werden – ein *doppelter Schluß* gezogen wird, ausgedrückt auf zwei aufeinander bezogenen Erkenntnisstufen: 1. »So bleibe denn die Sonne mir im Rücken«, 2. »Ihm sinne nach, und du begriffst genauer«. Goethes Text läßt sich hier nicht verdrehen. Es handelt sich um *Erkennen*, »Begriffen«, und zwar in der Form einer *Steigerung*: um die Artikulation des Prozesses einer durch Erfahrung gesteigerten, einer im Prozeß der Erfahrung zunehmenden Erkenntnis. (Das »Und Du begriffst genauer« durch Hinweis auf einen Reimzwang mit »Schauer«

abtun zu wollen [Ma, 741], ist kindisch). Die Erörterung des Textstückes steht zudem in einem Kapitel, welches den dramatischen Prozeß als Form eines Erkenntnisvorgangs untersucht. Daß Mattenklott diese Tatsache ignoriert und überdies suggeriert, meine Ausführungen über die *Form* des Erkenntnisvorgangs würden sich auf den *Inhalt* des Erkannten beziehen, konstituiert einen Typus von »Mißverständnis«, der nur noch als polemische Selbstblendung verstanden werden kann. Das von Mattenklott eingangs beschworene solidarische »Streitgespräch zwischen Kollegen« (Ma, 734) erscheint angesichts dieser Praxis wie ein schlechter Witz. Es entbehrt sicher nicht der Ironie, daß die Verfasser des Beitrags, der mir politisch und wissenschaftlich am fernsten steht – Gerhard Bauer und Heidegert Schmid Noerr – sich die größte Mühe geben, mein Argument in seinem Kern zu kritisieren.

3. Literarische Interpretation als Form historischer Verständigung

Es ging mir in meinem Faust-Essay um einen Versuch historischer Verständigung. Die Geschichte unserer eigenen Gesellschaft sollte vergegenwärtigt werden nicht als Gegenstand der Wissenschaft, d. h. in ihrer objektiven Gestalt als historischer Prozeß, sondern als Gegenstand der Dichtung: in ihrer Gestalt als Geschichte subjektiver Erfahrung und Bildung. Daß die Erkenntnis vergangener Geschichte im Medium der Dichtung Bedingung sei der aktuellen Geltung dieser Dichtung, ist eine (nicht näher explizierte) Voraussetzung meines Essays. Aus dieser Voraussetzung ergibt sich meine besondere Fragestellung. Es ist die Frage nach der *wirklichen Welt in der Dichtung*, die Frage: *welche Wirklichkeit wird wie in der Dichtung Goethes erfaßt, welche Sichtweise und Wertung von Wirklichkeit wird von ihr vermittelt?*⁴ Diese Frage ist für die konventionelle Literaturwissenschaft lediglich eine Frage unter anderen Fragen, für die materialistische ist sie sicher die erste aller Fragen, die wissenschaftstheoretische Grundfrage. Der Begriff der *sozialhistorischen Rekonstruktion* sollte das Verfahren des Erschließens der wirklichen Welt im Text der Dichtung bezeichnen. Er intendiert nicht die Rekonstruktion sozialhistorischer Empirie vermittelt des literarischen Texts (so wie dieser dem Sozialhistoriker als geschichtliches Dokument dienen kann). Der Begriff zielt auf die Analyse des Texts selbst, verstanden als poetisches Widerspiegelungssystem: auf seine Interpretation aus dem Kontext seines Zeitalters, auf die deutende »Rekonstruktion« seiner sozialen, kulturellen und ideologiegeschichtlichen Genesis. Von diesem Interesse her konnte es um keine »Gesamtdeutung« des *Faust* gehen (was immer man darunter verstehen mag), sondern allein um das Erfassen einer seiner wesentlichen Dimensionen; darüber hinaus allerdings um Überlegungen, was die Erkenntnis dieser besonderen Dimension für Fragen einer »Gesamtdeutung«, ja für die Einschätzung des literarhistorischen Status Goethes und der deutschen bürgerlichen Literatur insgesamt bedeutet.

Das von mir angewendete Verfahren der Explikation der in Goethes Text geleisteten Wirklichkeitserfassung ist das eines relativ direkten kommentatorischen Zugriffs. Es handelt sich in weiten Strecken um einen kursorischen Textkommentar, noch nicht um eine die ästhetischen Strukturen im Detail berücksichtigende Textanalyse. Picke-rodt hat recht, wenn er hier Mängel konstatiert. Eine präzise Analyse des Texts nach Maßgabe der von mir entwickelten Fragestellung, eine Ausweitung der Fragestellung selbst auf die ästhetische Formenwelt der Dichtung bedarf der weiteren Ausarbeitung. Nur scheint mir dieser Weg des Weiterarbeitens, der Konkretion und Korrektur erster Ergebnisse, des Eliminierens von Widersprüchen usw. für den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt normal.

In dem vorgelegten Essay habe ich versucht, die Schichten der Wirklichkeitserfas-

sung in Goethes Text freizulegen. Dieser Intention folgt der Aufbau meiner Interpretation: von der Analyse der Funktion dessen, was ich *ökonomische Kategorien* nenne (unter »Kategorien« verstehe ich in diesem Zusammenhang: im Text wirkende gedankliche Vorstellungskomplexe), über die Analyse der in der Dichtung erscheinenden historischen Welt und ihrer unterschiedlichen Repräsentanten bis hin zum Versuch, den Prozeß des dramatischen Ablaufs als historisch-kulturellen Bildungsprozeß zu verstehen. Zu diesem Verfahren gehört, daß gleiche Textstellen auf den unterschiedlichen methodischen Stufen (in den verschiedenen Kapiteln) behandelt werden. Sie werden damit jeweils unter anderen Gesichtspunkten gesehen und erscheinen so in wechselndem Licht. Diese Methode führt von der einschichtigen Erfassung bestimmter Bildstrukturen zum Versuch, den gesamten Prozeß der Dichtung als Darstellung eines komplexen historischen Prozesses lesen zu lernen. Am Ende steht das Bemühen, die den repräsentativen Dichtungen Goethes zugrunde liegende gedankliche Einheit (vor allem das Verhältnis des *Faust* zu den Meister-Romanen) aufzuzeigen und den Ort dieser Dichtungen in der Geschichte Deutschlands bis in die Gegenwart zumindest skizzenartig anzudeuten. Mir bleibt rätselhaft, daß meinen Kritikern diese Vorgehensweise ungangen ist. Es ist ein Weg vom Einfachen zum Komplexen mit der Absicht, literarische Komplexität in den Griff zu bekommen; literarische Komplexität allerdings so zu sehen, daß diese als ästhetische Verarbeitung und Darstellung der Komplexität des wirklichen Lebens, als Aufzeichnung gesellschaftlicher Erfahrungen erscheint.

Es ist mir verständlich, daß für Literaturwissenschaftler, die in der traditionellen Germanistik (zu der ich, bei allem Respekt, auch die Szondi-Schule rechne) groß geworden sind, ein solches Interesse an Goethes Text wie ein ästhetisches Sakrileg erscheinen muß. In der Tat wird hier das wirkliche Leben über das ästhetische gestellt. Die Dichtung soll Instrument sein zum Verständnis der Wirklichkeit. Sie hat die Funktion, das Zusammenleben der Menschen leichter, reicher, produktiver, bewußter zu gestalten. »Alle Künste tragen bei zur größten aller Künste, der Lebenskunst«, sagt Brecht.⁵ Ich meine, daß Goethe im *Faust* eine vergleichbare Ansicht vertreten hat.

Zur Sekundärliteratur

Die traditionelle (bürgerliche) Goethe-Forschung kennt ein solches Erkenntnisinteresse nicht. Aus diesem Grunde war ihr die von mir formulierte Fragestellung weitgehend unbekannt. So hat sie auch die von mir angesprochene Dimension des *Faust* nur unvollständig oder entstellt zur Kenntnis nehmen können. Sie folgte anderen Interessen, hat andere Fragen entwickelt und diente anderen Herren. Es ist ein Leichtes, die Auseinandersetzung mit der bislang vorliegenden Forschung zu fordern. Diese Forderung einzulösen, ist, bereits angesichts der schier Quantität der vorliegenden Literatur, alles andere als leicht. Im Rahmen meines Essays war eine gründliche und systematische Auseinandersetzung mit der Sekundärliteratur nicht möglich, und angesichts der Tatsache, daß zu der von mir entwickelten Fragestellung diese Literatur wenig hergibt, auch nicht vorrangig. Die kritische Geschichte der Faust-Rezeption und Faust-Forschung ist ein Desiderat der marxistischen Germanistik. Wo hätte auch nur Hans Schwertes verdienstvolle ideologiekritische Untersuchung über »*Faust und das Faustische*«⁶ seine marxistische Vertiefung gefunden? Ein grundlegender Mangel der marxistischen Goethe-Forschung ist ihre relative Ferne zum Text und das Fehlen ausgearbeiteter textanalytischer Verfahrensweisen. Dies gilt für die von Mattenkloß so nachdrücklich empfohlene Arbeit von Heinz Hamm und Thomas Höhle ebenso wie für Hamms soeben erschienenen Faust-Buch.⁷ Der Wert beider Arbeiten geht über den der Übersicht und Einführung nicht hinaus. Sie verfahren methodisch konventionell, ja fallen in manchen Punkten hinter den Erkenntnisstand von Lukács' klassischem *Faust*-Essay zu-

rück. Ein Buch allerdings hätte von mir erwähnt werden müssen: die *Faust-Gespräche* von Gerhard Scholz.⁸ Bedauerlicherweise habe ich diese Arbeit erst nach Veröffentlichung meines Manuskripts zur Kenntnis genommen. Die Übereinstimmung, die ich in allen wesentlichen Punkten entdecke (ich nenne: die Auffassung des *Faust* als »Zeitalterdichtung«, die Deutung des Erdgeists und der Philemon-und-Baucis-Parabel, der Lemuren als »Erben der Leiber von Generationen bislang vergeblich kämpfender Proletariate«, der Schlußvision als einer »Gemeinschaft der Tätig-Freien«), fasse ich als Bestätigung der Richtigkeit meiner Gedanken auf, der Richtigkeit auch meiner methodologischen Prämisse, derzufolge ein identisches oder zumindest verwandtes Erkenntnisinteresse gleiche oder doch ähnliche Ergebnisse zeitigen wird.

4. Sprache des Bildes und Sprache des Begriffs

Neben den Vorwurf, Literatur auf Geschichte zu reduzieren, tritt der zweite: Kunst mit Wissenschaft zu vermengen, poetische Sprache lediglich als reduzierte, unartikulierte Form der begrifflichen aufzufassen. Dem Vorwurf scheint ein unaufgeklärtes theoretisches und methodologisches Mißverständnis zugrunde zu liegen: die Verwechslung von poetischer und wissenschaftlicher Sprache, die Leugnung der grundlegenden Differenz zwischen Sprache des Bildes und Sprache des Begriffs. Die Tatsache, daß ich einen poetisch formulierten Sachverhalt begrifflich zu fassen versuche, bedeutet nicht, daß ich unterstelle, daß mein Begriff der poetischen Formulierung zugrunde gelegen hätte, von ihr gewissermaßen intendiert sei. Das Verhältnis ist als ein grundsätzlich anderes zu denken. So verstehe ich das literarische Werk als ästhetisches Weltbild, als »Entwurf einer ästhetischen Welt«⁹, die zur realen in einem bestimmten, wissenschaftlich bestimmbar Verhältnis steht, in der Strukturen der wirklichen Welt durchsichtig, also *erkennbar* werden. Literaturkritik und Literaturwissenschaft haben seit Aristoteles die Aufgabe, die sinnlich-bildhafte Schein-Welt der Kunst *begrifflich* zu entschlüsseln, ästhetische Sprache so vollständig wie möglich in die wissenschaftliche zu überführen. Die nachempfindende Paraphrasierung, die bloße metaphorische Reproduktion¹⁰, die nachdichtende Umschreibung tun es nicht. Dichtung bedarf der begrifflichen Deutung schon deshalb, weil sie für sich stets nur als Potential von Rezeptionen existiert. Das Verhältnis von poetischer und literaturwissenschaftlicher Sprache läßt sich als Vorgang der Kommunikation zwischen zwei unterschiedlichen Sprachsystemen verstehen. Die sinnlich-bildhafte, semantisch assoziative, emotiv besetzte, stets komplexe Sprache der Dichtung ist in die kühl betrachtende, dem Stilideal der Klarheit und Eindeutigkeit verpflichtete abstrakte Sprache des Begriffs zu übersetzen. Wenn das »szientifische Orientierung« ist, dann bin ich gern so orientiert. Meiner Auffassung nach kann eine wissenschaftliche Literaturkritik gar nicht anders verfahren. Daß sich bei dem Vorgang einer solchen Kommunikation zwischen unterschiedlichen Sprachsystemen enorme Schwierigkeiten einstellen, daß die Literaturwissenschaft bis auf den heutigen Tag nur über ein in vielem noch unzulängliches und ambivalentes begriffliches Instrumentarium verfügt, sollte jedem, der Methoden und Kategorien dieser Wissenschaft kritisch reflektiert, hinreichend bekannt sein. So reicht das vorliegende literaturwissenschaftliche Instrumentarium nicht aus, um die von mir in den Blick genommenen Sachverhalte und Probleme zu erfassen. Aus diesem Grund die Einführung neuer Begriffe wie »sozialhistorische Rekonstruktion«, »sozialhistorisches Substrat des Texts« usw. Der Begriff »Komplex Ökonomie« ist nicht einfach mit »Ökonomie« im Sinne der ökonomischen Wissenschaften identisch. Er bezieht sich auf eine aus unterschiedlichen Elementen zusammengesetzte Ganzheit realer Prozesse wie auf Vorstellungen über diese Prozesse.

»Poetische Kategorie« ist nicht mit dem Kantschen Begriff der »Vorstellungsform a priori« identisch, wie Mattenklott glaubt, sondern meint einen ästhetisch wirksamen Vorstellungskomplex, in dem unterschiedliche reale und ideelle Faktoren hineinspielen, der sich poetisch unterschiedlich ausformt (in Metaphern, dramatischen und epischen Figuren, Momenten des Handlungsprozesses), der im Text der Dichtung auch *begrifflich* artikuliert werden kann, der also einen poetischen Text ästhetisch und semantisch (in seiner formalen Struktur wie in seiner Bedeutungsstruktur) prägt. »Ökonomie«, »Natur«, »Magie«, »Humanität durch Arbeit« sind solche im *Faust* formativ wirksamen poetischen Vorstellungskomplexe oder »Kategorien«. »Formativ wirksam« heißt, sie wirken in den Text hinein, sie sind für den Gesamttext oder einen Teilbereich des Texts ästhetisch und semantisch konstitutiv. Literarische Komplexität ist Resultat des Zusammenspiels solcher Vorstellungskomplexe.

Zur literarischen Komplexität gehört die Vieldeutigkeit des Texts im ganzen wie auch die einzelner Teile (z. B. bestimmter Bilder). Literatur ist semantisch nie völlig eindeutig. Zweideutigkeit, Mehrdeutigkeit, »Ambiguität« oder »Polyvalenz« der ästhetischen Bedeutung gehört wesentlich zur besonderen Qualität künstlerischer Formen. Goethes *Faust* ist fraglos ein Extremfall polyvalenter Dichtung. Zu seiner »intrinsic ambiguity«¹¹ (Eudo C. Mason) gehört, daß zentrale Bilder, Metaphern und dramatische Symbole mehr als eine »Lesart« zulassen, zumindest einen Spielraum von Interpretationen gestatten, nicht auf eine partikulare Bedeutung festgelegt werden können. So vermag Pickerodt offenkundig nicht zu sehen, daß komplexe Bilder wie »farbiger Abglanz«, die Metapher des »brennenden Kaisers«, Figuren wie die Gnommen oder symbolische Geschehnisse wie die Erfindung des Papiergeldes einen Bedeutungsspielraum besitzen, der es verbietet, mit dem Verdikt der Fehldeutung allzu flink zu operieren. »Kunstfremd« ist sicher jeder Versuch der *eindeutigen* Festlegung eines *vielschichtigen* Texts.

Zur literarischen Komplexität gehört weiter, daß begriffliche Erkenntnis nicht notwendig im Gegensatz steht zur literarischen. Der literarische Text vermag begriffliche Erkenntnis, wie auch die Sprache des Begriffs, zu integrieren. Er verleibt sie sich ein. Mit Lionel Trilling möchte ich jedem wissenschaftsfeindlichen Obskurantismus gegenüber ins Feld führen, daß *Ideen, Gedanken*, auch in der Form *wissenschaftlicher Begriffe* wesentlich zur Literatur gehören.¹² Zumindest für einen großen Teil der überlieferten literarischen Werke dürfte dies zutreffen, und ganz sicher zu einem Werk wie dem *Faust*. Mein Rückgriff auf die Literaturtheorie Friedrich Schlegels hatte u. a. den Sinn, die Integration wissenschaftlicher (wie auch spezifisch politischer) Elemente als konstitutives Merkmal der modernen Literatur kunsttheoretisch zu begründen. So behaupte ich nach wie vor, daß *auch* (nicht *nur*, sondern *auch*) die Dimension begrifflicher Erkenntnis, mithin ein besonderer theoretischer Gehalt für den *Faust* bestimmend ist, ja daß dieser, wie Schlaffer (hier in Übereinstimmung mit mir) formuliert, »eine bewußte Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft in allegorischer Gestalt (ist), deren theoretischer Gehalt in der poetischen Literatur wie in der politischen Ökonomie vor Karl Marx ohne Beispiel ist« (S, 772). Ich möchte weiter behaupten, daß das Kriterium einer auch nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten richtigen Erkenntnis über gesellschaftlich-historische Zusammenhänge und Prozesse – das Kriterium einer *Wirklichkeitsadäquan*z – ein entscheidender Maßstab für die Bestimmung des Ranges von Literatur ist. Der Tatbestand also, daß *Faust* in seinem

»theoretischen Gehalt« zutreffende Erkenntnisse über die bürgerliche Gesellschaft vermittelt – so wenig seine Kunstfunktion darin aufgeht – bestimmt die Bedeutung dieser Dichtung als Form klassischer realistischer Literatur entscheidend mit. »Wirklichkeitsadäquanz« im weitesten Sinne heißt: das Sichtbarmachen der unsichtbaren Handschrift eines historischen Weges, jener Zeilen, die die Geschichte eingeschrieben hat in das Buch der Völker mit »Schriftzügen von Blut und Feuer« (Marx). Sie ist Bedingung der zeitübergreifenden Wirkung, damit auch der heutigen Geltung überlieferter Literatur.

5. Faust und kein Ende

Jede Überlegung zur Frage, wie die Literatur der Vergangenheit für die Bewältigung der Gegenwart fruchtbar werden kann, muß von dem Tatbestand seinen Ausgang nehmen, daß es »ideologiefreie« literarische Traditionen nicht gibt. Alle überlieferte Literatur existiert in dem Doppelcharakter, in die Produktions- und Herrschaftsverhältnisse ihrer Zeit eingebunden, an die herrschenden Gedanken (als Gedanken der herrschenden Klasse) gefesselt zu sein und doch das Vermögen der Wirklichkeitsdurchdringung zu besitzen, der Artikulation poetischer Erkenntnis vermögend zu sein. Gibt es keine Überlieferung »außerhalb« dieses Doppelcharakters, so gibt es auch keine Überlieferung, die ohne kritische Bemühung, ohne Anstrengung des Begriffs rezipiert und weiter tradiert werden kann. Aus diesem Grunde sind Begriffe wie »Erbepflege«, ist der Begriff des »kulturellen Erbes« selbst problematisch. Diese Begriffe suggerieren, daß hier etwas gärtnerisch gepflegt, behütet, sich selbst überlassen werden kann. Sie suggerieren Traditionsaneignung als museale Veranstaltung. In Wahrheit ist genau das Gegenteil der Fall: die literarischen wie alle künstlerischen und kulturellen Überlieferungen sind stets der neuen Interpretation bedürftig. Sie bedürfen der Auseinandersetzung, der Diskussion, des Diskurses, des Streits. Eine widerspruchsfreie, auch widerstandsfreie Vergegenwärtigung der Kunst der Vergangenheit kann und wird es nicht geben.

Grundlegendes Kriterium für die Qualität der überlieferten künstlerischen Produktionen und Bedingung ihrer Gegenwartswirkung ist, wie weit es diesen gelingt, herrschende Ideologien zu durchbrechen; inwieweit in ihnen Wirklichkeit erfaßt, soziale Erfahrungen durchschaubar werden; inwieweit in ihnen eine Welt eröffnet wird, in deren Horizont noch die Wirklichkeit des Rezipienten und seine Probleme ihren Ort haben. Diese (zumindest partielle) Identität unterschiedlicher Wirklichkeiten und in ihnen eingeschmolzener Erfahrungshorizonte stiftet die Einheit von Kunstproduktion und Kunstrezeption im historischen Prozeß der Tradierung literarischer Werke. Sie ermöglicht erst die Wirkung literarischer Werke über längere Zeiträume hinweg. Sie konstituiert die Kontinuität in den Prozessen der Werküberlieferung. Diese Möglichkeit ist ein Potential des Werks selbst, der in ihm gestalteten ästhetischen Welt. Ein solches Werkpotential ist eine Vorgabe, die in unterschiedlichen Rezeptionssituationen realisiert wird. Aufgabe einer kritischen Literaturwissenschaft ist es, für eine aktuellen Bedürfnissen und Interessen entsprechende Werkrezeption Sorge zu tragen. Wie die Werke selbst und jede andere Form ihrer Rezeption ist daher auch die literaturwissenschaftliche Rezeption (und gerade diese) in das Spannungsfeld politischer und ideologischer Auseinandersetzung gestellt. Literaturwissenschaft und Literaturkritik sind vom Prozeß der Aneignung überlieferter Werke, vom Prozeß ih-

rer Tradierung und Aktualisierung nicht wegzudenken. Ihre Funktion ist, die »praktische Rezeption« von Literatur anzuleiten. Aus diesem Grunde auch bedarf die Poesie des Interpretieren.

In meinem Versuch einer Aneignung der Faust-Dichtung Goethes ging es mir um die Demonstration ihrer *poetischen Wahrheit*: der Tiefe und Dichte der in ihr und durch sie erschlossenen Wirklichkeit. Es ging mir weniger um das, was am *Faust* historisch »datiert«, im negativen Sinn des Begriffs ideologisch determiniert und historisch »falsch« ist. Diese »Einseitigkeit« war von meinem Zweck diktiert: zu zeigen, daß Goethes Werk den geschichtsgestaltenden Kräften unserer Zeit gehört, daß es den Händen des Obskurantismus und Dunkelmännertums, den Kräften des »Barbarismus« (Thomas Manns Begriff) zu entreißen ist. Und zumindest für unser Land dürfte die von mir vorgeschlagene Lesart des Faust, wenn sie auch nur in den Konturen stimmt, eine Entdeckung ersten Ranges bedeuten. Das in der reichs- und bundesdeutschen Geschichte dominierende Faust-Bild ist, wie jeder weiß, anderer Art als das von mir vorgestellte, und dies gilt auch für die ernstzunehmende *Faust*-Forschung. Die westdeutsche und westberliner Linke hat gleichfalls ein gebrochenes Verhältnis zum angeblich »klassischen« Goethe. Aus verständlichen Gründen sicherlich, wenn man die herrschenden Traditionen der Goethe-Rezeption in Rechnung stellt. Auch von denen, die keineswegs die Literatur im ganzen abschaffen wollen, wird meist der Jakobinismus oder Hölderlin gegen die sogenannte deutsche Klassik ausgespielt. Matenkloß, doch auch Argumentationslinien in den anderen Beiträgen dokumentieren deutlich diese Richtung. Im Gegensatz zu solchen Einseitigkeiten habe ich bereits in den Jahren 1968–71 gemeinsam mit Belfast Studentinnen versucht, einige der »klassischen« Texte Goethes neu lesen zu lernen, statt ihrer Denunziation eine neue Interpretation einzuüben, gegenüber der Tradition alternative Deutungen vorzuschlagen.

Wenn meine vorgetragene Überlegung stimmt und die Werke des weltliterarischen Erbes (zumindest virtuell) die Sicht auf historische Prozesse und soziale Erfahrungen eröffnen, die die Erkenntnis dieser Prozesse und Erfahrungen möglich macht – Erkenntnisse der historischen Welt des Werkes wie der gegenwärtigen Welt des Rezipienten –, so kommt der Literatur (und den anderen Künsten) die einzigartige Funktion zu, Medium der Konstitution dessen zu sein, was ich ein *alltagspraktisches historisches Bewußtsein* nennen möchte. Darunter verstehe ich ein Bewußtsein von Geschichte, das in der Praxis des Alltags seinen Ort und seine Wirkung hat, das nicht beschränkt ist auf das Fachwissen des Historikers. In dieser Sicht arbeitet Literatur an der Vermittlung eines jedem zugänglichen Geschichtsbildes. Denn die einzigartige Leistung der Literatur ist, in Formen sprachlich-sinnlicher Kommunikation die vielfältigsten und komplexesten Erfahrungen der historischen Subjekte neu erfahrbar, nach-erlebbar zu machen, den Lesern eine nahezu unendliche Vielfalt von Möglichkeiten gesellschaftlicher Erfahrung zu eröffnen. Literatur ist Geschichtserfahrung als erlebte Erfahrung der historischen Subjekte. Sie ist ihr objektiviertes Gedächtnis: die *objektive Gestalt* menschlicher Erinnerung. Sie ist Organon der gesellschaftlichen Erfahrungen und der Kritik dieser Erfahrungen, Vergegenwärtigung von Erfahrenem und Erfahrbarmachung von Möglichem. Literatur ist das verschlossene, doch jederzeit aufschlagbare Buch der menschlichen Geschichte. In ihm ist der Kampf der Generationen um Menschenrecht, Würde und ein erfülltes Leben, die Geschichte des Lei-

dens und des Glücks der Völker eingeschrieben. In dieser Eigenschaft ist die Literatur aufgerufen, an der für die Bewältigung der Aufgaben der Zukunft unerläßlichen Bildung eines historischen Sinns mitzuwirken. Denn die Bildung eines historischen Sinns (und dazu gehört die ästhetische ebenso wie die wissenschaftliche Erkenntnis: das Bewußtsein historischer Prozesse als gesellschaftliche Erfahrungsgeschichte von Individuen *und* die Erkenntnis dieser Prozesse in ihrer objektiv-gesetzmäßigen Form) ist notwendige Bedingung dafür, daß »das Volk seine Geschicke selbst in die Hand« zu nehmen vermag (August Bebel).¹³ »Wer die Geschichte seines Volkes nicht kennt, lebt wie ein Mensch, der sein Gedächtnis verloren hat.«¹⁴

Das Bewußtsein der Vergangenheit als Bedingung für die Gestaltung der Zukunft: diesem Tatbestand kommt in der gegenwärtigen Situation eine eminent politische Bedeutung zu. Die intellektuelle Physiognomie der Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus ist von zunehmender Geschichtslosigkeit geprägt. Charakteristisch für sie ist bestenfalls ein reduziertes, ideologisch determiniertes historisches Bewußtsein, schlimmstenfalls das totale Verlöschen jeden historischen Sinns. Die Theorie ebenso wie die kritische Literatur¹⁵ unserer Zeit hat diesen Tatbestand – im Sinne eines grundlegenden Problems des Zeitalters, einer fundamentalen Krise der bürgerlichen Gesellschaft – so oft und ausführlich beschrieben, daß der Nachweis des Phänomens kaum noch erforderlich scheint.¹⁶ Dieser Geschichtsverlust der bürgerlichen Gesellschaft – das »Schrumpfen des Bewußtseins historischer Kontinuität«^{16a}, wie Adorno sagt – ist dabei auf die unterschiedlichste Weise interpretiert worden. Ohne auf die einzelnen Erklärungsansätze eingehen zu können, scheint mir für eine marxistische Position folgendes (in größter Kürze gesagt) deutlich zu sein.

Mit dem Auftreten der Arbeiterklasse – dem neuen historischen Subjekt – seit der industriellen Revolution und in zunehmendem Maße im Verlauf des 19. Jahrhunderts, gerät die Bourgeoisie mehr und mehr in eine Krise ihrer historischen Legitimation. Sie ist schrittweise gezwungen, Positionen zu räumen, die sie in ihrer revolutionären Phase erobert hatte, ja die entscheidenden Pfeiler ihrer Weltanschauung, die sie in dem Jahrhunderte langen Kampf gegen den Feudaladel errichtet hatte, abzubauen.¹⁷ Ein Grundpfeiler der revolutionären bürgerlichen Weltanschauung war das geschichtliche Denken, das sich in Literatur und Philosophie gleichermaßen ausprägte. Es diente der Legitimation des Anspruches der Bourgeoisie, Subjekt des politischen Prozesses zu sein. Mit dem Aufstieg des Proletariats ist dieser Anspruch nicht mehr zu halten. Die Bourgeoisie sieht sich zunehmend außerstande, die Geschichte als die Instanz zu zitieren, die ihren Anspruch auf politische Herrschaft und kulturelle Hegemonie begründet. Das »Schrumpfen des Bewußtseins historischer Kontinuität«, der Geschichtsverluste, die latente oder offene Geschichtsfeindlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Spätphase (in der Phase der »imperialistischen Gesellschaft«) ist so als komplexer kultureller und ideologischer Vorgang innerhalb dieser Gesellschaft zu begreifen. Er ist nicht unmittelbar ökonomisch abzuleiten, jede ökonomistische Erklärung griffe zu kurz. Die Arbeiterbewegung ist Erbin nicht nur der klassischen deutschen Philosophie, wie Friedrich Engels gesagt hat¹⁸, sondern Erbin auch der Traditionen bürgerlicher und vorbürgerlicher literarischer Kultur. Sie vertritt das Bewußtsein historischer Kontinuität nicht aus Pietät gegenüber dem Vergangenen, vielmehr aus dem Wissen um den Prozeßcharakter der Wirklichkeit, aus der Erkenntnis heraus, daß historisches Bewußtsein unentbehrlich ist für die bewußte (und

selbstbewußte) Gestaltung der Geschichte.¹⁹ »Die Geschichte gehört uns – es sind die Völker, die sie machen.« (Salvador Allende)

Teil des Geschichtsverlusts und unmittelbarer Ausdruck der fundamentalen Sinn-Krise der bürgerlichen Gesellschaft ist die nahezu als universal zu konstatierende, anscheinend unaufhaltsame Zurücknahme der Traditionen des literarischen und künstlerischen Erbes. Die in der Geschichte der Literatur und Kunst verkörperten Vorstellungen und Werte, die in ihr zur ständigen Gegenwart geronnene Vergangenheit (vgl. Keats' »Ode to a Grecian Urn«), die Ideen und Träume von Brüderlichkeit und Gleichheit, von Freiheit und Glück, der Anspruch auf rationale und humane Gestaltung der wirklichen Welt – diese zentralen Inhalte der großen Literatur und Kunst stehen unversöhnt im Widerspruch zur faktischen Gestalt der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft.

Auf vielfältige Weise vermag die Literatur der Vergangenheit einen Einspruch gegen die Wirklichkeit unserer Gegenwart zu formulieren: in der Weise des Protests und der Kritik, des Ausblicks auf Freiheit und Glück, der Darstellung von Kämpfen, Siegen und Niederlagen. So und nicht anders wird der tiefsinnige, angesichts der Erfahrung der faschistischen Barbarei niedergeschriebene Satz Antonio Gramscis zu verstehen sein: »Wenn du das Leben deines Volkes verteidigen willst, mußt du auch die Geschichte deines Volkes kennen. Wenn du die Geschichte deines Volkes kennen willst, mußt du auch seine Literatur kennen.«²⁰ Vor dem Hintergrund des Geschichtsverlusts und der Sinnkrise der imperialistischen Gesellschaft gewinnt eine solche Auffassung erst ihre volle Prägnanz. Sie erhält immer mehr Gewicht auch für die ideologischen Auseinandersetzungen im Bereich der Kultur: durch die Möglichkeit einer kontinuierlichen Konfrontation der bürgerlichen Gesellschaft mit ihrer Geschichte, den Nachweis des Verrats, den die bürgerliche Klasse an ihren eigenen revolutionären Idealen begangen hat. Zunehmende Bedeutung gewinnt eine solche ideologische Konfrontation nicht zuletzt deshalb, weil in steigendem Maße Teile des Bürgertums – vor allem der bürgerlichen Intelligenz – in einen Interessengegensatz zur heute herrschenden Klasse, der Monopolbourgeoisie geraten. Heinrich Mann haben dieses unausweichliche Dilemma des Bürgertums sowie die daraus resultierenden Widersprüche für die bürgerliche Intelligenz in höchst scharfsinniger Form erkannt und künstlerisch gestaltet. Der *Doktor Faustus* ist der literarische Niederschlag einer Erfahrung, die Heinrich Mann bereits 1936 in großer Klarheit ausgesprochen hat: »Der kapitalistische Rest des Bürgertums erhält sich mühselig mit Mitteln, die seinen eigenen Grundlagen entgegen und nackter Verrat an seiner geistigen Herkunft sind. Ihm gehört keine Literatur mehr, der Zusammenhang dieser Klasse mit der nationalen Überlieferung, so gut wie mit der europäischen, ist unterbrochen (. . .). Man wohnt dem Vorgang bei, daß eine Klasse, je nationaler sie auftritt, sich um so schroffer trennt – nicht nur von den Interessen der Nation, auch von ihrem geistigen Besitz, den diese Klasse selbst vermehrt hatte.«²¹ Heinrich Manns Schlußfolgerung: »Die Revolution, in der wir sind, hat ein Ziel, den neuen Humanismus. Der neue Humanismus wird sozialistisch sein.«²² »Demokratie« und »Humanismus« gelten ihm in dieser Situation als revolutionäre Kampfbegriffe. So faßt er mit dem Begriff der »revolutionären Demokratie« die politische Form einer fundamentalen Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft, die den Sozialismus zum Ziel hat.

Heinrich Manns politisches Programm einer »revolutionären Demokratie« wurde

formuliert angesichts des Bündnisses der Monopolbourgeoisie mit Mussolini und Hitler, der totalen Liquidierung des geistig-kulturellen Erbes der bürgerlichen Klasse, die Hand in Hand mit der Zerschlagung der bürgerlich-demokratischen Staatsform durch die Kräfte dieses Bündnisses sich vollzog. Heinrich Manns Programm hat auch heute – ich erinnere allein an die chilenische Erfahrung – nichts an Gültigkeit verloren. Mit ihm reklamieren wir daher die Begriffe der Demokratie und des Humanismus für die Kräfte, die an der Seite der Arbeiterklasse für eine menschenwürdige Zukunft kämpfen: für die Gesamtheit der Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur. Das bedeutet aber für die Frage nach der Funktionsbestimmung der weltliterarischen Überlieferungen (wie des kulturellen Erbes insgesamt), daß die progressive Funktion der literarischen Überlieferungen selbst eines *politischen* Kristallisationspunktes bedarf, und zwar im Sinne einer Bedingung ihrer Möglichkeit. Dieser politische Kristallisationspunkt der progressiven Funktion von Literatur ist nicht im Rahmen kurzfristiger taktischer Überlegungen festzulegen, sondern allein im Rahmen einer umfassenden strategischen Konzeption der Bewegung der gesellschaftlichen Prozesse (und der kulturellen Prozesse innerhalb der gesamtgesellschaftlichen) der Gegenwart; eine Bewegung, die die spätkapitalistische Gesellschaft immer wieder in die revolutionäre Demokratie und damit an den Punkt ihres »Umschlags« in eine sozialistische treibt, eine Bewegung, die bisher nur durch die direkte Intervention der herrschenden Klasse, d. h. durch Einsatz des repressiven Staatsapparats, die damit verbundene »Ablösung« der pluralistischen Demokratie als historische Form bürgerlicher Herrschaft und den Übergang in versteckt oder offen terroristische Form der Herrschaft der Monopolbourgeoisie unterbunden werden konnte. – Eine genauere politische Analyse dieser Prozesse kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Die folgenden Hinweise müssen genügen, um die Richtung anzuzeigen, in der die nähere Bestimmung des politischen Horizonts zu erfolgen hätte, vor dem die Fragen nach Rezeption und Funktion des literarischen Erbes heute zu stellen sind. Als Stichworte seien genannt: Zunahme des antimonopolistischen und virtuell sozialistischen Potentials in allen Schichten und Klassen der Bevölkerung (mit der Ausnahme der Monopolbourgeoisie selbst), die Entwicklung einer Front breiterer Bündnisse im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie (damit das Wiederaufleben der Tradition der Volksfront), der verfassungsmäßige (»bürgerlich-demokratische«) Weg zum Sozialismus mit dem Zwischenstadium der antimonopolistischen Demokratie (in deren Konzeption Heinrich Manns Idee der »revolutionären Demokratie« weiterlebt). Erst aus diesem Zusammenhang heraus können Humanismus und Demokratie als Kampfbegriffe begründet und eingesetzt werden. Erst aus diesem Zusammenhang – der direkt oder indirekt die welthistorische Lage der Klassenauseinandersetzungen betrifft – sind weiter die Kriterien zu gewinnen für die Antwort auf die Frage, *welche Traditionen der weltliterarischen Überlieferung* heute im Mittelpunkt unseres Interesses an dieser Überlieferung stehen sollten.

Eine erste Antwort ließe sich wie folgt skizzieren. Neben die Traditionen der revolutionär-demokratischen, sozialistischen und vorsozialistischen (»proto-sozialistischen«) Kunst und Literatur (Traditionen, die wir im Anschluß an Lenin mit dem Begriff der »zweiten Kultur« fassen wollen)²³ treten primär jene Werke der weltliterarischen Überlieferung, die zwar im Prozeß dieser Überlieferung zum Kanon herrschender Kultur (»erste Kultur«, »dominante Kultur«) gehörten, die jedoch kraft der

ihnen innewohnenden Qualität ästhetischer Wirklichkeitserfassung (im erläuterten Sinn) die Rezeption im Interesse der in den antagonistischen Klassengesellschaften herrschenden Klassen (Begriff der »ideologischen Rezeption«) sprengen oder zumindest das Potential einer alternativen, gegenläufigen, oppositionellen Rezeption besitzen. Gerade diesen Werken kommt eine exzeptionelle Rolle in den weltanschaulichen Auseinandersetzungen unserer Zeit zu. Sie stehen im Brennpunkt des ideologischen Kampfs auf den Gebieten von Kunst und Literatur, denn sie sind Gegenstand und Kern des Streits der sich bekämpfenden Parteien und Klassen. Sie stehen »zwischen den Fronten«, da die Frage, welcher Seite sie angehören, offen ist und stets neu entschieden werden muß. Gegenüber der relativen Eindeutigkeit der revolutionären Literaturtraditionen (die ihren Mißbrauch, d. h. die Integration und Appropriation durch die herrschende Klasse zumindest äußerst erschwert) besitzen sie eine ideologische Ambivalenz, die sich partiell durch die Geschichte ihrer Rezeption herleitet (ihre traditionale Appropriation durch die herrschenden Klassen), zu einem Teil aber auch in der Ambivalenz dieser Werke selbst ihren Ursprung hat (eine Ambivalenz der Rezeptionsvorgabe, die ihre Integration in die dominante Kultur erst ermöglicht hat). Ich denke dabei an die Hauptlinie der europäischen Literatur im klassisch-humanistischen Sinn, die von Homer und Hesiod bis ins 19. Jahrhundert reicht. Die Romantik gehört nur noch bedingt zu dieser Linie. Sie ist bereits Ausdruck einer fundamentalen Krise der bürgerlichen Gesellschaft (im gewissen Sinn bereits Form ihrer Selbstkritik).²⁴ Sie verhält sich kritisch, ja oppositionell zu überlieferten Wertvorstellungen dieser Gesellschaft (dazu gehören auch aufklärerische und humanistische Traditionen). Die romantische Kritik und Opposition ist ambivalent. Auf der einen Seite greift sie utopisch in die Zukunft voraus, ja reiht sich ein in die damals beginnende sozialistische Weltbewegung (eine Linie, die bei Hölderlin beginnt und über Shelley bis Petöfi reicht).²⁵ Auf der anderen Seite nimmt sie die in der revolutionären Tradition der bürgerlichen Gesellschaft errungenen Positionen der Aufklärung und des Humanismus zurück und endet im Lager eines reaktionären Obskurantismus, ja im Vorfeld des faschistischen Terrors.²⁶ *Faust* steht meiner Deutung nach bereits jenseits der Wasserscheide von Klassik und Romantik, jenseits auch der traditionellen Humanismen der bürgerlichen Gesellschaft. Er enthält bereits ihre kritische Geschichtsschreibung und bereitet ihre Aufhebung in der Literatur und Weltanschauung der revolutionären Arbeiterbewegung vor.

Von diesen Gesichtspunkten her stehen folgende Hauptlinien der weltliterarischen Überlieferung heute im Mittelpunkt unseres Interesses an Literaturgeschichte:

1. die Linie der klassischen humanistischen Weltliteratur von Homer, Hesiod, der griechischen Tragödie und Komödie über die römische Literatur (vor allem Vergil); die Literatur des Mittelalters und der Renaissance (vor allem Dante, Shakespeare, Cervantes, Rabelais), die Literatur der sich herausbildenden bürgerlichen Gesellschaft bis ins 19. Jahrhundert;
2. plebejische, proto-sozialistische und revolutionär-demokratische Literaturtraditionen (Literatur der revolutionären Sekten, Winstanley, Bunyan, deutscher Jakobinismus, die revolutionäre Romantik usw.);
3. bürgerlich-demokratische (»kritisch-realistische«) Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts bis in die bürgerlich-antifaschistische und antimonopolistische Literatur der Gegenwart hinein;

4. die Linie sozialistischer Weltliteratur von Shelley bis Brecht, Neruda und Aitmatow.

Wichtig bei diesen Überlegungen ist die Erkenntnis, daß es divergente, klassenmäßig zu differenzierende, widersprüchlich strukturierte kulturelle Traditionen auch im Bereich der Literatur gibt, Traditionen, die in einzelnen Werken sich überschneiden können.

Die Prozesse literarischer Tradierung (wie auch die literarhistorische Rekonstruktion dieser Prozesse) verlaufen in übernationalen Zusammenhängen, seit der globalen Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft zunehmend in weltliterarischen Kommunikationsformen. Dieser Gesichtspunkt ist neben dem der klassenmäßigen Fundierung der unterschiedlichen literarischen Traditionslinien der zweite entscheidende Aspekt für die Rezeption des weltliterarischen Erbes. Er ist auch gegenüber der etablierten marxistischen Literaturwissenschaft mit Entschiedenheit zu betonen (so schwierig, ja unmöglich es für den einzelnen Forscher sein mag, den gesamten Prozeß weltliterarischer Überlieferungen auch nur in den Konturen zu überschauen). Die weltliterarische Orientierung nicht nur der Literatur, sondern auch der Literaturwissenschaft hat heute, wie Robert Weimann überzeugend postuliert, vor allem aufgrund des Eintritts der nationalen Befreiungsbewegungen in die Weltgeschichte höchste Bedeutung, Dringlichkeit und Aktualität erlangt.²⁷ Literaturwissenschaft und Literaturtheorie heute haben »von den weltliterarischen Folgen der antiimperialistischen Emanzipation der Völker auszugehen.« Gerade in den Ländern der dritten Welt tritt die Literatur als »selbstbestimmtes und selbstbestimmendes Moment nationaler Emanzipation« hervor. »Damit zerbricht endgültig und unwiderruflich der normative, noch dazu europazentristische Anspruch auf die Vorbildhaftigkeit einer bestimmten Gattung, Form oder Weise der realistischen Abbildung oder metaphorischen Rekonstruktion des Lebens in der Literatur.«²⁸ Angesichts dieser Entwicklung sei auch das europäische Erbe des klassischen bürgerlichen Humanismus auf seine weltgeschichtliche Signifikanz neu zu befragen. Es wird nicht mehr als »hauptsächlicher weltliterarischer Traditionsgrund« gelten können.²⁹ Gerade angesichts dieses Tatbestandes aber treten Erscheinungen wie die literarische Romantik, vor allem aber Werke wie der *Faust* (auch andere Produktionen Goethes wären hier zu nennen: so Meisterromane und *West-Östlicher Divan*) in ein neues Licht. Sie rücken in den Mittelpunkt völlig neuer Fragestellungen, eines neuen Interesses an ihnen. Denn der transnationale, in einem positiven Sinn des Begriffs: *kosmopolitische* Raum als Gegenstand der Literatur wird hier vielleicht zum ersten Mal betreten, vorbereitet freilich durch die große europäische Literatur seit der Renaissance: durch Dante, Marlowe, Shakespeare, Cervantes, Rabelais, Grimmelhhausen, Swift. Nicht nur ist Goethe der Urheber des Begriffs der Weltliteratur. Er ist auch der erste Produzent einer Literatur, die weltliterarische Traditionen in sich verbindet und verschmilzt. Er ist der Produzent einer Literatur, deren Gegenstand neben der neuen *Weite des Raumes* eine neue *Tiefe der Zeit* ist³⁰, und er ist der Produzent einer Literatur, die bewußt als Gemeingut aller Völker verstanden werden will.

Der kirgisische Schriftsteller Tschingis Aitmatow hatte die völkerverbindende Funktion von Literatur im Blick, als er das Wort von der »Shakespeareschen Völkerverständigung« prägte – dem Gedanken der Verbrüderung der Völker durch und in Shakespeare über die Jahrhunderte hinweg Ausdruck gebend – und, in einer Meta-

pher heimatlicher Kulturerfahrung, die literarische Tradition mit einer »Karawane« verglich, die, durch Zeit und Raum ziehend, das Beste der Völker mit sich führt.³¹ Der gleiche Status einer völkerverbindenden Weltliteratur ist auch für Goethe zu reklamieren. In seiner Rede *Zum Shakespeares Tag* hat der junge Goethe Shakespeares Theater einen »schönen Raritätenkasten« genannt, »in dem die Geschichte der Welt vor unseren Augen an dem unsichtbaren Faden der Zeit vorbeiwalt.«³² Shakespeare sei der »Verschwätzer« der Geheimnisse des Weltgeists, heißt es anderen Orts, den er uns so zu einem »Vertrauten« mache. Denn »Shakespeare gesellt sich zum Weltgeist; er durchdringt die Welt wie jener; beiden ist nichts verborgen.«³³ Das Zitat steht in einer Arbeit Goethes, die den Titel trägt: *Shakespeare und kein Ende*. Sie handelt von Shakespeares Wirken durch die Zeiten hindurch: von einer Literatur, deren Wirkung kein Ende nimmt, von Shakespeare als dem Eigentum aller Völker und Nationen. Goethe selbst hat diesen Gedanken einer völkerverbindenden Funktion der Weltliteratur (er dürfte in der Erfahrung Shakespeares seinen Ursprung haben) in dem Begriff einer »allgemeinen Weltliteratur« zusammengefaßt. So schreibt er: »Es ist schon einige Zeit von einer allgemeinen Weltliteratur die Rede, und zwar nicht mit Unrecht: denn die sämtlichen Nationen, in den fürchterlichsten Kriegen durcheinandergeschüttelt, sodann wieder auf sich selbst einzeln zurückgeführt, hatten zu bemerken, daß sie manches Fremdes gewahr worden, in sich aufgenommen, bisher unbekannt geistige Bedürfnisse hie und da empfunden. Daraus entstand das Gefühl nachbarlicher Verhältnisse, und anstatt daß man sich bisher zugeschlossen hatte, kam der Geist nach und nach zu dem Verlangen, auch in den mehr oder weniger freien geistigen Handelsverkehr mitaufgenommen zu werden.«³⁴ Der Gedanke, daß Literatur einen Beitrag zu dem zu leisten vermag, was Immanuel Kant die Idee des »ewigen Friedens« nannte, bezeichnet vielleicht überhaupt die höchste und beste Möglichkeit literarischer Funktion und Wirkung. *Der Weltfriede als politischer Auftrag*: Er ist Ziel und Inbegriff jener konkreten Humanität, die auch als Gehalt aller authentischen Kunst zu gelten hat. »Shakespeare und kein Ende?« – für die Wirkung des *Faust*, in den Händen einer sich befreienden, brüderlich vereinten Menschheit wäre gleichfalls kein Ende abzusehen.

Anmerkungen

1 Dieser Beitrag formuliert eine Antwort auf die in *Argument 99* (1976) veröffentlichten Arbeiten von G. Mattenklott, G. Pickerodt, H. Schläffer und G. Bauer/H. Schmid Noerr, die ihrerseits auf meinen Versuch einer *Faust*-Deutung (»*Faust* und die Ökonomie«, in: *Vom Faustus bis Karl Valentin. Der Bürger in Geschichte und Literatur*, AS 3, 1976) kritisch replizierten. Zitatnachweise im fortlaufenden Text, abgekürzt als *Ma* (für Mattenklott), *P* (für Pickerodt), *S* (für Schläffer), *M* im Verweis auf meinen eigenen Beitrag. – Ein Abschnitt über das Verhältnis von Klassik, Romantik und moderner Dichtung mußte aus Raumgründen weggelassen werden. Er wird in Kürze gesondert erscheinen.

2 R. Weimann, »Literaturtheorie und politische Bewegung«, *Weimarer Beiträge*, 6/1978, pp. 5–28.

3 Zur Stützung meiner Deutung siehe G. Scholz, *Faust-Gespräche*, Berlin 1967, pp. 152 f., auch T. Friedrich / L. J. Scheithauer, *Kommentar zu Goethes Faust*, Stuttgart 1959, p. 229.

4 Vgl. meine Ausführungen in »Literatur als ideologische Form«, *Weimarer Beiträge*, 1/1978, pp. 147–155.

5 B. Brecht, Nachtrag zum *Kleinen Organon*.

6 H. Schwerte, *Faust und das Faustische. Ein Kapitel deutscher Ideologie*, Stuttgart 1962.

7 H. Hamm, *Goethes »Faust«*. *Werkgeschichte und Textanalyse*, Berlin/DDR 1978.

8 Siehe Anm. 3.

- 9 Vgl. »Literatur als ideologische Form«, pp. 153 f.
- 10 Zu diesem Begriff und der Kritik eines solchen Verfahrens siehe meine Rezension von P. Szondi, *Hölderlin-Studien in Argument* 59 (1970), pp. 574–77.
- 11 E. C. Mason, *Goethes Faust. Its Genesis and Purport*, Berkeley 1967, p. VII.
- 12 L. Trilling, »The Meaning of a Literary Idea«, in *The Liberal Imagination. Essays on Literature and Society*, London 1961, pp. 281–303.
- 13 Zit. nach *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, I, Berlin/DDR 1966, p. 6.
- 14 Loc. cit.
- 15 Der zunehmende Traditions- und umfassende Geschichtsverlust wird von der bürgerlichen Literatur in den unterschiedlichsten Formen registriert: in der Darstellung einer geschichtslosen Zeit bei Kafka und Beckett, diskursiv in Thomas Manns *Doktor Faustus*, in Form der *Science-Fiction*-Erzählung bei Ray Bradbury, der negativen Utopie bei Aldous Huxley und Thomas McGrath. So wird in McGraths utopischer Erzählung *The Gates of Ivory, the Gates of Horn* (dt. *Die Tore der Träume*) ein gesellschaftlicher Zustand geschildert, in dem historisches Bewußtsein für Hochverrat gilt. In der Eröffnungsszene wird dem Angeklagten William Smith vorgeworfen, einen »Hypnotor« (eine bewußtseinsformierende technische Apparatur) abgedreht und ein Geschichtsbuch besessen zu haben. Die Anklage genügt, ihn zum Tode zu verurteilen.
- 16 »Der Verlust des Bewußtseins historischer Kontinuität ist in der gegenwärtigen Gesellschaft so augenfällig, daß es beinahe unnötig scheint, ihn eigens zu belegen«, schreibt P. Bürger (»Über die Notwendigkeit historisch orientierter Projekte«, Bremer Planungspapier, 1972). Dem bleibt nichts hinzuzufügen. Schwierigkeiten allerdings macht die Erklärung des universalen Geschichtsverlusts. Adornos Versuch, das auch von ihm konstatierte »Schrumpfen des Bewußtseins historischer Kontinuität« aus dem Tauschgesetz als dem ökonomischen Grundprinzip der bürgerlichen Gesellschaft unmittelbar abzuleiten (*Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt a. M. 1971, p. 13 f.), muß angesichts der Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaft allererst das historische Denken hervorbrachte, als gescheitert angesehen werden. Adornos Modell vermag den Widerspruch nicht zu erklären, daß die gleiche Gesellschaft, die in einer bestimmten Phase ihrer Entwicklung das geschichtliche Bewußtsein als Instrument ihrer historischen (politischen, ideologischen, kulturellen) Emanzipation (auch ihres politischen Kampfes) entwickelt, in einer zweiten, späteren Phase dieses Bewußtsein schrittweise zurücknimmt bis hin zu seiner endgültigen Liquidierung. Diese Entwicklung setzt in dem historischen Augenblick ein, als das geschichtliche Bewußtsein der etablierten Klassenherrschaft der Bourgeoisie hinderlich zu werden beginnt – mit dem Auftritt des Proletariats als Klasse. Adornos Modell ist ein Schulbeispiel für die ökonomistische Reduktion eines komplexen *ideologischen* Prozesses, der nur *ideologiegeschichtlich* zu erklären ist.
- 16a Adorno, *Erziehung zur Mündigkeit*, p. 13.
- 17 Das Phänomen dieser Zurücknahme und dieses Verrats ist nirgendwo so eindringlich dargestellt worden wie in Thomas Manns *Doktor Faustus* (vor allem in den Kridwiß-Gesprächen).
- 18 F. Engels, »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie«, MEW, 21, p. 307.
- 19 Vgl. dazu M. Naumann, »Zum Begriff des Erbes in der Kulturtheorie Lenins«, in *Revolution und Literatur*, Leipzig 1971, vor allem p. 407.
- 20 Zit. nach S. Kebir, »Auf dem Weg zur Volksfront«, *Weimarer Beiträge*, 8/1975, p. 92.
- 21 Zit. nach *Geschichte der deutschen Literatur*, Bd. 10 (1917 bis 1945), hrsg. v. H.-G. Thälheim u. a., Berlin/DDR 1973, p. 430.
- 22 Op. cit., p. 431.
- 23 Zum Begriff der »zweiten Kultur« siehe meinen Definitionsversuch in »Kultur und Humanität«, in *Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse*, hrsg. v. IMSF, Frankfurt a. M. 1978, pp. 70–72 (Vgl. dazu die Rezension in diesem Band).
- 24 Vgl. M. Wojcik, »Die englische Romantik als Moment der Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft«, *Weimarer Beiträge*, 4/1978, pp. 167–179.
- 25 Vgl. dazu meine Interpretationsversuche in »Shelley und Hölderlin«, *Gulliver 1* (AS 9, 1976), pp. 44–70 und »Realismus in der Lyrik Pablo Nerudas«, Kapitel »Tradition«, M. Jürgens / T. Metscher (Hrsg.), *Kunst und Kultur des demokratischen Chile*, Fischerhude 1977, pp. 49–72.

26 Diese Seite der Romantik hatte Lukács im Blick, wenn er die romantische Bewegung in Deutschland (er nimmt Eichendorff als »Realisten« ebenso aus wie Heine) der »Zerstörung der Vernunft« zurechnete, in einer ideologiegeschichtlichen Rekonstruktion des deutschen Faschismus, die mit der Thomas Manns im *Doktor Faustus* vieles gemein hat (wobei Thomas Mann weitaus rigorosier verfährt als Lukács). Die Konstruktion der gesamten literarischen Romantik in Deutschland als »kohärentes Reaktionswerk« ist nicht nur einseitig: sie ist theoretisch wie historisch falsch und in den politischen Folgen gefährlich.

27 Weimann, op. cit., pp. 17 f.

28 Loc. cit.

29 Op. cit., p. 18.

30 Siehe Kapitel »Bürgerliche Weltliteratur als Literatur der bürgerlichen Welt« meines Faust-Essays.

31 T. Aitmatow, »Karawanenführer des Gewissens«, in *Abschied von Gülsary, Der weiße Dampfer, Über Literatur*, Berlin 1974, pp. 353–58.

32 »Zum Schäkespears Tag«, in: B. v. Wiese (Hrg.), *Deutsche Dramaturgie vom Barock bis zur Klassik*, Tübingen 1956, p. 72.

33 »Shakespeare und kein Ende«, op. cit., p. 75.

34 Zit. nach Träger, »Historische Dialektik der Romantik und Romantikforschung«, *Weimarer Beiträge*, 4/1978, p. 70.

SH 28 Werner Krauss: Literaturgeschichte als geschichtlicher Auftrag

(aus: Sinn und Form 4/1950) 62 Seiten 4,50 DM

SH 19 B. J. Warneken/ K. D. Lenzen: Diskussion zur Theorie literarischer Produktion

B. J. Warneken: Abriß einer Analyse

literarischer Produktion (aus: Argument 72/1972). *K. D. Lenzen*: Literarische Produktion, Phantasie, ästhetische Erziehung. *B. J. Warneken*: Wie kann sich das Subjekt literarisch entfalten? (beide aus: Argument 86/1974) 47 Seiten 3,50 DM

SH 17 T. Metscher: Ästhetik als Abbildtheorie

(aus: Argument 77/1972) 58 Seiten 4,— DM

SH 9 T. Metscher: Zur Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus

Dialektik und Formalismus. Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus am Beispiel Peter Szondis (aus: Argument 49/1968). 27 Seiten 2,50 DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Herbert Claas und Karl-Heinz Götze

Ästhetik und Politik bei Hans Magnus Enzensberger und Peter Weiss

I

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist in der Presse so laut und so einstimmig eine »Kulturkrise« konstatiert worden wie am Ende des Jahres 1978. Theo Sommer fragt im Neujahrsartikel der »Zeit«: »Doch sind wir schon zum Untergang verurteilt wie das Rom des Diokletian oder das hohe Mittelalter?« (Die Zeit, 29. 12. 1978) Er stellt fest, daß der Glaube an den Fortschritt, »an eine sinnvolle historische Entwicklung auf der Grundlage der modernen Wissenschaft und Technik« verloren gegangen sei. In seinen Reflexionen zur »Zeitenwende« nehmen der Mord an Moro und die Massenselbstmorde von Guayana beinahe die Stelle ein, die die Pest als Bote des Untergangs im mittelalterlichen Weltbild innehatte. Wären da nicht der Untergang der »Amaco Cadiz« und der »München«, läge die Aufforderung zum Bau von Archen nahe. Johannes Gross meint bei gleicher Gelegenheit in der FAZ, auf die politische Krise bezogen, »unser Schiff« schlingere zwar nicht, aber »keiner weiß, wohin es fährt«. Die Linke sei gescheitert, ohne daß die Rechte davon habe profitieren können: »Der status quo der Gesinnungsgruppen ist allenthalben gleich – kein Programm und keine Perspektiven.« (FAZ, 30. 12. 1978)

Die Linke könnte in der professionellen Menetekelei hämisch den bekannten Versuch ausmachen, die Probleme einer Klasse zu Problemen der Welt schlechthin aufzublähen, verbunden mit dem Interesse, Krisenbewußtsein und Orientierungslosigkeit einzureden – wenn es Resignation, Krisenbewußtsein und Orientierungslosigkeit nicht auch in den eigenen Reihen gäbe. Ulrich Greiner hat in der FAZ (19. 10. 1978) Dokumente für das linke Selbstbewußtsein des Scheiterns zusammengestellt. Er zitiert Cohn-Bendits »Pflasterstrand«, das »Kursbuch«, die »Neuen Philosophen«, er häuft Beispiel auf Beispiel für die Resignation prominenter linker Galionsfiguren des letzten Jahrzehnts. In Greiners Bestandsaufnahme wird nicht diskutiert, daß die Resignation in den veränderten sozialen Voraussetzungen der Intelligenz wurzelt und durch massive politische Repressionen gemacht wurde; er übersieht absichtsvoll die Publikationen, die Wege vorschlagen, statt fernen Maitagen nachzutruern; weder die Erfolge sozialistischer Politik noch die Fortschritte marxistischer Wissenschaft finden Erwähnung. Es liegt deshalb nahe, solche Situationsbestimmungen als pure Erfindung zu mißachten, ihre Zeugen als larmoyante Fossilien der Apo zu belächeln, die den Anschluß an die politischen Bewegungen der siebziger Jahre verpaßt haben. Man übersähe dabei, daß viele resigniert sind, die sich vor einigen Jahren engagiert für die Entwicklung einer humanen und demokratischen Gesellschaft einsetzten. Andere, die früher leicht gewonnen werden konnten, sind nicht mehr zu erreichen. Sie öffnen sich allenfalls für »Tunix«- und »Will-nix-Wissen«-Parolen. Resignation schleicht sich schließlich in die politischen Gruppen selbst ein.

Die Untersuchung der Formen, in denen sich Krisenbewußtsein äußert, ist ein dringendes Gebot, wenn man dem Kampf um die Köpfe auch der Intellektuellen irgend Bedeutung bemißt und nicht lediglich darauf verweist, daß sich unter den Arbeitern das politische und gewerkschaftliche Engagement verstärkt. Die literarische Produktion des letzten Herbstes bietet dafür reichlich Stoff. Wolf Wondratschek, der gegenwärtig meistgelesene deutsche Lyriker, überschrieb mit Sinn für Massenstimmungen seinen Artikel zur Buchmesse: »Die Nullnummer vom Untergang« (Die Zeit, 27. 10. 1978). Von Untergang ist allenthalben die Rede. Wäre die »München« zwei

Monate früher gesunken, hätte man den Vorgang geradezu für einen Werbetrick des Börsenvereins des deutschen Buchhandels nehmen mögen. Das Bewußtsein vom Schiffbruch wie die Metapher selbst sind weit verbreitet. Wondratschek schreibt in seinem »Deutschlandlied« genannten Gedicht aus seiner neuen Sammlung *Männer und Frauen*: »Ich fühl mich wie der letzte Dreck, / der letzte Mann an Deck eines Schiffes, / das immerzu untergeht.« Konnte der berühmteste Schiffbrüchige der neueren Literatur, Robinson Crusoe, den Untergang seines Schiffes noch als Mahnung zur Umkehr begreifen und für einen Neuanfang nutzen, so ist der hier gemeinte Untergang permanent.

Wondratschek war es auch, der poetisch wenige Monate vor den Ereignissen in Guyana eine Lage beschwor, »in der Massenselbstmorde stattfinden«. Peter Rühmkorf empfiehlt in einem seiner letzten Gedichte. ». . . ein ungeliebtes / Leben / hau es auf den Kopf, das Haupt – seinen eignen Leidenssirup saufen, doch, das gibt es, öfter als man glaubt.« Spätestens seit Hochhuths Hemingway-Stück ist der Suizid ein wichtiges Thema der Literatur der letzten Jahre. Jean Amerys planvoller, schreibend von langer Hand vorbereiteter Selbstmord ist nur das Extrem einer literarischen Stimmungslage. Ein großer Verlag hielt es für aussichtsreich, einen Sonderprospekt »Bücher zum Tod« herauszubringen; Boulevardblätter amüsieren ihre Leser mit gesammelten letzten Worten prominenter Sterbender.

Untergang, Tod – die Reise in die »neue Sensibilität«, die »neue Innerlichkeit«, die sich mit Handkes *Die Linkshändige Frau* und Borns *Die erdabgewandte Seite der Geschichte* ankündigte, ist ebenso gescheitert wie die sozialliberalen Reformillusionen, auf deren Selbstentlarvung sie reagierte, gescheitert dort, wo sie darauf abzielte, in der angestregten Isolation des Individuums von einer nur noch als bedrohlich empfundenen Umwelt Identität wiederzugewinnen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, die den Sprung in die Idylle erfolglos versuchen (z. B. Peter Henisch: *Der Mai ist vorbei*) wird dieses Scheitern schonungslos –, aber auch perspektivlos bilanziert. Schon die Titel verraten es: *Vom Geben im Eis* heißt die Erzählung Werner Herzogs (»Natur, Menschen, alles traumartig kalt«); Hanna Johansen beschreibt in ihrem ersten Roman *Die stehende Uhr* eine Bahnreise, von der weder die Reisenden noch die Leser wissen, wohin sie geht, ja, es bleibt sogar unklar, ob sich der Zug überhaupt bewegt; Heißenbüttel resümiert in *Eichendorffs Untergang*: »Sein Leben war eine Kette von Fehlentscheidungen gewesen«, um die generalisierende Reflexion anzuschließen, »daß vielleicht von einem höheren Standpunkt aus gesehen, jede Entscheidung eine Fehlentscheidung ist.« Wo die Titel anderes verheißen, düpiert sie meist den Leser wie Günter Steffens *Annäherung an das Glück*, in dem der Autor seinen Weg durch Alkoholismus, Drogenabhängigkeit und totale Isolation schildert, oder die Anthologie *13 Liebesgeschichten*: »Liebe, die der Titel verspricht, kommt – mit allenfalls ein-einhalb Ausnahmen – in dem Band nicht vor. Tod, Einsamkeit, Krankheit, Elend, Verzweiflung: das sind die Themen des Buches.« (Die Zeit, 20. 10. 1978)

Fritz J. Raddatz hat in seinen *Überlegungen, die neueste Literatur betreffend* unter dem Titel *Kontaktsperre* konstatiert: »Die moderne Literatur ist eine Bestandsaufnahme der Beziehungslosigkeit« (Die Zeit, 20. 10. 1978). Anhand neuerer Werke von Grass und Rühmkorf, Frisch und Handke, Uwe Schmidt und Peter Schneider, Botho Strauß, Hochhuth und Fichte zeigt er den Persönlichkeitsverfall, die Liebesunfähigkeit, den in Selbstmitleid umschlagenden Narzißismus der meisten Helden der Gegenwartsliteratur. Die Literatur, die in der Zeit der ersten deutschen industriellen Revolution ebenfalls mit Flucht in die Sensibilität, die Ästhetik, die Privatheit auf die Umwälzung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, auf politische Niederlagen reagierte, fand im Rückzug in die Provinz, auf die überschaubare Gemeinschaft mit überkommenen Strukturen, auf die Liebesbeziehung noch ein – wenn auch immer

gefährdetes – Refugium. Die »neue Innerlichkeit«, die Literatur der zweiten industriellen Revolution kann keine Lösungen nach den Modellen von Mörike, Stifter oder der Droste mehr finden. Der »Nachsommer« der Studentenbewegung kennt Rückzug und Entsagung, aber kein Glück mehr im privaten, kleinen Lebenszusammenhang. Der Bezug auf sie spielt denn auch in der Standortbestimmung der gegenwärtigen Schriftstellergeneration keine Rolle. Wo das eigene Werk überhaupt im Zusammenhang von Traditionslinien reflektiert wird, geschieht das – verstärkt im letzten Jahr – vor allem auf dem Hintergrund des Antagonismus Brecht–Benn. Die Benn-Renaissance ist auffällig. Zugleich wird Brecht-Müdigkeit propagiert. Die publizistische Reaktion auf die großen Brecht- bzw. Benn-Tagungen (vgl. den Kongreßbericht in diesem Heft) dieses Herbstes erwies dies schlagend. Die Süddeutsche Zeitung in prägnanter Kürze: »Brecht geht, und Benn kommt.« Franz Xaver Kroetz, gewiß gegen den Verdacht gefeit, Defätismus einreden zu wollen, resümiert: »Die Parole heißt derzeit in der Kunst: ›der heroische Weg nach Innen‹, ›innere Emigration‹, ›Frustration‹, ›ahistorisch denkender Geschichtspessimismus‹ . . . Mit Gottfried Benn ist natürlich ein Zeuge gefunden.« (Kürbiskern 1/1979, S. 65)

Auf dem Sachbuchsektor ist die Situation kaum anders. Man schlage die Literaturbeilage der FAZ vom 12. 12. 1978 auf. Da beginnt der Sachbucheil mit einer Besprechung der Neuauflage von Ciorians *Lehre vom Zerfall* durch Günter Maschke: »Ciorians Buch . . . wurde damals mit den Ansätzen Camus' und Sartres verglichen. Aber auch wenn man den Existentialismus zur literarisch geformten Attitüde der Welt gegenüber vereinfacht; als ein so spezifisches wie vages geistiges Klima, dessen Wiederholung sich heute ankündigt, sind die Unterschiede beträchtlich. Bei Camus ist es die Revolte gegen die zu Strukturen erstarrende Geschichte, letztlich die Bejahung des Sisypchos, die dem menschlichen Leben noch Sinn und Würde zu geben vermag; bei Sartre das Engagement des Einzelnen, der nur sich selbst verantwortlich ist und das ihn dann doch noch zwingt, sich in die Kämpfe der Massen einzugliedern. Aus den Katastrophen der Epoche zogen die beiden Franzosen den Schluß, daß man tätig sein müsse, und von hier war der Weg nicht weit in einen neuen Glauben, den es schon lange gab. Ciorians Buch ist da wie ein einziges, grimmiges, oft irritierend pathetisches Gelächter über die Gier nach Engagement, die Illusion des Veränderkönnens und über ein Denken, das zum Motiv hat, zu Ergebnissen zu kommen, die handlungsleitend sein könnten« (FAZ, 12. 12. 1978). Auf die Ciorian-Besprechung folgt eine Rezension mit dem Titel *Fremd in einer fremden Welt*. Darauf werden Texte zur Normendiskussion besprochen. Im ersten Satz konstatiert der Autor, die Philosophie trage gegenwärtig ein »Krisengesicht«. Auf der nächsten Seite wird »Seveso ist überall« vorgestellt. Und so weiter.

Die kulturpolitischen Tendenzen, die sich hier so deutlich abzeichnen, sind von denen, die durch sie gefährdet werden, kaum wahrgenommen, geschweige denn analysiert oder gar mit neuen wissenschaftlichen und kulturellen Strategien beantwortet worden.

Aber es gibt auch Literatur, die sich in der Perspektive auf die Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft definiert, die sich nicht in der traurigen Selbstspiegelung erschöpft. Sie hat sich eine Formenvielfalt, eine literarische Qualität erarbeitet, die agitatorische Agitprop-Anfänge ebenso hinter sich läßt wie Arbeiterromantik. Sie greift zentrale Probleme der bundesdeutschen Gegenwart auf. Kroetz' neues Stück *Mensch Meier* erzählt eine Geschichte vom Scheitern einer Ehe vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit (»Brauch' keine Zeit zum Leb'n, will arbeiten«). Gerd Fuchs greift in seiner Erzählung *Ein Mann fürs Leben* das Problem der Arbeitslosigkeit wie das der Frauenemanzipation auf. August Kühn führt an seinem Schelm Fritz Wachsmuth schließlich noch die sozialisierende Funktion der Arbeit vor. Urs

Jaeggi behandelt in *Brandeis* jenseits aller »Der Mai ist vorbei«-Elegie die Studentenbewegung aus der Sicht eines Hochschullehrers. Chotjewitz schreibt nicht nur vom »Gefühl« der Bedrohung, sondern zeigt in den Alpträumen seiner Figur noch die reale Bedrohung durch die *Herren des Morgengrauens*, die Geheimdienste, und gestaltet damit etwas von der traumatischen Wirkung, die der Staat des Herbstes 1977 auf beinahe alle Schriftsteller ausübte. Allen diesen Arbeiten und vielen ungenannten mehr ist gemein, daß sie sich vor unwahrem Optimismus hüten, einen synthetischen »positiven Helden« vermeiden. Kühns Fritz Wachsmuth findet zwar zur Arbeit, aber nicht zu der kommunistischen Tradition seines Vaters zurück; Gerd Fuchs zeigt anhand einer Arbeiterfamilie zwar, daß Widerstand gegen Arbeitslosigkeit und psychische Depravierung ebenso möglich ist wie gegen überkommene Familienstrukturen, aber er läßt auch über die Schwierigkeiten solchen Widerstands keine Zweifel; Chotjewitz' Zentralfigur, der Schriftsteller Fritz Buchonia, lernt nicht, daß kollektive Solidarität gegen die Verfolgung notwendig ist.

Unser kurzer Überblick hat aus der Masse der Literatur einige Belege für die These herausgegriffen, die neueste Literatur bewege sich im Spannungsfeld von Resignation und Widerstand. Ein Überblick muß freilich die präzise Antwort auf die Frage schuldig bleiben, wovor denn resigniert werde und welche Strategie des Widerstands vorgeschlagen wird. In unserem Rahmen kann die Frage nur durch exemplarische Analysen beantwortet werden. Geeignet sind: Hans Magnus Enzensbergers *Untergang der Titanic* als umfassende Allegorie des allgegenwärtigen Untergangs und Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstands* (Bd. 2), die einzige literarische Neuerscheinung, die sich explizit der Aufgabe unterzieht, im Medium der Literatur Strategien des Widerstands zu entwickeln.

II

Enzensbergers Versepos »Der Untergang der Titanic« ist der Versuch eines Gesamtpanoramas der individuellen und kollektiven, der sozial verursachten und natürlichen Katastrophen. Die Bezeichnung »Eine Komödie« meint nicht die dramatische Gattung, sondern spielt ebenso wie die Abfolge in 33 »Gesängen« mit dem großen Vorbild der »*Divina Commedia*« Dantes.

Das Ereignis selber: das Sinken der Titanic nach dem Zusammenstoß mit einem Eisberg in der Nacht zum 15. April 1912 hat den Bekanntheitsgrad moderner Mythen und ist bis in die technischen Details literarisch und filmisch berichtet worden. Bereits »aktenkundig« (55) entfällt er als Gegenstand der Mitteilung und wird zum zitierbaren Bild eines Untergangs, in das die Besonderheiten eines anderen Untergangs erst eingezeichnet werden: des Untergangs der Zukunftsgewißheit der Linken, konkretisiert in der Abwendung von den Hoffnungen auf die kubanische Revolution und im Verfall der politischen Impulse der Studentenbewegung. Enzensberger stellt sich mit seinen Erfahrungen in die Tradition derer, die beide Ereignisse als utopische Verheißung aufnahmen, die seinerzeit zu einigen Zehntausenden an direkten Aktionen beteiligt waren, zu einigen Hunderttausenden den Akteuren die Daumen hielten, und denen der Aufschwung apokalyptisch versackt ist. Die Organisationsform der politischen Partei und die Gesellschaftsform der sozialistischen Länder stehen ihnen so fern wie der Zustand, den sie zu überwinden suchten. Gesellschaftlicher Fortschritt, sofern er mit dem der technischen Produktivkräfte verbunden ist, erscheint als museale Kategorie, wenn nicht als beschleunigte Destruktion der Lebensgrundlagen. Enzensberger blickt dem Dilemma ins Auge, daß die neue Linke teils entweder mit Schimpfen und Abwehr dem Stimmungsumschwung trotzt, teils sich dem Katzenjammer überläßt.

In »Zwei Randbemerkungen zum Weltuntergang« (Kursbuch 52. Zweifel an der

Zukunft), der essayistisch formulierten Vorgabe zur »Titanic«, rät Enzensberger dazu, das Scheitern erst einmal zuzugeben. Diese Position ist attraktiv, denn sie tritt dem angestrengten Verwalterbewußtsein entgegen, öffnet sich der Wahrnehmung neuer Probleme, die von den marxistischen Klassikern nicht rezipiert wurden, und befreit von der Pest, Niederlagen immerzu in Siege umzufalschen. Diese Position ist auch attraktiv, weil sie gemäß der Forderung nach ungeschütztem Denken alle möglichen Einwände benennt und flugs zu ihrer eigenen Bekräftigung einbaut. Dem Einwand, apokalyptische Stimmungen korrespondierten mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen, widerspricht Enzensberger keineswegs, ebenso wenig dem Verdacht, solche Stimmungen würden politisch autoritär ausgebeutet. Wenn auch unerwünscht, seien Stimmungen eben doch wirklich, kaum beeindruckbar davon, daß kritisches Bewußtsein sie als Irrationalismen wahrnehme. Man folgt Enzensberger bereitwillig, soweit er das Vorhandensein mythologischer Bilder feststellt, und sträubt sich gegen die Behendigkeit, mit der er sie zur Lebenssache stilisiert. Er hört auf, zwischen den Akten der Problemfindung und der Problemlösung zu unterscheiden. Dem einmal erkannten Verfall von politischer Rationalität folgt er ohne analytisches Handwerkszeug, ja er wirft es mutwillig weg und ist bestrebt, den einmal auf den Weg gebrachten Realitätsbezug seiner Leser für die Behauptung zu vereinnahmen: »Die Zukunft (. . .) ist überhaupt kein Gegenstand von Wissenschaft. Sie ist etwas, das nur im Medium der gesellschaftlichen Phantasie existiert, und das Organ, mit dem sie hauptsächlich erfahren wird, ist das Unbewußte.« (Randbemerkungen, S. 6). Nimmt man das als politische Aussage, so kann sich Enzensberger zielgerichtetes politisches Vermögen nur in der Alternative Utopie oder Apokalypse vorstellen (letztere als negative Utopie), als ausschließliche Möglichkeiten, die Fesseln des Faktischen in vorausgreifender Phantasie zu sprengen. Er erweist sich als Ahnherr und zugleich Kind der Studentenbewegung, völlig unfähig, zwischen Utopie und Apokalypse das Problem gesellschaftlicher Veränderung wissenschaftlich anzugehen. Statt wissenschaftliche Vernunft auf ihre Beschränktheit zu verweisen, was geboten ist, spricht er ihr grundsätzlich die Zuständigkeit ab, die Lösungen vorzuschlagen, die an gesellschaftlichen Veränderungen mitzuwirken hätten. Recht hat er mit der Forderung an die Linken, sich nicht selbst in die Taschen zu lügen, ihre Schwierigkeiten mit Verhältnissen in sozialistischen Ländern, mit der Programmatik der nationalen kommunistischen Parteien, mit der Haltung zur Verwendung der Kernenergie zuzugeben. Unrecht hat Enzensberger mit dem Vorschlag, objektive und subjektive Schwierigkeiten unter Beiseitelassen theoretischer Arbeit als Grundbefindlichkeiten hinzunehmen und im Mythos zu stilisieren, zugleich Zulieferer und Resultat des Unbewußten und Unbegriffenen.

Das Titanic-Poem löst die so essayistisch vorbereitete mythische Welterfahrung im poetischen Bild ein. Das Versepos spannt nicht den Bogen vom Anfang bis zum Ende eines Geschehens, sondern fährt mit Hilfe einer »Zeitmaschine« (7) zwischen 1912, 1969 und 1977 hin und her. Es konstruiert seine Elemente in räumlicher Beziehung. Der Atlantik vor Neufundland, das Hotel in Habana und das Berliner Zimmer sind gleichermaßen die Katastrophenorte, an denen die Energie des Fortschritts scheidet.

Enzensberger probiert eine ganze Serie von möglichen Haltungen seines lyrisch-epischen Sprechens durch. Er zitiert die Faktizität von Speisekarten, Drahtnachrichten und Pressecommuniqués, macht Inventur im Arsenal der Alltagssprache, setzt es der Banalität von Schlagern und Erbauungsliedern aus. Er hebt es auf den Olymp des allwissenden Erzählens, stößt den Sprechenden als Partei ins Getümmel von Debatten und schließlich ins kalte Wasser des Schiffsbruchs. Eingebaut sind die distanzierenden Sprechweisen der Kalendergeschichte, der Bildbeschreibung, des Film-

szenarios, der Moritat. Alle diese Formen wuchern um die zentrale Anstrengung der ästhetischen Selbstbewahrung der traurigen Linken, die ohne ihre untergegangenen Wegmarken Frieden und Fortschritt, Geschichte und Befreiung herum sitzt.

Die konkrete Revolutionserfahrung, in der sich Enzensberger als im Stich gelassener Mitkämpfer empfindet, ist an der kubanischen Entwicklung gewonnen. Das Fest der Revolution endete zugunsten der Herstellung von Zucker, Glühbirnen und nagelneuer Maschinen. Der Dichter gab seine Teilnahme am Versuch der Befreiung auf, als das Angebot materieller Lebensgrundlagen in einer ungeliebten gesellschaftlichen Form auftrat (15). Diese Peinlichkeit beschwört er in einem wiederkehrenden biblischen Bild, dem vom zerreißen den Vorhang. Der Vorhang, der biblisch die Sphäre des Heiligen und des Profanen trennt und damit vor dem Weltuntergang spekulative Heilserwartungen nährt, reißt zu Beginn des Schiffsuntergangs (8), vor der Kubaerinierung des Erzählers (22) und als Tisch Tuch des unmetaphorischen Dichters (53). Als schließlich der Künstler ohne Vorhang dasteht, liegt ihm nur noch daran, die Leinwand vor dem Zerreißen zu bewahren, auf die er die Apokalypse malt (12).

Unter dieser Prämisse verliert die Anschauungsform in der Zeit ihre organisierende Kraft. Ende und Anfang von Geschichte sind gemeinsam verfliegen. »Das Dinner geht weiter« (97). Wo Analogien zwischen biologischer und sozialer Evolution eingeführt werden (34), wo es hier wie da mutiert, hört die Geschichtsmächtigkeit der Menschen auf und wird zu einem der scheinhaften intellektuellen Probleme (87, 93).

In den Gedichten »Forschungsgemeinschaft« und »Fachschaft Philosophie«, eingeschoben zwischen den Untergangsgesängen, wird Wissenschaft antiaufklärerisch verdächtigt, die Lehre von der Unerkennbarkeit des historischen Prozesses hingegen mit heroischer Geste verteidigt. Diese Pose kokettiert mit Gottfried Benns Verfahren, unter Hinweis auf biologische Gesetzmäßigkeiten, die ja durch menschliches Handeln nicht aufhebbar seien, gesellschaftliche Vorgänge als immergleiche »Triebkomplexe« abzutun. Höhnisch sind die Wissenschaftler als Propheten mit dem Rücken zur Gegenwart bedacht, die vom Vorläufigen leben und die Lichtblicke ihrer schäbigen Schamanenwissenschaft gegen kleine Münze im Detailhandel unterbringen.

Nachdem die Erkennbarkeit historischer Entwicklung fallengelassen wurde, die zu ihrem Zweck veranstaltete wissenschaftliche Arbeit als geschäftiges Ritual bewitzelt, empfiehlt sich der Dichter als Meister von Ängsten und Wünschen, sein Werk als Organ der Weltaneignung. Die in den »Randbemerkungen« vollzogene Demontage wird im Versepos nicht einfach bebildert, vielmehr schließt der Titanic-Mythos den Gedanken der Apokalypse erst ab.

An die Leerstelle, die von den Subjekten der Geschichte und wissenschaftlicher Rationalität hinterlassen wurde, tritt spielerisch die ästhetische Schöpferkraft, ungebunden, da Bewegungsgesetze des Wirklichen nicht gegeben oder nicht erkennbar. »In Wirklichkeit ist nichts geschehen« (91). Der Poet, der Erfahrungen mit einer solchen Wirklichkeit nachbildet, ist das Thema von Enzensbergers Gedicht. Er schneit im Berliner Winter 1977 ein und vermag sowohl von dort als auch von den anderen Erzählorten, der Karibik und dem Atlantik, die von Eisbergen ausgehende Untergangsdrohung als »unwiderruflich« (27) auszumachen. Zuerst erschien ihm der Eisberg 1969 während nächtlicher Gespräche an der Hafenummauer in Habana (17), als er bereits einmal an einem Untergang der Titanic schrieb, der Verlorengehung (21). Von seiner damaligen Produktion weiß er noch, daß er jedes Wort glaubte, das er schrieb (20). Er erinnert sich an »ein wunderbares Gefühl« von Aufbruch (14) und Euphorie (15), an das Inbegriffensein in den Akt der Befreiung. Der Schreibende in Berlin hingegen sitzt unbewegt und hat Zeit wie ein Gott (23, 26). Herausgerissen aus dem vermeintlichen oder tatsächlichen Sinnzusammenhang von Gegenwart und Zukunft, Hoffnung und Aktion, konkretisiert sich der Held des Künstlerepos: Es ist der Fälscher, der mit

handwerklicher Vollkommenheit immerzu das Wahrscheinliche imaginiert, das es nicht gibt. Kunst ist nicht Mimesis, vielmehr wird die Wirklichkeit zur Nachahmung der Kunst aufgefordert und, solange sie nicht nachkommt, die Kunst für die Wirklichkeit genommen.

Der Salonmaler Salomon Pollock und sein Werk, das er auf die Wände der Titanic auftrug, stehen für die Vergnügungen einer Kunst, die sich nicht nur von Wirklichkeiten frei macht, sondern aus ihrer Freiheit Wirkliches entstehen läßt. Ihm zittert die Hand, wenn er »selber« malt und er beherrscht sie zu unfehlbarer Meisterschaft allein, wenn er »persisch, flämisch und florentinisch, wiederhergestellt, was nie existierte« (82). Zittern macht ihn weder der Branntwein noch sein Ruhm, »Es ist die Geschichte / mit ihren endlosen Finten und Künsten. / Ein Ewiges hin und her: / Sie erfindet mich, ich erfinde sie« (84). In diesem unentschiedenen Prozeß unterläuft es, daß die Nomaden aus dem Gemälde des Palmensaals herabsteigen, daß verschleierte Damen, Herfen im Burnus und mit großem Turban die Titanic bevölkern, so daß ihr Schöpfer sich vor ihren Messern fürchtet (79 f.). Diese Kunst macht wirkliche Gegenwart. Wer sich aber als Gegenwärtiger der Geschichte bemächtigt, der befriedigt das Bedürfnis nach perfekten Fälschungen, »eine heilige Puscherei« (82).

Die Maler kommen am besten weg von den fälschenden Künstlern, schlechter die Dichter. Daß sie lügen, ist eine ausgemachte Sache. Die Wörter sind einfach nicht identisch mit den Dingen, »der Unterschied / zwischen einer Schwimmweste und dem Wort *Schwimmweste* / ist der Unterschied zwischen Leben und Tod« (99). Texte reden über Zustände nicht zeitgleich, »weil der Augenblick, / in dem das Wort *glücklich* ausgesprochen wird, / niemals der glückliche Augenblick ist« (61). Die Einsicht selber kann für niemanden neu sein. Allenfalls ist bemerkenswert, wie sich der Sprechende auf die kontemplative Gegenüberstellung zurückzieht, ohne die operative Funktion der Literatur im Wirklichkeitsprozeß, ihre bildlich-sinnliche Erkenntnisfunktion, die er der Malerei zugesteht, zu benennen. Daneben steht nur die groteske Behauptung der Identität der Poesie mit ihrem Gegenstand: »es gibt kein Metaphern« (54), »dies Schiff ist ein Schiff!« (53). Die Tischgesellschaft, die sich das anhört, erhebt dagegen den Pasticcio-Vorwurf, dann sei die Wirklichkeit eben eine Kunstfälschung (54).

III

Weiss' *Ästhetik des Widerstands* hat im Feuilleton die schlechten Kritiken bekommen, die sie sich verdiente. Schon der erste Band wurde von Raddatz in der »Zeit«, von Menzel im »Spiegel« verrissen. Die einläßliche Besprechung von Alfred Andersch (FR 10. 9. 1975) bildete die Ausnahme. Dem zweiten Band widerfährt Gleiches (vgl. zum Folgenden Die Zeit vom 17. 11. 1978 und FAZ vom 9. 11. 1978). Die bürgerliche Kritik kann schon formal nichts anfangen mit einem Buch, das sich zur kühlen, distanzierenden Schreibweise bekennt mit dem Argument, daß sonst der Leser überwältigt würde vom Mitleid, das nicht umschlagen könne »in jene Aggressivität, die notwendig ist, um die Ursachen des Alpdrucks zu beseitigen« (I, 83), und beklagt Spracharmut, wenn sie den Stil nicht gleich denunziert als Imitation des Duktus von Parteiprogrammen und Zentralorganen. Sie kann nichts anfangen mit einer literarischen Sichtweise, die an individuellen Konflikten nur soweit interessiert bleibt, wie in ihr ein Allgemeines enthalten ist (vgl. II, 197), und beklagt Blässe der Figuren. Zentraler Einwand aber, der unisono in ansonsten sehr verschiedenen Kritiken geäußert wird, ist derjenige, der »Ästhetik des Widerstands« fehle der utopische Enthusiasmus, weil sich ihre Hoffnung an die realen Organisationen der Arbeiterbewegung knüpfe. Die gleichen Kritiker, die kurze Zeit zuvor den Gestus der Gleichgültigkeit in der Gegenwartsliteratur beklagt haben, verordneten der Literatur in ihren Bespre-

chungen des Romans von Peter Weiss einen Utopismus, der sich am Realen nicht festmachen darf und damit die Tendenz zum Umschlagen in Resignation schon in sich trägt. Auch die *Ästhetik des Widerstands* behandelt den Schiffbruch im historischen wie im allegorischen Sinn. Sie thematisiert die Folgen der Niederlage der Arbeiterbewegung durch den Faschismus, den schlimmsten Schiffbruch der Arbeitergeschichte, der zugleich der schlimmste der Menschheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts war. Die Erzählung setzt im 2. Band ein nach der Vernichtung der spanischen Republik 1938. Der Erzähler, ein ehemaliges, vorübergehend nach Paris vorgeschlagenes Mitglied der aufgelösten internationalen Brigaden, findet seine Lage in Géricaults »Medusa«-Bild wieder, das ein Floß mit Schiffbrüchigen zeigt. Weiss deutet, wie Enzensberger, das Bild vom Untergang allegorisch: »Aus der vereinzelt Katastrophe war das Sinnbild eines Lebenszustandes geworden« (I, 345). Gerade deshalb aber zeigt sich schon auf den ersten Seiten ein prinzipieller Unterschied zu Enzensberger. Über die Passagiere der »Titanic« kommt der Eisberg wie Schicksal, lautlos, unaufhaltsam, unberechenbar. Der Graphiker, der das Titelbild zu Enzensbergers Poem entwarf, hat den Text gut studiert. Er zeigt die Helden des Buchs, die Eisberge. Die »Medusa« hingegen konnte nur untergehen, weil es imperialistische Kolonialpolitik gab, der Kommandant unfähig und die Marinebehörde fahrlässig war (vgl. I, 343). Weiss betrachtet die Katastrophe nicht als unvorhersehbar, sondern unter dem Aspekt, wie künftige vermieden werden können. Schon die ersten Seiten des Weisschen Buches verweisen auf einen weiteren Unterschied. Weiss fasziniert an Géricaults Bild nicht allein die Darstellung des Ausgeliefertseins, der erschöpften und trauernden Schiffbrüchigen, sondern die Verbindung des Bildes mit der durch die Fregatte am Horizont schon erfüllten Hoffnung auf Rettung.

Die naheliegende Deutung: hie (Enzensberger) Untergang, dort (Weiss) Rettung als Lohn des Ausharrens geht jedoch nicht auf. Die *Ästhetik des Widerstands* ist kein eschatologisches Buch. Auf die Rettung des Erzählers vor der faschistischen Barbarei in Spanien folgt die Verlorenheit des Exils, die schwerer noch auszuhalten ist als der Kampf. So zieht sich das Bild von Havarie und Rettung denn auch in unterschiedlichen Formen durch den gesamten Roman. An dessen Ende schiffet sich Brecht auf der Flucht vor den faschistischen Okkupationstruppen nach den USA ein. Er bricht auf dem Weg über die Gangway zusammen, muß von seinen Helfern gestützt werden. In dieser – im wörtlichen Sinne – Niederlage steckt auch ein Sieg, entkommt doch mit der geglückten Flucht das Wissen den Häschern. Weiss' Buch unterscheidet sich von dem Enzensbergers nicht darin, daß es Katastrophen leugnet oder sie mit der Andeutung sicherer Rettung um ihren Schrecken brächte. Gerade weil die Allegorie des Schiffbruchs bei ihm nicht aktuelle subjektive Befindlichkeiten zum allgemeinen Weltzustand und somit zum Allgemeinen und Beliebigen ausdehnt, sondern sich an spezifische historische Situationen knüpft, erhält sie ihre Eindringlichkeit. Die Differenz liegt vielmehr darin, daß Weiss' Darstellung Widerstand möglich erscheinen läßt, daß Weiss ihn nicht sogleich mit widerlegt, sondern in ihn die Hoffnung einschreibt, zu einer neuen Geschichte beizutragen, die keine Kette von Havarien mehr ist.

Ein Buch vom Widerstand ist Weiss' Roman zuallererst. Aber nicht allein. Der komplexe Text reflektiert die europäische Kräftekonstellation vor dem 2. Weltkrieg: die Strategien des Faschismus; die Appeasement-Politik in ihrer heimlichen Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus; die Strategie der Sowjetunion, die dem langfristigen Überleben des ersten sozialistischen Landes die mittelfristigen Perspektiven der europäischen Arbeiterbewegung zum Opfer bringt; die Verbrechen neutraler Länder an den Exilierten. Daneben die antifaschistische Strategie der internationalen Arbeiterbewegung; die Schwierigkeiten der Aktionseinheit; das Lavieren der sozialdemokratischen Führung; der Abbau innerparteilicher Demokratie in der kommuni-

stischen Partei; die Widersprüche zwischen internationalistischer Strategie und den Bedürfnissen der nationalen Arbeiterbewegung; eine lange, für die Deutung der westdeutschen Arbeiterbewegung aufschlußreiche Passage über die Geschichte des schwedischen Sozialismus, erzählt aus der doppelten Perspektive eines kommunistischen Arbeiters, der über allen Spaltungen und Linienkämpfen den Weg der KP in die Isolation mitgegangen ist, und eines sozialdemokratischen Genossen, der nach kommunistischen Anfängen sich für die unmittelbare, praktische Reform um den Preis des Pakts mit der Bourgeoisie entschieden hat . . . Daneben immer wieder Emigrantenschicksale, biographische Notizen zu Münzenberg, Wehner, Mewis, Ossietzky, Lenin, zu Künstlern des Dada, zu Géricault, Delacroix und – vor allem – zu Brecht. Daneben die Mutlosigkeit und Trauer des Erzählers, sein Kampf dagegen, seine Erfahrungen als Hilfsarbeiter in einer schwedischen Fabrik. Dazu Städtebilder, Denkbilder und immer wieder Deutung von Kunstwerken aus dem historischen Blickwinkel der proletarisch Agierenden. Dies alles, eingebettet in eine erzählte Zeit, die von Herbst 1938 bis 1941 reicht, romantisch verbunden lediglich durch den Weg des Erzählers, der aus dem kurzen Pariser Exil nach Schweden entkommt, dort Arbeit findet, von der Ausweisung bedroht zunächst alle politische Aktivität einstellt, dann wieder in sie integriert wird, als Helfer Brechts schließlich das literarische Handwerk und die »große Methode« lernt, muß einen roman d'essay ergeben, in dem die Reflexion über die Handlung dominiert. Weiss greift zu dieser Technik, weil es für die von ihm erzählte Zeit nicht mehr möglich ist, das Ensemble der historisch wirkenden Kräfte aus der Perspektive eines erzählenden Ichs glaubhaft abzubilden. Weiss ist nicht bereit, die Möglichkeiten eines großangelegten Panoramas zu verschenken, um dafür eine übersichtliche, lineare, »spannende« Geschichte zu erhalten. Es sei nicht möglich, so äußerte er schon 1975 (Die Zeit vom 10. 10. 1975), komplexe Ereignisse auf einfache, eindimensionale Weise zu beschreiben. Im neuen Band seines Romans entwickelt er seine Überlegungen zur Poetik des Romans im wissenschaftlichen Zeitalter weiter (vgl. bes. II, 65–68, 306), plädiert für das Fragment, für die Verdichtung wissenschaftlichen Materials und subjektiver Eindrücke zu einem Beziehungsgeflecht, aus dem sich schließlich vor den Augen des Lesers die wesentlichen Strukturen herauschälen.

Der Politologie und Geschichtswissenschaft bietet das Buch eine Deutung der Sozialismus-Geschichte, die in dieser Präzision wohl nur fiktionalen Texten möglich ist, weil diese der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur wie der Präsentation von Gelehrsamkeit enthoben bleiben. Der marxistischen Literaturwissenschaft präsentiert sie mit der Rettung der Moderne aus proletarischer Sicht ein Traditionsbild, das der gängigen Alternative zwischen der Lukács- und der Adorno-Linie gänzlich enthoben ist (vgl. Weimarer Beiträge, XXIV [1978], S. 155 ff.). Sie wird daran ebenso zu denken haben wie an den Vorschlag einer realistischen Schreibweise, die sich trotz des Textes von Marx und Engels gegen Sues *Geheimnisse von Paris* im Namen des Sozialismus ausgerechnet auf Sues Panorama-Technik beruft. Allen diesen Aspekten kann hier nicht nachgegangen werden. Vielmehr soll in unserem Zusammenhang das Verfahren angewendet werden, das Weiss selbst für die Aneignung der Kunstwerke der Vergangenheit vorschlägt. Er betreibt die Neudeutung kanonischer Werke aus dem Zusammenhang proletarischer Erfahrung, er will ihnen so Nützliches abgewinnen. Seinen Roman so behandeln, wie er selbst Kunst behandelt sehen möchte, heißt, ihn zuallererst nach dem aktuell Wichtigsten befragen. Das ist: ihnen Lehren über erfolgversprechende Haltungen des Widerstands abzuverlangen. Widerstand, so lautet durchgehend die Lehre des Buches, ist individuell aus der Isolation heraus nicht möglich, weil sie dann in Resignation umschlägt. Der Erzähler macht diese Erfahrung, nachdem die Internationalen Brigaden aufgelöst sind, ihre

nach Paris verschlagenen Mitglieder in keinem verbindlichen Zusammenhang mehr stehen: »Mit der Auflösung des Verbands war auch die selbstverständliche Zusammengehörigkeit zwischen uns geschwunden, eine Ohnmacht hatte uns befallen . . .« (II, 18). Selbst Todesgefahr oder die Gefährdungen der illegalen Arbeit empfindet der Erzähler als weit weniger bedrohlich als die der Isolation. Seine innere Geschichte verläuft nie so krisenhaft wie in der Phase, als er sich nach seiner Ankunft in Schweden jeder politischen Tätigkeit enthalten muß, um Arbeitsplatz und Aufenthaltsgenehmigung nicht zu gefährden: »Der Weg aus der direkten Beteiligung an politischen Vorgängen und Auseinandersetzungen . . . brachte mich jener Passivität nahe, die immer die stärkste Bedrohung unseres Selbstvertrauens ausgemacht hatte. Manchmal war mir, als sei ich in die Situation des Analphabetentums geraten, in der es nichts anderes gab als eine trübe Unveränderlichkeit, einen fortwährenden Stillstand, und in der jeder Impuls von einer Gleichgültigkeit umfassen, jeder Ansatz zum Nachdenken zermahlen wurde« (107). Kaum hat sich die Gefahr der Ausweisung an das faschistische Deutschland auch nur etwas verringert, beginnt der Erzähler wieder mit der politischen Arbeit: ». . . feststellen ließ sich nur, daß es ohne meine Anteilnahme am politischen Kampf auch für mich keine Zukunft geben würde« (II, 128). Er nimmt Kontakte zu Genossen auf, die er aus früherer Zeit kennt, arbeitet für die KP und beteiligt sich schließlich an einem Kollektiv, mit dem Brecht sein (übrigens als Entwurf archaisch nachgewiesenes) Engelbrekt-Stück vorbereitet.

Die Unmöglichkeit, außerhalb der Solidarität des Kollektivs, ohne die Verpflichtung durch eine gemeinsame Sache Widerstand zu leisten, zeigt die Geschichte Rosalinde Ossietzkys. Sie entstammt im Gegensatz zum proletarischen Erzähler einem bürgerlich-liberalen Elternhaus, muß nach Inhaftierung ihres Vaters das Land verlassen. Als Tochter eines sehr prominenten Häftlings der Nationalsozialisten wird sie im englischen und schwedischen Exil zunächst privilegiert behandelt. Mit der als Schwächetod getarnten Ermordung Ossietzkys durch die Nationalsozialisten erlischt das besondere Interesse des demokratischen Auslands an dem Fall und damit auch an Rosalindes Schicksal. Sie gerät in die Situation der durchschnittlichen Exilierten, muß als Hausgehilfin arbeiten, ohne darauf vorbereitet zu sein. Plötzlich zum Kampf genötigt, ohne das Kämpfen gelernt zu haben, gibt sie sich auf. Im allmählichen Selbstmord verdoppelt sie den Tod ihres Vaters, der an einer absichtsvoll nicht behandelten Lungenentzündung starb. Rosalinde hat eine Ahnung von dem, was ihr zum Überleben fehlt: »Daß du einen politischen Weg eingeschlagen hast, sagte sie dann doch, hat dir geholfen, mich hat niemand herangezogen zu einer Jugendgruppe . . .« (II, 137). Daß solche Reflexionen nicht in Engagement umschlagen, kommt daher, daß Rosalinde für ihren ethischen Rigorismus keinen Platz in der Politik findet. Sie verweist darauf, daß die Führer der Arbeiterparteien den Faschismus erst möglich gemacht haben, indem sie eigenständig die Einheit hintertrieben, verweist auf die sowjetischen Lager, auf die sowjetische Spanienpolitik. Alle List, alle Kompromisse sind ihr nicht nur verhaßt, sondern unüberwindliches Hindernis für Aktivitäten in den Arbeiterorganisationen. Ihr Heros ist Toller: »Seine ganze Arbeit, sagt sie, sei eine Anklage gegen die Entmachtung des Einzelnen, krank, psychisch zerrütet sei er eingetreten für die Schwachen, keinen Tag habe er sich geschont, nie habe er versucht, sich den Notlösungen, den Halbheiten anzupassen, ja, sagte sie, er mußte sich zermahlen lassen, und war in seiner Schutzlosigkeit doch ehrlicher als die anderen, die sich hinter Beherrschtheit verschanzen. Ich bin gewiß, sagte sie, daß wir einmal, wenn wir durch die Zeit gegangen sind, in ihm und seinesgleichen die Einsichtigsten erkennen werden. Jetzt, und wieder kam dieses Ja, das wie ein Aufstöhnen war, jetzt erscheinen sie euch als Verlorne, weil sie sich erhängen, weil sie Gift nehmen, sich die Kugel in die Schläfe jagen, vielleicht werdet ihr darin eine würdige Antwort sehn auf eine alles umfassende

Erpressung. Was nützt uns ihre Verzweiflung, ihre Flucht, sagte ich« (II, 173 f.). Die Haltung Brechts und Tollers als exemplarische Haltungen in der Phase der Niederlagen stehen hinter diesem Gespräch. Die *Ästhetik des Widerstands* ist Partei. Nicht für die Person Brechts, aber für seine Haltung, weil sie das Überleben ermöglicht, während die des guten Menschen in schlechten Zeiten zur Selbstauflösung führen muß.

So wäre dann Weiss' Vorschlag die bedingungs- weil alternativlose Unterordnung unter das Kollektiv? Wäre er auf dem Stand von 1970, als die erste Phase der westdeutschen Studentenbewegung an ihr Ende gekommen war und viele, nicht nur maoistische Intellektuelle alle politischen Probleme mit dem Salto mortale in die Disziplin der Partei zu lösen versuchten? Schlägt er naiv immer noch etwas vor, dessen Scheitern Enzensberger schon mitgedacht hätte?

So wollen uns viele Besprechungen glauben machen. Tatsächlich aber problematisiert die *Ästhetik des Widerstands* durchgehend die Forderung nach unbedingter Unterordnung unter das Kollektiv. Sie lehnt es ab, »die Partei als etwas Absolutes zu bewerten« (II, 49). Wo sie die Vorgänge um den Ausschluß Münzenbergs oder die Reaktion der KPD auf den Stalin-Hitler-Pakt darstellt, ist ihre Kritik viel präziser, damit aber auch eindringlicher als die pauschalen Einwände Enzensbergers gegen die kubanische Revolution. Sie will den Widerstand im Kollektiv, aber auch den Widerstand gegen undemokratische Strukturen im Kollektiv. Diese Haltung hat der Kritik freilich deshalb keine Freude gemacht, weil Weiss nicht nur die subjektiven, sondern vor allem auch die objektiven, von außen gesetzten Bedingungen für undemokratische, widerversünftige Strukturen in den Arbeiterparteien darstellt. Weiss konstatiert sehr deutlich die Spannung zwischen denkendem Individuum und Partei, zeigt aber auch die historische Ineffektivität des Versuchs, sie durch Preisgabe des Kollektivs und Heroisierung des Individuums zu lösen, wenn er auch Sympathien für Persönlichkeiten, die diesen Weg gegangen sind, durchaus nicht verhehlt. Er plädiert dafür, diese Spannung nach Maß des historisch Möglichen durch Veränderung der Partei zu vermindern, ohne die Hoffnung zu propagieren, sie könne in einer Situation äußerster Bedrohung gänzlich aufgehoben werden. Ein Spannungsfeld also bleibt. In diesem Feld definiert Weiss die Funktion der Ästhetik. Hier liegt das gedankliche Zentrum des Romans, das die Form organisiert. Weiss, so schreibt Benseler, »entwickelt hartnäckig eine Einsicht, die offenbar mit seiner Erfahrung, seiner gesamten Existenz zusammenhängt: daß nämlich das Reich der Freiheit für alle, in dem Kunstarbeit als Aufhebung der frühen, aber verhängnisvollen Arbeitsteilung zwischen Hand und Kopf erscheint und in dem Kunst als Aufhebung der Entfremdung . . . wesentlich wird, nicht das Resultat politisch-ökonomischer Kämpfe allein sein kann. Daß vielmehr Kunst als Zweck im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung immer schon einbezogen sein kann und muß« (DVZ, 19. 10. 1978).

Die Auffassung, daß politischer und ästhetischer Widerstand einander bedürfen, verdichtet sich im Text immer wieder zu großartigen Motiven. Montmartre wird als Berg Marats und der Commune, aber zugleich auch als Ort der künstlerischen Avantgarde abgebildet: »Die politische Vorhut und die Avantgarde der Kunst hatten auf diesem Berg ihren Standort gehabt (II, 37). Auch die Spiegelgasse in Zürich begreift er als »Sinnbild der gewaltsamen, doppelten, der wachen und der geträumten Revolution« (II, 59). Büchner und Hölderlin besuchten sie, die ästhetische Umwälzung des Dada entstand dort zur gleichen Zeit, als Lenin mit seinen Freunden über der Metzgerei Ruff die russische Revolution plante. Daß der Erzähler aus der Betrachtung solcher Orte schließlich zur aktiven Beteiligung an der ästhetischen Produktion Brechts gelangt, dort seine Erfahrungen des politischen Widerstands einbringt, macht eine Hauptlinie in der Architektur des Romans aus.

Die Politik, so ist Weiss' durchgehende Überlegung, bedarf der Kunst vor allem deshalb, weil politische Arbeit Disziplin, Orientierung am Möglichen, Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit verlangt, weil sie überwiegend mit der Bewältigung von Tagesaufgaben beschäftigt ist. Kunst hingegen gestaltet das Zukünftige, auch wenn die Realität es erst keimhaft zeigt. Kunst schafft weite Perspektiven, Kunst macht Selbstverwirklichung möglich, wo die politische Praxis Aufopferung verlangt. Immer wieder taucht dieser Gedanke auf. Gleich anfangs setzt sich der Erzähler vor: »... in die geschlossene Organisation, in den kompromißlosen Kampf wollte ich mich begeben, und zugleich in die absolute Freiheit der Phantasie« (II, 19). Kunst, so erfährt er an Géricault, gestaltet »Visionen« (II, 33), die im politischen Alltag des Widerstands nur gefährlich sind. Wird revolutionäre Politik aber um die visionäre Dimension gebracht, erstarrt sie. Münzenberg erzählt: »Im Jahr siebzehn blieb uns wenig Zeit, die Gedankengänge, die der Idee von der Kulturrevolution zugrundelagen, weiter zu verfolgen, merkwürdigerweise wurden sie später aufgenommen von Lenin, der ... aussprach, daß der Revolutionär die Fähigkeit zum Träumen besitzen müsse. Weil immer die praktischen Tagesaufgaben überwogen, schien es, als sei dieses Wort, Kulturrevolution, das Lenin während seiner letzten Monate häufig benutzte, in den Hintergrund getreten, doch seiner Bedeutung nach, von Lenin vor allem als Gegenkraft zum bürokratisierten, doktrinären Parteiapparat aufgefaßt, hatte es weiterhin seine Wirkung auf uns ausgeübt« (II, 62 f.).

Weiss will weder Kunst auf politische Propaganda reduzieren noch Politik ästhetisieren. Im Gegenteil, nur wenn Kunst wie Politik ihren jeweiligen Bedingungen Rechnung tragen, können sie erfolgreich sein und sich ergänzen (vgl. II, 62). Das Modell einer Kunstproduktion, die, obschon und indem sie politisch ist, der Ästhetik ihre Autonomie beläßt, wird in der Arbeitsweise Brechts vorgestellt: »Das Zusammenrufen von Sachverständigen, das Lauern wie in einem Schalltrichter, das Vorschnehlen zum Aufnehmen von Informationen, der Prozeß des Umschmelzens der Impulse, dies schien zu seiner Arbeitsmethode zu gehören. Das kollektive Wissen, das er in sich einsog, verlieh allem, was er niederschrieb, eine allgemeingültige, politische Bedeutung. Doch war das Politische hier so zu verstehen, daß es seine Wirkung aus dem Bereich des Zusammenlebens der Menschen bezog. Mit scheinbarem Hochmut fing er die Schwankungen in den Ansichten auf, und es war mir, als sei das Hämmern zu hören, mit dem er aus dem Konträren eine Kette von Folgerichtigkeit herstellte. Wie aber, fragte ich mich, ließ sich diese politische Fähigkeit in solchem Maß auf das Medium der Dichtung übertragen, daß dieses die Eigenschaft erhielt, ganz in der gegenwärtigen Zeit zu stehn, und zugleich eine völlige Autonomie zur Geltung zu bringen« (II, 168 f.). In der Arbeit am Engelbrekt-Stück findet der Erzähler darauf Antworten.

In einer Kontroverse zwischen Peter Weiss und Hans Magnus Enzensberger von 1965/66 über die Position des Schriftstellers im internationalen Klassenkampf schrieben beide von der hohen Warte säkularer Entwicklungsperspektiven. Der Streitpunkt war Weissens Forderung an die Autoren in den kapitalistischen Ländern, sich solidarisch zu erklären mit den Unterdrückten hier wie dort, aufgrund dieser Entscheidung intellektuelle Vorbehalte und Rückversicherungen fallen zu lassen und deren Kampf mit den Mitteln der Schreibenden zu unterstützen. Enzensberger machte sich über die normative Setzung sozialistischer Parteilichkeit lustig und widerstand Festlegungen. »Was da vorgebracht wird, mit der Beredsamkeit und im Brustton eines Missionars, das versteht sich von selbst. Es ist die Voraussetzung aller sinnvollen politischen Arbeit (...). Das ist nichts als Theorie. Das sind ja bloße Worte« (Kursbuch 6, 1966, S. 175). Der moralische Streitpunkt von damals hat in der Folge seine politischen Prämissen freigelegt. Peter Weiss bezieht seine Verhaltensvorschläge auf die Lehren

aus den Krisenpunkten der Geschichte der Arbeiterbewegung, Enzensberger hält sich immerzu an den der Studentenbewegung gemäßen Gestus des Neuanfangens und Soffortaufhörens. Daraus resultiert Weissens Verbindlichkeit und Enzensbergers Beliebigkeit, sein Spott, der sich auch in Weltuntergängen – wenn auch gequält, so doch hinlänglich kommod – einrichtet. Er nimmt an Haltungen in Katastrophen teil und bleibt selber in einer exterritorialen: ruhig, trocken, warm oder trocken und still (7, 38). Der Enzensbergersche Held, der Fälscher und Poet, hält sich aus dem Prozeß der Herstellung humaner Verhältnisse heraus, indem er ihn wegdefiniert. Seine Welt, deren soziale Dimension in der natürlichen katastrophisch untergeht, steht lediglich als Material seiner ästhetischen Daseinsformung zur Verfügung. Die artistische Meisterschaft gestattet ihm die Öffentlichkeit des Rückzugs, der hinter den Punkt zurückführt, von dem er einmal zu Vorstößen aufgebrochen. Die Zeitlosigkeit, die ihm nur in diesem Gefühl revolutionären Absentismus' und heroischer Selbststentsagung abgenommen werden kann, richtet sich zwischen den Zuständen ein, behandelt sie als phänomenales Material für ein Existenzmodell, das ohne Intention auskommt, sich einfach da arrangiert, wo es gerade ist.

SH 22 Die NofU – Rechtskräfte an der Uni

BdWi Berlin/West: Vorwort

Marvin/Theißen/Voigt: Die NofU – Zur Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Universität (aus: *Argument* 109/1978)

Dokumentation: Podiumsdiskussion »Zur Theorie und Praxis der NofU« mit W. F. Haug, U. Wesel, H. J. Geißler und O. v. Simson

Marvin/Theißen/Voigt: Kommentar zur Podiumsdiskussion

Ā. Uhrek: Agitation im Dokumentenkleid. Die Fachhochschule für Wirtschaft und Politik im Zerrspiegel der »Notgemeinschafts«-Publizistik
97 Seiten; 5,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

SH 30 Marcuse/Abendroth/Stolle/Kievenheim/ Gerken/Gollwitzer

Studentenbewegung · und was danach?

Herbert Marcuse: Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition (aus: *Argument* 45/1967). *Wolfgang Abendroth:* Zum Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen (aus: *Argument* 45/1967). *Uta Stolle:* Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit (aus: *Argument* 58/1970). *Eike Gerken* und *Christof Kievenheim:* Assoziation Marxistischer Studenten · Spartakus · (aus: *studentische politik* 8/1970, 2/1971). *Helmut Gollwitzer:* Über Entwicklung und Aufgaben der Zeitschrift »Argument« (aus: *Argument-Sonderband AS 1/2: Argument-Reprint* 18-21, 1975). *Helmut Gollwitzer:* Studentenbewegung – und was danach? (aus: *Argument* 98/1976)
79 Seiten 5,- DM.

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Walter Busch

Machtstaatsideologie und linke Melancholie

Die Linke steht, so scheint es, in ständiger Gefahr, daß sich ihre historisch erarbeiteten Bewußtseinsformen auflösen in Stimmungswellen. Erlebnisse des Scheiterns setzen sich blind, rasend schnell um in Untergangsstimmungen. Vom Erlebnis des Scheiterns bis zum Infragestellen des historischen Subjekts, der Arbeiterklasse, ist es für viele nur ein kurzer, schneller Schritt.

H. M. Enzensberger, um nur ein aktuelles Beispiel zu nennen, liefert das Modell für den Gestus der Radikalität, für die politisch-romantische Dissoziation der Subjektfrage. »(. . .) daß es keinen Weltgeist gibt« – so verkünden seine »Randbemerkungen zum Weltuntergang« – »daß wir die Gesetze der Geschichte nicht kennen, daß auch der Klassenkampf ein »naturwüchsiger« Prozeß ist, den keine Avantgarde bewußt planen und leiten kann; daß die gesellschaftliche wie die natürliche Evolution kein Subjekt kennt und daß sie deshalb unvorhersehbar ist; daß wir mithin, wenn wir politisch handeln, nie das erreichen, was wir uns vorgesetzt haben, sondern etwas ganz anderes, das wir uns nicht einmal vorzustellen vermögen; und daß die Krise aller positiven Utopien eben hierin ihren Grund hat. Die Projekte des 19. Jahrhunderts sind von der Geschichte des 20. samt und sonders falsifiziert worden« (H. M. Enzensberger 1978, S. 7). Mit solchen Anschauungen steht Enzensberger exemplarisch für die Art, wie das ästhetisch radikalisierte Bewußtsein heimlich durchsetzt ist mit Angstvorstellungen der Geschichtslosigkeit, während es gleichzeitig noch festhaftet an linken Denkinhalten. Folgenloser Desillusionismus und politisch-romantische Dissoziation der »Subjektfrage« korrespondieren einander.

Dieser Gestus der Radikalität Enzensbergers entspricht aktuellen Bewußtseinsverlagerungen der ästhetisch radikalisierten Linken sehr genau.

Im folgenden werden probeweise einige Überlegungen zu aktuellen Verschiebungen innerhalb der Sphäre politischer Ästhetik (»neuer Irrationalismus«) und zum Problem ihrer kritischen Beschreibbarkeit vorgetragen. Die allgegenwärtigen Tendenzen im kulturellen Bereich, die auf Subjektivierung, Ästhetisierung, Verinnerlichung, auf Resignation, auf alle Schattierungen von Romantizismen hinzielen, müssen als *politische* analysiert, auf ihren *politischen* Begriff gebracht werden. Die drohenden naturwüchsigen Umschlagsmöglichkeiten und politischen Funktionalisierungschancen extrem ästhetischen, artistischen, »romantischen« Denkpentials literarischer Intelligenz gilt es politisch-ästhetisch kalkulierbar zu machen. Man tut gut daran, die lebensphilosophische Entstellung resignierenden linken (und liberalen) Bewußtseins in der BRD als einen enormen, unterschwellig angestauten Prozeß zu begreifen, der, um nur auf ein Ereignis hinzuweisen, im Rahmen der Biermannemphase sich äußerte als Auflösungstendenz sozialistischer Denkansätze in Stimmungswellen, ja Gestimmtheitswellen. Linke Melancholie begann linkes, historisch erarbeitetes Bewußtsein wegzuspülen. Das »Schweben« zwischen organisatorischer Disziplin, anarchistischer Fronde und ästhetisch radikalisierte spontaner Rebellion wird ein zentrales Problem linker Intellektueller bleiben. Das übergreifende Postulat gewerkschaftlicher Orientierung und Organisation intellektueller Proteste und Bewegungen wird klüglich kombiniert werden müssen mit der kulturpolitischen Kalkulation spezifisch intellektueller Radikalität, wie sie der Pauperisierungslage der Intelligenz spontan entspringt.

Will man solche aktuellen Bewußtseinsverlagerungen der linken Intellektuellen innerhalb der Sphäre politischer Ästhetik einer gewissenhaften Deskription und Kritik unterziehen, so muß immer das Verflochtensein literarischer, massenmedialer und politischer Elemente vor Augen gestellt werden. Bei einem minderen Programm wird sich die Zone des Umschlagens politisch-romantischer und anarchistischer Positionen, Denkformen und Haltungen in machtästhetische nicht erhellen lassen.

Von drei markanten Punkten aus läßt sich das in Frage stehende unübersichtlich scheinende Feld umreißen:

1. Entwicklungen im literaturwissenschaftlichen Bereich. Nietzsche-Rezeption¹; Rezeption der anthropologischen Ästhetik A. Gehlens; Foucault-Rezeption; Wellen der Surrealismusrezeption: (Berliner Ausstellung »Tendenzen der zwanziger Jahre«, Max-Ernst-Ausstellung in Frankfurt und München – bis hin zum »Poster-Surrealismus«). Andererseits die großen Entwürfe Sartres in seinen Flaubertbüchern. (Sie müssen darum besonders genannt werden, weil sie einerseits die technischen Standards immanenter Auseinandersetzung mit anarchistischen und nihilistischen Positionen der Ästhetik weit vorangetrieben haben, andererseits in ihrem Rahmen bereits eine Verbindung ästhetischer, historischer und politischer Kritelemente großzügig realisiert worden ist.) Die gegenwärtigen Verschiebungen der Positionen im literaturwissenschaftlichen Bereich sind nicht leicht einzuschätzen. Generell gilt: der ganze Komplex linker, von Walter Benjamin sich herschreibender, essayistisch verfahrenender und latent von Nietzsche zehrender Germanistik der BRD wird sich im skizzierten Spannungsfeld zu orientieren haben. Der politisch bewußten Germanistik wächst eine wichtige Aufgabe zu, treten doch die »Figurationen des ärztlichen Nihilismus« (Benjamin) – z. B. Céline und Benn² – sowie die ästhetizistischen, die kriegerische Aktion verherrlichenden Bücher des frühen Ernst Jünger³ gegenwärtig verstärkt in Erscheinung.

2. Tendenzen innerhalb der Filmästhetik. Für die BRD sind hier zu nennen R. W. Fassbinder⁴ und vor allem A. Kluge. (Politische Chroniken als Filmparabeln mehr oder weniger in der Funktion abstrakter Stimmungsbarometer.) Ferner dramaturgische Innovationen, wie sie bei Peymann und politisch gänzlich anders bei Karge und Langhoff⁵ zum Ausdruck kommen. (A. Kluge und Sartre sind ambivalent, in sich widersprüchlich, sind keineswegs leicht abfertigend zu behandeln. Hier geht es um ihren paradigmatischen Stellenwert im Rahmen sich zuspitzender politischer Tendenzen.)

3. Neuerliche Entwicklungstrends im staats- und verfassungstheoretischen Bereich autoritärstaatlichen und dezisionistischen Denkens. Dieser Komplex läßt sich von institutionellen Hintergründen (universitäre Verankerung in Bielefeld; Heidelberger Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte u. a.) nicht ablösen. Den Komplex rechtssozialdemokratischen Dezisionismus⁶ und sein Kokettieren mit bonapartismustheoretischen Modellen gilt es dabei gleichermaßen im Blickfeld zu haben.

Die großen Lehrstücke, die die bürgerliche Gesellschaft mit Baudelaire, mit Nietzsche, mit Carl Schmitt durchgeführt hat, müssen zur Kenntnis genommen werden. Der Konservativismus hat aus diesen Lehrstücken die Lehren gezogen. Worum geht es dabei? Es geht um das naturwüchsige Umschlagen des Bewußtseins extrem erfahrener Macht, der Krisis des Ordnungssystems in eine Verfallenheit den neuen souveränen Machtinstanzen, schließlich dem neuen souveränen Machträger gegenüber. Es

muß bei diesem Lehrgang darum gehen, die Naturwüchsigkeit abzubremsen, mit der sich der Umschlag in Machtdenken »ereignet«. Carl Schmitts politisch-theologische Lehren staatlicher Souveränität sind das klassisch moderne Beispiel für diesen Zusammenhang ambivalenter Machteinstellung.

Das Vorrücken einer Front dezisionistischen Denkens, d. h. solcher politischer und juristischer Anschauungen, wonach der Gewalt, der Macht als solcher, eine politisch formbildende Bedeutung zukommt, muß zunächst einfach konstatiert werden. Diese Front dezisionistischen Denkens reicht weit hinaus über die aktuelle Aufwertung »praktischer Philosophie«. Höchst raffinierte Denkmuster und ideengeschichtlich skizzierende Überblicke einerseits und historisch-fachwissenschaftliche Forschungen andererseits stützen sich dabei wechselseitig ab. Sie stehen bereit, den sich lebensphilosophisch zu orientieren beginnenden linken Intellektuellen den Weg ins Machtdenken, zumindest aber in machtkonformes Denken zu bahnen. Die Wiederbelebung und Aktualisierung machtsstaatlichen, dezisionistischen und, im Begleiteffekt, machstästhetischen Denkens wird bewußt programmiert und vorangetrieben. Eine exponierte Rolle spielt dabei die in Deutschland so traditionsreiche Schmittschule.⁶ Diese »Schule«, personell gesehen gegenwärtig wohl nur ein lockeres Aggregat – R. Koselleck, Böckenförde u. a. –, die ihre Faszinationskraft für radikalisierte literarische Intelligenz schon einmal während der Weimarer Republik in der Phase ihrer Transformation ins nationalsozialistische Herrschaftssystem unter Beweis gestellt hat, wirkt sich gegenwärtig aus in einem weit gefächerten Wissenschaftsfeld: Staatstheorie, Verfassungslehre (Grundgesetzinterpretation!), Geschichtswissenschaft und Geisteswissenschaften. Gleichzeitig werden die Terminologien und Argumentationsmuster im Kern dezisionistischen, machtsstaatlichen Denkens in die (vor allem großbürgerliche) Publizistik infiltriert.⁷ Ideenpolitisch hat man diese Schule als ein Geflecht von Aktivitäten mit differenzierter wissenschaftsinterner und publizistischer Wirkungsmächtigkeit zu sehen. Gewisse Schwankungsgesetze konservativer Strategienbildung sind dabei in Rechnung zu stellen: das Verhältnis der Schule dezisionistischen, machtsstaatlichen Denkens zum »anderen« Konservativismus bürokratischen, institutionalistischen Denkens (O. v. Gierke, O. Brunner, J. Kocka, in gewisser Hinsicht auch die Rezeption Max Webers) ist, nach Maßgabe politischer Krisensituationen, labil, so daß Umpolungen hinsichtlich ihrer öffentlichen Wichtigkeit sicherlich auftreten werden.

Die Arbeiten von R. Koselleck, die im Wesentlichen den Lehren Carl Schmitts verpflichtet sind, vermögen wichtige Aufschlüsse zu geben über die interdisziplinäre Wirkungsweise machtslogischen Denkpentials. Kosellecks Konzeptionen seit »Kritik und Krise« (1959)⁸ sind Modelle, Symptombilder aktueller Bündelung und Formierung von Tendenzen im angegebenen Felde. R. Koselleck ist zugleich Beispiel für Kooperation und Planung innerhalb des Wissenschaftsbetriebs (Arbeitsgruppen an der Universität Bielefeld; Lexikon »Historische Grundbegriffe«; Sammelwerk »Poetik und Hermeneutik« u. a.). Für die Beurteilung der Konzeptionen, ihrer inneren Dynamik und Wirkungshintergründe entscheidend ist die Tatsache, daß sie sich allein als Ausgliederung aus den systematischen Grundlagen der »politischen Theologie« Carl Schmitts angemessen begreifen lassen.⁹ Carl Schmitts politische Machtlehren und verfassungsrechtliche Interpretationen, nicht M. Heideggers philosophische Schicksalslehren haben als Bezugspunkt zu gelten. Die Chance, die Diskussion um

die voraussichtliche Entwicklung neuerlicher politischer Romantik gleich von Beginn an auf dem Plateau *politischer* Ästhetik geschichtsphilosophisch zu eröffnen, muß genutzt werden. Wie formiert sich die neue Machtästhetik aktuell im Umfeld der »politischen Theologie«, unter welchem Vorzeichen, mit welcher Stoßrichtung und in welchen Denkbahnungen?

Kosellecks Auseinandersetzung mit der europäischen Aufklärung in »Kritik und Krise« stellt sich dar als Destruktion im Geiste des »Begriffs des Politischen« und der »Politischen Theologie« Carl Schmitts. Es geht ihm darum, am Modell der französischen Revolution als dem entscheidenden Modell der Selbstverständigung revolutionären und demokratischen fortschrittlichen Geschichtsdenkens einen Begriff des Politischen und ferner einen Begriff neuzeitlicher Geschichte zu entwerfen, von dem aus moderne revolutionäre Prozesse der Gesellschaftsentwicklung der Gefahr blinder, naturwüchsiger Vermachtung ausgesetzt erscheinen. Durch die Art, wie er den Absolutismus, die Staatsmacht, die souveränen Instanzen generell zum Subjekt politischer und sozialer Aktivität erhebt, will Koselleck grundsätzlich die Möglichkeit treffen, das politische und verfassungstypologische Ablaufmodell der französischen Revolution im Rahmen geschichtsphilosophisch entfalteten Naturrechts zu interpretieren.¹⁰

Die »innere Ökonomie der Macht« ist von »Kritik und Krise« an ins Zentrum der Entwürfe Kosellecks getreten. Von hier aus werden die bürgerlich geschichtsphilosophischen Konzeptionen neuzeitlicher Geschichte – exemplarisch bei Kant und Rousseau – durchschlagen.¹¹ Die geschichtsphilosophischen Positionen der bürgerlichen Revolution erscheinen im Lichte eines Begriffs des Politischen als politischer Anarchie, Bürgerkrieg (»Lebensgesetz, unter dem wir noch leben«), als Verblendung den realen Machtprozessen gegenüber, als Umgehungsstrategien. »Die Geschichte wird nur geschichtsphilosophisch erfahren« (Koselleck 1959, S. 133) – so sein warnendes Verdikt. Die Souveränität politischer Ermächtigung wird extrem formalisiert und entleert: abgebunden von den wirklichen, empirischen, innergesellschaftlichen Instanzen. »Auch die Souveränität«, so klagt Koselleck, »löst sich auf in lauter außer- und überstaatliche Begriffe, ohne daß diese konkretisiert werden: in Moral, in das Gewissen, in das Volk, in die Natur . . .« (Koselleck 1959, S. 123). In diesem Sinne avanciert »Souveränität« zur Instanz, zum Ersatzsubjekt *gegen* die Geschichte, zur Garantie des nackten Status Quo. Dagegen steht die marxistische Erkenntnis, daß sich im Gegenteil die wirkliche Logik der Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse nur zum Teil im System der juristischen Begriffe unterbringen läßt. Notwendigerweise führt das Bestreben, die Idee äußerer machtstaatlicher Regelung zum grundlegenden Moment des Rechts zu machen, zur Identifikation des Rechts mit der autoritären Festsetzung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung.

Auf dem Hintergrund der Darstellung der französischen Revolution entwirft Koselleck ein neues Modell historiographischer Grundlegung der hermeneutischen Disziplinen. Gerade auf diesen Übergang, diese innere Verschränkung der Konzepte, soll hier der Blick gelenkt werden. Koselleck arbeitet mit seinen Entwürfen hermeneutische Implikationen der »Begriffssoziologie« heraus, die bei Carl Schmitt nur angedeutet sind. Ein eigener Strang historiographischer geschichtsphilosophischer Konzeptionen trennt sich von dem machtanalytischen, antiaufklärerischen Komplex der Revolutionskritik ab. Er stellt ein Angebot an die hermeneutischen Disziplinen dar,

wobei das eigentliche Anwendungsfeld dieser Arbeiten in der Literaturwissenschaft zu suchen ist.¹³ Das Sammelwerk »Poetik und Hermeneutik« repräsentiert eindrucksvoll die Verflechtung von historiographischer Grundlegendiskussion und poetologischen Neuorientierungen. Das Programm der »Semantik« der politischen Grundbegriffe erfährt im Lexikon »Historische Grundbegriffe«¹⁴, in dessen fünf Bänden ca. 130 Begriffe der historischen und politischen Wissenschaft dargestellt und interpretiert werden sollen, eine systematische Entfaltung. Es sind Schübe geplanter Vorgaben von Begriffsstrategien und Argumentationsmustern an die hermeneutischen Disziplinen in ihrer aktuellen krisenhaften Verfassung, die gekennzeichnet ist durch diffuse Sensibilisierung für Machtprozesse, Angst vor (drohender) Geschichtslosigkeit und Abbiegen in ahistorische Denkwelten.

In »Der Begriff des Politischen« äußerte Carl Schmitt unmißverständlich die begriffsstrategische Absicht, die er mit der Einführung seiner diktaturtheoretischen Terminologie verband: »Worte wie Staat, Republik, Gesellschaft, Klasse, ferner: Souveränität, Rechtsstaat, Absolutismus, Diktatur, Plan, neutraler oder totaler Staat usw. sind unverständlich, wenn man nicht weiß, wer in concreto durch ein solches Wort getroffen, bekämpft, negiert und widerlegt werden soll« (Carl Schmitt 1932, S. 18). Auf dem Felde der Grundlegung einer aktuellen politischen Verhältnissen angepaßten »Historik«, soweit sie aus den bisherigen Entwürfen erkennbar wird, genügt Koselleck durchaus dem methodologischen Postulat Carl Schmitts hinsichtlich der begrifflichen Konstruktion seiner Diktaturlehren: »Voraussetzung dieser Art Soziologie juristischer Begriffe ist also radikale Begrifflichkeit, das heißt eine bis zum Metaphysischen und zum Theologischen weitergetriebene Konsequenz« (Carl Schmitt 1934, S. 59). Sicherlich ist bei Koselleck nicht mehr Nietzsches ekstatischer »Wille zur Macht«, auch nicht die metaphorische Theologie Carl Schmitts das tragende Fundament; es sind nicht länger derart absolute Instanzen. In Abgrenzung zu Schmitt ist Koselleck bewußt darum bemüht, die Spannung zwischen staatsrechtlicher und geschichtsphilosophischer Begründung von Herrschafts- und Machtbegriffen aufrechtzuerhalten. Solche Differenzen dürfen vom Wesentlichen nicht ablenken: hinter dem modischen Wechsel sich übersteigernder Auslegungsmethoden der politischen Verfassungsordnung als Machtfunktionen das Grundsätzliche der *Haltung* zu sehen. In seiner »Historik«¹⁵ konstruiert Koselleck das begriffliche Gerüst für eine politische »Ikonographie« (Utopien; heilsgeschichtliche Parallelen; welthistorische Entscheidungssituationen mit ihrem Bilderfundus, Analogien theologischer und politischer Vorstellungen, hierarchische Ausgliederungen aus souverän verfaßten Grundmustern), in die die Zusammenhänge der pragmatischen Geschichte eingefüllt werden können.

In der Wirkung bedeutet dies, daß die Einstellung der verunsicherten und »radikalisierten« Intellektuellen, die sich in der Duplizität einer schwankenden Haltung zwischen »radikaler« Absage an Ordnung, Macht der Herrschenden, Ehrbarkeit und Moral einerseits und heimlichem unterschwelligem Paktieren mit eben dieser Macht bewegen, bestärkt wird. Das Studium der Restaurationsbewegungen seit der Revolution von 1848 (Baudelaire, Nietzsche, Carl Schmitt u. a.) belegt: die Form geschichtstheologischer Vermittlung kennzeichnet solches radikalisierte Denken. Die innere Duplizität der machtverstörten und machtfixierten Haltung der Politik gegenüber und im weitesten Sinne politisch-theologische Denkformen korrespondieren

einander. Die Radikalität der Einstellung der Intellektuellen hat ihren Ursprung in der Wahrnehmung politischer Prozesse rein als Machtprozesse. Politik erscheint gebannt unter die Form eines ahistorischen Machtkomplexes, dessen »innere Ökonomie« es »historisch« zu interpretieren gilt. Voraussetzung einer solchen Radikalität ist eine »konsequente Ideologie«. Koselleck liefert sie in geschliffener Modernität. Er legt einen aktuellen politischen Zwecken zugeschnittenen Kanon für die hermeneutischen Disziplinen fest. Insofern läßt sich die Funktionalität von Positionen wie derjenigen Kosellecks für wissenschaftstheoretische und politische Einstellungen speziell literarischer Intelligenz umschreiben: Politik wird apperzipiert rein als »Macht«, eine außerordentliche Sensibilität für historische Macht Tendenzen und aktuelle politische Vermachtungsprozesse wird abstrakt produziert. Dabei erscheint »Macht« untechnisch, ohne allen sozialen, funktionellen Begriff. Die Außenforts der politischen Theorie werden befestigt in einer Art, die von Kosellecks Lehren der Geschichtlichkeit genau markiert wird. Überschattet von diesen Außenforts können die weichen Stimmungen der Verzweiflung in den Äckern und Wiesen, zwischen den Weinbergen und Abgründen sich nähren und ergehen.

Es muß Front gemacht werden gegen das gefährliche Reden von der »Subjektlosigkeit« aktueller gesellschaftlicher Prozesse aus historischer Kenntnis des Umschlagens radikalierter Haltung der »Macht« gegenüber in blindes Verfallen an die Logik des abstrakt negierten Gegners. Nicht zuletzt das Lehrstück Carl Schmitt (sein Avancieren zum Kronjuristen faschistischer Rechtsbarbarei) vermag vielleicht zu schützen vor den Irrwegen ästhetisch-extrem gestellter »Subjektfrage«. Tatsächlich zwingen geschichtsphilosophische Entwürfe wie diejenigen Kosellecks zur zugleich politischen und ästhetischen Auseinandersetzung mit den Konstruktionen, in denen sich Politik zur autonomen »Ökonomie der Macht« irrationalisiert.

Anmerkungen

1 Die »Nietzsche-Studien«, die seit 1972 erscheinen, sind weitgehend geistesgeschichtlich ausgerichtet. Markante Vorstöße in Richtung auf politische Analyse als Machtanalyse finden sich in den Hegeljahrbüchern. Die eigentlich wichtige Instanz der Vermittlung und Aktualisierung Nietzscheschen Denkens sind die Bücher von Michel Foucault. Die Autonomisierung machtanalytischer Darstellungsformen wird in ihnen auf unterschiedlichen Materialfeldern vorangetrieben. Man vergleiche dazu etwa: M. Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt 1975. Zur theoretischen Auseinandersetzung mit Nietzsche: M. Foucault: Von der Subversion des Wissens. München 1974.

2 Vgl. das Benn-Colloquium der Berliner Akademie der Künste von 1978. Zu Céline, dessen dichterisches Werk der Rowohlt-Verlag herausgebracht hat, vgl. Hermann Peter Piwitt: Sündenbock und Simplizius mit dem Blick von unten. Louis Ferdinand Céline: eine fällige Revision, in: Frankfurter Rundschau vom 13. 1. 1979.

3 Karl Heinz Bohrer: Die Ästhetik des Schreckens. Die pessimistische Romantik und Ernst Jüngers Frühwerk, München und Wien 1978. Programmatish ist hier die Abtrennung des Interesses am autonomen Konzept des »ästhetischen Dezisionismus« vom öffentlich politischen Interesse am politisch-dezisionistischen Gehalt der Konzeptionen Jüngers.

4 In der Frankfurter Rundschau vom 2. 12. 1978 trägt R. W. Faßbinder im Rahmen eigener Produktionsplanungen Überlegungen zu den Tendenzen des politisch engagierten Films der BRD vor. R. W. Faßbinder: Die dritte Generation, in: FR, 2. 12. 1978. Faßbinder umschreibt hier seine Vorstellungen von politischer Ästhetik. – Man vergleiche auch Wolfram Schütte über Faßbinders Film »Eine Reise ins Licht«. W. Schütte: Ich – was ist das? / Oder: Ästhetik als Widerstand, in: Frankfurter Rundschau vom 20. 5. 1978.

5 Vgl. Karges und Langhoffs Hamburger Experiment mit Kleists »Prinz von Homburg« und H. Müllers Fatzer-Montage nach Brecht.

6 Man vergleiche die Autoren der in den Festschriften für C. Schmitt versammelten Beiträge. Einen Überblick über die Wirkungsgeschichte der Lehren C. Schmitts gibt Piet Tommissen: Carl Schmitt-Bibliographie, in: Festschrift für Carl Schmitt zum 70. Geburtstag, dargebracht von Freunden und Schülern, hrsg. von H. Barion, E. Forsthoff, W. Weber, Berlin 1959, S. 273–330. In der Festschrift von 1968 hat Tommissen diese Bibliographie ergänzt.

7 Konzentriert trat C. Schmitts publizistische Wirkungsmächtigkeit in Erscheinung in den Echos auf seinen 90. Geburtstag. Johannes Gross hatte in der FAZ präliediert: J. Gross: Vom Feind und der Feindschaft. Wiedergelesen: Carl Schmitt »Der Begriff des Politischen«, in: FAZ vom 27. 11. 1977. Es folgte Rüdiger Altmann: Macht die Verfassung noch den Staat? Carl Schmitt wird neunzig, in: FAZ vom 8. 7. 1978. Schon in den fünfziger Jahren haben sich J. Gross und R. Altmann um Gedenken und Pflege der Lehren des durch den Nationalsozialismus diskreditierten C. Schmitt Verdienste erworben. Man vergleiche die Zeitschrift »Civis«, 3. Jg. Nr. 18. – Die Münchener Siemens-Stiftung erwies Carl Schmitt mit einer Vortragsreihe zum Thema »Der Ernstfall« ihre Reverenz. Durch Ernst Forsthoffs Theorie der »Industriegesellschaft« gebrochene Rezeption der Verfassungslehre C. Schmitts – so kann man die gegenwärtigen Akzentsetzungen umschreiben. – Vgl. auch F. Tomberg: Konservative Wegbereitung des Faschismus in der politischen Theorie Carl Schmitts, in: *Das Argument* 87, 16. Jg. (1974), S. 604–633.

8 Reinhart Koselleck: Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Freiburg/München 1959. Vgl. auch die Besprechung in: *Das Argument*, Sonderband 75: »Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)«. Berlin/West 1972, S. 294 ff.

9 Kosellecks Entwürfe einer »Historik« lassen sich angemessen nur begreifen als Ausgliederungen aus den Grundlagen moderner Machtlehren, speziell der Souveränitätslehre C. Schmitts. Das Modell des Buchs über die politische Romantik, die Methodik der sogenannten »Begriffssoziologie« aus der »Politischen Theologie« von 1922, generell die in Schmitts Büchern enthaltene politisch-theologische Legitimationstechnik und politische Ikonographie werden von R. Koselleck ausgewertet bzw. ausgearbeitet. Die Eröffnung eines neuen Lehrstückes politischer Theologie durch Koselleck, gleichsam die »Politische Theologie III«, knüpft unter historisch veränderten Erfahrungsvoraussetzungen an den Lehren C. Schmitts an. Schmitts späte Schrift »Politische Theologie II – die Legende von der Erledigung jeder politischen Theologie«, Berlin 1970, ist unter rechtstechnischen Aspekten auf das eigene Werk zurückgewandt und eröffnet keinen neuen Problemhorizont für die Bedingungen der BRD. Schmitt sucht den Strang politisch-theologischen Denkens aus der Zeit der Weimarer Republik für die BRD neu in Erinnerung zu bringen. Legte Schmitt Protest ein gegen die Erledigung jeder politischen Theologie, so geht R. Koselleck bereits ein auf die aktuellen Bewußtseinsverlagerungen der nachfaschistischen Ära, speziell auf die sechziger Jahre.

10 Als Gegenmodelle der Darstellung der französischen Revolution vgl.: Karl Griewank: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Entwicklung. Aus dem Nachlaß hrsg. von Ingeborg Horn-Staiger. Mit einem Nachwort von H. Heimpel. Frankfurt 1969. Vgl. besonders auch die Arbeiten von Albert Soboul und Walter Markov.

11 Diesen Gesichtspunkt hebt J. Habermas heraus: Über das Subjekt der Geschichte. Kurze Bemerkung zu falsch gestellten Alternativen, in: Poetik und Hermeneutik, Bd. V, S. 470 ff. Habermas weist grundsätzlich hin auf das wissenschaftstheoretische Dilemma der Selbstbegründung derartiger Geschichtsphilosophischer Konstruktionen »jenseits« der Vergesellschaftung der Produktion und der Durchsetzung von Weltmarktsverhältnissen. Es scheint allerdings zweifelhaft, ob vom Standpunkt traditioneller Geschichtsphilosophie als »Rekonstruktion der Gattungsgeschichte« aus zureichend gestritten werden kann gegen den Theorietypus der »politischen Theologie«. Dazu auch H. Blumenbergs Kritik an der Legitimitätslehre Carl Schmitts. H. Blumenberg: Säkularisierung und Selbstbehauptung. Frankfurt 1974, Abschnitt VIII »Politische Theologie I und II«.

12 Zum Aspekt der Sensibilisierung für politische Fragen als Machtfragen vergleiche man die Direktiven aus »Kritik und Krise«: »Die Aufklärer demaskieren, reduzieren, sie entlarven, wobei ihnen entgeht, daß im Vollzug der Entlarvung sich der Eigengehalt des Entlarvten auflöst. Macht ist für die hypokritischen Aufklärer immer Mißbrauch der Macht. Daß Macht den Mächtigen inspiriere, darum weiß er nicht.« (S. 99) »Die Verdeckung der Krise als einer politischen Krise ist ihre Verschärfung, wie sie gerade in der Verschärfung verdeckt bleibt« (S. 146). »Durch die kritische Scheidung von Gesetzen und der herrschenden Gewalt war der bestehende Staat

schon so sehr verurteilt, daß die Entscheidung, die die Krise herbeiführen mußte, nur noch einer Exekution gleichkam, die den moralischen Urteilsspruch der Bürger vollstrecken wird« (S. 153). »Der Bürgerkrieg, unter dessen Gesetz wir heute noch leben, wurde zwar erkannt, aber verharmlost durch die Geschichtsphilosophie, für die die intendierte politische Entscheidung nur das absehbare und zwangsläufige Ende darstellt eines überpolitischen moralischen Prozesses« (S. 156).

13 Im Rahmen der Konzeption der »Historik«, der phänomenologisch-deskriptiven Theorie der Geschichtlichkeit von Koselleck, werden die Intensitätsgrade krisenhafter Annäherung der hermeneutischen Disziplinen an souveränitätslogische und machtästhetische Vorstellungskomplexe und (indirekt) die dahinterstehenden Machtlehren abbildbar und ideenpolitisch kanalisierbar. Die Erfahrungslagen von »Vermachtungen« werden strukturiert – und im gleichen Zuge wird die Erfahrung von Macht als inhaltlich politisch definierter vorgestellt. Um diesen Vorgang »hermeneutischer Umschaltung« im Kern politisch-theologischer Argumentationsmuster zu erkennen, halte man sich immer die Herauslösung der ideologischen, geschichtsphilosophischen Bedeutungsebene aus der dahinterstehenden machtanalytischen-historischen Strukturebene bewußt:

1. Politisch-machthanalytische »Lesart«: »Kritik und Krise«, S. 140, 145, 151; »Geschichte, Geschichten und formale Zeitstrukturen«, S. 216, 220 u. a.

2. Ideologische »Lesart«: »Geschichte . . .«, S. 219; »Vergangene Zukunft der frühen Neuzeit«, S. 563; »Ereignis und Struktur«, S. 571.

14 »Geschichtliche Grundbegriffe.« Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Stuttgart 1972 (Band I).

15 Der geschichtsanalytisch-wissenschaftliche Anspruch wird von Koselleck akzentuiert: »Um die Einheit der Historie als Wissenschaft zu wahren, müssen theoretische Prämissen entwickelt werden, die sowohl vergangene und völlig anders geartete, wie auch eigene Erfahrungen abzudecken in der Lage ist.« (»Geschichte, Geschichten und formale Zeitstrukturen«, S. 212). »Schließlich ist die Frage nach den Zeitstrukturen formal genug, um mögliche geschichtliche Ablaufformen unbeschadet ihrer mythischen oder theologischen Deutung herauschälen zu können« (A. a. O.).

Literaturverzeichnis

Hans Magnus Enzensberger: Zwei Randbemerkungen zum Weltuntergang, in Kursbuch 52 (1978)

Reinhart Koselleck: Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Freiburg und München 1969²

Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft der frühen Neuzeit, in: Epirrhosis. Festgabe für Carl Schmitt. Zweiter Teilband. Hrsg. Hans Barion, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Ernst Forsthoff, Werner Weber. Berlin 1968

Reinhart Koselleck: »Historia magistra vitae«. Über die Auflösung des topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte, in: Natur und Geschichte, Karl Löwith zum 70. Geburtstag, hg. von H. Braun und M. Riedel, Stuttgart 1967

Reinhart Koselleck: Geschichte, Geschichten und formale Zeitstrukturen, in: Geschichte, Ereignis und Erzählung, hrsg. von R. Koselleck und Wolf-Dieter Stempel, München 1973 (Band V von »Poetik und Hermeneutik«)

Reinhart Koselleck: Ereignis und Struktur, in: Geschichte, Ereignis und Erzählung, hrsg. von Reinhart Koselleck und Wolf-Dieter Stempel, München 1973 (Band V von »Poetik und Hermeneutik«)

Carl Schmitt: Politische Romantik. München und Leipzig 1925²

Carl Schmitt: Politische Theologie – Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. München und Leipzig, 1934²

Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Mit einer Rede über das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen. München und Leipzig 1932

Carl Schmitt: Politische Theologie II – die Legende von der Erledigung jeder politischen Theologie, Berlin 1970

Eine bürgerliche Lehre aus Holocaust

Zur Kritik der Von-unten-nach-oben-nach-unten-Kultur

Meist wurde Holocaust als historisch-politisches Ereignis diskutiert. Die FAZ untersucht es auch als *kulturpolitisches*. Sie läßt Günther Rohrbach, der bis Ende Januar Leiter der Abteilung Fernsehspiel und Unterhaltung im WDR war und den Einkauf von Holocaust mit betrieb, unter der Überschrift »Ende der Von-oben-nach-unten-Kultur?« aus Holocaust »Erkenntnisse und Folgerungen für die Arbeit in den Fernsehanstalten« ableiten (FAZ v. 1. Februar 1979, S. 19). Holocaust soll hier bewußt nicht »inhaltistisch« aufgefaßt werden – als Film über Faschismus und Judenvernichtung –, sondern als möglicher Wendepunkt in der Entwicklung der bundesdeutschen Art, mit den Massen zu kommunizieren. Die FAZ schlägt den Kulturarbeitern mit Rohrbach vor, nachhaltig aus Holocaust als *Kommunikationsstruktur* zu lernen. Wir lassen uns darauf ein und notieren Standpunkt und Perspektive des Lernprozesses. – Anlaß zum Lernen gab der Skandal, daß die Organisatoren der Kommunikation mit den Massen von diesen bei dem Versuch überrascht wurden, Holocaust ins Dritte Programm abzudrängen. Die Dämme zwischen den Kanälen wurden durch die Flut engagierter Reaktionen eingerissen – und selbst das eigens zusammengerufene Expertengremium konnte die alte Kommunikationsordnung nicht wiederherstellen: es fand sich mehr in der Rolle des Belehrtten und auch des Gescholtenen wieder. *Anlaß* genug, die irritierten Kulturleute zum Lernen aufzufordern. Rohrbach geht den *Gründen* nach für das »Finschlagen« gerade dieses Films, wo doch schon viel einschlägigere gesendet wurden. Er sieht das in der besonderen Form der Kultur begründet, die dieser neue Film gegenüber den früheren repräsentiert.

»Holocaust« hat nicht nur unser Geschichtsbewußtsein verändert, es hat uns auch gelehrt, was Massenkommunikation sein kann. Nach »Holocaust« darf Fernsehen auch bei uns nicht mehr sein, was es bisher war.«

Und was war Fernsehen bisher in der Bundesrepublik?

»Eine Gesellschaft von gebildeten Bürgern kommuniziert miteinander in der Hoffnung, daß die Nachrichten irgendwann einmal, und auf welchen Wegen auch immer, unten ankommen.«

Zunächst ist »Massenkommunikation« nach Rohrbach hier nicht Massenkommunikation, sondern hermetischer, selbstzweckhaft-esoterischer Diskurs¹ unter den Gebildeten. Dann aber verrät Rohrbach einen weiteren Zweck dieses Diskurses: die »Nachrichten« müssen auch noch »unten ankommen«. Ungewollt spricht er mit der Unzugänglichkeit und Esoterik der Dritten Programme eine Funktion sozialer Herrschaft aus: die Massenkommunikation von oben nach unten zu strukturieren. In der Massenkommunikation, wie Rohrbach sie analysiert, sind eine horizontale, demokratische (unter Gleichen) und eine vertikale Struktur (von oben nach unten) funktional miteinander verknüpft. *Indem* die Gebildeten ihre abgehobene Kultur pflegen, manipulieren sie die der Massen. Würde sich Fernsehen darin erschöpfen, so wäre es eine Veranstaltung der ungebrochenen Herrschaft bildungsbürgerlicher Kultur. Rohrbach notiert, daß die »Von-oben-nach-unten-Kultur« so einfach nicht gebaut ist.

»Was Gewicht hat in den Sendungen des deutschen Fernsehens, richtet sich an eine gebildete Oberschicht . . . Für die ›breiten Massen‹ gibt es Rosenthal und Peter Alexander, Ohnsorg und Blauen Bock. Doch wenn es ernst wird, verengen sich die Kanäle, werden die Signale verschlüsselt, kommen die Botschaften von oben herab.«

Die Kommunikation mit den Massen fällt also in »zwei Kulturen« auseinander: in eine »ernste« und eine unterhaltende. Der Gegensatz scheint unsinnig, denn in der »Unterhaltung« kommen viele ernste Themen vor und häufig wird in ernster Form Triviales präsentiert. Und doch bezeichnen »E-« und »U-« einen realen, von den Kulturarbeitern praktisch gehandhabten Gegensatz: die Sprache des Ernsten ist reserviert für die Intellektuellen, die Massen bekommen nur Unterhaltung geboten. Auf bestimmte, zunächst unklare und näher zu untersuchende Weise verteilen sich die Inhalte auf die beiden kulturellen Diskurse. Zum Beispiel den Faschismus auf unterhaltende Weise zu verarbeiten, war, was Rohrbach kritisiert, in der Bundesrepublik bisher ausgeschlossen. Was von den Massen – also »unten« – im Faschismus erlebt wurde, kam dann in Filmen »verschlüsselt« – also für sie unzugänglich – von oben herab. Rohrbach diagnostiziert diese widersprüchliche Struktur einer Herrschaft (Diskurs von oben nach unten) über die Verarbeitung von »Ernstem« durch die Massen praktisch für die gesamte Kultur in der Bundesrepublik: von den Fernsehfilmen über die Nachrichten bis hin zu Theater, Kino, Literatur und Kunst. Nehmen wir Kultur als die Form der selbstzweckhaften, weil unmittelbar auf die eigene Entwicklung gerichteten, und deswegen selbstbestimmten Auseinandersetzung des gesellschaftlichen Menschen mit sich und der Welt, so müssen in den sozialen Verhältnissen der Bundesrepublik noch einmal (mindestens) zwei Überformungen kultureller Praxis unterschieden werden: eine »Elitekultur«, in der die Intellektuellen zu bestimmten reservierten Themen ihre ästhetischen Normen den Massen aufdrängen, und eine Massenkultur (auf die wir gleich am Beispiel der USA zurückkommen). Das Auseinanderfallen in zwei Kulturen scheint einerseits notwendig zu sein, gleichsam damit die Massen nicht Ernst machen mit ihren Erfahrungen, ihren Vorstellungen und Wünschen, andererseits aber disfunktional – denn was soll eine Kommunikation mit den Massen, die nicht oder nur höchst unsicher »ankommt«? Da droht die Kontrolle von oben über die Verarbeitung der alltäglichen, massenhaften Erfahrungen und der eigenen Geschichte verloren zu gehen. Heben die Intellektuellen zu weit von den Massen ab, droht der »Faden« zu reißen und die Massen machen sich ihren eigenen Reim auf die Dinge.²

Dieses Problem sieht Rohrbach in den USA vorbildlich gelöst.

»Im Lande von Mickey-Mouse, Donald Duck und Superman verlaufen die Kommunikationsströme fraglos von unten nach oben. In einer von Trivialmythen beherrschten Kultur kann sich der Hochmut von Bildungseliten erst gar nicht entfalten.«

Wir übersetzen: »In der Form von Mickey-Mouse-Heften etc. kommunizieren die Massen mit den Gebildeten – von unten nach oben. Diese ihre kulturelle Tätigkeit hat die Form einer Herrschaft von Trivialmythen. Die Spaltung in zwei Kulturen ist aufgehoben.«

Aber warum sollten die Massen mit den Gebildeten kommunizieren? Und das auch noch in der Form von Mickey-Mouse-Heften? Haben nicht Walt Disney und seine Techniker Mickey Mouse gemacht – und nicht die Massen? Walt Disney war Künst-

ler, Zeichner, hat einen Kurs an der Akademie der Künste absolviert – war also gebildet; gestorben ist er als Multimillionär, ist also »nach oben« gekommen. Mickey Mouse und Donald Duck sind – weitab von den Massen – in den »Traumfabriken« Hollywoods fabriziert worden. Allerdings: Walt Disney hat Mickey Mouse – gleichsam den Stoff, aus dem Mickey Mouse gemacht ist, »von unten« mitgenommen; in den Comics³ sind die tagtäglichen Erfahrungen, Wünsche, Nöte und Ängste der Menschen aufgenommen, hinauftransportiert in die Ateliers und Studios der Walt Disney Productions Inc. und in eine *bestimmte ästhetische Ordnung* gebracht, die ihrerseits wiederum die Massen in ihrem Fühlen, Denken und Handeln⁴ von oben organisiert.

Vor allen Comics haben die Massen ihre eigene Kultur – ihre Sprüche, Reime auf die Dinge, ihre Witze und Bilder, ihre Weise, spielerisch-selbstzweckhaft mit der Welt umzugehen und sich in ihr zu orientieren – selbst da noch, wo sie selbst nur Mittel zum Zweck sind: in der ausgebeuteten Arbeit. In der amerikanischen Massenkultur wird der originäre Diskurs der Massen mit sich selbst aufgenommen und zugleich herausgelöst aus dem wirklichen Leben, häufig *verschoben* auf andere Felder (z. B. in den Wilden Westen), *mythologisiert* (in den Tierwesen der Kindercomics oder in Superman) und in eine *besondere Form der Präsentation* (z. B. Bildersprache) gebracht. Die Kultur der Massen wird so *ideologisch überformt* zur »Massenkultur«. Ignoriert man, wie Rohrbach, die Überformung und das Resultat, die spezifisch ideologische Form, die Kultur hier annimmt, so kann einem diese Kultur als von unten nach oben strukturiert erscheinen. Rohrbach unterläuft ein Zungenschlag, der seine These von der Von-unten-nach-oben-Kultur in den USA selbst kritisch kommentiert: sie sei als »Herrschaft der Trivialmythen« organisiert. Wir haben gesehen, daß das wörtlich zu nehmen ist. Wie diese »Herrschaft«, die ideologische Überformung von Kultur-von-unten und die so geschaffene Massenkultur funktionieren, wäre eigens zu untersuchen. Rohrbach schweigt sich darüber aus.

Jedenfalls sichert seiner Meinung nach die »Herrschaft der Trivialmythen« die Einheit des »kulturellen Selbstbewußtseins« in den USA, das »von keiner Spaltung bedroht ist«.

»Kultur ist darum immer schon Massenkultur.«

Der Satz ist nicht trivial. Er unterstellt einen Begründungszusammenhang zwischen Einheit und Massenfähigkeit von Kultur. Was Rohrbach hier als bekannt voraussetzt, ist in Wirklichkeit eine Aufgabe für die wissenschaftliche Forschung; in den USA sei die Herrschaftsfunktion von Kultur nicht in der Weise eines Übereinander von zwei Kulturen organisiert wie in der Bundesrepublik. Die Gefahr wäre so gebannt, daß der Faden reißt zwischen oben und unten, zwischen Intellektuellen und Massen. Dazu gehört – neben der »Trivialität« der Kultur – eine Intelligenz, die sich auf die Aufgabe einläßt, die Alltagsmythen zu studieren und in eine Trivialkultur zu übersetzen. Nur als ungeteilte, ungebrochene kann eine Kultur, wie in den USA, zugleich Kultur der Massen und kulturelle Herrschaft über die Massen sein.

»Nur so ist es möglich, daß die Produkte der amerikanischen Unterhaltungsindustrie den Weltmarkt beherrschen und auf diese Weise mehr von diesem Land, seinen Menschen, seiner Geschichte überall hin vermittelt haben, als es eine Elitekultur je könnte.«

Kulturelle Hegemonie – so ließe sich Rohrbachs These theoretisch formulieren –

kann sich auch international nur in dem Maße ausbreiten, wie eine Kultur die Wiedererkennung der Massen in von ihnen produziertem alltagsmythologischem Material erlaubt.

Zwar gibt es auch in den USA neben Walt Disney Roy Lichtenstein, der das Material der »trivialen« Comics wiederum ein Stockwerk höher transportiert und in die ausstellungsfähige Kunst einbaut, und es gibt neben Elvis Presley Leonard Bernstein, dessen Spezialität in der showmäßigen und vermassenden Darbietung von »E-Musik« besteht; beide repräsentieren aber eine sich »von unten nach oben vorarbeitende Kultur«, der sich etwas »von dieser Kraft und Ursprünglichkeit« der Trivialmythen mitgeteilt hat. Das bedeutet: von den USA kann man hier lernen, daß auch die kulturellen Bedürfnisse der Gebildeten auf eine Weise befriedigt werden können, die die Einheit der Kultur nicht gefährdet, sondern festigt. Würde man, wie in Hollywood, auch in der Bundesrepublik in den Werken »von hohem künstlerischem Rang« nicht die Weiterverarbeitung der herrschenden Trivialmythen scheuen, so könnten die Massen und die Kulturarbeiter zu einem kulturellen Block zusammengeschlossen werden – so das Programm von Rohrbach.

Seinen Begriff von Massenkultur sieht Rohrbach in Holocaust ideal verwirklicht.

»Im immer schon vorhandenen Einverständnis mit den Ansprüchen und Bedürfnissen der Massen hergestellt, mußte es (Holocaust, W. E.) die Gebildeten hier in Europa so lange irritieren, wie es dem eigentlichen Kommunikationsprozeß (d. h. der Sendung und Publikumsreaktion, W. E.) entzogen war . . . Das ist – ästhetisch gesehen – das Neue und Überraschende an Holocaust: in einer Von-oben-nach-unten-Kultur hat sich der Film von unten nach oben durchgesetzt und damit scheinbar gesicherte Maßstäbe entkräftet.«

Das angeblich »immer schon vorhandene Einverständnis mit den Ansprüchen und Bedürfnissen der Massen« können wir jetzt übersetzen: in bewußter Überformung der Ängste und Wünsche der Massen hergestellt. Holocaust – und das zeichnet den Film vor anderen aus – arbeitet perfekt mit den Mythen des Alltags: das Privatindividuum, die Familie, das Schicksal, das Böse usw. Es sind die alltäglich-praktischen Formen des Lebens, in denen die Menschen vom Gesamtzusammenhang – von der Gesellschaft und ihrer Geschichte – entfremdet sind, und denen die Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen eingeschrieben ist. Verfilmt, in bestimmter Weise ästhetisiert, befestigen sie historische Vorurteile und Aberglauben.

»Die Amerikaner haben ihre Geschichte im Western kennengelernt . . .« Nach diesem Modell sollen die Deutschen nun ihre Geschichte in Holocaust kennenlernen. Tatsächlich haben die Massen darüber abgestimmt – durch Einschalten und per Telefon –, daß sie lieber in diesen entfremdeten Formen über ihre Geschichte kommunizieren wollen als in enthobenen – oder gar nicht. Rohrbach empfiehlt den nach Massenwirksamkeit hungernden Kulturarbeitern, auch in der Bundesrepublik die Von-unten-nach-oben-unten-Kultur zu organisieren.

Auf entgegengesetzte Weise haben sich einige von ihnen aber schon darangemacht, in Kulturläden und Laienchören, in Theatergruppen und Malzirkeln einer wirklichen Kultur von unten aufzuhelfen: nicht als Mythologen des Alltags, sondern als Hebammen der kulturellen Tätigkeit der Massen selbst, ihre Geburtswehen verkürzend. Ihre Aufgabe ist es nicht, die spontanen Verklärungen der sozialen Ohnmacht in den Privatformen des Lebens durch ideologische Überformung zu stabilisieren,

sondern jene »Trivialmythen« selbst als Schranken der kulturellen Selbstentfaltung der Massen durchbrechen zu helfen. Wo der soziale Zusammenhang von den Menschen selbst »von unten« rekonstruiert wird und neu als Medium auch der individuellen Entwicklung erlebt werden kann – und nicht als dunkle Mächte und höhere Gewalten –, da müssen die Kulturarbeiter mithelfen, den Schutt von Helden und Idolen des Alltags beiseitezuräumen. Das kann ihnen nur gelingen, wenn sie nicht mit neuen Helden und höheren ästhetischen Werten aufwarten, sondern sich auf die Aufgaben beschränken: das an der Basis verstreut Produzierte *zusammenzufassen*, die noch mächtigen Momente der Von-oben-Kultur zu *kritisieren* und an einem *historisch-kulturellen Selbstbewußtsein* der Massen mitzuarbeiten.

Anmerkungen

1 Unter »Diskurs« verstehen wir hier nicht nur »Rede(weise)« oder »Sprache« im engen Sinne, sondern weiter die Art, wie sich die Menschen in bestimmten sozialen Verhältnissen gegenseitig darstellen, »artikulieren«. Diskurse umfassen in diesem Verständnis mehr als nur die Sprache: z. B. kann eine Show als Diskurs bestimmter Struktur aufgefaßt werden, ebenso ein System von Höflichkeit (»Etikette«) usw. Der Begriff des Diskurses hebt den kommunikativen Aspekt einer *Lebensweise* hervor.

2 Antonio Gramsci untersuchte ein strukturell ähnliches Problem am Beispiel der katholischen Kirche: »Die Macht der Religionen und besonders der katholischen Kirche bestand und besteht darin, daß sie deutlich die Notwendigkeit spürte, die Einheit der Lehre für die gesamte religiöse Masse zu wahren. Sie kämpften gegen die Trennung der intellektuell höher stehenden Schichten von den niedrigeren Schichten . . .« ders.: *Philosophie der Praxis* (hrsg. u. eing. v. Ch. Riechers), Frankfurt/M. 1967, S. 134.

Daß das Thema auch heute noch aktuell ist, zeigt die folgende Bemerkung in einem Bericht der FAZ über die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz: »Die Zentralstelle Medien wird beauftragt, die Möglichkeit religiöser Comics zu untersuchen, da nur drei Prozent der katholischen Kinder von katholischen Zeitschriften erreicht werden, 96 Prozent aller Kinder aber zumindest gelegentlich Comics lesen.« FAZ v. 10. März 1979, S. 12.

3 Die Comics sind in sich durchaus nicht einheitlich, sondern verarbeiten die vielfältigen und widersprüchlichen Bedürfnisse und Lebenslagen der Leser. Da gibt es nicht nur die verschiedenen Genres – von den Tiercomics bis zu den Abenteuercomics und zu Superman –, sondern auch innerhalb eines Genres, z. B. der Tiercomics, gegensätzliche Figuren und Konzepte: Mickey Mouse als der listig sich durchschlagende Kleinbürger; Goofy als der Trottel, der dropout; Donald Duck – die unterdrückte, plebejische Figur; Tom – die Verkörperung der Gewalt, die in den Verhältnissen steckt usw. usf. Die Comics für Kinder sind teils auf bestimmte Altersstufen abgestimmt: während es z. B. in »Ahörnchen und Behörnchen« immer wieder um Fürsorge, Liebe, Streit und seine Schlichtung geht, verläßt »Donald Duck« die Sphäre der Familie und muß schon alle Abenteuer der Zirkulation durchstehen.

4 Es mag übertrieben erscheinen, daß die Comics das *Handeln* der Menschen bestimmen sollen; man denke aber daran, daß bei Kindern und Jugendlichen Sprache, Gestik, Habitus, die Art sich zu kleiden usw. teils vollständig automatisiert bestimmten Vorbildern aus diesem Bereich folgen.

Heiko Haumann

Die Wende von 1929

Sozialökonomische Veränderungen in der Sowjetunion und das System des Stalinismus

Zwischen März und Mai 1929 wurde von den höchsten wirtschaftlichen und politischen Organen der Sowjetunion nach mehrjährigen Beratungen der erste Fünfjahresplan in seiner Optimalvariante für die Zeit von 1928/29 bis 1932/33 beschlossen. Wenige Monate später war dieser Plan nur noch Makulatur. Die Führungsgremien änderten ihn in wesentlichen Teilen ab, konzentrierten den Großteil der verfügbaren Mittel auf wenige Schwerpunkte der Produktionsmittelindustrie, erhöhten dort die Ziele in einem vorher nicht vorstellbaren Ausmaß. Seit Ende des Jahres trieben sie auch die Kollektivierung weit über den Plan voran. Das Ergebnis: gewaltige Leistungen beim Bau neuer Produktionsanlagen, bei der Steigerung der Produktion in einigen Industriezweigen, bei der Umwandlung Sowjetrußlands von einem Agrar- in einen Industriestaat – aber auch: gesamtwirtschaftliche Probleme durch die extrem disproportionale Entwicklung, die die Erfolge teilweise wieder zunichte machten, vielfach chaotische Zustände wegen des zu schnellen Industrialisierungstempos, vor allem Niedergang der Landwirtschaft – und Feindschaft zahlreicher Bauern gegenüber der Sowjetmacht wegen der Art und Weise, wie die Kollektivierung verwirklicht wurde. Bereits während Vorgeschichte und Durchführung der neuen Wirtschaftspolitik war es zu Ungesetzlichkeiten und Gewaltanwendung gekommen, massenhaft insbesondere auf dem Land. In den dreißiger Jahren, als sich die Wirtschaft allmählich wieder zu konsolidieren begann, erreichte der Terror jedoch einen Höhepunkt. Die Ursachen der Wende von 1929 sind darauf zu prüfen, inwieweit in ihnen die Voraussetzungen des neuen Macht systems, für das sich die Bezeichnung »Stalinismus«¹ eingebürgert hat, und damit auch des Terrors geschaffen wurden.

Ende der zwanziger Jahre trafen langwirkende sozialökonomische Probleme mit einer schweren Wirtschaftskrise sowie erheblichen sozialen und organisatorischen Umbrüchen zusammen. Der Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland war von Anfang an durch die Schwierigkeiten belastet, die die tiefgreifenden Spannungen zwischen verschiedenen Produktionsweisen verursachten. Eine hochmoderne Großindustrie, die aber 1913 nur einen bescheidenen Anteil am Nationaleinkommen erwirtschaftete, produzierte neben einem völlig zersplitterten Klein- und Handwerksgerberbe und einer überwiegend mit veralteten Methoden und Hilfsmitteln arbeitenden Landwirtschaft. Die Verflechtung aller Wirtschaftsbereiche, damit auch ihre wechselseitige Beeinflussung, die Durchdringung von kapitalistischen und vorkapitalistischen Elementen waren vor und während des 1. Weltkrieges enger geworden. Als 1921 der Versuch scheiterte, diese Struktur durch den großen Sprung vorwärts aufzubrechen und den Sozialismus unmittelbar aufzubauen², wurden unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik bis Mitte der zwanziger Jahre die Vorkriegsverhältnisse in ihren wesentlichen Zügen wiederhergestellt. Dabei rechnet die Großindustrie, das Transportwesen und der Außenhandel nun zum verstaatlichten sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft, alle anderen konnten sich in bestimmten Grenzen privatkapitalistisch entwickeln. Da sich aber zugleich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert hatten, verschärften sich einige Folgen der volkswirtschaftlichen Struktur. So blieb der Austausch zwischen Stadt und Land, zwischen industriellen und agrarischen Gütern inäquivalent, worauf viele Bauern zunehmend mit Marktverweigerung oder Spekulation antworteten. Damit wurde immer wieder der

industrielle Aufbau in Frage gestellt, der ohnehin unter erschwerten Bedingungen vor sich gehen mußte: Die gewaltigen ausländischen Investitionen, die 1913 rund die Hälfte der gesamten Neuinvestitionen umfaßt hatten, waren als Finanzierungsmittel ebenso weggefallen wie die Handelsüberschüsse durch Getreideexport. Auf weitere Probleme, wie das schlechte Bildungsniveau, die Notwendigkeit, auf »bürgerliche« Fachleute angewiesen zu sein, Bewußtseinsprägungen von Bevölkerung und Parteimitgliedern durch den Zarismus und die ersten Jahre nach der Oktoberrevolution sowie außenpolitische Faktoren sei hier nur hingewiesen.³

Zweifel kamen auf, ob die bisherige Wirtschaftspolitik mit diesen Schwierigkeiten fertig werden könne. Ihr Ausdruck war die mehrjährige »Industrialisierungsdebatte«, in der die künftige Strategie diskutiert wurde⁴. Eine grundsätzliche Alternative zur Neuen Ökonomischen Politik konnte sich dabei nicht durchsetzen, weil die Gefahr zu groß schien, daß dann das »Bündnis« zwischen Proletariat und Bauernschaft brechen würde. Aber mit den Beschlüssen des XV. Parteitagess 1927 wurde doch ein gewisser Kurswechsel in Richtung auf eine verstärkte Industrialisierung eingeleitet, während die Jahre vorher eher von einer vorrangigen landwirtschaftlichen Akkumulation charakterisiert gewesen waren. Auch die neue Strategie blieb aber im Rahmen eines »dynamischen wirtschaftlichen Gleichgewichts«, und alle Maßnahmen gegen privatkapitalistische Elemente sollten sich durchaus auf marktwirtschaftlichen Geleisen bewegen.⁵

Aus diesem Kurswechsel folgten wichtige Konsequenzen für die Struktur von Arbeiterklasse und Kommunistischer Partei. Krieg und Bürgerkrieg hatten tiefe Lücken in die Arbeiterschaft gerissen. Bis Mitte der zwanziger Jahre war sie zwar zahlenmäßig wieder auf den Vorkriegsstand gebracht worden, lediglich die Hälfte bestand gegen Ende dieses Jahrzehnts jedoch aus alten erfahrenen Arbeitern, die schon vor der Oktoberrevolution in den Produktionsprozeß eingetreten waren. Die große Zahl jüngerer Arbeiter, die hauptsächlich in den Jahren ab 1923 eine Anstellung gefunden hatte, kam vorwiegend aus der Bauernschaft, sie blieb teilweise sogar weiterhin mit ihrem Dorf verbunden (z. B. durch Eigentumsrechte). Ihr Bildungsstand war außerordentlich niedrig, ihr Arbeitsrhythmus nicht an die Anforderungen der Fabrik gewöhnt. Mit dem verstärkten industriellen Neuaufbau seit 1927 (und dann ganz besonders nach der Wende von 1929) erhöhte sich der Zuzug jüngerer Arbeitskräfte hauptsächlich aus bäuerlichem Milieu. Ihre Eingliederung ging keineswegs reibungslos vonstatten. Viel zu wenig Ausbilder standen bereit, die Industrieverwaltungen waren organisatorisch unzureichend vorbereitet. Dadurch mußten Störungen des Produktionsablaufes, eine hohe Fluktuationsrate, eine ständige Unruhe in der Fabrik in Kauf genommen werden.⁶

Für unseren Zusammenhang fällt dabei zusätzlich ins Gewicht, daß die Kommunistische Partei erstaunlicherweise in erster Linie nicht in den älteren, sondern in den 23- bis 29jährigen Industriearbeitern verankert war.⁷ Die massenhafte Neuaufnahme jüngerer Proletarier hatte nach Lenins Tod 1924 mit dem »Lenin-Aufgebot« begonnen. Zwischen 1925 und 1927 war sie unterbrochen worden, um das Schwergewicht der Mitgliederwerbung in die Bauernschaft zu verlegen. Anschließend kehrte man – parallel zum wirtschaftspolitischen Kurswechsel – zur »Proletarisierungs«-Politik zurück. Ähnlich wie in der Industrie konnte auch die Partei die Neuzugänge organisatorisch nicht gerade optimal eingliedern. Die Schulungen blieben oberflächlich, der Bildungsstand der Kommunisten lag zwar über dem Durchschnitt der Bevölkerung, doch unter dem der Partei während des Versuches, den Sozialismus unmittelbar aufzubauen (1918–1921)⁸.

Die Gründe für die mangelhafte organisatorische Vorbereitung auf die neue Entwicklung in Industrie und Partei sind nicht einfach zu bestimmen. Sicher kann man

die Auswirkungen der heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen anführen, die an der Basis häufig nicht durch intensive Diskussion, sondern durch administrative Anordnungen »vermittelt« wurden und die personelle Fluktuation erhöhten. Ebenso dürften das Schwanken der Führungsgremien über die richtige Wirtschaftspolitik und das oft verspätete Reagieren auf Krisenerscheinungen die Unsicherheiten im Betrieb wie in der lokalen Parteiorganisation vergrößert haben, zumal auch hierüber kaum umfassend informiert und diskutiert wurde. Um allerdings einigermaßen gesicherte Aussagen machen zu können, wissen wir noch viel zu wenig über die örtlichen und betrieblichen Verhältnisse sowie über die Entscheidungsprozesse von der untersten bis zur obersten Ebene.⁹

Besonders nachteilig wirkten sich die Zustände in Industrie und Partei aus, als das Land ab 1927 von der schwersten Wirtschaftskrise während der Neuen Ökonomischen Politik erschüttert wurde. Die Getreidebeschaffung blieb wieder einmal weit unter den Erwartungen, so daß die Exportansätze nicht erfüllt werden konnten – mit entsprechenden Folgen für das Industrialisierungsprogramm – und schließlich sogar der Verbrauch in den Städten faktisch rationiert werden mußte. Die Wirtschafts- und Parteiführung reagierte erneut zu spät, dann schwankend zwischen marktwirtschaftlichen, mit den bisherigen Prinzipien der Neuen Ökonomischen Politik übereinstimmenden und »außerordentlichen« Maßnahmen, die sie durchbrachen. Erfolgreich waren beide nicht. Zwar konnte man die wohlhabenderen Schichten, die Kulaken, und damit den sozialen wie politischen Gegner im Dorf ökonomisch vernichten, aber damit ruinierte man gleichzeitig die ärmeren Bauern, die – gewiß teilweise unter ausbeuterischen Bedingungen – darauf angewiesen waren, bei den reicheren Getreide zuzukaufen und Inventar zu leihen.¹⁰

Die Getreidekrise traf die Partei, nachdem sie erst einmal den Ernst der Lage erkannt hatte, wie ein Schock. Einiges spricht dafür, daß sich die Meinung verbreitete, nun müsse man endlich vom vorsichtigen Taktieren abgehen und auch unter der Gefahr, den Bruch mit den Bauern zu riskieren, die Probleme ein für allemal lösen – eine Auffassung, die wenige Jahre zuvor, als die »Linke Opposition« sie vertreten hatte, mehrheitlich abgelehnt worden war. Die soziale und organisatorische Unruhe verstärkte sich. Die jüngeren Arbeiter mußten als Parteimitglieder den erfahrenen älteren Kollegen über eine Politik Rede und Antwort stehen, deren Strategie kaum zu erkennen war und deren ständiger Wechsel sie verwirrt haben dürfte. So wie sie für Direktiven und Argumentationshilfen »von oben« dankbar gewesen zu sein scheinen, waren es entsprechend auch zahlreiche lokale Parteiorganisationen. Sie fühlten sich in der kritischen Lage allein gelassen und wegen der sozialen und organisatorischen Umbrüche nicht imstande, sie weitgehend selbständig zu meistern. Ihre Hoffnung ruhte auf dem zentralen Apparat, der nicht zuletzt wegen der geschwächten, noch nicht konsolidierten dezentralen Organe in den vergangenen Jahren gestrafft und ausgebaut worden war. Ein effizienter Apparat konnte jedoch eine adäquate Politik nicht ersetzen. Man kann begründet vermuten, daß die Führungsgremien gerade umgekehrt lange Zeit darauf vertrauten, die örtlichen Institutionen würden den richtigen Weg selbst finden, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.¹¹

Mitte 1929 gab es jedoch kein Ausweichen mehr. Die Situation auf dem Land glitt den Behörden immer mehr aus der Hand. Die ruinierten ärmeren Bauern strömten aus Existenznot in die propagierten Kollektivwirtschaften, denen man aber weder genügend Produktionsmittel zur Verfügung stellen noch ausreichend organisatorische Hilfe leisten konnte. In der Industrie stiegen die Herstellungskosten anstatt zu fallen, und die erhofften Außenhandelsüberschüsse blieben aus. Damit waren die beiden entscheidenden Finanzierungsquellen für das Industrialisierungsprogramm weitgehend versiegt. Die Parteiführung entschloß sich zur Flucht nach vorn – zur forcierten Indu-

strialisierung und Kollektivierung. Die Wende von 1929, in den Monaten nach der Verabschiedung des 1. Fünfjahrplanes, war demnach kein bewußt angesteuertes Ziel der Zentrale um Stalin, sondern eine eher panikartige, aus Unsicherheit geborene Reaktion auf eine verworrene, allerdings zum großen Teil selbstverschuldete Situation.¹²

Viele Arbeiter und Parteimitglieder empfanden die Wende als Erlösung, als neuen Aufbruch nach vorn, mit dem statt des langsamen Umweges über die Neue Ökonomische Politik und ihre ständigen Krisen schnell und unmittelbar der Sozialismus erreicht werden sollte. Trotz des großen Durcheinanders, den die überstürzte Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik verursachte, gab es Begeisterung und Initiativen im Arbeitsprozeß, im Bildungswesen, in der Kunst, in den Plänen und Utopien für den Sozialismus.¹³ Das änderte sich allerdings, als deutlich wurde, daß statt der erwarteten besseren Zeit die Wirtschaftslage, jedenfalls soweit sie die Bevölkerung betraf, schlechter wurde. Der Reallohn ging zurück, die Konsumgüterproduktion entsprach bei weitem nicht den Bedürfnissen. Die Landwirtschaft wurde durch den Verlauf der Kollektivierung schwer in Mitleidenschaft gezogen. Als es 1931 auch noch zu einer Mißernte kam, war eine katastrophale Hungersnot die Folge, die in erster Linie die Bauern traf, weil die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln unter Einsatz aller Mittel sichergestellt wurde. Nach neueren sowjetischen Berechnungen leistete die Landwirtschaft in diesen Jahren keinen Akkumulationsbeitrag für die Industrialisierung – dies wäre der ökonomische Sinn einer forcierten Kollektivierung parallel zu einer forcierten Industrialisierung gewesen.¹⁴ Seit Beginn der dreißiger Jahre werden die uns bekannten Zeugnisse immer geringer, die spontane Aktivität, radikale Zukunftsentwürfe, Begeisterung zum Inhalt haben. Neben den materiellen Entbehrungen dürfte zur Ernüchterung beigetragen haben, daß die Initiativen mehr und mehr »von oben« gegängelt, die Mitwirkungsmöglichkeiten im Betrieb weiter eingeschränkt, freie Erörterungen über die zukünftige Gesellschaft unterbunden wurden.¹⁵ Allerdings muß man wiederum ausdrücklich betonen: wir wissen viel zu wenig über Erwartungen und Enttäuschungen in einzelnen Bevölkerungsgruppen, über das Alltagsleben¹⁶, über Verhaltensweisen und Aktionsformen im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Kommunistischen Jugendverband (Komsomol), in der lokalen Parteiorganisation. Hier können im Augenblick nur Vermutungen aufgrund einiger Hinweise angestellt werden – in der Hoffnung, daß sich die Forschung trotz der schlechten Quellenlage auch dieser Bereiche endlich annimmt.

An diesem Punkt kann auch angesetzt werden, um die verschiedenen Erscheinungsformen von Gewaltanwendung und Terror zu erklären. Daß die ersten, noch gezielten Repressions- und Gewaltmaßnahmen zwischen 1928 und 1932 gegen »bürgerliche« Spezialisten, gegen vermeintliche oder tatsächliche politische Gegner und gegen Bauern wesentlich mit der Unfähigkeit des Systems zu tun hatten, mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen adäquat fertig zu werden, ist wohl nicht zu bestreiten.¹⁷ Sie passen in das schon angedeutete Wechselverhältnis von Bestrebungen der Parteigruppe um Stalin, ihren Einfluß zu vergrößern¹⁸, und den Anforderungen verunsicherter lokaler Organe an die Zentrale, doch endlich einen klaren Kurs einzuschlagen und ihnen Hilfen zu geben. Wie dieses Verhältnis konkret aussah, ob die Schwäche der lokalen Organe die Politik der Zentrale lediglich ergänzte und beschleunigte oder ob sie eine verstärkte Zentralisierung erst hervorrief, der Stalin allerdings dann ein besonderes Gepräge gab, muß noch durch weitere Forschungen geklärt werden. Heraus schält sich jetzt bereits, daß sich die Zentrale zunächst nicht darüber klar wurde, welche Wirtschaftspolitik sie vertreten sollte, daß sie zwischen verschiedenen Möglichkeiten schwankte und die unteren Organe vielfach mit ihren Schwierigkeiten allein ließ. Sie griff im Grunde zu spät ein und mußte es dann 1929 um

so intensiver tun. Mit der »Flucht nach vorn« konnte sie jedoch die Probleme auch nicht in den Griff bekommen. Auf dem Land wurde Gewalt angewendet, um die Bildung der Kollektivwirtschaften zu erzwingen und Widerstandsaktionen der Bauern niederzuschlagen. In der Industrie sollten entdeckte »Saboteure« von Versäumnissen, Fehlentscheidungen und Organisationsmängeln ablenken.

Ein zusätzlicher Faktor kam hinzu. Wegen der Schwäche der lokalen Organe und des verspäteten Eingreifens mußten die Zentralbehörden in ihren Anordnungen verhältnismäßig viele Einzelheiten regeln, um die Durchführung ihrer Politik zu gewährleisten. Da sie jedoch mit den örtlichen Verhältnissen nicht unbedingt vertraut waren und sich mit Dingen zu beschäftigen hatten, die neu für sie waren, bei denen sie nicht auf Erfahrungen zurückgreifen konnten, gingen die Direktiven häufig ins Leere oder zogen unerwünschte Folgen nach sich. Diese machten wiederum Eingriffe notwendig – ein Kreislauf, der nicht nur jene das letzte Detail vorschreibende Weisungen hervorbrachte, die für die Zeit von den dreißiger bis in die fünfziger Jahre typisch waren, sondern auch die Allmacht der Zentrale stärkte.¹⁹

Diese im Grunde aufgesetzte Struktur – Reflex von verspätetem und dann überstürztem Handeln, von Desorganisation und Labilität – war wahrscheinlich besonders anfällig für den Einsatz von Gewaltmitteln, wenn sie in Frage gestellt zu werden drohte. Dann wären die seit 1934 wieder verstärkt einsetzenden und zwischen 1936 und 1938 ausufernden Repressionen²⁰ nicht nur »präventiver Terror«, um die »neue, von oben rekonstruierte Partei« gegen Kritik abzusichern – weshalb vielleicht gerade auch treue Anhänger Stalins, die aber auf eine revolutionäre Vergangenheit mit entsprechendem Bewußtsein zurückblicken konnten, zu den Opfern zählten.²¹ Sie wären auch »präventiver Terror«, um Zeit zu gewinnen, in der Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik doch noch überzeugende, für jeden spürbare Erfolge vorweisen zu können, sie zu legitimieren. Das Umschlagen der anfänglichen Begeisterung unter Arbeitern und Parteimitgliedern über den bald erreichten Sozialismus in Ernüchterung und Enttäuschung war ein bedrohliches Zeichen. Um zu verhindern, daß daraus eine Bewegung für eine andere Politik und für eine andere Struktur wurde, sollte auch – gewiß nicht allein – die Suche nach immer neuen »Sündenböcken«, »Schädlingen«, »Verschwörern« und Feinden von den Fehlern der politischen Führung ablenken.

Diese These bedarf sicher noch der genauen Überprüfung. Dafür müßten wiederum nicht nur die Aktionen der Staatsspitze und seines Apparates, sondern auch die Verhältnisse in Betrieben und Dörfern, in lokalen Partei- und Sowjetinstitutionen, in gesellschaftlichen Organisationen, Alltagsleben und Bewußtsein untersucht werden. Zu fragen wäre, wie sich die Einstellung in der Bevölkerung veränderte, ob der Terror wirklich in sämtliche Lebensbereiche eindrang, ob er wirklich zu »gebräuchlichsten Verwaltungsmethode wurde«²² oder ob es auch noch anderes gab. Die Entstehungsgeschichte des neuen Machtsystems läßt jedenfalls die Vermutung zu, daß der Terror eine Begleiterscheinung der Art und Weise war, wie die Industrialisierung und Kollektivierung in der Sowjetunion durchgeführt wurden. Ihn durchweg als dysfunktionale Politik zu charakterisieren – wie neuerdings geschehen –²³ läßt diesen Zusammenhang außer acht. Natürlich ist ebensowenig zu bestreiten, daß der Terror sich verselbständigte und Formen annahm, die über die vorher genannten Funktionen hinausgingen, ja irrational erscheinen, wie daß er negative, ökonomische, soziale, militärische und politische Folgen hatte, die bis heute nachwirken. Aber ihn insgesamt und von Anfang an als dysfunktional zu begreifen, führt im Grunde dazu, Stalin allein dafür verantwortlich zu machen und auf eine differenzierte Gesellschaftsanalyse zu verzichten.²⁴ Forschungen, die den Mechanismus seiner Genese und der Faktoren, die ihn förderten, statt ihn zu verhindern, zum Gegenstand haben, werden dann über-

flüssig, auch eine Untersuchung der Prozesse, die sich in der Bevölkerung abgespielt haben. Im hier grob umrissenen Ansatz, der von der Entstehung des Systems ausgeht, hat die Person Stalins durchaus seinen Platz, aber eben nur unter zahlreichen anderen Faktoren.

Anmerkungen

1 Den Begriff »Machtsystem« verwende ich hier im Anschluß an Werner Hofmann: *Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts*. Frankfurt a. M. 1967, S. 19. Vgl. Volker Gransow: *Jenseits des Stalinismus?* In: *Das Argument* Nr. 110, 1978, S. 535–545, hier S. 537–538. Eine begriffliche Alternative zu »Stalinismus« wird wohl erst nach einer genaueren Gesellschaftsanalyse möglich sein.

2 Dazu Heiko Haumann: *Die russische Revolution und ihre ersten Versuche sozialistischer Wirtschaftspolitik. Materialien 1917–1921*, in: *Das Argument* Nr. 82, 1973, S. 768–803.

3 Ausführlicher Heiko Haumann: *Nachholende Industrialisierung und Aufbau des Sozialismus. Langwirkende Faktoren der sozialökonomischen Entwicklung in der UdSSR*, in: *Beiträge zur Sozialismus-Analyse III*. Hrsg. von Peter Brokmeier und Rainer Rilling. Köln 1979. Auch Michael Masuch (*Das Problem der Erklärung des »Stalinismus«*, in: *Das Argument* Nr. 106, 1977, S. 826–843, hier S. 836–837) nennt einige langwirkende Faktoren (interessanterweise fast ausschließlich politisch-kulturelle). Er macht es sich m. E. jedoch zu einfach, wenn er daraus folgert: »Damit ist die Situation da« (S. 837), nämlich die für »blockierte Strukturen«, aus denen sich der Stalinismus als eine »ekzessive Form« (S. 836) entfaltete. Die konkreten Bedingungen, die die vielleicht geschwächten, aber durchaus noch vorhandenen Kontrollmechanismen in den zwanziger Jahren mehr und mehr außer Kraft setzten und den realisierbaren Alternativen Ende der zwanziger Jahre keine Chance ließen, werden damit zugunsten einer beinahe deterministischen Erklärung vernachlässigt. Vgl. auch die Kritik von Gransow.

4 Alexander Erlich: *Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928*. Frankfurt a. M., Wien 1971; *Foundations of Soviet strategy for economic growth. Selected Soviet essays, 1924–1930*. Ed. by Nicholas Spulber. Bloomington 1965.

5 *Pjatnadcatyj s-ezd VKP (b). Stenografičeskij otčet*. Moskva 1962, Bd. II, S. 1441–1454.

6 Gert Meyer: *Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft in der UdSSR*, in: *Das Argument* Nr. 106, 1977, S. 844–859, Nr. 107, 1978, S. 42–59, Nr. 108, 1978, S. 202–221, hier Nr. 106, S. 849–850, Nr. 107, S. 45–55; Uwe Zänker: *Industrialisierung und Qualifizierung. Ein Beitrag zum Problem des Zusammenhangs von Produktivkraftentwicklung und schulischer Qualifizierung am Beispiel der UdSSR (1927–1930)*. Marburg 1976, S. 191–250; Edward Hallett Carr, R. W. Davies: *Foundations of a Planned Economy 1926–1929*, vol. I. Harmondsworth 1974, S. 483 ff. Zum Zusammenhang auch Heiko Haumann: *Arbeiterklasse, Partei und Stalinismus. Die Auswirkungen sozialer und organisatorischer Umbrüche 1927–1929 auf die Entstehung eines neuen Machtsystems*, in: *Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg*. Hrsg. von Gernot Erler. Berlin 1979. Für die Zeit ab 1930 immer noch grundlegend Werner Hofmann: *Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion*. Berlin 1956.

7 Zänker, S. 219–238; Gert Meyer: *Daten zur Sozialstruktur der VKP (b) Ende der zwanziger Jahre*, in: Brokmeier/Rilling (Hrsg.) 1979.

8 Hans-Henning Schröder: *Gesellschaftliche Funktion und innere Entwicklung der bolschewistischen Partei in den Jahren der NEP 1921–1928*, in *Stalinismus*; T. H. Rigby: *Communist Party Membership in the USSR 1917–1967*. Princeton, N. J. 1967, hier bes. S. 52, 116, 135, 165 ff., 170–171, 180, 195, 400–405; Edward Hallett Carr: *Foundations of a Planned Economy 1926–1929*, vol. II. Harmondsworth 1976, S. 106 ff.

9 Vgl. nur Rigby, S. 180; Carr: *Foundations II*, S. 139–155; Robert Vincent Daniels: *Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland*. Köln, Berlin 1962, bes. S. 278 ff.

10 Richard Lorenz: *Die Stagnation der sowjetischen Getreidewirtschaft zwischen 1927 und 1929*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 18, 1970, S. 389–425; Mosche Lewin: *Russian Peasants and Soviet Power. A Study of Collectivization*. London 1968; Sigrid Großkopf: *L'alliance ouvrière et paysanne en U.R.S.S. 1921–1928. Le problème du blé*. Paris 1976; die sowjeti-

schen Arbeiten bei V. I. Pogudin: Put' sovet'skogo krest'janstva k socializmu. Istoriografičeskij očerk. Moskva 1975. Vgl. auch die Beiträge von Helmut Altrichter und Stephan Merl in: Stalinismus.

11 Vgl. O. A. Narkiewicz: Soviet Administration and the Grain Crisis of 1927–28, in: Soviet Studies 20, 1968, S. 235–241; Carr: Foundations II, S. 119, 126–127, 192–199, vgl. S. 140 ff., 188 ff.; W. G. Rosenberg: Smolensk in the 1920s: Party-Worker Relations and the »Vanguard« Problem, in: Russian Review 36, 1977, S. 127–150, hier bes. S. 147 ff.

12 Richard Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion I. 1917–1945. Frankfurt a. M. 1976, S. 183 ff.; ausführlicher ders.: Das Ende der Neuen Ökonomischen Politik. Zur Vorgeschichte des Stalinismus (1927–1929). Ms. Marburg 1970. Daß die Mittel auf einige wenige Bereiche konzentriert wurden, entbehrt wegen der gestiegenen Selbstkosten in der Industrie nicht einer gewissen Rationalität. Allerdings wurden die Folgen wohl unzureichend bedacht. – Ein nachträgliches äußeres Zeichen der Unsicherheit könnte es sein, daß im Bd. 12 der Werke Stalins jegliche Äußerung zwischen Juli und November 1929 fehlt.

13 Einige Nachweise bei Haumann: Arbeiterklasse, A. 34–41.

14 Die wichtigen Untersuchungen A. A. Barsovs behandelt Ulrich Weissenburger: Der Beitrag der Landwirtschaft zur Industrialisierung der Sowjetunion 1928–1940, in: Stalinismus. Vgl. Lorenz: Sozialgeschichte, S. 206–215.

15 Nur ein Beispiel: Am 28. 4. 1930 beschloß das Gewerkschaftspräsidium verhältnismäßig weitgehende Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeiter bei der Aufstellung des Jahresplans. In den Erläuterungen des Quellenbandes von 1965, in dem der Beschluß abgedruckt ist, heißt es dazu, daß er nicht in allem verwirklicht worden sei: »In der Periode des Personenkults Stalins wurde die Teilnahme der Werktätigen an der Planung stark beschränkt« (Socialističeskoe sovernovanie v SSSR 1918–1964. Dokumenty i materialy profsojuzov. Moskva 1965, S. 75–77, 475–476, Zitat S. 476).

16 Bekannte Daten über die zwanziger Jahre trägt Gert Meyer zusammen: Alltagsleben sowjetischer Industriearbeiter Mitte der zwanziger Jahre, in: Beiträge zur Sozialismus-Analyse III. Weitere Ansätze und Hinweise in: »Kunst in die Produktion!« Sowjetische Kunst während der Phase der Kollektivierung und Industrialisierung 1927–1933. Hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst Berlin (West). Berlin 1977; Kultur und Kulturrevolution in der Sowjetunion. Hrsg. von Eberhard Knödler-Bunte und Gernot Erler. Berlin, Kronberg 1978.

17 Dazu (auch zum folgenden) ausführlich Richard Lorenz: Politischer Terror in der UdSSR während der dreißiger Jahre, in: Das Argument Nr. 114, 1979, S. 224–233. Vgl. Meyer: Industrialisierung, in: Das Argument Nr. 108, S. 203–204 und ff. Zum Problem der »bürgerlichen« Spezialisten vgl. Carr/Davies: Foundations I, S. 610–642; K. E. Bales: Technology and Society under Lenin and Stalin. Origins of the Soviet Technical Intelligentsia, 1917–1941. Princeton, N. J. 1978.

18 Darüber ist schon so viel geschrieben worden, daß dieser Faktor hier nur gestreift zu werden braucht. Zur Information sei verwiesen auf Carr: Foundations II, und Daniels: Gewissen.

19 Vgl. Mosche Lewin: Society, State, and Ideology during the First Five-Year Plan, in: Cultural Revolution in Russia, 1928–1931. Ed. by Sheila Fitzpatrick. Bloomington, London 1978, S. 41–77, hier S. 63–65, 74–77. – Ein ähnliches Beispiel ist in der Industrieverwaltung zu finden, wo während des 1. Fünfjahresplanes nach dem Territorialprinzip und mit dezentralen Experimenten gearbeitet wurde, bis nach operativen Schwierigkeiten 1932, teilweise erst 1934 eine straffe Zentralisierung durchgesetzt wurde (J. K. Avdakov, V. V. Borodin: Proizvodstvennye ob-edinenija i ich rol' v organizacii upravlenija sovet'skoj promyšlennost'ju (1917–1932 gg.). Moskva 1973, S. 208–231; V. Z. Drobizhev: Glavnyj štab socialističeskoj promyšlennosti: Očerki istorii VSNCh, 1917–1932 gg. Moskva 1966, S. 14, 22; Peter A. Diaconoff: Gosplan and the Politics of Soviet Planning, 1929–1932. Indiana Univ. Ph. D. 1973. Ann Arbor 1979, S. 159–168).

20 Lorenz und Meyer wie A. 17.

21 So Włodzimierz Brus: Sozialisierung und politisches System. Frankfurt a. M. 1974, S. 66–68, 148–149.

22 So Lorenz: Politischer Terror, a. a. O., S. 225.

23 Lorenz: Polit. Terror, S. 224. Er widerspricht sich allerdings selbst, wenn er den Terror als Reaktion auf wirtschaftliche Schwierigkeiten (ebd.), als Vernichtung politischer Gegner und

Absicherung der Herrschaft Stalins (224, 225 f., 229) als Versuch, von den Unzulänglichkeiten und Mängeln des System abzulenken (227 f.), beschreibt. Dies sind doch alles Funktionen (und hier gibt es gewiß auch Berührungspunkte mit dem von mir vertretenen Ansatz). Ich kann Lorenz dann nur so verstehen, daß er den Terror – wie den »Stalinismus« überhaupt – als dysfunktional für eine vernünftige, an den Interessen der Bevölkerung orientierte Politik einschätzt. Das macht er aber nicht deutlich und wäre darüber hinaus nicht mehr als ein Gemeinplatz: Terror dürfte wohl nie den Interessen der Bevölkerung dienen.

24 Lorenz: Polit. Terror, S. 226: »Der von Stalin persönlich organisierte Terror sollte (. . .) ihm die absolute Macht sichern« (ähnlich S. 229). Lorenz fällt damit in traditionelle Erklärungsmuster zurück, die man für längst überholt hielt, und trifft sich mit jenen Historikern, die letztlich das Handeln »großer Persönlichkeiten« für alles verantwortlich machen.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

AS 35 Alternative Wirtschaftspolitik

Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion

Dokumentation: DGB zum Memorandum '78 Alternativen der Wirtschaftspolitik

1. Gewerkschaften, SPD und alternative Wirtschaftspolitik

R. Seitenzahl: Was erwarten die Gewerkschaften von einer alternativen Wirtschaftspolitik?

K. P. Kisker: Politische Bedingungen der Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik in der SPD

2. Wirtschaftstheoretische Grundlagen einer alternativen Wirtschaftspolitik

H. Riese: Kritik der theoretischen Grundlagen des Memorandums

R. Hickel: Die theoretischen Grundlagen des Memorandums

Geipel/Schneider/Vogt: Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung

J. Huffscheid: Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung?

W. Pfaffenberger: Zu den monopoltheoretischen Implikationen des Memorandums

3. Überakkumulations- versus Überproduktionstheorie

J. Berger: Der Grundgedanke der Marxschen Krisentheorie

J. Glombowski: Ein überakkumulationstheoretisches Modell zyklischen Wachstums mit variabler Kapazitätsauslastung

J. Goldberg: Krisen und Überproduktion

4. Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkttheorien

M. Bolle: Kritik der arbeitsmarkttheoretischen und -politischen Implikationen des Memorandums

H.-J. Weißbach: »Fehlallokation« und Segmentierung als Ursachen der Massenarbeitslosigkeit?

5. Alternative Regionalpolitik

Oppolzer/Strutynski/Tjaden: Strukturpolitik im Arbeitnehmerinteresse in der Kooperation von Gewerkschaften und Hochschule

K. H. Tjaden: Regionalpolitik zwischen Reparatur und Protest

ca. 216 S.; 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11.– DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Sowjetkritik und Antikommunismus

Antworten auf Gollwitzer*

Bruno Frei schreibt in einem Brief an den Herausgeber:

(. . .) Dem *Argument* ist es hoch anzurechnen, daß es den Essay von Helmut Gollwitzer veröffentlicht hat. Gollwitzer behandelt hier das zentrale Problem der Linken: die Grenzziehung zwischen Kritik an der Sowjetunion und Antikommunismus. Es ist auch *mein* zentrales Problem.

Gollwitzer baut systematisch die Argumente auf, die wir unsystematisch zu verwenden pflegen. Ich will einige persönliche Erfahrungen anführen. Seit Jahr und Tag stehe ich mit meinen Schriften unter doppeltem Beschuß: Dogmatiker sehen in mir einen Revisionisten, die Revisionisten einen Dogmatiker. Und zwar so: Kritik an der Sowjetunion? – Das kann nur ein Revisionist sein. Er bricht trotzdem nicht mit der Partei? – Das kann nur ein Dogmatiker sein. Ich habe mich damit abgefunden, zwischen den Fronten zu stehen. Dies ist aber, wie Gollwitzer überzeugend zeigt, die einzige Position mit Perspektive.

Bereits in meiner Schrift »Der Weg Ernst Fischers« (1968) versuchte ich im Geiste Togliatis (»Memorandum von Jalta«) kritische Solidarität mit der Sowjetunion zu demonstrieren, als Alternative zu Ernst Fischers Totalverwerfung der Sowjetunion. Es war zur Zeit des Einmarsches der Warschauer Pakttruppen in die CSSR. Ernst Fischer hatte das böse Wort vom »Panzerkommunismus« geprägt. In seinen zu dieser Zeit und nachher erschienenen Schriften setzte er das Gleichheitszeichen SU = US. Damit hat Ernst Fischer die Sowjetunion als Ganzes abgeschrieben. Er gab so den Anstoß zu jenem verhängnisvollen Dilemma mit dem sich Gollwitzer beschäftigt. Mit meiner »kritischen Solidarität« zog ich mir den Zorn der Dogmatiker zu, ohne von den Wegwerfern akzeptiert zu werden.

Ähnliches ereignete sich im Zusammenhang mit meiner jüngst erschienenen Schrift »Sozialismus und Antisemitismus«. In dieser Broschüre wird das Unrecht angegriffen, das darin besteht, daß den Juden in der Sowjetunion die Minderheitsrechte verweigert werden. Bloßgestellt wird in dieser Broschüre ferner die antijüdische Kampagne in sowjetischen Publikationen. Die Sowjetunion wird in dieser Schrift kritisiert, scharf kritisiert. Aber am Ende verwahre ich mich gegen den Vorwurf der Sowjetfeindlichkeit; ich behaupte im Gegenteil, daß diese Kritik im wahren Interesse der Sowjetunion liege, im Geiste Lenins, der den Antisemitismus leidenschaftlich bekämpfte.

Das Resultat war, daß mir von der Kritik Mangel an Konsequenz, wenn nicht Heuchelei vorgeworfen wurde. Kritisiert man Fehler der Sowjetunion, wird als Konsequenz Sowjetfeindschaft erwartet; um nicht als Sowjetfeind angesehen zu werden, darf man überhaupt nichts kritisieren. Dieses teuflische entweder-oder ist das entscheidende Hemmnis für eine handlungsfähige Linke, es unterminiert jegliche Bündnispolitik und führt nur zur Selbstisolierung.

Kritik *und* Solidarität ist kein Kompromiß, sondern die einzige Alternative zu jedem Ausschließlichkeitsanspruch, die einzige Perspektive der Linken wie sie sein soll (. . .).

Josef Schleißein:

In einer kurzen Stellungnahme zu Helmut Gollwitzers Aufsatz ist es nicht möglich, auf alle Fragen einzugehen, die er aufwirft. Ich will mich auf diejenigen beschränken,

* Helmut Gollwitzer: Sowjetkritik und Antikommunismus, in: *Das Argument* 113, S. 82–93.

die mir für den praktischen Zusammenhang – Zusammenarbeit der Linken – am wichtigsten erscheinen.

1. Die DKP, ihre Mitglieder und Anhänger können es gewiß nur begrüßen, wenn Gollwitzer die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der sozialistischen und ganz allgemein der linken Kräfte der Bundesrepublik, ungeachtet theoretischer und politischer Meinungsverschiedenheiten, betont. Das ist die seit langem von der DKP vertretene und praktizierte Auffassung, die ich auch bereits in den Spalten dieser Zeitschrift in einem Diskussionsbeitrag (*Argument* 102/März-April 1977) dargelegt habe. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit ist objektiv in der ganzen geschichtlichen und aktuell-politischen Situation, in der Gemeinsamkeit der Interessen und in vielen gemeinsamen Forderungen und Zielen begründet. Sie sollte auch subjektiv möglich sein oder mehr oder mehr möglich werden, wenn der Primat der Praxis von allen anerkannt wird, zumal ja nur die politische Praxis, die geschichtliche Entwicklung den Prüfstein für die theoretischen Auffassungen bilden kann, die von den verschiedenen Strömungen verfochten werden.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen fruchtbarer Zusammenarbeit der sozialistischen und Linkskräfte in unserem Lande ist, angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten in nicht wenigen grundsätzlichen Fragen, zweifellos der Verzicht auf Bedingungen und Vorbedingungen innerhalb des jeweiligen Bündnisses, die für den anderen unannehmbar sind, ist die Konzentration auf das Gemeinsame, auf alles, worin Einverständnis erzielt werden kann. In den allermeisten Fällen sind die Meinungsunterschiede ja bereits vorher bekannt, man weiß also, worauf sich der Partner, wenn er seine Grundposition aufrecht erhalten will, zu einem gegebenen Zeitpunkt nicht einlassen kann.

Gollwitzer irrt, wenn er meint, die DKP stelle Bedingungen dieser Art und belaste damit die Entwicklung oder gar das Zustandekommen der Zusammenarbeit. Die DKP ist im Gegenteil stets davon ausgegangen, daß Bündnisse, eben weil ihnen unterschiedliche Kräfte angehören, das ausklammern müssen, worüber man sich nicht verständigen kann. Sie hat daher als Grundsätze ihrer Bündnispolitik in ihrem Parteiprogramm formuliert, daß Inhalt und Form des Kampfes durch die jeweilige Bewegung selbst bestimmt werden müssen; daß eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller an einem Bündnis Beteiligten notwendig ist; daß die Achtung der politischen Motive, der Weltanschauung und der organisatorischen Selbständigkeit aller Partner und der Verzicht auf einen Führungsanspruch gegeben sein muß. Gollwitzer verwechselt zwei grundverschiedene Dinge: Er meint, und zitiert in diesem Sinne einen namhaften Sprecher der APO-Generation, die DKP stelle für die Zusammenarbeit mit anderen, etwa mit Sozialdemokraten oder parteilosen Sozialisten, als Vorbedingung, daß sie eine grundsätzlich bejahende Haltung zur Sowjetunion haben. Die DKP hat *anderen* eine solche »Bedingung« nie gestellt. Die Thälmannsche Testfrage »Wie hältst du's mit der Sowjetunion«, stellt die DKP nicht in Bündnissen und nicht anderen, sondern den Kommunisten, ihren eigenen *Mitgliedern*; weshalb sie in ihrem Programm auch unmißverständlich sagt, daß sie die Haltung zur Sowjetunion »als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten« ansieht.

Es ist also einfach unrichtig, daß die DKP »immer rigider sowjetkonforme Prämissen für die Zusammenarbeit« stellt, und zwar weder rigide noch milde, sondern überhaupt nicht. Die einzige Bedingung, die die DKP in irgendeinem Bündnis oder in irgendeiner konkreten Aktion stellt, ist die der Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Vorschläge und Zielsetzungen. Wir haben stets unterschieden zwischen Antikommunisten und Nichtkommunisten. Und dies wurde ausdrücklich von *allen* europäischen Kommunistischen Parteien auf der Berliner Konferenz im Juni 1976 bekräftigt. In dem Beschluß dieser Konferenz heißt es, nachdem die Zusammenarbeit aller

demokratischen und friedliebenden Kräfte als notwendig erklärt wird, wörtlich: »Die Kommunistischen Parteien betrachten nicht alle, die mit ihrer Politik nicht übereinstimmen oder eine kritische Haltung zu ihrer Tätigkeit einnehmen als Antikommunisten.«

Wenn Gollwitzer das dritte Russel-Tribunal als Beweis für seine These anführt, so muß man dem gleichfalls widersprechen. Die DKP hat sich an dem Russel-Tribunal nicht beteiligt, weil sie einmal die Spaltung einer längst bestehenden und sehr aktiven, von Liberalen über Sozialdemokraten zu Kommunisten reichenden breiten Bewegung gegen die Berufsverbote (die Komiteebewegung) durch eine Neugründung als schädlich ansehen mußte, und das war den Initiatoren vorher gut bekannt; zum anderen, weil die DKP nicht bereit war, Probleme der Verteidigung und Durchsetzung demokratischer Rechte in der Bundesrepublik zu »verknüpfen« mit Angriffen gegen die sozialistischen Länder. Da aber die Initiatoren von Anfang an sehr gut wußten, daß eine solche Bedingung für die DKP und ihre Mitglieder unannehmbar war, sie also im vollen Bewußtsein der Folgen selbst jene ausschlossen, die mehr als alle anderen Opfer der Berufsverbotspraktiken und der Gesinnungsverfolgung sind, können sie im nachhinein nicht der DKP mangelnde Bündnisbereitschaft vorwerfen. Logischerweise hätten sie diesen Vorwurf an die eigene Adresse richten müssen.

2. Die DKP kann nicht leugnen, daß für sie die Stellung zu den sozialistischen Ländern, insbesondere zur Sowjetunion, zentrale Bedeutung besitzt, und daß sie bemüht war und bemüht ist, auch andere Sozialisten und für den gesellschaftlichen Fortschritt eintretende Menschen von der geschichtlichen und aktuellen Wahrheit ihrer Auffassung zu überzeugen. Diese Wahrheit ist nicht beschränkt auf die weltpolitische Rolle der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft als »zu begrüßende Begrenzung kapitalistischer Omnipotenz«, wie Gollwitzer anzunehmen scheint, obgleich diese Rolle allein ausreichen müßte, um Sozialisten und allen, denen antiimperialistische Solidarität ein ernstes Anliegen ist – man denke nur an Vietnam, Kuba, Angola, Südafrika – ein grundsätzlich positives Verhältnis zur Sowjetunion nahezu legen. Der Brief des nichtkommunistischen chilenischen Genossen, den Gollwitzer zitiert, bringt dies überzeugend zum Ausdruck. Der geschichtliche Zusammenhang, in den Kommunisten und Sozialisten in den entwickelten kapitalistischen Ländern ihr Verhältnis zur Sowjetunion einordnen und aus dem sie es herleiten sollten, ist aber, wie ich meine, weitreichender und tiefer. Das gilt für uns Deutsche mehr als für alle anderen. Diese Gesichtspunkte können hier nur angedeutet werden.

Die offene Spaltung der Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg, deren Ursache das mit übergeordneten »nationalen« Interessen begründete Hinüberwechseln der sozialdemokratischen Führungen in das Lager der jeweils »eigenen« imperialistischen Bourgeoisie war, hatte nach dem Kriege zur Folge, daß in den revolutionären Ereignissen der Jahre 1918–1919 insbesondere die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten den von ihnen proklamierten reformistischen »Weg zum Sozialismus« zugleich als eine Art weltgeschichtlicher Alternative zur russischen Oktoberrevolution und zum Leninismus auffaßten und anpriesen. Die Resultate dieses Weges – immerhin war die Sozialdemokratie in diesen Ländern jahrelang an der Regierung und sie rühmte sich damals, niemand anders hätte geordnete Verhältnisse schaffen und den Bolschewismus verhindern können – wurden 1933, 1934 und 1939 offenkundig. An seinem Ende stand die faschistische Diktatur, der vom deutschen Faschismus ausgelöste zweite Weltkrieg mit seinen 55 Millionen Toten. Und die verleumdete, geschmähte, oft genug totgesagte Sowjetunion mußte zwanzig Millionen Menschenleben opfern, damit das aus deutschem Schoß gekrochene Ungeheuer vernichtet werden konnte. Winston Churchill, gewiß ein in der Wolle gefärbter Antikommunist und Imperialist, hat im Sommer 1943 in Quebec eingestehen müssen, daß die Sowjetarmee voll-

brachte, »was keine andere Kraft in der Welt vermocht hätte«, nämlich der faschistischen Kriegsmaschine das Rückgrat zu brechen. Ich finde es gespenstisch, wenn die Geschichtslosigkeit deutscher Sozialisten oder Antifaschisten so weit geht, daß sie diese entscheidende Bilanz unserer ganzen Geschichtsepoche aus ihrem Weltbild eliminieren.

3. Nach dem zweiten Weltkrieg, mit der Herausbildung einer sozialistischen Staatengemeinschaft, deren ökonomisches, politisches und militärisches Gewicht groß genug war und ist, die Träume eines John Foster Dulles und seiner zahlreichen Nachfolger vom »Roll back« des Sozialismus nicht Wirklichkeit werden zu lassen, hat sich diese Bilanz noch erweitert. Die Erhaltung des Friedens, die Befreiung vieler Völker Asiens und Afrikas vom kolonialen Joch, der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems wären undenkbar gewesen ohne die Existenz und die Stärke der Sowjetunion. Aber auch alle sozialen und demokratischen Fortschritte des arbeitenden Volkes in den kapitalistischen Ländern sind nicht mehr nur das Ergebnis der inneren Klassenkämpfe, sie sind heute stets auch beeinflußt durch die internationalen Bedingungen, durch die Existenz und das Gewicht des sozialistischen Weltsystems. Das große Kapital und die politischen Repräsentanten seiner Interessen müssen in allen ihren Handlungen die möglichen Ansteckungsgefahren durch den sozialistischen »Bazillus« einkalkulieren. Und sie müssen dies in erster Linie deshalb, weil antikapitalistische Ideen nicht mehr nur als gedankliche, sondern auch als gesellschaftliche Realität gewordene Alternative vorhanden sind. Besonders in der Bundesrepublik ist es (seit dem Streik der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter Anfang der fünfziger Jahre für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle) kaum zu übersehen, daß soziale Konzessionen der Unternehmer und des Staates das Resultat nicht nur verhältnismäßig starker Gewerkschaften, sondern auch der Nachbarschaft zur DDR sind.

Nun meint Gollwitzer, die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft seien für die sozialistischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern zugleich eine »zu begrüßende Begrenzung« kapitalistischer Macht wie eine »ständige Belastung«. Tatsächlich gibt es nicht wenige Sozialdemokraten und parteilose Sozialisten, die so denken. Dem liegt aber, wie ich glaube, eine idealistische, unhistorische und daher unmarxistische Vorstellung von der geschichtlichen Entwicklung im allgemeinen und vom Prozeß des Werdens sozialistischer Gesellschaften im besonderen zugrunde. Wer sein Sozialismus-»Modell« von ideal-ethischen Vorstellungen herleitet, wer den Sozialismus löst von den geschichtlichen, ökonomischen, politischen, geistig-psychologischen Voraussetzungen seiner Entstehung und Entwicklung, von den harten, komplizierten, langwierigen Klassenkämpfen, die allein ihn hervorbringen können, für den wird die sozialistische Realität, wie immer sie aussehen mag, stets eine »Belastung« sein. Überhaupt ist jede Realität – das liegt in der Natur der Sache – eine »Belastung« des Ideals, das abstrakt und unhistorisch ist, der Zielsetzung, die sich über reale geschichtliche Bedingungen hinwegsetzt, oder genauer, hinwegträumt. Engels, der etwas von Marxismus verstand, bemerkt in seiner Schrift über Ludwig Feuerbach, »eine vollkommene Gesellschaft, ein vollkommener ›Staat‹ sind Dinge, die nur in der Phantasie bestehen können« (MEW, Bd. 21, S. 267).

Real, im Prozeß der geschichtlichen Umwälzungen unserer Zeit, sind die sozialistischen Länder – schon wegen ihres ökonomischen, politischen und militärischen Gewichts – der wichtigste *Aktivposten*, über den die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern verfügen. Das wissen die Gegner des Sozialismus, die Kapitalisten aller Länder, sehr gut (leider sehr viel besser als viele, die sich als Sozialisten verstehen). Da sie überaus klassenbewußte Leute sind, richten sie ihren Hauptangriff stets gegen die Sowjetunion und gegen die sozialistische Staatengemeinschaft. Nun ver-

kennen wir Kommunisten in der Bundesrepublik natürlich nicht, daß viele Probleme, Schwierigkeiten, Mängel, Fehler in den sozialistischen Ländern – im Kontext der beherrschenden, das ganze geistige Leben unseres Landes durchdringenden antikommunistischen und antisozialistischen »Interpretation« solcher Entwicklungen – auch von fortschrittlichen Menschen als »Belastung« empfunden werden können. Sofern es sich dabei um vermeidbare Fehler handelt und nicht um durch das gesellschaftliche Entwicklungsniveau objektiv gesetzte Grenzen, sind die sozialistischen Länder selbst die ersten, die in intensiver Kritik und Selbstkritik bemüht sind, das ihr Fortschreiten »Belastende« aus dem Wege zu räumen. Aber es ist einfach illusionär anzunehmen, daß es irgendeine von Widersprüchen, Schwierigkeiten, Fehlern freie Entwicklung geben kann. Und es ist geradezu fatal zu meinen, es könne irgendwann der Zeitpunkt eintreten wo das Großkapital und die ihm dienenden Medien aufhören würden, die sozialistische Entwicklung als »Belastung« aller irgendwie erstrebenswerten menschlichen Ziele darzustellen.

Ich habe deshalb schon in meinem Beitrag zur »Sozialismus-Diskussion« des *Argument* bemerkt, daß die DKP den sozialistischen Ländern gegenüber eine Haltung der *prinzipiellen* Solidarität einnimmt, die aus den gemeinsamen sozialistischen und kommunistischen Zielen, aus der gemeinsamen marxistischen Welt- und Gesellschaftsauffassung ergibt, und die sich nicht anmaßt, die Kommunistischen Parteien dieser Länder in ihren eigenen *inneren* Problemen und Angelegenheiten belehren zu wollen. Das gilt bekanntlich genauso für unsere Beziehungen zu den Bruderparteien in kapitalistischen Ländern. Wer einen anderen Standpunkt einnimmt, muß sich zumindest fragen lassen, welche in unserem Lande und international wirksam gewordenen Leistungen, Erfolge, Errungenschaften bundesdeutscher Sozialisten im antikapitalistischen Kampf sie eigentlich dazu berechtigen oder befähigen, den Lehrer gegenüber Sozialisten anderer Länder zu spielen. Außerdem sind wir davon überzeugt, daß die Marxisten in den sozialistischen Ländern auch über ihre Schwierigkeiten und Mängel im Prozeß der ständigen kritischen Überprüfung ihrer eigenen Arbeit besser Bescheid wissen, als dies Außenstehenden möglich ist.

4. Ich kann auf die Ausführungen Gollwitzers zur Entwicklung in der Sowjetunion unter Stalin nur ganz kurz eingehen. Gerade die Überwindung der unter Stalin eingetretenen Verzerrungen und Entstellungen, der schwerwiegenden Verletzungen der sowjetischen Gesetzlichkeit und Demokratie, der Massenrepressalien, von denen der Beschluß des ZK der KPdSU vom 30. Juni 1956 sprach, hat bewiesen, daß die KPdSU die bitteren Erfahrungen dieser Zeit nicht zu »verdrängen« und zu »verkleinern« suchte. Und Gollwitzer irrt, wenn er schlußfolgert, die »Parole« vom Personenkult schließe die Untersuchung der *objektiven* Ursachen dieser Entwicklung aus. In der historischen, politischen und künstlerischen Literatur der Sowjetunion findet sich eine breite Darstellung dieser Ursachen, darunter etwa dieser unbestreitbaren geschichtlichen Tatsachen: daß die Sowjetunion den sozialistischen Aufbau in der Situation einer belagerten Festung, in feindlicher kapitalistischer Einkreisung verwirklichen mußte; daß nach der Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland und der Bildung der Achse Berlin–Rom–Tokio (Antikomintern-Pakt) diese Einkreisung sich zur akuten Kriegsgefahr ausweitete; daß so alle Kräfte auf die Verteidigung des Landes konzentriert werden mußten, schon um des nackten Überlebens willen; daß die innere Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion in einem erbitterten, äußerst komplizierten Klassenkampf erfolgt war; daß das Land angesichts der kapitalistischen und faschistischen Bedrohung versuchen mußte, »in historisch kürzester Frist ohne jegliche wirtschaftliche Hilfe von außen seine jahrhundertelange Rückständigkeit (zu) beseitigen« (Beschluß des ZK der KPdSU vom 30. Juni 1956); die aus alledem erwachsene *objektive* Notwendigkeit, eben weil es buchstäblich ums Überle-

ben ging, zu eiserner Disziplin, höchster Wachsamkeit und strenger Zentralisierung. Man möchte hinzufügen, daß es gerade für deutsche Sozialisten und Antifaschisten nicht allzu schwer sein sollte zu verstehen, daß die Sowjetunion sich niemals gegen die faschistische deutsche Kriegsmaschine hätte verteidigen können, wenn die sozialistische Industrialisierung nicht – unter unerhörten Schwierigkeiten – vorangetrieben worden wäre. Wenn die KPdSU und die sowjetische Literatur über die subjektiven Faktoren im Zusammenhang mit dem Stalin-Kult sprechen, so nicht, weil sie die objektiven Ursachen negieren, sondern weil sie klarstellen wollen, daß die Verletzungen der sowjetischen und der innerparteilichen Demokratie, die Ungesetzlichkeiten und Repressalien unter Stalin *nicht* aus dem Sozialismus, nicht aus dem Sowjetsystem erwachsen, daß sie durch die äußerst schwierigen objektiven Bedingungen nicht zu rechtfertigen sind, sondern daß es für sie eine subjektive geschichtliche Verantwortung gibt.

Dies alles hat mit den beispiellosen Schwierigkeiten zu tun, unter denen das erste sozialistische Land die neue Gesellschaft aufbauen mußte. Aber es hat nichts zu tun mit der »Erbmasse der asiatischen Produktionsweise«, wie Gollwitzer annimmt. Für alle Marxisten, die seit Plechanow die russische Gesellschaft untersuchten, war unbestritten, daß seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Rußland eine unaufhaltsame kapitalistische Entwicklung durchlaufen hatte. Nicht nur Lenin, sondern auch Rosa Luxemburg – Lenin schrieb in sibirischer Haft ein Buch über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, Rosa Luxemburg ihre Züricher Dissertation über die in Polen –, haben nur Spott übrig gehabt für die Menschewiki und für Kautsky, die in Rußland 1917 ein zu niedriges ökonomisches Niveau für eine sozialistische Revolution konstatierten. Rosa Luxemburg schrieb 1918 an Luise Kautsky, wenn die Bolschewiki sich nicht würden halten können, dann »nicht, weil die Statistik eine zu rückständige ökonomische Entwicklung in Rußland aufweist, sondern weil die Sozialdemokratie in dem hochentwickelten Westen aus hunds jämmerlichen Feiglingen besteht, die ruhig zusehend die Russen sich verbluten lassen« (Rosa Luxemburg, Briefe an Karl und Luise Kautsky, S. 193, Berlin 1923). Und Lenin schrieb 1923:

»Unendlich schablonenhaft ist zum Beispiel ihr Argument, das . . . darin besteht, daß wir für den Sozialismus noch nicht reif seien . . . Und keinem kommt es in den Sinn zu fragen: Könnte nicht ein Volk, das auf eine revolutionäre Situation gestoßen ist, eine Situation, wie sie sich im ersten imperialistischen Kriege ergeben hat, könnte nicht dieses Volk infolge der Aussichtslosigkeit seiner Lage, sich in einen Kampf stürzen, der ihm wenigstens irgendwelche Aussichten eröffnete, sich nicht ganz gewöhnliche Bedingungen für eine Weiterentwicklung der Zivilisation zu erringen? . . . Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kultur-niveau notwendig ist (obwohl niemand sagen kann, wie dieses bestimmte Kultur-niveau aussieht, denn es ist in jedem westeuropäischen Staat verschieden), warum sollten wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und *dann* schon, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung vorwärtsschreiten und die anderen Völker einholen« (Werke Bd. 33, S. 463–465).

5. Es sei mir noch eine abschließende Bemerkung erlaubt. Gollwitzer irrt auch, wenn er meint, die DKP erkenne nur den »sowjetischen Weg« zum Sozialismus an. Ganz abgesehen davon, daß schon Lenin davon überzeugt war, daß die Wege zum Sozialismus und die Formen seines Aufbaus unterschiedlich sein werden, je nach den historischen Bedingungen, unter denen sie beschritten und realisiert werden. Die internationale kommunistische Bewegung hat seit dem XX. Parteitag der KPdSU und seit den internationalen Beratungen von 1957 und 1960 in allen ihren Dokumenten die *Verschiedenartigkeit* der Wege zum Sozialismus betont, und die DKP hat dies seit ihrer ersten Grundsatzerklärung vom April 1969 immer wieder getan. In dem kürzlich angenommenen Parteiprogramm der DKP heißt es, daß »je weiter der revolutionäre

Prozeß voranschreitet und je mehr Völker aus dem Herrschaftsbereich des Imperialismus ausbrechen, die Mannigfaltigkeit der Zugänge zum Sozialismus wie auch der konkreten Formen seiner Ausgestaltung« zunehmen. Das ist aber wohl nicht der eigentliche Streitpunkt. Die Frage ist, gibt es *allgemeine* Charakterzüge, die allen sozialistischen Umwälzungen und allen sozialistischen Gesellschaften gemeinsam sind, haben die unterschiedlichen Formen einen *gemeinsamen* Inhalt. Und diese Frage wird von uns bejaht, weil es sonst völlig sinnlos wäre, von Sozialismus zu sprechen, weil dieser Begriff, wenn er nicht durch *ökonomische* und *politische* Kategorien zu definieren ist, eine leere Hülse wäre, etwa wie im Orientierungsrahmen '85 der SPD, wo er mit ewigen ethischen Begriffen (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, die ihrerseits nicht konkretisiert werden) definiert ist. Und hier sind wir allerdings der Überzeugung, daß Sozialismus (im marxistischen Sinne) mindestens heißen muß: Politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten und Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel. Dieses klassische marxistische Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus darf, das ist unsere Überzeugung, nicht aufgegeben werden.

Zur Sozialismus-Diskussion erschienen im Argument bisher u. a. folgende Aufsätze:

Argument 108: G. Fülberth: Nationale Besonderheiten, Sozialismus-Diskussion, Demokratische Bewegung. M. Sacristán: Kritik des Eurokommunismus.

Argument 105: G. Stuby: Ohne Aktionseinheit kein Fortschritt. J. Strasser: Plädoyer für ein Überdenken der sozialistischen Zielvorstellung. H. Conert: Bündnisfähigkeit verlangt Veränderung. AWA: Demokratischer Kampf für den Sozialismus.

Argument 102: H.-J. Steinberg: Für die Durchsetzung sozialistischer Positionen in der SPD. J. Schleifstein: Zur Entwicklung der sozialistischen Kräfte in der BRD. C. Kievenheim: Wissenschaftlicher Sozialismus braucht Demokratie. G. M. Tripp: Individuelle Freiheit und »sozialistische Bewegung«.

Argument 100: W. Abendroth: Perspektiven des Kampfes für den Sozialismus in der BRD. K. Coates: Perspektiven der britischen Arbeiterbewegung.

Argument 98: H. Gollwitzer: Studentenbewegung – und was danach? U. Jaeggi: Taktik, unaufhaltsamer Sozialdemokratisierungsprozeß oder ein »neuer« Kommunismus? O. Negt: Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie.

Gegenstand und Geschichte der Soziobiologie

1. Die Funktion von Verboten genetischer Theorien

Seit ihrer Entstehung ist die Biologie gesellschaftlicher Rückwirkung und Kontrolle ausgesetzt, die sich besonders auf die Genetik konzentriert. Zwei wichtige Konflikttypen sind hier:

a) »praktische« Widersprüche, die sich aus der Anwendung naturwissenschaftlicher Theorien ergeben. Bei einer produktionstechnischen Verwertung z. B. der Kernenergie ist der Hinweis auf *mögliche* genetische Auswirkungen eine wichtige Gegenargumentation. Genetische Aussagen werden zu einer Entscheidungsbasis gegenüber ökonomischen Kosten-Nutzen-Analysen. Die Entwicklung genetischer Theorien selbst wird von derartigen praktischen Umsetzungsproblemen nicht berührt. Insgesamt erscheint hier die Kenntnis und Anwendung genetischer Theorien in einem *positiven* Kontext;

b) »theoretische« Widersprüche sind in der Regel wissenschaftsintern ohne direkte ökonomische Folgen. Ihr Ursprung ist die Kollision genetischer Aussagen mit politischen und religiösen Ideologien, die Beeinflussung moralischer Bewertungen und eine Veränderung des jeweiligen Menschenbildes. Zu den Auswirkungen gehören die Aufforderung zum Wissenschaftsverbot, die Schließung genetischer Institute und schließlich (z. B. im Fall Wawilow) Gewalt gegen den Genetiker selbst. Ursachen sind 1. empirische Nachweise angeborenen Verhaltens generell und 2. Aussagen über die genetische Ungleichheit des Menschen, die als naturwissenschaftliche Legitimation von Unterdrückung interpretiert werden.

Die im *Argument*¹ abgedruckte »Erklärung gegen die Sozialbiologie« (= Soziobiologie) gehört zu dem Typ b), auf dessen Intensitätsskala sie durch ihre moralische Argumentation nur einen der unteren Plätze einnimmt. Trotzdem verdient ihre Entstehung und Verbreitung natürlich Aufmerksamkeit. In der Verbotsforderung wird u. a. die Einstellung der finanziellen Förderung und ihre Nichtverbreitung an den Universitäten gefordert, da die Soziobiologie Träger rassistischer und kriegstreiberischer Vorstellungen sowie der Unterdrückung der Frau sei. Theoretisch liegt der Resolution zumindest eine Verkürzung der wirklichen – gesellschaftlichen – Ursachen dieser Phänomene zugrunde, indem Aussagen über die *genetische* Ungleichheit des Menschen als biologische Art mit der *ökonomischen* Ungleichheit durch die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse gleichgesetzt werden. Rassismus und Kriege sind Ereignisse gesellschaftlich-ökonomischer Auseinandersetzungen und viel älter als genetische Aussagen über die biologische Natur des Menschen. Allerdings werden genetische Aussagen häufig – auch von Genetikern selbst – ideologisch zur Rechtfertigung gesellschaftlicher Ungleichheit benutzt. Die Parallelität von biologischer und ökonomischer Ungleichheit, wie sie für die bürgerliche Gesellschaft typisch ist, verleiht der Genetik automatisch eine besondere ideologische Brisanz, die historisch erst dann allmählich abgebaut wird, wenn sich echte sozialistische Gesellschaftsformen herausbilden. Vor dem Hintergrund einer ökonomisch gleichverteilenden Gesellschaftsordnung ist auch eine völlige Neubewertung der genetischen Theorien denkbar, da nun die biologische Verschiedenheit positiv als Entwicklungsquelle neuer Fähigkeiten eingeschätzt wird. Verändern wird sich wahrscheinlich die gesellschaftlich-ökonomische Grundlage der Genetik, aber nicht der wissenschaftliche Inhalt genetischer Theorien. Die zahlreichen Kontroversen um genetische Theorien lassen sich deshalb bereits jetzt als eine besondere Etappe in der Geschichte der Genetik, aber nicht als generelles Wesensmerkmal genetischer Theorien überhaupt klassifizieren.

Auf die spezifische Widersprüchlichkeit des Konflikttypus b) kann hier nur kurz hingewiesen werden.² In der Geschichte der Genetik sind bisher sehr verschiedene öffentliche und staatliche Restriktionen gegen einzelne Theorien, Personen und die Genetik insgesamt eingesetzt worden. Für die sowjetische Übergangsgesellschaft war z. B. bis 1960 das ideologische Scheingefecht zwischen »Mendelismus-Morganismus« versus »Lysenkismus« typisch, das für die Genetik keinerlei Fortschritt, sondern eine jahrzehntelange Stagnation brachte. In der bürgerlichen Gesellschaft dominieren Verbotsresolutionen und massive öffentliche und wissenschaftliche Einwände gegen die Zwillingsforschung, Humanethologie, Populationsgenetik und nun auch die Soziobiologie. Eine neue Qualität in diesen Auseinandersetzungen stellt die freiwillige Selbstbeschränkung einiger Genetiker dar, bestimmte Experimente *nicht* durchzuführen. Die Selbstbeschränkung scheint die bisher bei weitem demokratischste und wirksamste Form der unbestreitbar notwendigen gesellschaftlichen Kontrolle genetischer Erkenntnis zu sein, da sie von dem empirisch-experimentellen Zentrum der Forschung selbst ausgeht. Vor diesem Hintergrund muß die Verbotsaufforderung der Soziobiologie als eine konservative Form der Auseinandersetzung mit genetischen Fragen eingeschätzt werden.

2. Die Entwicklung etho-ökologischer Problemstellungen

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen dem tierischen Verhalten und seiner Umgebung besitzt gegenwärtig drei empirische Schwerpunkte: a) Die Analyse lebensraumspezifischer Anpassungen bei der Nahrungssuche. »Schwirrflüge« bei Insekten und Vögeln (Kolibris) sind z. B. derartige konvergente Anpassungen an die Nahrungsaufnahme. b) Anpassungen der Fortbewegung an die ökologische Spezifik der Umwelt (z. B. verschiedene Klettertechniken bei baumbewohnenden Säugetieren wie Primaten und Faultieren, aber auch die Spezialisierung innerhalb der Primaten selbst z. B. vom »Greifklettern« zum »Schwing-Hangel-Klettern«). c) Anpassungen im Sozialverhalten an den Lebensraum. Da z. B. in der Steppe und Savanne die Nahrung räumlich und zeitlich verteilt ist, wird hier die Evolution komplexer Sozialverbände begünstigt, während im Urwaldbiotop durch die Gleichverteilung der Nahrungsressourcen solitäre Lebensweise und Paarbildung optimal ist.

Die Soziobiologie ist methodisch auf die empirische Untersuchung des Aspektes c) spezialisiert. Wilson (1976) definiert sie als »the systematic study of the biological basis of all social behavior«.³ Da die Etho-Ökologie (= Verhaltensökologie, Öko-Ethologie) bereits eine Spezialisierung innerhalb der Ethologie ist, die Soziobiologie eine besondere Ausrichtung innerhalb Etho-Ökologie, handelt es sich wissenschaftsklassifikatorisch bei der Entstehung der Soziobiologie um eine Spezialisierung 3. Ordnung. Besonders verwirrend in der Verbotsresolution ist die Gegenüberstellung von Genetik und Ethologie als hochentwickelten, positiven Naturwissenschaften einerseits und der Soziobiologie als unwissenschaftliches Gegenprogramm andererseits, da die Soziobiologie methodisch nichts anderes ist als die Kombination genetischer und ethologischer Untersuchungsverfahren.

Das gegenwärtig als »Soziobiologie« bezeichnete Aussagesystem besitzt innerhalb der Ethologie eine der längsten, bereits über 100 Jahre existierende empirische Tradition. Einen wichtigen Beginn bildet interessanterweise die antidarwinistisch orientierte Untersuchung von B. Altum »Der Vogel und sein Leben« (1868), in der etho-ökologisch argumentiert wird und einige richtige und genaue Beobachtungen damaligen darwinistischen Leitsätzen gegenübergestellt werden. Dieser Ausgangspunkt ist deshalb bemerkenswert, da historisch zu dem damals existierenden Sozialdarwinismus *keinerlei* Beziehung besteht und ein Spannungsverhältnis zwischen dem generellen biologischen Verständnis von Evolution und speziell der Evolution des So-

zialverhaltens existiert, das auch eine Ursache für den gegenwärtigen schnellen wissenschaftlichen Aufstieg der Soziobiologie ist. Am Beginn ihrer gegenwärtigen Entwicklung standen empirische Beispiele, die das traditionelle Konzept der Arterhaltung durch sexuelle Selektion vor besondere Erklärungsschwierigkeiten stellen. Fälle wie die besondere Brutbiologie des Tasmanischen Sumpfhuhns (*Tribonyx martieri*)⁴ führten deshalb auch zu einer Neuorientierung evolutionstheoretischen Denkens. Diese Rallenart lebt teilweise polygam, indem neben Paarbildungen auch 2–5 Männchen eine Fortpflanzungsgemeinschaft mit einem Weibchen bilden, die pro Einheit mehr Nachkommen produziert. Die Soziobiologie muß erklären, warum diese Art der Vermehrung, die pro Männchen zu insgesamt weniger Nachkommen führt, letztlich doch eine überlegene Evolutionsstrategie darstellt. Bei einer afrikanischen Primatenart (*Colobus guereza*) wurde beobachtet, daß ein neu dominierendes Männchen die Nachkommen seines Vorgängers tötet.⁵ Dieser »Baby-Mord« (infantizid), der zur Vernichtung eigener Angehöriger führt, ist außer bei Primaten (Rhesusaffen, Meerkatzen⁶, Mantelpavianen, Schimpansen) auch bei anderen sozial lebenden Säugetieren (Löwen) nachgewiesen worden. Die Menge derartiger Beobachtungen und ihr Abweichen von bisherigen Selektionsvorstellungen haben die Entwicklung der Soziobiologie als ein Erklärungssystem für diesen Sachverhalt stark begünstigt.

Diese Beispiele sollen auch den Abstand und die Divergenz zwischen der ideologischen Diskussion *über* Soziobiologie und der wissenschaftlichen Diskussion *in* der Soziobiologie verdeutlichen. Der Soziobiologie wird eine Auseinandersetzung über angeborenes Sozialverhalten übergestülpt, um die Probleme des Rassismus und Sexismus unterzubringen, während empirisch die Diskussion über Evolutionsstrategien den eigentlichen Wissenschaftsinhalt bildet.

Den historischen Vorläufer der Soziobiologie bildet die Tiersoziologie als klassisches Programm. 1878 erscheint von Espinas »Über die tierischen Sozietäten«, 1918 Deegeneres »Die Formen der Vergesellschaftung im Tierreich« und 1925 von Alverdes »Tiersoziologie«. Daneben beschäftigten sich mehrere Soziologen (Petrucci, Waxweiler) mit Tiersoziologie. Bis zu Remanes Buch »Das Sozialleben der Tiere« (1971) handelt es sich um deskriptive Zusammenfassungen mit Klassifikation tierischen Sozialverhaltens. Empirische Schwerpunkte sind die Typisierung von Rangstrukturen (Staatenbildung bei Insekten, Formen des Haremtypus), der tierischen Gruppenbildung (z. B. als offene und geschlossene Tiergesellschaften) und die ethologische Analyse von Mechanismen des Sozialverhaltens wie sozialer Körperpflege (z. B. Lausen) oder sozialer Streß (z. B. bei Tupaijas und Ratten). Theoretisch bewegt sich die deskriptive Tiersoziologie in der Bestätigung des allgemeinen Evolutionsverständnis, indem z. B. die Selektionsvorteile des Gruppenverhaltens bei der Nahrungssuche oder der Brutpflege nachgewiesen werden. Der Anpassungswert sozialer Verteidigung (z. B. bei Moschusochsen) oder Konfusionsseffekt auf den Räuber bei Schwarmbildung bewegen sich auf der Ebene unmittelbarer Einsichtigkeit.

Der gegenwärtige Aufstieg der Soziobiologie – wie bei allen Wissenschaftsgebieten von Bewertung und Kritik begleitet – beruht auf der Addition mehrerer Faktoren:

a) Dem Übergang von dem deskriptiven Methodenstatus zur Kausalforschung z. B. durch die Einbeziehung verhaltensgenetischer Untersuchungen. Dieser Weiterentwicklung entspricht der Begriffswechsel von der Tiersoziologie zur Soziobiologie.

b) Erklärung auch evolutionstheoretisch schwieriger Beispiele oder besonderer Verhaltensweisen wie den Bruce-Effekt. Bei Mäusen wird z. B. die Schwangerschaft abgebrochen, wenn das erzeugende Männchen nicht mehr anwesend ist bzw. gegen ein neues experimentell ausgetauscht wird. Eine Erklärung lautet, daß durch diesen Abbruch für das zweite Männchen eine Zeitoptimierung für die Ausbreitung seines

Genpotentials erreicht wird. Die theoretischen Konsequenzen sind von Dawkins (1976)⁷ und Wickler (1977)⁸ unter dem Schlagwort des »egoistischen Gens« verallgemeinert worden. Die Soziobiologie hat damit bei der Diskussion von Evolutionsproblemen in der Zoologie eine bestimmte Schrittmacherfunktion übernommen.

c) Ebenso wie die Ethologie das naturwissenschaftliche Gegenstück zur Psychologie innerhalb der Verhaltenswissenschaften bildet, die Lehre vom Haushalt der Natur (Ökologie) die korrespondierende Naturwissenschaft zur Ökonomie, ist mit der Soziobiologie ein naturwissenschaftliches Pendant zur Soziologie entstanden.

3. Soziobiologie und Sozialdarwinismus

Die Soziobiologie ist keine – wie man vielleicht vermuten könnte – Theorie der biologischen Basis menschlichen Sozialverhaltens, sondern dieses Problem bildet nur einen sehr eingeschränkten Aspekt, dem in Wilsons »Sociobiology«, der bisher systematischsten Zusammenfassung von Fakten und Hypothesen, von insgesamt 700 Seiten nur ca. 30 zugewidmet werden. Im Gegensatz zu anderen Wissenschaften (Humanphysiologie, Humanethologie, Humangenetik usw.) hat sich durch die Kürze der Entwicklungszeit in der Soziobiologie noch keine humanspezifische Variante herausgebildet. Ein Wissenschaftsverbot würde also vor allem eine das Tierverhalten untersuchende empirische Naturwissenschaft treffen, die sich nach Wilson auf zwei Problembereiche konzentriert: die Mechanismen der Evolution des Sozialverhaltens (Anpassungsformen tierischer Sozialität, ihr Arterhaltungswert, Entstehung evolutionsstabiler Strukturen) und die Frage nach den genetischen Grundlagen des Sozialverhaltens. Erst wenn hier ein hoher methodischer Entwicklungsstand erreicht ist, erfolgt wie in anderen Biowissenschaften auch eine Anwendung entsprechender soziobiologischer Methoden und Fragestellungen auf menschliches Sozialverhalten in systematischer Form.

Zu den bisher ungelösten Grundlagenproblemen gehört z. B. die wichtige Frage nach der Existenz eines eigenen sozialen Motivationssystems, das Tiere eines Paares oder einer Gruppe zusammenhält. Mindestens drei hypothetische Bezeichnungen sind in der Ethologie bisher üblich: der Begriff »Sozialtrieb«, die allgemeinere Bezeichnung »Bindungstrieb« und (eingeschränkt auf Säugetiere) die Bezeichnung »Herdentrieb«. Daneben verwenden mehrere Autoren semantisch neutralere Terme wie »soziale Attraktion«, »soziale Tendenz« usw., die das Postulat eines eigenständigen Motivationssystems »Sozialtrieb« umgehen. Wahrscheinlich handelt es sich bei dem »Sozialtrieb« ebenso wie bei dem »Aggressionstrieb« um ein hypothetisches Konstrukt, das die realen Verhältnisse gedanklich viel zu sehr vereinfacht. Besonders in den komplexen Tiersozietäten der Säugetiere finden sich zahlreiche indirekte Bindungsmechanismen wie Komfortverhalten, sexuelle Attraktion usw., die teilweise gelernt werden. Außerdem kann das Sozialverhalten auch bei niederen Tieren häufig auf andere Funktionskreise (Fluchtverhalten, Aggression, Sexualität) zurückgeführt werden. Andererseits existieren für die Paarbindung empirische Beispiele, wo Verhalten »reine« Sozialfunktion besitzt und nicht weiter reduziert werden kann (z. B. das »Triumphgeschrei« der Graugans oder das »Wachesitzen« bei einer pazifischen Garnelenart).

Die Frage nach der Existenz eines Sozialtriebs ist für die Soziobiologie aber kein Kriterium ihrer Wissenschaftlichkeit. Am Anfang wird immer die deskriptive Erfassung alles sozialen Verhaltens in einem »Soziogramm« stehen. Erst danach erfolgt die analytische Überprüfung nach angeborenem oder erlerntem Sozialverhalten oder nach direkten oder indirekten sozialen Bindungsmechanismen. Die Frage nach angeborenem Verhaltenselementen sollte immer erst auf einem so entwickelten Untersuchungsniveau gestellt werden, daß sie empirisch entscheidbar ist. Der Begriff »Sozial-

verhalten« wird in der Ethologie deshalb bisher in zwei unterschiedlichen Bedeutungen verwendet. In einem weiteren Kontext ist als »sozial« jede Verhaltensweise definiert, deren Frequenz und Intensität durch Anwesenheit eines Artgenossen verändert wird. In einer engeren Fassung bezeichnet »sozial« dagegen nur Gruppenverhalten. Der erste Begriff ist deskriptiv orientiert, der zweite Bedeutungskontext ist bereits theoretisch-interpretativ.

Auch in der angelsächsischen Fachliteratur nicht gebräuchlich ist dagegen der in der deutschen Übersetzung verwendete Begriff »Sozialbiologie«, der schon deshalb vermieden werden sollte, da er semantisch eine empirische Ausrichtung primär auf die Untersuchung menschlichen Sozialverhaltens nahegelegt, was nicht den Tatsachen entspricht.

Komplizierter ist dagegen die in der Verbotsresolution entwickelte Gleichung »Sozialbiologie – neuer Sozialdarwinismus«. Das Wesen des Sozialdarwinismus ist nicht bloß, wie unterstellt wird, eine biologistische Übertragung von Naturgesetzen auf die menschliche Gesellschaft, sondern eine Umkehrung des biologischen Denkansatzes überhaupt, indem von einer Konkurrenz zwischen Individuen einer Art als dem Maßstab der Evolution ausgegangen wird. Für die Selektion ist aber nicht die Konkurrenz zwischen Individuen einer Art, sondern zwischen verschiedenen Arten entscheidend. Der innerartlichen Konkurrenz lassen sich bereits bei Tieren eindrucksvolle Beispiele »altruistischen« Verhaltens in der Brutpflege, bei staatenbildenden Insekten und im Sozialverhalten bei Walen und Primaten gegenüberstellen, wo Individuen sich im Artinteresse opfern. Im Sozialdarwinismus wird, um die bürgerliche Gesellschaft mit ihren individuellen Konkurrenzbeziehungen als besonders »natürlich« erscheinen zu lassen, von einer *pseudo-biologischen* Selektionsvorstellung ausgegangen, die in der wissenschaftlichen Biologie genau nicht der Maßstab der Evolution ist. Von einer inhaltlichen Verfälschung zu unterscheiden ist der Transfer als die Anwendung biologischer Gesetze auf den Menschen, die, wenn sie korrekt erfolgt, eine wissenschaftlich legitime Operation ist. Selbstverständlich können damit keine gesellschaftlichen Spezifika erklärt werden, andererseits gibt es keine »reine« Gesellschaftlichkeit des Menschen, sondern er existiert auch in biologischer Erscheinungsform ebenso wie seine gesellschaftliche Entwicklung zugleich ein Evolutionsvorgang ist. Der »Sinn der Geschichte« ist – biologisch gesehen – nichts anderes als Arterhaltung. Die Anwendung von Evolutionsgesetzen oder populationsgenetischen Modellen ist deshalb kein Biologismus, sondern dies sind Teiltheorien der menschlichen Natur, die ihrerseits ein Teil einer umfassenden Gesellschaftstheorie ist.⁹ Der Biologismusverdacht seinerseits fungiert häufig als sozialwissenschaftliche Abwehrideologie, die eine Integration von Natur- und Gesellschaftswissenschaft verhindern soll, indem von einer Biologie ausgegangen wird, die keine ist. Als Legitimation dienen falsche und hypothetische Aussagen von Soziobiologen, die von dem empirischen und methodischen Kern dieser Wissenschaft ablenken.

Zwei typische Empiriebereiche der Soziobiologie im Bereich menschlichen Sozialverhaltens zeigen, daß sie weder ein neuer Sozialdarwinismus noch eine biologische Soziologie ist, sondern eine naturwissenschaftliche Untersuchungsmethode, die empirisch zwar den gleichen Gegenstand wie die Soziologie hat, aber sich auf einem anderen Spezifikationsniveau bewegt.

a) Eine soziobiologische Problemebene ist die Frage nach dem phylogenetischen Ursprung menschlichen Sozialverhaltens und seinen tierischen Vorformen. Besonders Paviengesellschaften können als analoge Anschauungsmodelle für die soziale Evolution der Hominiden angesehen werden, da beide Primatengruppen, um in der lebensfeindlichen Savanne zu überleben, komplexe Sozialverbände entwickelt haben. Mantelpaviane z. B. besitzen eine funktionsteilige soziale Spezialisierung (»Wache-

sitzen«, Verteidigungsfunktion des Männchens) und bilden – über immer komplexere Formen der Gruppenbildung als Banden und Horden – soziale Verbände, die bis zu 500 Tiere umfassen können.

b) Rekonstruktion der Sozialform früher Hominiden (Australopithecus, Neandertaler usw.) im Zeitraum vom Tier-Mensch-Übergangsfeld bis zur Entstehung des Cro-Magnon-Menschen vor ca. 40 000 Jahren.

Die Soziobiologie ist – wie ersichtlich – kein »Biologismus« oder eine Gegentheorie zur Soziologie, sondern erklärt, wie das menschliche Sozialverhalten phylogenetisch entstanden ist. Aussagen über gesellschaftliche Qualitäten des Sozialverhaltens werden nicht gemacht, andererseits aber auch verdeutlicht, daß menschliches Sozialverhalten eine biologische Dimension besitzt, was von einer geisteswissenschaftlichen Soziologie, die kein Interesse an einer Begründung ihrer Gegenstandsentscheidung hat, wahrscheinlich bestritten wird. Der Soziobiologie kann, bei einem exakten Methodentransfer, immer nur zu Aussagen über das Sozialverhalten als Artmerkmal, aber nicht zu Aussagen über einzelne Gesellschaftsformen kommen. Der Unterschied zwischen Soziobiologie und Sozialdarwinismus entspricht deshalb genau dem zwischen einer naturwissenschaftlichen Theorie und einer Ideologie über naturwissenschaftliche Theorien.

Anmerkungen

- 1 Erklärung gegen die Sozialbiologie. *Argument* 111, 778–779 (1978).
- 2 Eine ausführlichere Auseinandersetzung um die Reichweite naturwissenschaftlicher Theorien – besonders der Ethologie – im Grenzbereich zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften findet sich in mehreren Aufsätzen in *Argument* 88 (1974). Die dort kritisch untersuchte Argumentation von Lorenz über angeborenes Verhalten gehört zu den wichtigsten Beispielen wissenschaftsinterner Kontroversen der modernen Biologie, gegen die auch Ethologen empirische und theoretische Einwände vorgebracht haben.
- 3 E. O. Wilson: *Sociobiology: The New Synthesis*, New Haven (1976).
- 4 J. Maynard Smith & G. Ridpath: Wife-sharing in the Tasmania native hen, *Tribonyx marterii*. *Amer. Nat.* 106, 447–452 (1972)
- 5 J. F. Oats: The Social Life of a Black-and-white Colobus Monkey, *Colobus guereca*. *Zeit. f. Tierpsych.* 45, 1–60 (1977).
- 6 J. Struhshaker: Infanticid and Social organization in the Redtail Monkey (*Cercopithecus ascarius schmidtii*) in the Kibale Forest, Uganda, *Zeit. f. Tierpsych.* 45, 75–85 (1977)
- 7 R. Dawkins: *The Selfish Gene*. Oxford 1976
- 8 W. Wickler & U. Seibt: *Das Prinzip Eigennutz*. Hamburg 1977.
- 9 dazu ausführlich: G. Rückriem, F. Tomberg & W. Volpert: *Historischer Materialismus und menschliche Natur*, Köln, 1978.

Zur Theorie der Ideologie und der ideologischen Kämpfe erschienen im *Argument* bisher u. a. folgende Aufsätze:

W. F. Haug, Zwei Kapitel über den ideologischen Klassenkampf, in: *Argument* 100

Rolf Nemitz, Technik als Ideologie, in: *Argument* 103

Dieter Krause, Der Ideologiebegriff im Marxismus, in: *Argument* 103

Karin Priester, Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci, in: *Argument* 104

W. F. Haug, Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus, in: *Argument* 106 (»Staat und Ideologie«)

Harold Woetzel, Haugs »Kritik des Absurdismus« als Beitrag zur Ideologie-Theorie, in: *Argument* 106

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Ideologische Konsequenzen eines idealistischen Naturbegriffes

1. Das Konzept »Natur« in der Wissenschaft

1.1. *Technologische und ideologische Funktion der Wissenschaft*

Kinder erproben das für sie noch frische Prinzip der Kausalität oft dadurch, daß sie Sequenzen von Fragen an Erwachsene richten, die alle mit »Warum« beginnen und erfahren das Scheitern dieses Prinzips, wenn schließlich die Antwort kommt: »Darum – das ist eben so«. Solch letzte Antwort mag der Unlust oder der Unfähigkeit des Befragenden zur weiteren Kommunikation entspringen, auf jeden Fall setzt sie für das Kind, so sie geglaubt wird, ein Stück nicht mehr hinterfragbarer Realität, ein Naturgesetz.

Naive und so argumentierende wissenschaftliche Theorien zur Erklärung der Welt trennen derart zwischen Natur und Gesellschaft, daß ganz von selbst die Notwendigkeit zu entstehen scheint, ihrer eigenen Fragemethode begrenzende Schranken zu setzen, hinter denen das Reich jener materiellen Wirklichkeit liegt, die als gegebene nicht mehr aufbrechbar erscheint, die Natur als das, was A. Sohn-Rethel als »letzte Instanz der Determination« bezeichnet.¹ Für die Kategorie der Natur gilt wie für alle anderen wissenschaftlichen Begriffe, daß sie selbst keine von selbst erscheinende ist, sondern hervorgebracht wird von der Gesellschaft, die sich auf bestimmte Weise mit dem Sein, aber auch sich selbst auseinandersetzt. Der Begriff der Natur, des materiellen Seins, enthält immer die Gesellschaft, ist Ausdruck des Zustandes des Instrumentariums der gesellschaftlichen Institution, die für das Setzen von gesellschaftlicher Wahrheit im Sinne N. Luhmanns etwa² kompetent ist, wobei der Begriff des »Zustandes« bewußte Abgrenzung gegen den des »Entwicklungsstandes« einschließt: Es ist nicht von vornherein ausgemacht, daß die Begriffe, die sich jeweils auf den Urgrund der Determination beziehen und die unter verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen entwickelt wurden, in dem Sinne auf einer evolutionistischen Dimension anzuordnen sind, daß sie immer tiefere Schichten von Realität aufdecken, die einander umschließen wie die Schalen einer Zwiebel. Das würde voraussetzen, daß der institutionelle Zusammenhang, in dem die Gesellschaft ihre Produktivkräfte entwickelt, eng verflochten ist mit dem, in dem Gesellschaft ihre Wahrheiten produziert. Das gilt zwar für die verwissenschaftlichte Produktion im entwickelten Kapitalismus, ist aber, wie die Geschichte der Scheidung von körperlicher und geistiger Arbeit lehrt³, keineswegs die Regel. Als Beispiel mag das Wahrheitsmonopol der Kirche bei fast vollständiger Lösung von der Realität der gesellschaftlichen Produktion im europäischen Mittelalter herhalten. Die Aufhebung der Trennung zwischen dem zur Reproduktion der materiellen Wirklichkeit der Gesellschaft notwendigen Wissen und der zu ihrer ideologischen Reproduktion notwendigen »Wahrheit«, also die gesellschaftliche Rekonstruktion eines materiellen Bezuges zwischen den Inhalten der Arbeit in der Produktion und der davon getrennten geistigen Arbeit, ist gleichbedeutend mit der Konstitution der Institution Wissenschaft im modernen Sinn. Wissenschaft hat damit freilich ein doppeltes Erbe anzutreten, einmal muß sie das Wissen als Grundlage der Produktion zur Verfügung stellen, zum anderen die Welt so erklären, daß die Reproduktion der ideologischen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen der Produktionsverhältnisse gesichert ist.⁴

Technologische und ideologische Funktion der Wissenschaft spalten diese nun nicht in zwei nur formal zu einer Institution zusammengeschlossene Arbeitskomple-

xe, etwa entlang der Linie Natur- vs. Geisteswissenschaften, vielmehr besteht die von Wissenschaftstheoretikern bürgerlicher Provenienz oft postulierte Einheit der Wissenschaft real in der Notwendigkeit einer Synthese von Ideologie und Technologie im entwickelten Kapitalismus. Dabei geht es um die Rechtfertigung einer Technologie, die längst nicht mehr nur Mittel zur Beherrschung der »Natur«, sondern auch der Menschen ist. Das entspricht dem Fazit des von Marcuse in seiner Kritik an dem Begriff der Zweckrationalität entwickelten und von Habermas fortgeführten Theorems von der »verlorenen Unschuld der Technik« und damit der diese vorbereitenden Wissenschaft.⁵ Wissenschaftliche Sätze sind also nicht unproblematisch aufteilbar in solche bloß technologischen und solche bloß ideologischen Inhalts, sondern sie lassen sich eher auf einem Kontinuum abbilden, an dessen einem Ende Wahrheiten ohne jede Ideologierelevanz stehen, am anderen solche ohne produktionstechnische Bedeutung, wobei es möglicherweise so ist, daß die Extreme jeweils leere Klassen bilden. Um diese Extreme geht es hier aber auch gar nicht, sondern um solche Sätze, die implizit oder explizit einen Begriff der Natur voraussetzen. Solche Sätze haben immer einen ideologischen wie einen technologischen Gehalt.

Diese Feststellung gilt auch für den Satz, der hier den Naturbegriffen der bürgerlichen Wissenschaft gegenübergestellt wird und der Interpretation des Marxschen Naturbegriffs durch A. Schmidt entspricht. Natur ist »die erste Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände« und so immer schon Gegenstand menschlicher Tätigkeit, als »reine« Natur kommt sie nicht vor. Deshalb sind alle anderen Sätze über die Natur als solche falsch, denn sie »setzen die Gesamtheit der technologisch-ökonomischen Zusammenhänge jeweils schon voraus«⁶, von denen gültig nicht abstrahiert werden kann.

1.2. *Innere und äußere Natur: Alternativen der Idealisierung der Natur*

Der Begriff von der Natur als der letzten Instanz der Determination der menschlichen Tätigkeit – oder umgedreht als erste Bedingung aller menschlichen Aneignung – ist auf doppelte Weise gültig: Erstens ist der Mensch als natürliches Wesen Teil der Natur und zweitens deren äußerer Widerpart, denn er verändert sie durch seine Arbeit. Marx hat in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844 die entsprechende Dialektik entfaltet, das soll hier nicht wiederholt, sondern vorausgesetzt werden, wenn es um die Typen der Aneignungsprozesse geht, mit denen unter der Voraussetzung des Kapitalismus die Natur eine gesellschaftliche, oder, um genau zu sein, eine kapitalistische wird. Der eine Teil der Natur, er heißt im folgenden der »innere«, wird im Sozialisationsprozeß angeeignet, der andere, er heißt im folgenden der »äußere«, im Produktionsprozeß. Nun ist der Typ der Subsumtion, durch den diese beiden Prozesse Teil des gleichen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs werden, verschieden, der Produktionsprozeß ist unmittelbar Warenproduktion, sein Funktionieren gehorcht quantitativen Kalkülen, der Sozialisationsprozeß ist nur mittelbar Warenproduktion (der Ware Arbeitskraft), sein Funktionieren ein materielles Problem. Dieser Unterschied, so ist zu erwarten, muß sich in der durch die Wissenschaft gefertigten ideologischen Gestalt der Erklärung dieser Prozesse niederschlagen, aber eben nicht nur der Unterschied, sondern auch das Gemeinsame, eben die Subsumtion unter eine gesellschaftliche Produktionsweise.

Wenn nun in Anlehnung an L. Althusser Ideologie funktional als das System von Vorstellungen bestimmbar ist⁷, das die Basis des für die Fortdauer des gesellschaftlichen Zusammenhangs notwendigen Bewußtseins liefert, weiter die Feststellung von »letzten Instanzen der Determination« auf die Ontologisierung gesellschaftlicher Tatbestände hinausläuft, so muß die ideologische Bedeutung eines falschen Naturbegriffs, verstanden als Konzept der »reinen« Natur, darin liegen, bestimmte gesell-

schaftliche Tatbestände des Sozialisations- bzw. Produktionsprozesses als prinzipiell unveränderlich hinstellen und zwar gerade die, die für die Fortdauer kapitalistischer Produktionsverhältnisse unentbehrlich sind. Für die äußere Natur heißt das, daß der Warencharakter der Produkte, also ihre Funktion als materielles Substrat von Tauschwerten, der quantitativen Beschaffenheit von Naturgegenständen analog sein muß. Der Tauschwert von Produkten erscheint dann als eine Eigenschaft von Gegenständen, die deren übrigen Bestimmtheiten, beispielsweise der der Masse oder der Ausdehnung, entspricht. Ökonomische und technische Praxis im Umgang mit der Natur bilden so ein ideologisch gerechtfertigtes Ganzes. Für die innere Natur heißt das, daß die Eigenschaften der Ware Arbeitskraft, die für die Fortführung des Produktionsprozesses durch Arbeit in der Form von Lohnarbeit notwendig sind, als Eigenschaften der menschlichen Natur als solcher erscheinen müssen. Beide Arten der Verwendung des Naturbegriffes sind Idealisierungen und zwar im doppelten Sinne des Wortes: Einmal abstrahieren sie von den jeweils konkreten gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion und Sozialisation, zum zweiten erheben sie ihre Begriffe zu Ausgangspunkten gesellschaftlicher Normensysteme, also zu moralischen Imperativen, zu solchen der Aneignung bestimmter »menschlicher« Eigenschaften einerseits, zu solchen der Produktion von bestimmten »Natur«-Eigenschaften der vorfindbaren Welt andererseits.

Im folgenden soll beides an wissenschaftlichen Theorien exemplarisch vorgeführt werden: Für die innere Natur am Beispiel der Ethologie und eines bestimmten Typus von Begabungstheorie; für die äußere am Beispiel des impliziten Naturbegriffes bürgerlicher Wissenschaftstheorie, so wie er sich in der Diskussion um den kumulativen Charakter der Wissenschaft seit T. S. Kuhn widerspiegelt.

2. Das Konzept der Idealisierung der inneren Natur

2.1. *Die Apologetik des biologischen Erbes der Gattung: Die Ethologie*

Der Mensch ist Teil der Natur: Erstens ist seine biologische Abkunft aus der Tierwelt wissenschaftlich nicht ernsthaft abzustreiten, mehr noch, Evolutionstheorie und Paläanthropologie wissen die Portraits der tierischen und halbtierischen Ahnen des Menschen zu malen und in der richtigen Reihenfolge in der Galerie aufzuhängen; zweitens funktioniert der Körper des Menschen nach den gleichen Prinzipien wie der der ihm verwandten Säuger. Wenn der Begriff der »menschlichen Natur« lediglich als Kürzel für Erkenntnisse dieses Typs gebraucht wird, gibt es gegen ihn nichts einzuwenden, aber wie schon Marx in seinen Thesen zu Feuerbach nachweist, kann er auch anders gebraucht werden, und zwar zur Legitimation bestimmter sozialer Tatbestände.⁹ Aus den Erkenntnissen über biologische Abkunft des Menschen und Funktionsweise seines Organismus schließt die Verhaltenswissenschaft vom Menschen, die Ethologie, daß die Tätigkeit des Menschen im Prinzip den gleichen Regeln unterworfen sein muß wie das Verhalten der Tiere. Diese Regeln werden nicht durch individuelle Lernprozesse angeeignet, sondern biologisch vererbt, d. h. ihre Inhalte sind für das Individuum fixe, unmodifizierbare Gegebenheiten, eben seine Natur. Diese Regeln funktionieren analog dem Prinzip des Instinktes entsprechend der klassischen Instinktdefinition Tinbergens, setzen sich also aus den Elementen innere Bereitschaft des Organismus, äußerer Schlüsselreiz und durch beide ausgelöste Verhaltenssequenz zusammen. Der Instinktbezug Tinbergens enthält ex definitione ein funktionales Element: Instinktive Verhaltensweisen besitzen »lebens- oder arterhaltende« Funktionen.¹⁰ Das theoretische Konzept der Ethologie erschöpft sich aber nicht darin, die zentralen Motive menschlicher Tätigkeit als naturgegeben, also in diesem Sinne sozial zu behaupten, sondern stellt auch Kataloge solcher Motive auf, recht verschiedene und unterschiedlich differenzierte, aber doch mit gemeinsamen Kristallisations-

punkten, entsprechend etwa den ›großen Vier‹ bei K. Lorenz: ›Nahrung, Fortpflanzung, Flucht und Aggression‹.¹¹ Die Methoden der Ableitung bestimmter inhaltlicher Instinktprinzipien sind, oft ungenügend voneinander differenziert¹², Homologie, also der Schluß von Strukturähnlichkeit aufgrund gemeinsamer biologischer Herkunft auf entsprechende Funktionen oder aber Analogie, also der Schluß von gleichen Funktionen auf entsprechende Strukturen. Beide Schlüsse erfüllen nicht die Voraussetzungen logischer Deduktionen, erlauben also allenfalls als heuristische Krücken die Formulierung von Hypothesen. Inhalt und Methode der Humanethologie sind hinreichend beschrieben worden¹³, das soll hier nicht fortgesetzt werden, vielmehr geht es um die Strukturbeschreibung der Ware Arbeitskraft, die die Humanethologie, wenn auch unbewußt, formuliert und als unveränderlich festsetzt.

Diese Struktur entspricht dem, das als Ideal der Arbeitertugenden im frühen Kapitalismus gelten kann: Bescheidenheit, Fleiß, Autoritätsgläubigkeit und Patriarchalismus. Das alles wird als eigentliche Natur des Menschen ausgewiesen – die als solche gut ist. Die Probleme rühren lediglich daher, daß der Mensch in der Lage ist kraft seiner Vernunft Naturgesetze zu verletzen, in dem er eine soziale Welt schafft, die im Widerspruch zu seiner Instinktausstattung steht.

Das Strickmuster der Legitimation des Sozialen als natürlich ist oft genug kritisiert worden – exemplarisch durch V. Schurigs Kritik der Erkenntnistheorie des K. Lorenz.¹⁴ Nur ist der Erkenntnistheoretiker Lorenz differenzierter und liberaler als der Moralist Lorenz im ›Sogenannten Bösen‹ und den ›Acht Todsünden‹.¹⁵ Der Sozialcharakter, den Lorenz als den natürlichen ausgibt, ist überholt, nicht aber seine Argumentationsweise. Letzte Instanz der Determination des Sozialen ist die Natur nicht nur bei K. Lorenz, nur der Inhalt des so determinierten ist variabel.

Die Aktualität entsprechender Rhetorik beweist sich beispielsweise in der Konstruktion des Widerspruches zwischen einer ebenfalls idealisierten Natur einerseits und dem Prinzip einer progressiven Ökonomie andererseits, wie er von den sich formierenden politischen Organisationen von Umweltschützern gefertigt wird. Der ökonomische Kontext, nämlich die Möglichkeit des Abrückens der Entscheidungen über Produkte und Produktion von gesellschaftlichen Gebrauchswerten durch monopolkapitalistische Produktionsverhältnisse, also die Widersprüchlichkeit innerhalb der Gesellschaft, bleibt dabei so gut wie unerwähnt. Dabei ist es so, daß die Verschiebung von der Fixierung der inneren Natur des Menschen wie bei den Ethologen zur äußeren nur eine scheinbare ist – hier wie dort geht es um die Ableitung von Verhaltensparametern aufgrund von Naturgesetzen, die nicht als Möglichkeiten der Aneignung von Natur durch Gesellschaft sondern als Schranken der Entwicklung der Produktivkräfte begriffen werden. Hier wie dort geht es um das Resignieren möglicher Ansprüche vor einer Ideologie, die die Fesseln der Produktionsverhältnisse als natürliche zu maskieren weiß.

2.2. *Die Apologetik des biologischen Erbes des Individuums: Jenseits Intelligenztheorie*

Die Ethologie erklärt die Natur des Menschen im allgemeinen, weiß also über die Natur des je besonderen Menschen nichts auszusagen. Ein System der Legitimierung sozialer Tatbestände in einer Gesellschaft muß aber nicht nur die institutionelle und normative Struktur sondern auch die der sozialen Positionen, Schichten und Klassen und deren Rekrutierung ableiten können. Eine mögliche Theorie dieser Art ist die faschistische Rassentheorie, die das ethologische Konzept in den sozialen Bereich derart verlängert, daß die Hypothese konstruiert wird, Angehörige verschiedener Rassen seien quasi Mitglieder verschiedener biologischer Spezies. Diese Theorie kann da ihre

ideologische Funktion nicht ausreichend leisten, wo als rassenspezifisch eingestufte phänotypische Merkmale nicht offensichtlich genug mit Positionsmerkmalen gleichverteilt sind, umgekehrt kann erwartet werden, daß überall dort, wo ethnische Gruppen mit eindeutigen phänotypischem Erscheinungsbild als Gruppe diskriminiert sind, rassistische Theorien als wissenschaftlich gültig behauptet werden, so zum Beispiel die hier in Frage stehende, die des US-amerikanischen Psychologen und Pädagogen A. R. Jensen.¹⁶

Jensens Theorie befaßt sich mit der Erbllichkeit der Intelligenz, wobei Intelligenz auf die übliche Art bloß operational definiert wird (Intelligenz ist das, was der Intelligenztest mißt), konzeptionell dann aber doch strukturiert wird nach zwei Niveaus, wobei das erste, die assoziative Lernfähigkeit, die Verarbeitung von Informationen durch bloßes Speichern und korrektes Wiedergeben meint, das zweite dagegen, das kognitive, die aktive Veränderung empfangener Informationen fordert (im Konzept Spearman's *g* ähnelt). Der rote Faden der Argumentation Jensens ist in etwa der folgende: Die (US-amerikanische) Gesellschaft ist eine Leistungsgesellschaft, in dem Bildungs- und Beschäftigungssystem Positionsinhaber nach ihrem Intelligenzgrad selektieren. Der Ort bestimmter, statistisch beschreibbarer Populationen, ethnischer Gruppen oder sozioökonomischer Schichten innerhalb des Systems gesellschaftlicher Positionen hängt ab von deren biologischer Intelligenzstruktur. Populationen sind differenzierbar erstens nach dem Grad, in dem Intelligenz bei ihnen ein Erbmerkmal ist, zweitens nach dem durchschnittlichen Ausmaß der Intelligenz und drittens nach dem Typ der Intelligenzstruktur, also dem Verhältnis von assoziativer und kognitiver Intelligenz. Für die Determination der individuellen Intelligenz gilt folgendes: In der Regel wird die Intelligenz eines Individuums zwischen dem seiner Eltern und dem populationsspezifischen Durchschnitt liegen, Intelligenzvariationen durch Sozialisation sind zwar möglich, aber im Regelfall transitorischer Natur, mit der Zeit wird sich das biologische Intelligenzniveau bei jedem Individuum durchsetzen. Soziale Faktoren können nur in Fällen extremer sozialer Deprivation Intelligenz dauerhaft und meßbar fördern, also dann, wenn die Sozialisation dem biologischen Intelligenzgrad nicht entspricht. Jensen belegt seine Theorie durch Daten aus der Forschung über eineiige und zweieiige Zwillinge. Reichweite und Problematik dieser Methode sind bekannt, sie sollen hier nicht diskutiert werden. Jensens Resultate stellen vor allem einen Unterschied der Intelligenzstruktur zwischen Mittelschicht und Unterschicht derart fest, daß Mittelschichtkinder eher kognitive Intelligenz aufweisen, Unterschichtkinder dagegen assoziative. Der Unterscheid zwischen Amerikanern europäischer und afrikanischer Herkunft ist, auch bei konstant gehaltener Schicht, ein quantitativer, und zwar auf beiden Niveaus und jeweils zuungunsten der Afroamerikaner – kurz: auch bei gleichem sozialen Milieu hält Jensen die Schwarzen stets für dümmer als die Weißen.

Jensen zieht mehrere pädagogische Konsequenzen aus seiner Theorie. Die erste ist die Empfehlung eines differenzierten Bildungssystems, daß dem von ihm festgestellten Intelligenzgefälle gerecht wird. Diese Forderung ist aus seiner Intelligenztheorie ohne weiteres deduzierbar, ebenso eine zweite: Jensen rät zur eugenischen Kontrolle des Intelligenzniveaus, genauer zu einer Geburtenkontrolle vor allem im afroamerikanischen Teil der Bevölkerung.¹⁷

Er selbst ist sich bewußt, daß er gegen ein Dogma nicht nur der amerikanischen, sondern der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt verstößt, nämlich gegen das der naturrechtlich abgeleiteten Gleichheit. Aber als Wissenschaftler fühlt er sich der Wahrheit, also der Natur als letzter Quelle der Determination mehr verpflichtet als der amerikanischen Verfassung, die Unterdrückung der Wahrheit über das Ausmaß der Wirksamkeit genetischer Faktoren ist für ihn ein politischer Prozeß, er selbst »wider-

setzt sich allen, die an eine Wahrheitssuche nur unter bestimmten Umständen glauben«.¹⁸

Die ideologische Leistung der Theorien vom Typus Jensen ist offensichtlich: Das bestehende System von Privilegierung und Diskriminierung in einer bestimmten Gesellschaft wird als Folge der natürlichen Ungleichheit der Menschen und somit gerecht legitimiert. Diese scheinbare Schranke politischen Handelns versperrt die Einsicht dafür, daß das vorhandene Positions- und Rollengeflecht einer konkreten Gesellschaft Ausdruck ihrer ökonomischen Struktur ist. Aber die Theorie leistet noch mehr als das: Ein Problem der bürgerlichen Gesellschaft ist die Aufrechterhaltung eines für sie konstitutiven Gleichheitsprinzips bei offensichtlicher materieller Ungleichheit. Die Realisation dieses Prinzips kann, zumindest theoretisch, auf doppelte Weise erfolgen, einmal so, daß allen »Bürgern«, so gut es geht, Chancengleichheit auf Bildung im Sinne von Berufsqualifikation eingeräumt wird. Ein wirklich egalitäres Bildungssystem aber würde Intelligenzunterschiede eibebnen, also in etwa niveaumäßig gleich qualifizierte Arbeitskraft erzeugen, ohne gleichzeitig die vertikale Differenzierung von Positionen und Gratifikationen im Beschäftigungssystem aufheben zu können, würde also letztendlich deren ökonomische Bedingtheit offenlegen müssen und damit die Gleichheit als scheinbar entlarven. Der andere Weg der scheinbaren Durchsetzung eines formalen Gleichheitsprinzips ist das der Gleichbehandlung des von vorneherein als verschieden definierten durch die Einstufung an einem objektiven Meßverfahren, das seine Rechtfertigung nicht ökonomisch sondern nach sozial eben nicht zu verändernden Prinzipien erfährt. Gleichheit mutiert so zur Gerechtigkeit, die für alle eine gleiche ist, gleichzeitig aber den individuellen Unterschieden Rechnung trägt.

2.3. Zusammenfassung: Ideologische Funktionen des Biologismus

Der Idealismus von der biologisch festgestellten Natur des Menschen konserviert die Sozialstruktur auf zweifache, einander komplementäre Weise: Die Lehre vom sozial unveränderlichen Wesen der menschlichen Art, von der natürlichen Moral, ontologisiert die normative Ordnung. Entscheidend ist dabei nicht einmal der genaue (und im Falle Lorenz recht altväterliche) Typ dieser Ordnung, sondern vielmehr der Prozeß der Ontologisierung als solcher, der Normen sozial rechtfertigungsfrei hält. Die Lehre von dem sozial unveränderlichen Charakter des Individuums ontologisiert die Sozialstruktur als Positions- und Rollengefüge, vor allem das Prinzip der differenzierten Zuweisung von Privilegien. Auch hier ist nicht die detaillierte Konstruktionsart der Theorie entscheidend, sondern nur die Funktion: Die Beschränkung der Chance der Ausübung von Macht auf einen Teil der Gesellschaft darf nicht als Resultat einer im Prinzip veränderbaren Produktionsweise erscheinen, sondern als feststehende Voraussetzung jeder beliebigen Produktionsweise.

Der Biologismus in seinen verschiedenen Spielarten ist nicht das einzige Konstrukt zur ideologischen Rechtfertigung kapitalistischer Moral und Klassenstruktur. Auf den ersten Blick scheint er auch weniger systemadäquat zu sein als die Ideologie einer offenen Leistungs- und Bildungsgesellschaft, weil seine Grundpostulate Gesellschaft eher starr als flexibel konturieren und so die für die kapitalistische Produktionsweise notwendige Mobilität und Variabilität der Ware Arbeitskraft negieren, die die Theorie von der Leistungsgesellschaft gerade betont. Tatsächlich ist es aber so, daß die Ideologie vom Leistungsprinzip nicht nur Rechtfertigungen einschließt, sondern auch Versprechen. In dem Maß, in dem die diesen Versprechen aufsitzen den Erwartungen enttäuscht werden, verliert das Leistungsargument seine legitimatorische Kraft. Der Biologismus dagegen verspricht nichts, seine Affirmation beruht eher auf der Grundlage der Resignation, der Einsicht in individuell wie kollektiv nicht verschiebbare Grenzen menschlicher Tätigkeit.

3. Das Konzept der Idealisierung der äußeren Natur

3.1. Zur Krise des progressiven Selbstverständnisses der bürgerlichen Wissenschaft

Der Biologismus ist als wissenschaftliches Paradigma antiquiert, die Entlarvung seiner affirmativen ideologischen Funktion hat sich daher nicht mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen, eine zweifelsfrei ›wahre‹ wissenschaftliche Theorie von hoher technologischer Bedeutung politisch zu denunzieren. Gerade dieser Vorwurf erschwert die Analyse des Idealismus der äußeren Natur, der erkenntnistheoretischen Grundlage der bürgerlichen Naturwissenschaften. Der diesem zugrundeliegende Begriff von Naturgesetz scheint technisch so eminent erfolgreich, daß seine ideologische Komponente nur noch schwer herauszuschälen ist. Entsprechend schreibt F. H. Tenbruck davon, daß der Grundbestand der Naturwissenschaften längst vollständig trivialisiert, seine ideologische Befruchtung also gelöscht sei.¹⁹

Die Methode, nach der naturwissenschaftliche Erkenntnisse produziert werden, also der erkenntnistheoretische Apparat des Neopositivismus, dagegen war nie außerhalb der Diskussion. Der Streit um die Werturteilsfreiheit der Wissenschaft, die Auseinandersetzung zwischen den Apologeten des Popperschen Falsifikationismus und der Frankfurter Schule, die Kritik des A. Sohn-Rethel oder auch des P. Ruben an der Methodologie der Naturwissenschaften markieren nur einige der Stationen des ständigen Streites zwischen den Methodologen der bürgerlichen Wissenschaft und den Verfechtern materialistischer Konzepte der Erkenntnistheorie. Das bürgerliche Lager selbst war ruhig: Die Diskussion zwischen den verschiedenen Varianten neopositivistischer Theorie, wie beispielsweise Deduktionismus und Induktivismus, stellt nie deren prinzipielle Voraussetzungen in Frage, die idealistische Fassung des Naturbegriffs einerseits und den kumulativen Charakter der wissenschaftlichen Arbeit insgesamt andererseits.

Dieses Selbstverständnis der bürgerlichen Wissenschaftstheorie blieb lange ungeprüft, erst die Untersuchung Kuhns über »Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen«²⁰ eröffnete eine seitdem andauernde Grundsatzdiskussion über die Existenz des Erkenntnisfortschrittes in der Wissenschaft und die Methode diesen festzustellen. Dabei ist Kuhns Buch eher deskriptiv als theoretisch, die Frage ist, was daran so Besonderes ist, daß z. B. Stegmüller einigermaßen pathetisch meint: »Kuhns Werk über wissenschaftliche Revolutionen stellt die größte existierende Herausforderung an die gegenwärtige Wissenschaft dar.«²¹ Kuhns Behauptung ist ganz einfach die, wissenschaftliche Theorien lösten sich nicht nur aufgrund wissenschaftstheoretischer Überlegenheit ab, sondern auch aufgrund der Machtpositionen ihrer Repräsentanten im Wissenschaftsbetrieb.

Das Selbstverständnis der bürgerlichen Wissenschaft gerät deshalb in die Krise, weil der Wissenschaftsbegriff des Neopositivismus, gekennzeichnet durch einen Naturidealismus, die tatsächliche Krise der bürgerlichen Wissenschaft nicht zu begreifen vermag. Der Erfolg der modernen Naturwissenschaften dokumentierte sich nicht in der Annäherung an eine letztlich doch unerreichbare Natur, sondern in der produktionspraktischen Bedeutung ihrer Resultate, also der Möglichkeit, die Ergebnisse der von der körperlichen Arbeit getrennten geistigen aufgrund der Strukturgleichheit von kapitalistischer Rationalität und wissenschaftlichem Erkenntnisprinzip auf die körperliche Arbeit anzuwenden. Institutionell setzte diese Art der Vergesellschaftung der Wissenschaft die Trennung von im bürgerlichen Sinne ›freier‹ Wissenschaft und kapitalorientiertem Produktionsbetrieb zumindest solange voraus, wie die technologischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen der Produktion in bestimmten Gebrauchswertsphären vielen konkurrierenden Einzelkapitalien zur Verfügung stehen

müssen, die jeweils für sich nicht in der Lage sind, die allgemeinen Voraussetzungen der Produktion selbst zu erarbeiten.

Die Allgemeinheit der wissenschaftlichen Arbeit bedingt unter konkurrenz-kapitalistischen Voraussetzungen deren institutionelle Unabhängigkeit. Ideologisches Korrelat der institutionellen Unabhängigkeit ist die Überzeugung des bürgerlichen Wissenschaftlers, nicht der Gesellschaft sondern der Wahrheit zu dienen. Philosophische Voraussetzung des gesellschaftsfreien Wahrheitsbegriffs ist der Naturidealismus. Die Frage ist, was aus diesem wird, wenn seine institutionelle Voraussetzung gesellschaftlich zur Disposition gestellt wird, durch Konzepte, die eine unmittelbare Steuerung des wissenschaftlichen Fortschritts vorschlagen, wie beispielsweise das der Finalisierung der Wissenschaft.

4. Zur Möglichkeit eines alternativen Selbstverständnisses der bürgerlichen Wissenschaft: Das Finalisierungskonzept

Die bürgerliche Wissenschaft als gesellschaftliche Institution, so wie sie vor allem durch die Universität als Zentrum von freier wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung charakterisiert war, ist zwar noch nicht tot, aber sie ist nicht mehr der Hauptakteur an den entscheidenden Forschungsfronten. Der Ort der wissenschaftlichen Forschung ist das spezialisierte Großinstitut. Alternativen der Forschung sind nicht mehr Sache der Wissenschaftler allein, sondern müssen im Verbund von Wissenschafts-, Staats- und Kapitalbürokratie ausgehandelt werden²², wobei das Kapital nicht nur am wissenschaftlichen und technologischen Output solcher Forschung, sondern schon am technischen Input interessiert ist: »big science« ist eine für das Kapital attraktive Verwertungssphäre geworden, durchaus vergleichbar der des Militär-Industriekomplexes, mit dem sie zudem noch in großen Teilen verwoben ist – kurz: Großforschung ist interessengesteuerte Wissenschaft. Damit ist einmal der Vergesellschaftungsgrad der wissenschaftlichen Arbeit gestiegen, Poppers gegen den Marxismus gewendetes Postulat von der Unprognostizierbarkeit der wissenschaftlichen Entwicklung²³ ist durch die Veränderung der Voraussetzungen, unter den Wissenschaft betrieben wird, falsifiziert worden. Zum anderen ist wissenschaftliche Entwicklung besser einbindbar in die Mechanismen der Reproduktion und Akkumulation des Kapitals, was heißt, daß die Mehrwertkalküle unmittelbarer auf die wissenschaftliche Arbeit einwirken. Dieser Tatbestand ist der Hintergrund der Diskussion um ein neues Wissenschaftskonzept, das der »finalisierten« Wissenschaft, einer Wissenschaft also, die zweckgerichtet ist, bezogen auf gesellschaftliche Ziele und nicht auf »reine« Wahrheit. Entwickelt wurde das Konzept im Starnberger »Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt«, die ersten Publikationen erfolgten 1972.

Finalisierung meint gleichzeitig ein wissenschaftspolitisches wie ein wissenschaftstheoretisches Konzept. Wissenschaftspolitisch geht es darum, die Steuerung der Wissenschaft, die sowieso notwendig ist, politisch so zu vollziehen, daß gesellschaftliche Ziele durch adäquate Mittel erreicht werden können, also Politisierung der Wissenschaft im guten Sinne: »In der Perspektive der Finalisierung der Wissenschaft liegt eine zunehmende Koinzidenz von theoretischen Zwecken und sozialen Normen.«²⁴

Die wissenschaftstheoretische Herleitung des Finalisierungskonzepts basiert auf dem Begriff einer wissenschaftlich »reifen« Theorie, also einer Theorie, die in dem Sinn abgeschlossen ist, als sie alle wichtigen und richtigen Aussagen zu einem bestimmten Gegenstandsbereich enthält.²⁵ Die Idee der möglichen Abgeschlossenheit einer Theorie ist bürgerlicher Wissenschaftstheorie gleichzeitig vertraut und fremd, vertraut, weil die Kategorie des »gesicherten Wissens« einer der Pfeiler des kumulativen Selbst-

verständnis bürgerlicher Wissenschaft ist, fremd, weil sie einmal dem von Popper entwickelten Falsifikationismus widerspricht, wie auch dem ebenso für die bürgerliche Wissenschaft typische Selbstverständnis von der endlosen Front der Wissenschaft.²⁶ Vor allem aber enthält die Idee der Abgeschlossenheit von Theorien den Keim einer weit radikaleren Idee, nämlich die der Abschließbarkeit des Unternehmens Wissenschaft überhaupt – insofern steckt in dem Begriff der Finalisierung auch der des Finales.

Im Grundriß übernehmen die Finalisten das Modell der wissenschaftlichen Entwicklung von T. S. Kuhn: Einer ersten, der ›vorparadigmatischen‹ Phase der Wissenschaftsgeschichte, in der verschiedene theoretische Ansätze miteinander konkurrieren, folgt eine zweite, die ›paradigmatische‹, die durch die Vorherrschaft eines bestimmten Ansatzes gekennzeichnet ist, nach Kuhn die ›normale Wissenschaft‹. Das wissenschaftskritische Element der Theorie Kuhns, die These von der Struktur und dem Verlauf der wissenschaftlichen Revolution, durch die ein altes Paradigma liquidiert und durch ein neues ersetzt wird, ignorieren die Finalisten weitgehend²⁷, statt dessen postulieren sie eine dritte ›postparadigmatische‹ Phase der Wissenschaft, eben die, in der sie finalisiert werden kann.

In der paradigmatischen Phase entwickelt Wissenschaft, im wesentlichen selbstgesteuert, Theorien, die anwendbar sind, aus denen also unter der Vorgabe spezifischer Randbedingungen Teiltheorien zu erarbeiten sind, die Technologien im anspruchsvollen Sinne des Wortes entsprechen. Die Spezifizierung von Randbedingungen und die Definition des Sinns von Technologien sind nicht länger Sache der Wissenschaft selber, sondern werden gesellschaftlich gesetzt.

Bis zum Abschluß der paradigmatischen Phase entwickelt sich Wissenschaft autonom, externe Faktoren können ihre Entwicklung nicht qualitativ beeinflussen. Neben der Theorie der Entwicklung einzelner Paradigmata steht noch eine zweite, großflächigere, nach der Wissenschaft insgesamt aus der darwinistischen in die finalisierte Phase übergeht²⁸, ohne daß diese These nun im einzelnen mit der anderen vermittelt wird. So zerfällt dem Konzept der Finalisierung nicht nur die Geschichte der einzelnen Theorien in mehr außen- und mehr innen geleitete, sondern daneben bleibt auch unklar, ob Innenbestimmung und Außenbestimmung selbst wieder nun wissenschaftsinterne oder -externe Gründe haben. Entweder kann es so sein, daß Finalisierung an einen ganz bestimmten Typ paradigmatischer Entwicklung gebunden ist und vorher bis auf Funktionalisierung von Experimenten nichts geht²⁹, oder aber es ist so, daß im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung Wissenschaft insgesamt umprogrammiert wird, also der externe Zweck Voraussetzung der Inangangsetzung wissenschaftlicher Arbeit überhaupt ist.

Letzteres scheint das Wahrscheinlichere, Finalisierung ist dann tatsächlich eine neue Vergesellschaftungsform der geistigen Arbeit, eben die, die der staatsmonopolistischen Regulierung des Produktionsprozesses entspricht. Der zweifellos progressive Akzent des Finalisierungskonzeptes, Hineinholen der Wissenschaft in die gesellschaftliche Verantwortung und Überwindung des »Wissenschaftsdarwinismus«, übersieht, daß gesellschaftliche Zielsetzungen nicht Sache einer sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußten Wissenschaft oder einer durch Wissenschaft aufgeklärten Gesellschaft sind, sondern wie andere politische Entscheidungen durch Reproduktions- und Akkumulationsbedingungen des Kapitals prädestiniert werden. Finalisierung ist dann keine Frage des Entwicklungsstandes der Wissenschaft, sondern eine des Entwicklungsstandes der Gesellschaft, der den Verzicht auf eine autonome Wissenschaft ökonomisch möglich macht.

Zwar räumt das Finalisierungskonzept mit der bürgerlichen Wissenschaft auf, indem es eines ihrer konstitutiven Prinzipien, Autonomie und Werturteilsfreiheit als

notwendig aufzuheben hinstellt, aber dieses Aufräumen geschieht noch autonom: Letztlich entscheidet die Wissenschaft selbst darüber, wann sie reif zur Anwendung ist. Der tatsächliche Vorgang ist wohl eher der umgekehrte: Wissenschaft wird nur noch angewendet, für Freiheit fehlen die Mittel. Es ist also nicht so, daß die Natur erst erforscht sein muß, bevor mit ihr nach politischen Kriterien verfahren werden kann, und daß diese Erforschung Sache einer autonomen Wissenschaft ist, die dann erst auf dem Zustand postparadigmatischer Reife der Gesellschaft zur Finalisierung zur Verfügung steht. Forschung gesellschaftlichen oder besser ökonomischen Zielen unterzuordnen ist eine Veränderung der Produktionsverhältnisse in diesem Bereich. Was an Wissenschaft entsprechende Daten nicht zu liefern vermag – beispielsweise marxistische Wissenschaft –, wird auch nicht finalisiert, nicht, weil es noch nicht reif ist, sondern weil die Resultate keine Verwertungschance eröffnen. Was aber nicht finalisiert werden kann, wird auch nicht gefördert, sondern tendenziell aus dem Wissenschaftsbetrieb hinausdefiniert. Die Disziplinierung der wissenschaftlichen Hochschulen bei gleichzeitiger Auslagerung der Forschung beweist, daß Finalisierung der Wissenschaft nicht Emanzipation der Gesellschaft, sondern eher Reglementierung der Wissenschaft bedeutet.

5. Idealismus der inneren und äußeren Natur als Grenzen menschlicher Praxis

Die Theorie von der Finalisierung der Wissenschaft ist eine bürgerliche Theorie der Wissenschaft, trotz des für solche atypischen Postulats des sozialen Engagements bleibt sie dem Naturidealismus verhaftet. Der Grund dafür liegt in der Art, wie das Konzept der Finalisierung den Wahrheitsbegriff der bürgerlichen Wissenschaft gleichzeitig bewahren wie überwinden will. Das Vehikel dazu ist, wie beschrieben, der Begriff der abgeschlossenen oder reifen Theorie. Die Suche nach der Wahrheit kann abgebrochen werden, weil sie »zum Ziel geführt hat«³⁰, nicht etwa deswegen, weil die Suche nach der zweckfreien und gesellschaftsfreien Wahrheit ein von vornherein aussichtsloses Unterfangen ist. Wie die neopositivistische Auffassung von der Wissenschaftsgeschichte halten auch die Finalisten den Einfluß externer Faktoren auf die Wahrheitsfindung durch Wissenschaft für unbedeutend – eben bis zur Findung der Wahrheit in der paradigmatischen Phase. Vor und nach dieser Phase mögen gesellschaftliche Faktoren eine Rolle spielen, die eigentliche Konstruktion der Wahrheit ist allein Sache der Wissenschaft.

Gegen das Bild der Wissenschaft als Elfenbeinturm, in dem der Wissenschaftler auf sich gestellt, Probleme, auch gesellschaftlich relevante, löst, und die Lösungen dann der Gesellschaft zur Verfügung stellt, ist genug geschrieben worden, das braucht zur Kritik der Finalisierungstheorie nicht wiederholt zu werden. Neu daran ist nur, daß dieses Bild Modell steht für eine Theorie der Wissenschaftsgeschichte und daß die Lösungen der Wissenschaft als endgültige bestätigt werden. Zum ersten nur noch ein Satz: Gesellschaftliche Strukturen und Interessen bestimmten schon immer den Gang der Wissenschaft und zwar nicht nur in Entdeckungs- sondern auch in Rechtfertigungszusammenhängen, was die Finalisten vorschlagen ist nur eine andere institutionelle Regelung dieses Zusammenhangs, nicht seine Konstitution.

Für das Problem des Naturidealismus ist die andere Behauptung der Finalisierungstheorie entscheidend, die, in wesentlichen Gegenstandsbereichen im Besitze der Wahrheit zu sein. Am Anfang dieses Aufsatzes wurde der Naturidealismus durch das Formulieren nicht mehr hinterfragbarer Sätze über die Realität charakterisiert, einer Realität die so für die Gesellschaft unerreichbar wird. Genau diesen Dualismus von Natur und Gesellschaft rekonstruiert die Finalisierungstheorie, wenn sie vom abschließbaren Unternehmen Wissenschaft schreibt und gleichzeitig die erkenntnistheoretische Tradition bürgerlicher Wissenschaft akzeptiert. Die Aufklärbarkeit der

Natur scheint so begrenzt, eben auf das, was bereits aufgeklärt ist. Der Gedankengang scheint zwingend, wenn die wissenschaftliche Methode der Rechtfertigung von Aussagen für erkenntnistheoretisch korrekt und die Natur als isolierter und fixer Gegenstand der Wissenschaft angenommen wird, er wird falsch, wenn statt dessen Natur und Gesellschaft, verbunden durch menschliche Praxis, als Gegenstand der menschlichen Erkenntnistätigkeit begriffen wird – da dieser Gegenstand ein variabler ist, kann Wissenschaft, verstanden als theoretische Arbeit über diesen Zusammenhang, nicht zu Ende kommen.

Der Biologismus und die konservative Begabungstheorie waren dadurch gekennzeichnet, daß sie letzte Wahrheiten über die Natur der Spezies Mensch bzw. Individuen dieser Spezies feststellten, als Gewißheit über die innere Natur des Menschen zu besitzen vorgaben. Konzepte wie das der Finalisierung der Wissenschaft leisten das Gleiche für die gesamte Natur. Beiden gemeinsam ist, daß sie einer jeweils bestimmten menschlichen Tätigkeit ein theoretisches Ende setzen. Biologismus und Begabungstheorie der Sozialisation als Aneignung der inneren Natur durch das Individuum, die Finalisierungstheorie der Erkenntnistätigkeit gegenüber der Realität überhaupt, also eines entscheidenden Aspektes der Aneignung der äußeren Natur. Wenn Wissenschaft als finalisierte weitergeht, dann auf der Basis des bereits über die Natur Gewußten. So geht zwar der technische Fortschritt weiter, aber auch er, so ist die Folge, nicht endlos.

Die Bestimmung der Grenzen menschlicher Tätigkeiten durch eine gesellschaftlich unerreichbare Natur befreit Gesellschaftsformationen von möglichen sozialen Ansprüchen. Im Falle des Biologismus und der Begabungstheorie waren das die Postulate der Freiheit und Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder, im Falle der Finalisierung ist es das der Beherrschung der Welt als Zusammenhang von Natur und Gesellschaft durch ständige Fortentwicklung der Produktivkräfte. Der Vorwurf mag gegenüber einer Theorie, die die theoretische Tätigkeit gerade für gesellschaftliche Praxis im Dienste verallgemeinerungsfähiger Interessen in Funktion stellen will, paradox klingen. Aber aus der Konstruktion einer durchschauten Natur, deren Gesetze ein für alle Mal festgelegt sind, folgt, genau wie im Falle der inneren Natur, für Gesellschaft nur noch die Möglichkeit der Anpassung, die wenn alles richtig erkannt ist, dann auch irgendwann eine endgültige ist. In beiden Fällen ist dieses Ende sichtbar: der Idealismus der inneren Natur kennt die wichtigen Eigenschaften des Menschen, die bürgerliche Wissenschaft ist im Begriffe, die Rätsel auch der äußeren Natur zu lösen, was dann noch kommen kann, ist nur noch das Umsetzen dieser Wahrheiten in ein bestimmtes gesellschaftliches Normensystem, ist auch diese Aufgabe final gelöst, ist Schluß.

Anmerkungen

- 1 A. Sohn-Rethel, *Warenform und Denkform*, Frankfurt 1978, S. 106.
- 2 Wahrheit ist nach Luhmann »vernünftig nicht bestreitbar« und wird durch Wissenschaft produziert und garantiert, vgl. N. Luhmann, *Selbststeuerung der Wissenschaft*, in ders., *Soziologische Aufklärung*, Opladen 1970, S. 233.
- 3 »Gesonderte Geistesarbeit entsteht . . . also als Mittel der Aneignung von Arbeitsprodukten durch Nichtarbeiter, sie entsteht nicht, oder jedenfalls nicht ursprünglich, als Hilfsmittel der Produktion«, schreibt Sohn-Rethel (Sohn-Rethel, *Geistige und Körperliche Arbeit*, Frankfurt 1972, S. 132). Es kann geradezu als eines der konstituierenden Merkmale der modernen Wissenschaft gelten, daß sie sich als theoretische Arbeit der Produktion wieder zuwendet.
- 4 Von hier aus ist ein Begriff der »bürgerlichen« Wissenschaft zu gewinnen, der das Etikett bürgerlich an die konservativen Funktionen des Wissenschaftsbetriebes heftet und die Unfähigkeit solcher Wissenschaft behauptet, diese Funktion zu reflektieren, vgl. die ähnliche Definition bei H. J. Sandkühler, *Über die logische Basis des Kommunismus« oder Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus*, in SOPO 39 (1977), S. 34.

- 5 Vgl. J. Habermas, Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹, Frankfurt, 1968, S. 50 ff.
- 6 A. Schmidt, Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt 1971, S. 8.
- 7 Vgl. L. Althusser, Für Marx, Frankfurt 1968, S. 181 f. und ders., Ideologie und ideologische Staatsapparate, West-Berlin 1977, S. 133 ff.
- 8 Vgl. J. Habermas, Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung – Zu Theorie und Praxis der verwissenschaftlichten Zivilisation, in ders., Theorie und Praxis, Neuausgabe Frankfurt 1971, S. 322 ff.
- 9 Vgl. dazu G. Rückriem, F. Tomberg u. W. Volpert, Historischer Materialismus und menschliche Natur, Köln 1978, Einleitung S. 10 ff. und den Beitrag von F. Unger, Naturdenken als Legitimationskategorie im Gesellschaftsdenken der Neuzeit.
- 10 Vgl. W. Schmidtbauer, Biologie und Ideologie, Hamburg 1973, S. 25.
- 11 Vgl. K. Lorenz, Das sogenannte Böse, Wien 1972, S. 124.
- 12 Vgl. Schmidtbauer, a. a. O., S. 38.
- 13 Beispielsweise bei U. Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung I, Frankfurt 1975, W. Lepenies, Soziologische Anthropologie, München 1971, W. Schmidtbauer, a. a. O.
- 14 Vgl. V. Schurig, Naturgeschichte als Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie, in: Das Argument 88, 1974.
- 15 Vgl. K. Lorenz, Die Rückseite des Spiegels, München 1973, ders., Das sogenannte Böse, a. a. O. und ders., Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit, München 1973. Als Beispiel für die Diktio des Moralisten Lorenz lohnt es sich, in den ›Todsünden‹ unter dem Stichwort ›Genetischer Verfall‹ die Gleichsetzung von Jugendkriminalität und Krebs nachzulesen – das Einzige was fehlt ist die offene Aufforderung zu genetisch selektierender Euthanasie, vgl. a. a. O., S. 51 ff.
- 16 Jenseits Theorie wurde ursprünglich unter dem Titel ›How much can we boost IQ and scholastic achievement‹ im Harvard Educational Review 39, 1969 publiziert (Deutsch abgedruckt in: H. Skowronek [Hrsg.] Umwelt und Begabung. Stuttgart 1973).
- 17 Vgl. A. R. Jensen, a. a. O., S. 127 ff.
- 18 A. R. Jensen, a. a. O., S. 110.
- 19 F. H. Tenbruck, Der Fortschritt der Wissenschaft als Trivialisierungsprozeß, in KZfSSP Sonderheft 18/1975: Wissenssoziologie, vor allem S. 23 f.
- 20 T. S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt 1967, das amerikanische Original erschien 1962.
- 21 W. Stegmüller, Theoriendynamik und logisches Verständnis, in: W. Diederich (Hrsg.) Theorien der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt 1974, S. 167.
- 22 Vgl. dazu die Untersuchung: K. Schmitz, R. Riehle, W. D. Narr, C. Koch u. U. Albrecht, Der Staat und die Steuerung der Wissenschaft, Göttingen 1976.
- 23 Vgl. K. R. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965, S. XI.
- 24 G. Böhme, W. van den Daele, W. Krohn, Die Finalisierung der Wissenschaft, in ZfS 1 (1972), S. 203.
- 25 Das Konzept der ›geschlossenen Theorie‹ ist bei Heisenberg und Weizsäcker entlehnt, vgl. G. Böhme, W. van den Daele u. R. Hohlfeld, a. a. O., S. 200 ff.
- 26 Böhme, van den Daele und Hohlfeld halten den Falsifikationismus wie den Glauben an die immer neue Probleme gebärenden Problemlösungen für ideologische Rückzugspositionen von Wissenschaftlern, deren Existenz bedroht ist, vgl. a. a. O., S. 205.
- 27 Die Finalisten betrachten nur den Fall des ›Klassisch-Werden‹ von Theorien, nicht ihre Überwindung, obwohl sie einräumen, daß Theorien sowohl das eine wie das andere Schicksal erleiden können.
- 28 a. a. O., S. 206.
- 29 Vgl. W. Schäfer, Normative Finalisierung. Eine Perspektive, in: Starnberger Studien 1, a. a. O., S. 380 ff.
- 30 G. Böhme, W. van den Daele u. R. Hohlfeld, a. a. O., S. 205.

Die Direktwahl zum Europäischen Parlament – Bürgerliches Ablenkungsmanöver oder Eröffnung eines neuen Feldes des Internationalismus?

I

Den politischen Stellenwert der Direktwahlen des Europäischen Parlamentes (EP) vom 7. bis 10. Juni 1979 wissenschaftlich zu bestimmen, ist nicht nur von aktuellem Wert. Alle politischen Strömungen sind sich darin einig, daß diese Wahlen, die innerhalb des jeweiligen nationalen Rahmens der Wahlsysteme, Parteienkonstellationen und Politiken ohne eine echte »transnationale« Zusammenarbeit der Parteien parallel in den Ländern der EG stattfinden werden, an den grundlegenden politischen Verhältnissen in den Europäischen Gemeinschaften wie in ihren Mitgliedsländern wenig ändern werden.¹ Denn die geringfügigen Kompetenzen, die das EP im Entscheidungssystem der EG besitzt, werden durch die Direktwahl nicht erweitert. Sie beschränken sich auf eine Reihe von Beratungsfunktionen, die letztendliche Entscheidung über ca. 15% des EG-Haushalts und das Mißtrauensvotum gegenüber der Kommission – eine stumpfe Waffe, da sie die *einzig*e Möglichkeit der Kontrolle darstellt und zudem durch die Wiedereinsetzung der gleichen Kommission durch den Ministerrat wirkungslos gemacht werden kann; zudem besteht keine Möglichkeit, positiv auf die Besetzung der Kommission Einfluß zu nehmen (vgl. Bieber 1974; Bleckmann 1976, S. 36 ff.). Im Gegenteil: in einigen Ländern und bei einer Reihe von Parteien war die Zustimmung zur Direktwahl, die von den nationalen Parlamenten gegeben werden mußte, ausdrücklich daran gebunden, daß deren Souveränität nicht eingeschränkt wird. Diese Haltung findet sich nicht nur bei den französischen Gaullisten, sondern ebenfalls, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, bei den kommunistischen und einer Reihe von sozialistisch-sozialdemokratischen Parteien; in Großbritannien, Dänemark und Frankreich wird die Ablehnung der Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf supranationale Institutionen sogar von einer breiten Strömung in der Bevölkerung getragen. Begreift man die Direktwahl als einen Schritt der politischen Integration in der EG, so liegt die These nahe, daß sie vor allem der BRD zur politischen Absicherung ihrer ökonomischen Dominanz nützt und als »gemeinschaftlicher« politischer Hebel dient, um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen insbesondere in Frankreich und Italien zu verhindern (vgl. vor allem Axt 1978 a und 1979). Bezeichnend für die »Sensibilisierung« gegenüber Einschränkungen der nationalen Unabhängigkeit ist, daß bereits die bloße Möglichkeit einer Kompetenzerweiterung des EP im Gefolge der Direktwahl Opposition hervorruft, da eine Einengung der Handlungsspielräume für nationale politische Strategien befürchtet wird. Obwohl es jeden Realitätsgehalt entbehrt, wird im Europa-Wahlkampf immer wieder beteuert, diese Direktwahlen würden das alte demokratische Defizit der ökonomischen Integration beheben und seine Kompetenzen würden langfristig erweitert. Bei der SPD ist gar von einem Schritt in Richtung auf ein »Europa der Arbeitnehmer« (Vetter) die Rede, da dieses sich im Rahmen eines direkt gewählten und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestatteten EP durch die Zusammenarbeit aller Vertreter von Arbeitnehmerinteressen realisieren ließe. Das EP kann sich aber die Erweiterung seiner Kompetenzen nicht »erkämpfen« – dazu ist eine Einigung der nationalen Regierungen im Ministerrat *und* die Ratifizierung eines entsprechenden völkerrechtlichen Vertrages in den nationalen Parlamenten erforderlich. Die Koppelung von Direktwahl und Kompetenzerweiterung, die der Ministerrat der EG 1974 noch be-

geschlossen hatte, wird vom französischen Verfassungsrat ausdrücklich abgelehnt und auch von den Parteien nur noch als vage Zukunftsperspektive begriffen.

Ein mögliches »Eigeninteresse« des EP, d. h. eines Teils seiner Mitglieder und seiner Fraktionen – sofern die Forderungen nach einer Kompetenzerweiterung überhaupt über Rhetorik hinausgehen – bricht sich damit von vornherein an den innenpolitischen Konstellationen. Warum, so ist zu fragen, findet diese Wahl zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt statt – die Absicht, die »Versammlungen« der Europäischen Gemeinschaften, wie es in den Verträgen zur Gründung von EGKS (Montanunion), EWG und Euratom noch bescheiden heißt, unmittelbar und direkt nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedsstaaten zu wählen, besteht seit 1952 bzw. 1958. Welches sind die Ursachen für diesen Schritt in Richtung auf eine Intensivierung politischer Integrationsformen, und welche Bedeutung kommt ihm in der Gesamtentwicklung der EG zu?

II

Übereinstimmend wird in der Literatur davon ausgegangen, daß der Beschluß zur Direktwahl des EP als eine Reaktion auf die ökonomische und politische Krise anzusehen ist, die in den einzelnen Mitgliedsländern herrscht und sich als Krise des Integrationsprozesses selbst darstellt: die ökonomische Krise könne nur noch gemeinschaftlich bewältigt werden, da der Grad der ökonomischen Verflechtung in Westeuropa so hoch sei, daß die nationale Wirtschaftspolitik durch die internationale Kapitalbewegung und durch die wechselseitige Abhängigkeit der Konjunkturzyklen zunichte gemacht würde. Die Währungskrisen seit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods, die Probleme der Energieversorgung und die weltweite zyklische Krise von 1974–76 haben jedoch nicht zu einer gemeinschaftlichen Politik der Krisenbewältigung geführt. Die Pläne zu einer Wirtschafts- und Währungsunion fanden an den gegenläufigen ökonomischen und politischen Entwicklungen in den Mitgliedsländern und den differierenden wirtschaftspolitischen Strategien gegenüber der Krise eine Schranke (vgl. Busch 1978). Aus der staatlichen Politik der Abwälzung der Krisenlasten resultieren – insbesondere in den Ländern mit einer starken Arbeiterbewegung – Krisentendenzen des bürgerlichen Herrschaftssystems, die dabei als eine Gefährdung des Parlamentarismus selbst wahrgenommen werden. Da bei fehlender »Effizienz« staatlichen Handelns in der Krise seine Legitimität nicht mehr gleichsam automatisch gesichert ist, müssen neue »Legitimationsquellen« erschlossen werden (Stammen 1977, S. 29). Die Kompetenzen des Ministerrates der EG haben eine Verlagerung des Entscheidungsmechanismus von den nationalen Regierungen und deren parlamentarischer Kontrolle auf die Ebene der EG zur Folge gehabt; dieser »Entdemokratisierung« soll durch die Direktwahl begegnet werden. Die Direktwahl des EP erscheint dabei als »bedeutsames Element einer umfassenden Strategie« von konservativer Seite, um die »strukturellen Defizite und Fehlentwicklungen« zu beheben (ebda, S. 45). Das strukturelle Defizit der EG zur Lösung der Krise soll dadurch überwunden werden, daß das grundsätzlich funktionsfähige, aber durch die Wirtschaftsverflechtung der EG beeinträchtigte nationale parlamentarische System auf westeuropäische Ebene übertragen wird: nur so sei man in der Lage, den »größeren wirtschaftlichen und politischen Belastungen zu widerstehen und diese positiv zu verarbeiten« (ebda).

Aber kann dies zu einer größeren Bereitschaft der Mitgliedsländer führen, die gegenwärtige Krise gemeinschaftlich zu überwinden? Werden auf diese Weise die divergierenden Interessen der Mitgliedsländer eher zu einem Kompromiß zusammengefaßt; wird dieser auch gemeinsam realisiert? Das institutionelle System der Europäischen Gemeinschaften hat sich seit ihrer Gründung zunehmend von echten *supra*na-

tionalen Entscheidungsstrukturen entfernt. Die Versuche einer Koordination der Politik auf Regierungsebene seit 1973 blieben zwar eingebettet in das Gemeinschaftssystem; die Vermittlung der Widersprüche zwischen den Mitgliedsländern durch Gemeinschaftsinstitutionen, insbesondere die Europäische Kommission und das EP, trat jedoch noch weiter in den Hintergrund. Da eine Kompetenzerweiterung des EP nicht zur Debatte steht, ist auf der Ebene der *Entscheidungsprozesse* in der EG die Direktwahl ohne Bedeutung.

Die Direktwahl kann somit aber nur noch begriffen werden als Ausdruck des demokratischen *Prinzips*, politische Entscheidungen durch die Betroffenen selbst zu legitimieren; und auf diesem Prinzip sei auch im Rahmen der EG zu beharren (Bange-mann/Bieber 1976, S. 106). Da mit dieser »Legitimation« aber kein realer Einfluß der Wähler verbunden ist, stehen in der Diskussion folgende Fragen im Vordergrund: Ist die Initiative zur Direktwahl der EP nicht ein reines »Ablenkungsmanöver« von den Integrationsschwierigkeiten (vgl. vor allem Pöhle 1976), solange eine Kompetenzerweiterung nicht stattfindet? Kommt ihr eine »kompensatorische Funktion« angesichts des Scheiterns der wirtschafts- und währungspolitischen Integration zu (Busch 1978, S. 199)? Soll von den gegenwärtigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus abgelenkt und sollen die innenpolitischen Konfliktpotentiale »desorientiert« werden (Axt 1978a, S. 1110)? Wird sie als »Ventil für innere Konflikte« (Bieber 1976, S. 715) genutzt? Ist die »Flucht nach vorn« (Stammen 1977, S. 31) also lediglich ein ideologisches Manöver, die Prinzipien des Parlamentarismus aufrechtzuerhalten, aber gleichzeitig den realen Einfluß der Bevölkerung herabzusetzen, indem auf der abgehobenen europäischen Ebene Entscheidungen formaldemokratisch legitimiert werden? Unter den allgemeinen Bedingungen der ökonomischen und politischen Krise stellt die Direktwahl des EP eine mögliche Gegenstrategie der bürgerlichen Kräfte auf politischer Ebene dar – unabhängig davon, an welche objektiv-ökonomischen Schranken sie dabei stoßen werden. Die innere Logik dieser Strategie soll im folgenden untersucht werden.

III

Die Fragen interpretieren die Direktwahl des EP als *eine ideologische Offensive der westeuropäischen Bourgeoisie, die den durch die ökonomischen Widersprüche gefährdeten Integrationsprozeß im Wahlkampf argumentativ absichern und den Entscheidungsprozeß über wichtige wirtschaftspolitische Fragen – wenn auch nicht real, so doch im Bewußtsein der Bevölkerung – auf eine internationale Ebene verlagern soll, die dem Erfahrungshorizont und den Einflußmöglichkeiten weitgehend entzogen ist*. Unter diesen Bedingungen muß eine Schlußfolgerung für die sozialistische Bewegung in der BRD lauten, sich dieser Herausforderung zu stellen und ihrerseits den Klassencharakter der EG und ihre negativen Rückwirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie ihre Unfähigkeit, die kapitalistische Krise zu bewältigen, hervorzuheben (Jungsozialisten 1977, S. 3 ff.; Aufruf 1979; Mies 1979). Gerade in der BRD hat der Europagedanke – bereits seit Ausgang des 19. Jahrhunderts als Konzept für die Expansion des deutschen Kapitals (vgl. Opitz 1977) – die Funktion gehabt, den Blick der Bevölkerung von den gesellschaftlichen Widersprüchen im Innern auf die nationale Expansion und eine besondere deutsche Rolle in der Welt abzulenken. Nach 1945 fand dies die Form einer euphorischen Identifikation mit Europa, in der die faschistische Niederlage kompensiert und eine realistische Haltung zur deutschen Frage und den sozialistischen Schlußfolgerungen aus den Lehren des Faschismus in der DDR verdrängt wurde. Die wirtschaftliche Stärke der BRD, ihre hegemoniale Rolle in Westeuropa (vgl. bes. Schlupp 1978) bieten einer neuen Form des Nationalismus genügend Nährboden. Die von der Schmidt-Regierung wie

von der Rechten vertretene Strategie, den Widerspruch zwischen der Existenz als ökonomischer Riese und als politischer Zwerg durch eine Außenpolitik der Stärke und des offensiven Drucks auf die anderen Mitgliedsländer zu lösen, finden auf diese Weise ihren ideologischen Rückhalt in der Bevölkerung. Der Wahlkampf für die Direktwahl zum EP stellt der Linken in der BRD – soweit sie dabei überhaupt zum Subjekt des politischen Prozesses wird – die schwierige Aufgabe, nicht nur den von den drei großen Parteien getragenen gesellschaftlichen Konsens zu durchbrechen und ein kritisches Verständnis des Integrationsprozesses zu vermitteln. Darüber hinaus ist auch die – innerhalb der bestehenden Bewußtseinsformen unmittelbar einleuchtende – materielle Grundlage des »deutschen Interesses« an Hegemonie in Westeuropa zu hinterfragen: die westdeutsche Arbeiterklasse profitiert als »Arbeiteraristokratie« im internationalen Kontext zwar von der Weltmarktexpansion des deutschen Kapitals; gleichzeitig verschärfen sich aber mit der Weltmarktabhängigkeit auch die ökonomischen Probleme der BRD, wenn andere Länder mit protektionistischen Maßnahmen und einer Zurückdrängung des deutschen Einflusses ihre eigenen Krisen zu überwinden suchen und damit die Außenwirtschaft ihre Rolle als Motor des Wirtschaftswachstums verliert. Die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung stellt einen objektiven Prozeß dar; in Frage zu stellen ist lediglich ihre monopolkapitalistische Form und ihr allein durch die Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmtes Ausmaß, wie es in den regionalen und sektoralen Strukturkrisen in der BRD zum Ausdruck kommt. Hier darf jedoch nicht ignoriert werden, daß allen linken Kräften in der BRD das analytische Rüstzeug und damit die politische Überzeugungskraft fehlt, nicht nur auf der politischen Ebene gegen die Expansion der westdeutschen Monopole und die damit verbundenen Gefahren für Frieden und internationale Stabilität, sondern auch auf der Ebene der unmittelbaren Interessen gegen die vermeintlichen Vorteile der BRD-Hegemonie für die Arbeiterklasse überzeugend aufzutreten. Die stärkste Waffe der westdeutschen Bourgeoisie in den ideologischen Auseinandersetzungen – der *relative* Wohlstand und die *relative* ökonomische Stabilität im internationalen Vergleich – ist nur dadurch zu entschärfen, daß dieser nicht als bloßer »Schein« angesichts der kapitalistischen Krise begriffen wird, sondern als die reale Lebenssituation eines großen Teils der Bevölkerung; andererseits aber auf die langfristige Gefährdung der Lebens- und Arbeitsbedingungen gerade aufgrund der Abhängigkeit von der internationalen Expansion hingewiesen wird. Erst dann kann auch die massenhafte Erfahrung von Arbeitslosigkeit zu politischen Bewußtseinsformen führen, die die Illusion durchbrechen, aufgrund der relativen Stabilität sich individuell der Krise entziehen zu können oder gar offensiv-nationalistisch auf Kosten anderer Länder diese Stabilität sichern zu wollen. Die Europaproblematik verweist also auf die allgemeine Schwierigkeit für die westdeutsche Linke, der bürgerlichen Propaganda von nationaler Stabilität und nationaler Größe auf deren eigenem Terrain entgegenzutreten.

IV

Bislang wurde die ideologische Bedeutung der Direktwahl diskutiert – unter der Prämisse, daß ihr angesichts der Kompetenzlosigkeit keine reale Bedeutung für die politischen Prozesse auf EG-Ebene zukommt. Relativ unverbunden neben der These von der Verschleierungsfunktion steht jedoch die Aussage, das EP diene als ein erster, wenn auch im Vergleich zu den »eigentlichen« Intentionen reduzierter Schritt zur Überwindung des gegenwärtigen Stillstandes der politischen Integration. Diese liege vor allem im Interesse der BRD, denn die mit den tendenziell supranationalen Formen verbundenen Einschränkungen nationaler Souveränität würden zugunsten des Stärkeren ausschlagen und dienten der BRD als Hebel zur politischen Absicherung ihrer

hegemonialen Stellung (Axt 1978 a, S. 1102, 1110 f.; Axt 1979). Dabei wird darauf verwiesen, daß die Priorität politischer Integration schon der Strategie Adenauers entsprochen habe.² Hier wird also eine auf die politischen Strukturen der Durchsetzung nationaler Interessen bezogene, nicht bloß ideologische Funktion der Direktwahl angenommen. Wie aber ist dies möglich, wenn sich an den Entscheidungsstrukturen nichts ändert? Wie soll ein solcher »Anstoß« zur politischen Union überhaupt wirksam werden? Vom Interesse der BRD an solchen Formen kann noch nicht darauf geschlossen werden, daß dieses auch durchgesetzt werden kann und daß das der BRD unterstellte strategische Kalkül bereits den Gemeinschaftsmechanismus dominiert, an dem ja *alle* Mitgliedsländer beteiligt sind und dem sie zustimmen müssen. Hier schlägt sich die besondere Rolle der BRD einseitig in der politischen Einschätzung der EG nieder: die anderen Mitgliedsländer werden nur noch als Objekt westdeutscher Politik begriffen. Wie ist es dann zu erklären, daß für die kleineren Mitgliedsländer, insbesondere die Benelux-Staaten, die stärkere politische Integration bis hin zu supranationalen Formen immer ein Mittel dargestellt hat, die hegemonialen Strategien der »Großen« in den gemeinschaftlichen Prozeß einzubinden und auf diese Weise *eher* neutralisieren zu können als in rein bilateralen Beziehungen (vgl. Hirsch 1974)? Die Direktwahl des EP wurde eben nicht nur von der BRD, sondern auch aktiv von den Regierungen der Benelux-Länder und Italiens betrieben.

Offensichtlich vorstellt die berechtigte Furcht angesichts der dominanten Stellung der BRD in Westeuropa den Blick davor, daß die politischen Formen, in denen sich die ökonomische Stärke niederschlägt, nicht einfach als politisches Dominanzstreben aus der Ökonomie zu extrapolieren sind. Das Hauptkennzeichen des sozialliberalen »Modell Deutschland« – Austerität, Sozialpartnerschaft, weltwirtschaftliche Öffnung – ist die Integration der Arbeiterklasse in dieses Konzept, und diese wiederum hängt von der (relativen) ökonomischen Stabilität und vom Stand der Klassenauseinandersetzungen ab. Diese Bedingungen sind jedoch nicht ohne weiteres zu »exportieren«, wie das französische Beispiel zeigt – wobei die Befürwortung der Direktwahl durch Giscard, die den Weg zu einer Einigung erst freimachte, durch das strategische Kalkül geprägt war, anhang der Europafrage die Linksunion zu spalten und durch eine Öffnung nach links die Sozialisten in ein sozial-liberales Bündnis einzubinden (vgl. Busy/Smouts 1978). Wenn man die Strukturen des wechselseitigen Einflusses beurteilen will, gilt es, nicht bloß die Kräfteverhältnisse empirisch zu beschreiben, sondern die *Formen* dieser Politik im einzelnen zu bestimmen (vgl. Eurokommunismus 1979). Die Politik der BRD in Westeuropa besteht zwar auch, aber nicht ausschließlich aus ökonomischen und politischen Erpressungsmanövern, wie es in der Kreditgebung gegenüber Italien bilateral oder im Pokern um den Regionalfonds der Gemeinschaft zum Ausdruck gekommen ist. Entscheidender ist zu untersuchen, wie Kompromisse zwischen den Mitgliedsländern geschlossen werden, welche Grenzen sich dafür ergeben, und wie die jeweiligen nationalen Interessen sich durchsetzen können. Dies geschieht in *allen* politischen Formen innerhalb der EG; die Problematik der Supranationalität der Entscheidungsstrukturen ist nur ein – und nicht der entscheidende – Bestandteil der EG-Integration.

Hinter der Konzentration auf die politischen Entscheidungsstrukturen steht eine spezifische Verkürzung der Analyse von Politik. Der Bereich der gesellschaftlich-politischen Strukturen der Meinungs- und Willensbildung, der Massenwirksamkeit von Ideologien, der »Parteiwerdung« von unmittelbar ökonomischen Interessen (vgl. Jäger 1979) und damit der Formulierung politischer Strategien sowie der Formierung von Klassenbündnissen wurde aus der marxistischen Staatstheorie lange Zeit ausgeklammert. Deren Erweiterung durch die Rezeption der theoretischen Ansätze Gramscis und der politischen Praxis eurokommunistischer Parteien (vgl. vor allem

Priester 1977; Eurokommunismus 1979) hat zu einer Neufassung des Staatsbegriffs und des Verhältnisses von Basis und Überbau geführt. Dies ist für die Analyse der EG von grundsätzlicher Bedeutung: das Problem der politischen Integration wurde bislang vorwiegend als das Problem der Bedingungen formuliert, unter denen eine »territoriale Kongruenz« (Murray 1974) von internationalisierter Ökonomie und nationalstaatlicher Gewalt möglich ist. Diese Fragestellung endete jedoch in einem Dilemma (vgl. Statz 1979, S. 53 ff., 213 ff.): da die Entfaltung des internationalen Charakters der Kapitalverwertung und der verstärkte Eingriff des Nationalstaates in den Reproduktionsprozeß aus einem »identischen Ursachenzusammenhang« (Axt 1978 b, S. 186) erwachsen und der Staatseingriff durch den Internationalisierungsprozeß noch verstärkt notwendig wird, sind einer »politischen Vereinigung in Westeuropa . . . auf diese Weise strukturell unüberwindbare Grenzen gezogen« (ebda, S. 356). Der reale Prozeß erscheint als »Krisenprozeß« (Deppe 1976 a), der zwischen Integration und Desintegration schwankt und als solcher beschrieben wird, ohne daß die politischen Formen der Integration und damit die Struktur dieses Krisenprozesses bestimmbar wird. Will man die *politischen Strategien* der Bourgeoisie begreifen, um ihnen Strategien der Arbeiterbewegung entgegenzusetzen, so ist die *politische Bewegungsform* des Widerspruchs zwischen Nationalstaat und ökonomischer Internationalisierung zu erfassen: welchen Stellenwert besitzen die institutionellen Mechanismen für die Durchsetzung von Interessen, wie bilden sich neue politische Formen heraus – z. B. das direkt gewählte EP –, und wie kommen die unterschiedlichen Handlungsstrategien in ihnen zur Geltung? *Erst dadurch wird es möglich, das Kriterium der Übertragung der nationalen politischen Zwangsgewalt zu verlassen und nach den hegemonialen Strukturen zu fragen, in denen auf westeuropäischer Ebene der gesellschaftlich-politische Konsens organisiert wird.*

V

Geht man davon aus, daß die Direktwahl eine Reaktion auf den Krisenprozeß der EG ist, und verläßt man die Einengung der Analyse von Politik auf den »Staat im engeren Sinne«, um sich den gesellschaftlich-politischen Strukturen des »Staates im weiteren Sinne« zuzuwenden, dann erscheint die Bedeutung der Direktwahl des EP nicht mehr primär in ihrem Widerspruch zur Kompetenzlosigkeit. Das EP stellt sich vielmehr als der Ort dar, an dem auf transnationaler Ebene die Parteien, in denen das politische Bewußtsein und die politischen Strategien der nationalen Klassen und Schichten zum Ausdruck kommen, aufeinandertreffen. Das Parlament stellt im nationalen Rahmen ein Bindeglied zwischen der legislativen Gewalt einerseits, der Formulierung hegemonialer Strategien und der Sicherung des gesellschaftlichen Konsenses andererseits dar. Den Parteien kommt die Rolle des aktiven Trägers in diesem Prozeß zu. Da das EP keine Entscheidungskompetenzen besitzt, tritt der Aspekt der Zusammenarbeit der Parteien, der Formulierung gemeinsamer Strategien und des Austrags von Differenzen zwischen den ideologisch einander nahestehenden Parteien in den Vordergrund. Die Zusammenarbeit von Interessengruppen, z. B. in den Gewerkschaften, den Industrie- und Agrarverbänden, existiert auf transnationaler Ebene seit der Gründung der EG und fand einen institutionellen Ort im Wirtschafts- und Sozialausschuß, dem beratende Funktionen zukommen, dessen Rolle daher allerdings beschränkt blieb. Diese »europäischen« Verbände haben in einer Reihe von Fällen mit Erfolg die Entscheidungsprozesse beeinflussen können – sei es unmittelbar auf EG-Ebene, was von der Europäischen Kommission unterstützt wird, um ihre eigene Rolle gegenüber dem Ministerrat zu stärken; sei es im jeweiligen nationalen Zusammenhang, wo sie auf der Grundlage internationaler Koordination intervenieren können. Im Vergleich zu dieser Vertretung ökonomischer Interessen servierte die Koo-

peration zwischen den politischen Parteien lange Zeit, da einerseits das EP nur eine geringe Funktion besaß, andererseits die Parteien zur Relativierung ihrer Verankerung in den jeweiligen nationalen politischen Systemen mit ihren unterschiedlichen Traditionen, Koalitionen und Strategien keine Veranlassung sahen (vgl. Zusammenarbeit 1976, sowie jetzt Gresch 1978). Für die Arbeiterbewegung bestand zudem die Tradition der internationalen Zusammenarbeit in der Sozialistischen Internationalen bzw. – allerdings mit geringem Stellenwert für die Abstimmung der je nationalen Strategien – in der internationalistischen Solidarität der kommunistischen Parteien. Die zunehmend aktive Rolle des EP seit 1970 kann kaum aus den geringen Kompetenzzuwächsen erklärt werden, sondern muß auf die Krise der Integration zurückgeführt werden. Die in der Folgezeit verstärkte Diskussion um die Direktwahl seit 1973 intensivierte die Zusammenarbeit der Parteien, förderte die Herausbildung von Parteienbündeln und verstärkte die Tätigkeit der Fraktionen des EP.

Mit dem Beschluß der Direktwahl erhalten diese Tendenzen einen neuen Stellenwert. Denn die Verstärkung der eher informellen Kontakte gewinnt eine neue Form: die nationalen Parteien einigen sich im EG-Rahmen auf gemeinsame Programme für die Direktwahl, die einen Kompromiß der verschiedenen nationalen Traditionen, politischen Strategien und Zielsetzungen darstellen. Auch wenn der Wahlkampf unter nationalen Vorzeichen geführt wird und den Programmen nur der Stellenwert eines kleinsten gemeinsamen ideologischen Nenners zukommt, darf ihre Bedeutung für die ideologischen Auseinandersetzungen nicht unterschätzt werden. Diese Programme beinhalten einerseits eine Vereinheitlichung der allgemeinen politischen Vorstellungen, andererseits eine intensive Auseinandersetzung mit der EG-Integration (vgl. zusammenfassend Hrbek, 1978 b). Dabei einigten sich die christdemokratischen und die liberalen Parteien 1976 bzw. 1977 auf ein Wahlprogramm (vgl. hierzu und im folgenden die Darstellung und Dokumentation bei Hrbek 1978 b; Stammes 1977; Jüttners/Liese 1977 sowie Materialien 1977). Die Kooperation der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien gestaltete sich schwieriger als die der bürgerlichen Parteien: die programmatischen Unterschiede verhinderten bislang die Ausformulierung der Plattform vom Juni 1977 zu einem gemeinsamen Wahlprogramm. Der Grund dafür liegt *zum einen* in den programmatischen Differenzen begründet. Während die französischen Sozialisten – und ähnlich auch die anderen südeuropäischen Parteien – ihrem eigenen Anspruch nach eine Strategie der Überwindung der kapitalistischen Krise durch eine strukturelle Veränderung der nationalen Gesellschaftsordnung proklamieren und dies im westeuropäischen Rahmen abzusichern versuchen, betreiben die nordeuropäischen Sozialdemokratien, insbesondere die SPD, eine Politik der systemimmanenten Krisenbewältigung und versuchen, die »Schwesterparteien« zu dieser Strategie zu bewegen. *Zum anderen* besteht hier – wie auf der Ebene der Mitgliedsländer – eine Tendenz, über die eigene Stärke unmittelbaren Einfluß auf die anderen Parteien auszuüben – was am Beispiel Portugals und Spaniens im Rahmen der Sozialistischen Internationalen ja offensichtlich geworden ist. Das »Modell Deutschland« als Modell der westdeutschen Sozialdemokratie wird also auch auf der Ebene der transnationalen Parteienkooperation durchzusetzen versucht. Unter welchen Bedingungen kann diese Strategie wirksam werden, welche realen Einflußmechanismen gibt es?

Dabei kann man nicht a priori davon ausgehen, daß sich in der Zusammenarbeit der Parteien »die Perspektiven einer verstärkten Einwirkung Bonner Parteien auf die Entwicklung anderer Parteien und die Vereinheitlichung programmatischer Aussagen« abzeichne (Axt 1978 a, S. 1105, vgl. S. 1110; Axt 1979). Wie die Kritik der westeuropäischen sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien an der Berufsverbotpolitik der SPD zeigt, bestehen durchaus wechselseitige Einflußmöglichkeiten – daß dies eine »irreale Prämisse« (Axt 1978 a, S. 1110) sei, bleibt gänzlich unbegründet.

Gerade der Antikommunismus der SPD muß sich auf westeuropäischer Ebene in Frage stellen lassen. Ohne daß das Resultat vorweggenommen werden kann, ergeben sich daraus Legitimationsprobleme für eine solche Politik innerhalb des Parteienbundes ebenso wie Rückwirkungen auf die ideologischen Auseinandersetzungen im nationalen Rahmen. Die Kooperationsformen zwischen den Parteien einer Fraktion und zwischen den Fraktionen hängen von einer Vielzahl von Bedingungen ab (vgl. Hrbek 1976, S. 366 ff.). Für die linken Jungsozialisten besitzt die Parteienkooperation im Rahmen der EG den strategischen Stellenwert, langfristig die sozialistischen Tendenzen in der Sozialdemokratie zu stärken und eine Politik der Einheit und Zusammenarbeit aller Linken einschließlich der Kommunisten durchzusetzen (Jungsozialisten 1977, S. 7 ff., 11 ff.). Damit soll die Möglichkeit nicht bestritten werden, daß die Parteienkooperation ein Instrument der sozialliberalen Politik seitens der SPD auf transnationaler Ebene sein kann; dabei ist aber die *Gesamtstruktur* dieser Parteibeziehungen zu berücksichtigen. So ist auch die vermeintliche, in der westdeutschen Öffentlichkeit zum Teil wahrgenommene »Linkswendung«, die die SPD auf ihrem Europaparteitag durch die Übernahme weitgehender gewerkschaftlicher Forderungen wie Aussperrungsverbot, 35-Stunden-Woche, durch die Ablehnung von »Gesinnungsschnüffelei und Regelüberprüfungen« sowie eine im Ansatz differenzierte Betrachtung des Eurokommunismus in ihre Programmatik (SPD 1978, S. 18, 62, 93 f.) und durch die Kandidatur führender Gewerkschafter signalisiert hat, ambivalent zu beurteilen. *Einerseits* werden diese programmatischen Aussagen für die nationale Politik der sozialliberalen Regierung weitgehend folgenlos bleiben, und insofern kann der Europa-Wahlkampf durchaus als »Ablenkungsmanöver« interpretiert werden. *Andererseits* zeigt sich darin ein gewisser verbaler Anpassungsprozeß an die weitaus radikalere Politik anderer sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien – und sei es nur, um den eigenen Einfluß zu vermehren –, der unter Umständen Rückwirkungen auf die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD haben kann.

Die wechselseitigen Einflußmöglichkeiten, die eine transnationale Parteienkooperation mit sich bringt und die die politische Ambivalenz dieser neuen politischen Strukturen ausmachen, liegen vor allem darin begründet, daß dies eine institutionalisiertere Form darstellt als die früheren Formen des Internationalismus. Dabei ist gerade aufgrund der fehlenden Kompetenzen des EP nicht von vornherein anzunehmen, daß die Institutionalisierung zu einer Abschwächung der ideologischen Fronten führen muß und damit selbst systemintegrative Wirkungen zeigt. Das EP und seine Aufwertung durch die Direktwahl erhält eine Funktion in der Bewältigung der Krisen zugeschrieben: zum Ort der wechselseitigen Einflußnahme, der Koordinierung politischer Strategien zu werden und damit auf die nationale politische Szene zurückzuwirken. Daß sich die politischen Probleme letztlich im nationalen Rahmen entscheiden, darf nicht dazu führen, das gesamte Vorfeld dieser Entscheidungen und ihren internationalen Kontext zu vernachlässigen. Deutlich wird dies bei der Formulierung von Koalitionen auf europäischer Ebene, wo z. B. im Rahmen der sozialistischen Internationale eine systemüberwindende Politik entweder abgesichert oder abgeblockt werden kann. Es muß hier offen bleiben, ob es in Zukunft überhaupt zu einer stärkeren Vereinheitlichungstendenz kommen wird und in welche politische Richtung dies geht. Die Arbeiterbewegung muß sich in diesem Prozeß jedoch als Subjekt verstehen. So greift die Aussage zu kurz, daß »Strategien der Gesellschaftstransformation sich aus den nationalen Bedingungen ableiten und nur insofern erfolgversprechend sind, als sie diesen Bedingungen Rechnung tragen« (Axt 1978 a, S. 1111). Mit dem EP ist eine Ebene der möglichen Kooperation – zumindest der fortwährenden Auseinandersetzungen – in einem institutionalisierten Rahmen durch die Notwendigkeit, zu den gleichen Problemen Stellung nehmen zu müssen, gegeben, der bislang nicht existierte.

VI

Damit ist im Rahmen des EP eine neue Qualität des Internationalismus der Arbeiterbewegung gegeben. Ihre objektive Grundlage besitzt sie in den ökonomischen Internationalisierungsprozessen, die zu der Herausbildung solcher transnationaler politischer Strukturen geführt haben. Im Unterschied zu den traditionellen Formen der internationalen Kooperation der Arbeiterbewegung ist damit auch die materielle Voraussetzung dafür gegeben, daß der Kampf der Arbeiterklasse nicht nur – wie Marx noch formulierte – dem *Inhalt* nach, sondern auch der *Form* nach international ist (Marx/Engels 1848, S. 473 f.; Marx 1875, S. 23 f.). Nicht allein die gleichgerichteten Forderungen angesichts der gleichen Krisentendenzen stehen dabei im Vordergrund, sondern gemeinsame, d. h. vereinheitlichte, politische Strategien im Hinblick auf die gemeinsamen Bedingungen des politischen Kampfes. Denn ein nationaler Weg zum Sozialismus bedarf angesichts der ökonomischen Internationalisierung und ihrer politischen Formen der Einordnung in eine internationale Strategie der Parteienkooperation stärker als je zuvor (vgl. Deppe 1976 b, S. 359 f.). Dabei werden der Arbeiterbewegung – wie im nationalen Kontext – die Bedingungen des Kampfes durch die bürgerlichen Formen der regionalen ökonomischen und politischen Integration vorgegeben, in denen eine partielle Lösung des Widerspruchs von Internationalisierung und Nationalstaat versucht wird (vgl. Statz 1979, bes. S. 221 ff.). Die politischen Formen der Herausbildung gesellschaftlicher Strukturen der Konsensbildung und damit der Formierung bürgerlicher Hegemonie auf westeuropäischer Ebene erfordern eine Strategie, die sich auf dem vorgegebenen Terrain den politischen Auseinandersetzungen stellt und dies nicht kampflös den bürgerlichen Kräften überläßt, da konkrete Alternativen zur bürgerlichen Politik der Parteienkooperation allein hier formuliert werden können. Anders ist vor allem die notwendige Strategie eines Bündnisses zwischen dem sozialdemokratisch-sozialistischen und dem kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung nicht zu erreichen. Ohne die Bedeutung des EP für die Koordination politischer Strategien zu überschätzen, ist gerade die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Mitgliedsländern ein Grund dafür, eine Absicherung des nationalen Weges zum Sozialismus im Rahmen der politischen Formen der Integration zu suchen, um zu einer Koordination der politischen Strategien und zu einer Einbindung z. B. der sozialdemokratischen Kräfte in diese Politik zu gelangen.

Von den kommunistischen Parteien, insbesondere der IKP, ist dieser Zusammenhang zum Ausgangspunkt ihrer Strategie gegenüber der europäischen Integration gemacht worden. Dies steht im Zusammenhang mit der zunehmenden Ausformulierung politischer Übergangstrategien, die sich auf die konkrete Situation beziehen, die Eroberung und Absicherung hegemonialer Positionen innerhalb der bestehenden Institutionen anstreben und daher die EG als Realität nicht mehr leugnen können. Dies schließt die Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Kräften ein und beinhaltet somit eine breitere Bündniskonzeption, in der die Bündnispartner ihre Eigenständigkeit bewahren – wo also die durchweg positivere Einschätzung des Integrationsprozesses durch die sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien nicht zum Hindernis für das Bündnis wird. So hat die Linksunion in Frankreich entscheidenden Anteil an der Veränderung der negativen Haltung der FKP zu den Direktwahlen (vgl. Buck 1976). Auf die Einschätzung der EG durch die kommunistischen Parteien kann hier nicht näher eingegangen werden (vgl. Deppe 1976 b, S. 357 ff.; Hrbek 1978 a). Für alle Parteien besteht aber der Widerspruch, daß die Notwendigkeit der Kooperation betont, eine Koordination der Strategien aber nicht aktiv betrieben wird. Die kommunistischen Parteien verabschiedeten zwar auf ihrer Konferenz in Brüssel im Januar 1974 gemeinsame Leitsätze der Politik angesichts der Wirtschaftskrise, die in verschiedenen Beratungen zwischen den kommunistischen Parteien Italiens, Frank-

reichs, Großbritanniens und Spaniens in den folgenden Jahren vertieft wurden (vgl. die Dokumentation bei Steinkühler 1977) und der eine Reihe von Konferenzen zu Einzelfragen folgten. Angesichts der Tatsache, daß die Parteien auf ihren jeweiligen Vorstellungen eines nationalen Weges zum Sozialismus beharren und zwischen ihnen in einer Reihe von wichtigen Punkten erhebliche Meinungsunterschiede bestehen – von der theoretischen Erfassung des Integrationsprozesses über die Haltung zu den Institutionen und der Frage der supranationalen politischen Integration bis hin zu den konkreten Fragen z. B. der Süderweiterung der EG und der Wirtschaftsintegration (vgl. Hrbek 1978 a) – findet eine kontinuierliche und institutionalisierte Kooperation nur in Ansätzen statt. Die DKP bleibt ebenfalls bei der Betonung der nationalen Besonderheiten des politischen Kampfes stehen, die ein gemeinsames Wahlprogramm der kommunistischen Parteien nicht erlaube, und betont den gemeinsamen Kampf der kommunistischen Parteien, vor allem auf Betriebs- und Gewerkschaftsebene (Mies 1979). Eine Einschätzung des Stellenwerts der Direktwahl läßt sich nicht finden, sieht man von der oben diskutierten These des »Betrugsmanövers« (Schröder 1977, S. 55 f.) ab. Die Betonung liegt somit auf der ideologischen Arbeit im Wahlkampf (vgl. Aufruf 1979). Die Differenzen zwischen den kommunistischen Parteien kommen auch in der fehlenden Vereinheitlichung der Arbeit in der kommunistischen Fraktion des EP zum Ausdruck, so daß von einer »schwierigen Fraktionsgemeinschaft« gesprochen werden kann (vgl. im einzelnen Hrbek 1978 a, S. 135 f.).

Wie ist das weitgehende Fehlen einer sich sowohl auf den Inhalt wie auf die politischen Formen beziehenden internationalistischen Strategie zu erklären, da die grundlegenden Prämissen der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und der politischen Strategie seiner Überwindung von den kommunistischen Parteien doch geteilt werden? Dies ist nicht lediglich »Fehlern« in der Politik anzulasten, sondern reflektiert einen grundlegenden Widerspruch: die Parteien gehen vom nationalen Weg zum Sozialismus aus, der in ihren politischen Traditionen und Erfahrungen begründet ist und an dem sie nach den Erfahrungen der Kommunistischen Internationalen festhalten. Daraus folgen unterschiedliche Akzentuierungen in den Strategien, was das Verhältnis zu bürgerlich-parlamentarischen Institutionen und zu den internationalen Kräfteverhältnissen in Westeuropa angeht. Zum Beispiel resultiert die unterschiedliche Haltung von IKP und FKP zu den Institutionen der EG sicherlich auch aus den Differenzen in der Strategie gegenüber dem – miteinander kaum vergleichbaren – politischen System dieser Länder; die spanische KP betrachtet den Beitritt zur EG unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der bürgerlichen Demokratie, während die anderen kommunistischen Parteien der Nichtmitgliedsländer einen Beitritt ablehnen. Darüber hinaus bestehen Differenzen in der Bestimmung der alternativen, insbesondere wirtschaftspolitischen Strategie, die den grundlegenden Interessen der Bevölkerung Rechnung tragen kann. Diese stehen aber in Einzelbereichen durchaus im Gegensatz zu denjenigen anderer Länder, da die ökonomische Integration unterschiedliche Rückwirkungen in den verschiedenen Mitgliedsländern der EG hat. Dies zeigt sich vor allem bei der Frage der Süderweiterung der EG, durch die die FKP die ökonomische Situation der französischen Bauern gefährdet sieht. Die Unterschiede in den nationalen Interessen und politischen Strategien können nicht ignoriert werden, sondern müssen eine politische Form finden, in der die Strategien einander angeglichen und Kompromisse geschlossen werden können, wenn angesichts der Interdependenz der nationalen Entwicklungen eine Koordination der politischen Strategien erreicht werden soll. Dies macht die *neue Qualität des Internationalismus* aus: *aufgrund der Weltmarktverflechtung der nationalen Reproduktionsprozesse den internationalen Zusammenhang der nationalen Strategien nicht mehr leugnen zu können, ohne die Erfolgsbedingungen im eigenen Lande zu gefährden, und gleichzeitig Formen solida-*

rischen Konfliktaustrags finden zu müssen, in denen die zukünftigen Formen der Zusammenarbeit sozialistischer Staaten antizipiert werden. Auch die Idee des Internationalismus der Arbeiterbewegung hat sich noch immer blamiert, wenn sie von den nationalen Bedingungen und den berechtigten nationalen Interessen der Arbeiterbewegungen geschieden war. Die Direktwahl des EP deutet auf all diese Probleme hin, ohne daß sich der Internationalismus der Arbeiterbewegung darauf konzentrieren kann und soll. Die Bestimmung der konkreten politischen Formen eines neuen Internationalismus im Rahmen der EG steht dabei erst am Anfang.

Anmerkungen

1 Der Aufsatz konzentriert sich darauf, die mit der politischen Konzeption der Direktwahl des EP verbundenen politischen Fragen zu diskutieren, ohne im Detail auf den Stellenwert des EP im institutionellen Geflecht der EG und die Auseinandersetzungen um den Direktwahlschluß einzugehen; denn – wie zu zeigen ist – besteht die grundsätzliche Bedeutung der Direktwahl unabhängig von den einzelnen konkreten Bedingungen, die letztlich zu der Entscheidung geführt haben. Ihr unmittelbarer Auslöser war die französische Zustimmung, die mit dem innenpolitischen Kalkül der »Öffnung zur nach Links« verbunden ist; hier werden die innenpolitischen Zusammenhänge in den einzelnen Ländern nicht weiter verfolgt, obwohl dies zur Gesamteinschätzung der Direktwahl sicherlich unerlässlich ist. Vgl. zusätzlich zu der zitierten Literatur folgende Zeitschriftenhefte, die dem Thema gewidmet sind: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/1976 und 2/1978; Dokumente 1/1977; Europa-Archiv 24/1978; Pouvoirs Nr. 2 (1977); Sozialwissenschaftliche Informationen für Studium und Unterricht 2/1978; Die neue Gesellschaft 4/1977 und 9/1977; Forum Europa 4–5/1978–79; Politische Studien 3/1977. Zur didaktischen Aufbereitung vgl. Bieg-Brentzel/Statz (1979).

2 Dies ist keineswegs so eindeutig, wie Axt behauptet. Jenseits der verbalen Bekenntnisse lassen sich keine ernst gemeinten Schritte der BRD in Richtung auf Supranationalität ausmachen. Ihre Befürwortung hängt von der Einschätzung ab, ob sie auch tatsächlich zur Durchsetzung der eigenen Hegemonie dienen oder ob die eigene nationale Souveränität nicht durch Gemeinschaftsmechanismen eingeschränkt werden kann. Dies ist jedoch nur in Ausnahmesituationen wie in den fünfziger Jahren der Fall, als die BRD ihre nicht vorhandene Souveränität in die Ansätze zu einer supranationalen Integration in der Montanunion einbrachte, um auf diese Weise als gleichberechtigt anerkannt zu werden (vgl. Statz 1975). Die politischen Formen der Integration stießen zudem bei der deutschen Industrie auf heftigen Widerstand.

3 Vgl. im einzelnen Statz 1979, wo anhand einer Kritik der marxistischen Ansätze zur Analyse des Weltmarkts und der EG das Problem in seinem grundlegenden theoretischen Stellenwert weiter entfaltet wird.

Literaturverzeichnis

- Axt, Heinz-Jürgen (1978 a): Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Ein Weg zu mehr Demokratie? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1978, S. 1098–1111
- ders. (1978 b): Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa, Köln
- ders. (1979): Wählen, damit in Europa alles beim alten bleibt? In: die tat, 2. Feb. 1979, S. 8
- Bangemann, Martin; Roland Bieber (1976): Die Direktwahl. Sackgasse oder Chance für Europa?, Baden-Baden
- Bieber, Roland (1974): Organe der erweiterten europäischen Gemeinschaften. Das Parlament, Baden-Baden
- ders. (1976): Offene Fragen direkter Wahl zum Europäischen Parlament. In: Europa-Archiv 22: 1976, S. 707–716.
- Bieg-Brentzel, Rotraut; Albert Statz (Hg.) (1979): Die Europäische Gemeinschaft und die Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Ein Unterrichtsmodell für die Sekundarstufe II, Berlin
- Bleckmann, Albert (1976): Europarecht, Köln
- Buck, Karl-Herrmann (1976): Die Haltung von KPI und KPF gegenüber Direktwahlen und Funktionen des Europa-Parlaments. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/1976, S. 209–219
- Busch, Klaus (1978): Die Krise der Europäischen Gemeinschaft, Köln/Frankfurt

- Bussy, Marie-Elisabeth de; Marie-Claude Smouts (1978): Frankreich: eine Herausforderung an die politischen Parteien. In: Europa-Archiv 24/1978, S. 787–797
- Deppe, Frank (1976 a): Westeuropäische Integration als Krisenprozeß. In: ders. (Hg.): Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 9–70
- ders. (1976 b): Proletarischer Internationalismus und nationaler Klassenkampf. Zur Europa-Politik der kommunistischen Parteien. In: ebd., S. 317–368
- Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, hg. vom Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA), Argument-Sonderband 44, Berlin/West 1979 (i. E.)
- Gresch, Norbert (1978): Die transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG, Baden-Baden
- Hirsch, Mario (1974): Die Logik der Integration. Überlegungen zur Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten. In: Europa-Archiv 13/1974, S. 447–456
- Hrbek, Rudolf (1976): Eine neue politische Infrastruktur? Zum Problem transnationaler Kooperation und Koalition politischer Parteien in der EG. In: Zusammenarbeit (1976), S. 341–390
- ders. (1978 a): Eurokommunismus und EG. Einstellung und Politik eurokommunistischer Parteien zur europäischen Integration. In: Der Bürger im Staat 2/1978, S. 129–136
- ders. (1978 b): Parteibünde in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weg zu programmatischem Profil. In: Europa-Archiv 10/1978, S. 299–310
- Jäger, Michael (1979): Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien. Ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramsci. In: Eurokommunismus (1979)
- Jüttner, Alfred; Hans-J. Liese (1977): Taschenbuch der Europäischen Wahlen und Parteien, München
- Jungsozialisten in der SPD (1977): Europawahlen, Antrag des Bezirks Hamburg auf dem Bundeskongreß, 18.–20. März 1977, Hamburg
- Marx, Karl (1875): Kritik des Gothaer Programms. In: MEW 19, S. 15–32
- Marx, Karl/Friedrich Engels (1848): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4, S. 459–493
- Materialien zur Europapolitik (1977), Bd. 1: Europa-Wahl. Pro und Contra; Bd. 2: Die europäischen Parteien. Strukturen, Personen, Programme, Bonn
- Murray, Robin (1974): Der Nationalstaat und die Internationalisierung des Kapitals. In: Otto Kreye (Hg.): Multinationale Konzerne. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen System, München
- Mies, Herbert (1979): Für ein Europa des Friedens, des Fortschritts, der Solidarität aller arbeitenden Menschen. Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz der DKP zur EG-Wahl am 17. Feb. 1979. In: UZ, 20. Feb. 1979
- Opitz, Reinhard (Hg.) (1977): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Köln
- Pöhle, Marlies (1976): Direktwahl des Europäischen Parlaments: Ein Ablenkungsmanöver? Zehn skeptische Thesen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/1976, S. 222–225
- Priester, Karin (1977): Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci. In: Das Argument 104, Juli/August 1977, S. 515–532
- Schlupp, Frieder (1978): Internationalisierung des Kapitals und ungleiche internationale Arbeitsteilung: das »Modell Deutschland« und der »Eurokapitalismus« in der Krise. In: forum ds 5/1978, S. 84 ff.
- Schröder, Karl-Heinz (1977): Die vorgesehenen Direktwahlen zu einem »Europa-Parlament«. In: Marxistische Blätter 4/1977, S. 53–57
- Steinkühler, Manfred (Hg.) (1977): Eurokommunismus im Widerspruch. Analyse und Dokumentation, Köln
- Stammen, Theo (1977): Parteien in Europa, München
- Statz, Albert (1975): Zur Geschichte der westeuropäischen Integration bis zur Gründung der EWG. In: Frank Deppe (Hg.): Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Reinbek
- ders. (1979): Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik im internationalen Kapitalismus und der widersprüchliche Charakter der EG, Frankfurt (i. E.)
- Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Auf dem Weg zu einer neuen politischen Infrastruktur? Bonn 1976

Antwort auf Woetzel

Repliken sind mißlich – Texte sollten gegen Kritik auf den Beistand des Autors verzichten. Doch der Rezensent des Bands »Beiträge zu einer materialistischen Theorie der Literatur« (*Argument* 110, 593–595) hielt es für angezeigt, den Herausgeber des Buchs unter »gegenaufklärerisches Bewußtsein« zu subsumieren – handlicher Topos der hist.-mat. Dogmatik auch gegen literarische Avantgarde, Texttheorie, (neuere) Psychoanalyse. Gegenaufklärerisch, widervernünftig; das denunziert. Darum ein Wort zur Sache.

Worin bestand das Dunkelmännertum? Es wurde in der Einleitung und in Kommentaren zu Texten von Montesquieu, Lunatscharki, Marx, Hegel, Diderot, aber auch Nietzsche und Julia Kristeva behauptet: Theorie der Literatur ist materialistisch, wenn und insoweit sie erkennt, daß Wissen und Begriff, rationale Erkenntnis und politische These im literarischen Text einem Maulwurf begegnen, der sie unterhöhlt. Aber: Der dabei, als Grenze, in Spannung zum Begriff bleibt, Rationalität nicht etwa abstrakt negiert. Es wurde weiter gesagt: Der Schluß vom philosophischen Materialismus auf die Widerspiegelungsthese ist falsch. Es wurde versucht, in Ansätzen zu erhellen, daß der literarische Text, vor allem seit Hölderlin, Rimbaud, Mallarmé oder Kafka, Produkt einer Praxis im Material der Sprache ist, Praxis (Kristeva, Althusser), die der Bedingung von Begriffsbildung, also auch von Aufklärung selbst, nachforscht: dem Sprachzeichen. Wenn man allerdings unter Aufklärung versteht: Wir sind schon aufgeklärt, dunkel sind nur die Texte, dann war das gegenaufklärerisch. Aber solche Aufklärer fliegen hoch, zu hoch, über den Sachen, die, hellsichtig »ideologiekritisch«, sich weigern, das Dunkle im Text als auch eigenes Dunkel zu begreifen.

Der Rez. gibt zu, es fehlt eine Theorie des Subjekts. Nur: Eben in dem von ihm implizit als gegenaufklärerisch denunzierten Feld (Theorie des Unbewußten, Texttheorie, Sprachforschung der »avantgardistischen« Literatur) finden sich die Ansätze zu einer materialistischen Theorie des »Subjekts im Prozeß«. Sie fruchtbar zu machen, bedarf es nicht des unverdrossenen Beharrens auf der Widerspiegelungswissenschaft – und differenziere sie sich auch bis zur Unkenntlichkeit –, sondern einer *materialistischen Texttheorie*, die von der Artikulation des Unbewußten Notiz nimmt – von den Spaltungen des Subjekts, das sich selbst nicht so durchsichtig ist, wie der von Freud nicht Aufgeklärte glaubt.

Aber darum ging es doch in der Einleitung (»Die Spalten der Literatur«) nicht, wie der Rez. unterstellt, um das Loblied des Wahnsinns. Um den Verfasser dem »Neuen Irrationalismus« zuschlagen zu können, unterschlägt er, daß die Polemik gegen die Unfähigkeit der Widerspiegelungstheorie, sich ernsthaft auf die Texte der Moderne einzulassen, auf eine *Lesepolitik* zielt. In der Tat: Es wurden alle offenen und (wichtiger) versteckten Formen kritisiert, literarische Texte am politisch-historischen Wissen zu messen. Nicht aber (wie der Rez. dem Gegenaufklärer unterstellt), um das Letztere zu streichen: Die textuelle Pluralisierung und Pulverisierung des Wissens *verbleibt* in Konfrontation mit dem rationalen Begreifen des Lesenden. (Rational ist nicht Verdrängen, sondern Artikulieren und Bearbeiten des Unbewußten.) Diese im Lesen aktualisierte Spannung ist dem Text schon immanent, die Lektüre muß sie produktiv machen. Da erst beginnt das Spiel, in dem freilich der Begriff, auch der marxistische, sich aufs Spiel setzen muß. Diese Zumutung wird als Gegenaufklärung denunziert, mit allen politischen und moralischen Konnotationen, die der Begriff ins Spiel bringt: Rhetorik der Dogmatik.

Mit Bedacht ordnet der Rez. zu: »Einklang« mit Benn, »Topoi« konservativer Kulturkritik, »Positionen« der Nouvelle Philosophie . . . Funktion der (unscharfen) Stammbaumnachweise? Sie sind die Kehrseite des entscheidenden Versäumnisses: Der Hrsg. hätte »die Topoi aus der historisch-sozialen Konstellation heraus zu erklären und erst daraus ihre Legitimität . . . zu erörtern« – Aktualität aus Historizität. Aber Legitimität wird nicht historisch-notariell beglaubigt: Interessen und die Texte organisieren selbst schon den Blick auf die Geschichte mit. Nun geht es aber in Wahrheit gar nicht um die Topoi, sondern: vom sicheren Ort des historischen Vorwissens aus, unterm Banner der Realismustheorie, gegen die avantgardistische Literatur selbst, gegen die Texte, die das tradierte Konzept von Kultur und Literatur selbst zu sprengen drohen. Diese Literatur soll »hergeleitet«, »erklärt« und ideologiekritisch eingeschätzt werden. Nur setzt diese Forderung eben voraus, was jene Texte in Frage stellen – die Fiktion vor allem, daß der Interpret den Fahrplan der Geschichte *weiß*. Gegen solche Aufgeklärtheit, für die bald nach Thomas Mann und Brecht der Sumpf beginnt, die, unter ähnlichen Prämissen, schon einen Heiner Müller in der DDR kaum erträgt, wäre aber zu sagen: Nicht Hoffmann, Hölderlin, Poe, Rimbaud, Lautréamont, Bataille, Artaud, Trakl, Joyce, Kafka, Proust, Celan, Beckett . . . müssen sich legitimieren. Legitimieren muß sich vor ihnen die materialistische Theorie – ob sie nur über sie räsionieren kann oder sie zu *lesen* versteht. Gegenaufklärung wäre, sich dieser Lektüre, die die Spaltungen des Subjekts artikuliert und die Selbst-Gewißheit des Begriffs prekär macht, zu entziehen.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

Juni erscheint

AS 44 Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik

Nachruf auf Christoph Kievenheim

Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung: Editorial

C. Kievenheim: Fragen des demokratischen Kampfes für den Sozialismus

K. Priester: Methodologische Probleme einer materialistischen Theorie des Überbaus, dargestellt am Beispiel der Staatstheorie Gramscis

M. Jäger: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien – ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis

E. Altwater: Die bürgerliche Hegemonie, die »Logik der ökonomischen Sachzwänge« und die Alternative der Arbeiterbewegung

D. Albers: Otto Bauer und das Konzept des »integralen Sozialismus«

V. Gransow / M. Krätke: Thesen zur politischen Theorie des Austromarxismus

T. Scheffler: »Bürgerliche« Revolution und marxistische Revolutionstheorie

R. Hoffeld: Massendemokratie oder Erziehungsdiktatur?

R. Genth: Thesen über die Herausbildung der Politik der Arbeiterorganisationen in Italien

M. Aschke: Verfassungsrecht, Verfassungsgerichtsbarkeit und verfassungspolitische Praxis in der Bundesrepublik Deutschland

192 S.; 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Kongreßankündigungen und -berichte

42. Deutscher Geographentag, 4.–6. Juni in Göttingen

Die Tagung gliedert sich in Vorträge und Fachsitzungen. Themen sind u. a.: Angewandte Geomorphologie (H. Mensching); Das Klima des Planeten Erde (A. Kessler); Bilanz der Theoretischen Geographie (E. Wirth); Klimabedingte Relieftypen und aktuelle Formungsregionen der Erde (J. Hagedorn); Industriestandorte und Industriegebiete – Theorie und Wirklichkeit (K.-H. Hottes); Politische und ökonomische Steuerungsfaktoren der Stadtentwicklung seit Beginn des Industriezeitalters; Ideengeschichte der Geographie.

Programm- und Anmeldeunterlagen beim Ortsausschuß Göttingen des veranstaltenden Zentralverbandes der Deutschen Geographen: Geographisches Institut der Univ. Göttingen, Goldschmidtstr. 5, 3400 Göttingen.

3. Internationales Symposium für Viktimologie (Wissenschaft vom Verbrechensopfer), 2.–8. September in Münster

Themen der Sektionen sind: Konzeptionen und Dimensionen der Viktimologie; Opferbefragungen, Opfer in kriminellen Verhaltenssystemen; Die Rolle des Opfers im Prozeß der Verbrechenverursachung; Opferbehandlung, Wiedergutmachung und Verbrechenverbeugung; Das Opfer im Strafrechtssystem.

Weitere Informationen: Prof. Dr. H. J. Schneider, Institut für Kriminalwissenschaften, Abt. Kriminologie, Universität Münster, Bispinghof 24/25, 4400 Münster.

Recht auf Arbeit

Rechtspolitischer Kongreß der Vereinigung Demokratischer Juristen in der BRD e. V. (VDJ), Bremen, 25. 11. 1978

Die Wahl des Themas sowie die große Besucherzahl – darunter auch viele Gewerkschafter – sind bereits Indiz dafür, daß sich demokratische Juristen zunehmend mit gewerkschaftspolitischen Fragestellungen befassen, um Flankenschutz zu bieten, d. h. Hindernisse auf der juristischen Ebene soweit wie möglich zu beseitigen, für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen (Däubler). Der Gegenstand des Kongresses wurde demzufolge nicht als rein verfassungstheoretisches Problem begriffen, noch auf die Fragestellung reduziert, Einstellungen und Kündigungen neu zu regeln (so das Thema des 52. DJT). Im Mittelpunkt standen vielmehr die konkreten Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Durchsetzung des Rechts auf Arbeit. Die Forderung nach verfassungsrechtlicher Verankerung des Rechts auf Arbeit war umstritten. Wohl überwiegend (z. B. Stuby, Wahsner, Düx) bestand die Auffassung, ein Grundrecht auf Arbeit sei nicht »unverbindlicher Programmsatz« (so aber Däubler, Mückenberger), sondern dränge den Staat zur Konkretisierung. Einzelne abgeleitete Forderungen, wie z. B. Erweiterung des Kündigungsschutzes, Mindestbesetzungsvorschriften seien juristisch leichter begründbar und könnten nicht als verfassungswidrig abgetan werden.

Däubler (1. Einleitungsreferat) sieht in der Zielsetzung Recht auf Arbeit nur eine Rahmenforderung (»Ermöglichungsrecht«) für konkrete Ziele:

- zentrale Planung des Beschäftigungssystems,
- zentrale Planung des technischen Fortschritts,
- Koordination des Qualifikations- und Beschäftigungssystems.

Bestehende Spielräume sollten hierbei ausgenutzt werden. Ein voll verwirklichtes Recht auf Arbeit sei unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen jedoch nicht möglich, insoweit weise diese Forderung bereits über die bürgerliche Gesellschaft

hinaus. Rose, Justitiar der IG-Chemie (2. Einleitungsreferat), sprach sich für die Anwendung neuer Instrumente der Wirtschaftspolitik aus, wobei er auf das DGB-Grundsatzprogramm verwies, das die Forderung nach Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien enthält. Auch im Gegensatz zu Däubler lehnt Mückenberger die Forderung nach einem Recht auf Arbeit überhaupt ab, sie sei Beschönigung der kapitalistischen Lohnarbeit (Arbeit = Not, keine Tugend) und zentriert auf den Staat, daher legalistisch. Die Gefahr der reaktionären Wendung eines Rechts auf Arbeit in ein System der Zwangsarbeit, die von Schminck-Gustavus historisch beleuchtet und auch von Däubler und Mückenberger als aktuelles Problem betrachtet wurde, besteht nach überwiegender Meinung der Kongreßteilnehmer nicht bei demokratischer Kontrolle.

Während die anschließend gebildete Arbeitsgruppe 1 die verfassungspolitischen Fragestellungen vertiefte, befaßte sich eine 2. Arbeitsgruppe mit Fragen des Bestandschutzes von Arbeitsverhältnissen. Hier wies Sieling-Wendeling (WSI) auf die Probleme des kollektiv- und individualrechtlichen Kündigungsschutzes hin. Der Fachhochschullehrer Klees entwickelte rechtspolitische Vorstellungen zu einer »Entjustizialisierung des Kündigungsschutzes«, wonach z. B. die Betriebsversammlung entscheide, wenn der betroffene Arbeitnehmer mit dem Votum des Betriebsrats nicht einverstanden sei. Hiergegen wandte sich Dietze mit dem Argument, daß derartige Regelungen zu einer bewußtseinsmäßigen Desorientierung und Isolierung des einzelnen Arbeitenden von seiner Interessenvertretung beitragen würden. In der 3. Arbeitsgruppe, die sich mit tarifpolitischen Strategien zur Verhinderung des Arbeitsplatzabbaus auseinandersetzte, wurde Bezug genommen auf die Tarifverträge der IG Druck »Neue Technik« und der IGM »Abgruppierungsschutz«, die als erste Schritte in tarifpolitisches Neuland begrüßt wurden. Für erforderlich hielt man die Ausdehnung des Rationalisierungsschutzes, verbunden mit der Ausweitung der Mitbestimmung über das Ob und Wie geplanter Rationalisierungsmaßnahmen. Entgegen der Meinung konservativer Juristen, betonte J. A. E. Meyer, daß derartige Vorhaben nicht in die Sphäre der Verfassungswidrigkeit gerückt werden könnten. Nach diesem Kongreß besteht die begründete Hoffnung, daß die VDJ zu diesem Themenkomplex weiterarbeitet, um durch präzise juristische Argumentation die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen in ihrem Kampf um die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu unterstützen. Wolfgang Hamer/Peter Spletstößer (Berlin/West)

Gottfried-Benn-Colloquium

Berlin/West, 11., 13., 15. 10. 1978

Anläßlich ihrer Ausstellung »Zwischen Widerstand und Anpassung – Kunst in Deutschland 1933–1945« organisierte die West-Berliner Akademie der Künste ein über drei Abende sich erstreckendes öffentliches »Gottfried-Benn-Colloquium«, auf dem Literaturwissenschaftler (F. J. Raddatz, P. Wapnewski, K. Riha, G. Laschen), Benn-Spezialisten (J. Schröder, H. Steinhagen, O. Sahlberg) sowie (z. T. stark Benn-becinflusste) Schriftsteller (H. M. Enzensberger, P. Rühmkorf, G. Kunert, U. Johnson, G. Laschen) sich um Klärung und Erklärung der politischen Haltung Benns in den dreißiger Jahren bemühten und sich mit der Wirkungsgeschichte seines Werkes in den fünfziger Jahren und seiner heutigen Bedeutung auseinandersetzen wollten. Nun bedurfte es allerdings erheblicher ideologischer Interpretations-Artistik, Leben und Werk Gottfried Benns dem thematischen Spektrum der Ausstellung für die Zeit 1933–1945 zuzuordnen: mit »Widerstand« gegen Faschismus hatte Benn nichts zu tun (wenngleich allemal mehr als ein Herr Filbinger), und von »Anpassung« zu reden, unterschläge seine rückhaltlos euphorische Affirmation des »neuen Staates«

bis etwa zum sogenannten Röhm-Putsch (Ende Juni 1934) und der nachfolgenden Unterdrückung der nationalkonservativen Opposition – ein Zusammenhang, der zuletzt und aufgrund des konsequent sozialisationsgeschichtlichen Ansatzes am überzeugendsten von Jürgen Schröder in Buch (Gottfried Benn. Poesie und Sozialisation. Stuttgart 1978) und Colloquiums-Referat herausgestellt wurde. Der unmittelbare und höchst aktuelle Anlaß dieser Veranstaltung lag jedoch ohne Frage darin, daß seit etwa 1976 eine »Benn-Renaissance« zu beobachten ist, die zudem durch die Herausgabe unveröffentlichter Briefe und Briefwechsel Benns (Briefe an F. W. Oelze. 1932–1945. Wiesbaden 1977; Briefwechsel mit Paul Hindemith. Wiesbaden 1978) editionspolitisch gestützt und genutzt werden konnte bzw. kann. Die neue Aktualität Gottfried Benns, der F. J. Raddatz eine vom Frankfurter Brecht-Colloquium frisch eingeflogene »Brechtmüdigkeit« gegenüberzustellen sich nicht enthalten konnte, wurde denn auch zum deutlichsten gemeinsamen Bezugsrahmen der Referate und Podiumstatements.

Zwischen den zahlreichen z. T. grotesken Mißverständnissen der Diskutanten und den colloquiums-üblichen Reproduktionen bekannter und nur nordräftig variierten Standpunkte und Thesen verdient das eröffnende Referat von J. Schröder (Tübingen) besondere Beachtung: Er verfolgte nämlich die Entwicklung Benns zum Apologeten des nationalsozialistischen Staates und seinen Rückzug in die »Innere Emigration« aus »weiten lebensgeschichtlichen und historischen Zusammenhängen heraus«, unter denen Benn »zu einem Musterbeispiel für die Krise der bürgerlichen Intellektuellen« wird, »die bis heute nicht ausgetanzen und verarbeitet ist«. Schröder interpretiert vor dem Hintergrund des Bennschen lebenslangen »Paria-Gefühls« und eines ebensowenig überwundenen »aristokratischen Elite-Bewußtseins« die Entwicklung Benns seit seiner Aufnahme in die Preußische Akademie der Künste (1932) als einen mit der nationalsozialistischen Machtergreifung zusammenfallenden »scheinbaren Resozialisierungsprozeß«. Statt wie viele eifertige Benn-Biographen den Rückzug Benns in die »Innere Emigration« als befriedigendes Ergebnis moralisch-politischer Einsicht und Läuterung zu feiern, ist er für Schröder »kein Schritt in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit, keine neue Lösung, sondern sein (Benns, W. M.) spezifischer modus vivendi mit dem status quo, der seinen Ausdruck im Doppelleben, in der elitären Zwei-Reiche-Theorie, in der Autonomieerklärung der Kunst und später in der Formel eines »Verharrens vor dem Unvereinbaren« findet«.

Gegen die stringenten und wissenschaftlich fundierten Darlegungen Schröders nahm sich die anschließende Stegreifskizze des gewohnt moderaten F. J. Raddatz zu Benns Position und Wirkung im Rahmen der Expressionismus-Debatte feuilletonistisch aus. Über Benn als Auslöser literaturpolitischer und -theoretischer Debatten mit nachfolgend »merkwürdigen Verschiebungen der Allianzen«, wonach die politischen Gegner (Bloch, Brecht, Becher, K. Mann) im Zug der »Expressionismus-Debatte« schließlich auf der Seite Benns gegen die »marxistische Flachbügelung« des Expressionismus à la Lukács und Kurella wiederzufinden seien, leitete Raddatz flugs und undifferenziert, wie es Auseinandersetzungen Blochs oder Brechts mit Benn eigentlich verbieten, eine »Verteidigung des Œuvres Gottfried Benns« (!) durch diese beiden z. B. ab und knüpfte darüber die Verbindung zum »Wiederentdeckungsprozeß Benns nach 1945 und heute«.

In vielen Spekulationen, halbfertigen und widersprüchlichen Gedanken bewegte sich die darauffolgende Diskussion ebenso wie das Podiumsgespräch am dritten Abend vor allem um das Phänomen der nach dem »Jahrfünft bundesdeutscher Kulturrevolution« (Rühmkorf) wiedergewonnenen Aktualität Benns, ihrer Ursachen und Bewertung. (Dazwischen lag am zweiten Abend eine Benn-Lesung der oben genannten Schriftsteller, die etwa dadurch charakterisiert ist, daß außer einigen Gedich-

ten Benschers Melancholie, Resignation und lyrischer Vergeblichkeitsgeste vor allem sarkastische, geistreich-ironische und desillusionierend zivilisationskritische Texte vorgetragen wurden.) Unter Berufung auf das geistige Klima in der »zweiten Restaurationsphase« kristallisierte sich doch wenigstens ein ungefährer »Erklärungshintergrund« der neuen Anziehungskraft Bennis aus dem Rückblick auf die »geschichts-philosophische Repräsentanz« (Wapnewski) des Geschichtsskeptikers und Fortschritt-zweiflers Benn und einem »Potential unbewußter Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft« (Steinhagen) einerseits und dem immer wieder aus den »Entfremdungsschauern des Bewußtseins« gegen das »bürgerliche Ordnungsgerüst« gerichtete »Prinzip Haß« (Rühmkorf) andererseits; auf dieser Grundlage nahm Peter Rühmkorf in seinem Referat zur Wirkungsgeschichte Bennis im »Restauratorium« der fünfziger und frühen sechziger Jahre das »Solidarisierungsangebot« der Dichtung Bennis an. Die Affinitäten des »neuen Subjektivismus«, der »neuen Sensibilität«, der »neuen Innerlichkeit« und deutlicher Regressionsmomente in der gegenwärtigen Lyrik und Prosa zu charakteristischen Zügen im Werk Gottfried Bennis (Tristesse, Melancholie) sind inzwischen unüberschbar; mit um so größerem Erschrecken mußte registriert werden, daß Rühmkorfs provozierender Versuch, die Kritik und Ablehnung insbesondere der regressiven Tendenzen bei Benn leerlaufen zu lassen, indem er Regression für die Dichtung schlechthin reklamierte (»Dichtung selbst ist ein Rückfall, magische Gesellung!«), mit Ausnahme einiger Anläufe Oskar Sahlbergs keinen nennenswerten Widerspruch fand!

Wilfried Meyer (Osnabrück)

Rationalisierung – Arbeitsplätze – Tarifikämpfe

IMSF-Tagung in Frankfurt-Höchst, 10.–11. 3. 1979

Vier große Arbeitskämpfe haben 1978 das soziale Klima in der BRD geprägt. Lediglich die erste Auseinandersetzung der Hafendarbeiter galt der Durchsetzung einer »klassischen Lohnforderung«. Die drei folgenden Streiks der Metaller in Baden-Württemberg, der Drucker und der Stahlarbeiter hatten demgegenüber neue Dimensionen. Im Vordergrund stand die Verteidigung des sozialen Besitzstandes, des Qualifikationsniveaus der Facharbeiter und ihrer darauf beruhenden besseren Bezahlung.

Kurz nach dem wenig erfolgreichen Tarifabschluß in der Eisen- und Stahlindustrie, bei dem – trotz der hohen Kampfsmoral der Streikenden – die IG Metall kein durchgängiges strategisches Konzept erkennen ließ, das den Einstieg in die 35-Stunden-Woche durchgesetzt hätte, lud das IMSF zu einer Arbeitstagung ein. Die Intention war, gerade nach den Auseinandersetzungen des letzten Jahres, »einen Austausch der Erfahrungen unter denen und mit denen zu ermöglichen, die diese Erfahrung praktisch erlebt und gegen ihre unsozialen Folgen gekämpft haben und weiterhin kämpfen«, so der Leiter des Instituts, Prof. Schleifstein. 500 Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte, Jugendvertreter und Wissenschaftler folgten der Einladung. Am ersten Tag berichteten Kollegen aus den Bereichen der Druck-, Stahl- und Metallindustrie. Sie schilderten den Verlauf von Rationalisierungsmaßnahmen infolge der Umstrukturierung ganzer Produktionsbereiche und ihre Folgewirkungen für die Beschäftigten sowie die Formen des Widerstandes dagegen. Wissenschaftler versuchten aus diesem Alltagsgeschehen Schlußfolgerungen für die gesamte Branche zu ziehen und einen Zusammenhang zu gesamtgesellschaftlichen Unternehmerstrategien herzustellen. Aufgelockert wurden die Kurzvorträge mit Filmausschnitten, Lichtbildern, Liedern und Sketchen, die im Zusammenhang mit den behandelten Auseinandersetzungen standen.

Heinz Jung verwies in seinem Hauptreferat auf die Krisenfolgen, die im wesentlichen von den Arbeitenden getragen werden: Die Belastung der Gesellschaft durch die Arbeitslosigkeit betrug in den letzten Jahren 500 Mrd. DM, in den letzten zwei Jahren allein 230 Mrd. Jung stellte fest, daß es für die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften 1978 schwieriger als zuvor war, ihre Interessen gegen Unternehmen und Staat durchzusetzen. Andererseits habe die Krisenentwicklung und der Widerstand der Unternehmer gegen die Arbeiterinteressen alten Formeln wie der »Sozialpartnerschaft« den Boden entzogen. Als Beispiele für die Unternehmerstrategien nannte er den mit aller Härte verteidigten Tabu-Katalog, die Mitbestimmungsklage, die wiederholten Massenaussperrungen und das Nein zur Arbeitszeitverkürzung.

Rationalisierung gibt es in allen Betrieben, wie auch im gesamten öffentlichen Dienstleistungsbereich. Die Folgen, so wurde berichtet, sind Leistungsverdichtungen, da durch Einstellungsstops und Entlassungen der Zeit- und Pensumsdruck wächst. Vor allem im Bürobereich finde eine Standardisierung der Tätigkeiten und eine Reduzierung der Arbeitsinhalte statt, die eine schärfere Kontrolle der Arbeitsergebnisse und des Arbeitsverhaltens ermöglichten und auf diese Weise höhere Leistungen erzwingen. Berichtet wurde auch vom Entstehen monotoner Tätigkeiten, z. B. an Datensichtgeräten. Die dort Beschäftigten müssen dann mit Abgruppierungen (Lohnsenkungen) rechnen.

Über bereits praktizierte Formen der Gegenwehr, vor allem gegen Betriebsstilllegungen, berichteten Kollegen aus Chemie- und Stahlbetrieben, von Werften, Bahn und Post, aus der Luftfahrtindustrie und aus Mittel- und Kleinbetrieben. Bei allen Kämpfen war die Besitzstandwahrung das Ziel: Erhaltung der Arbeitsplätze, Schutz vor Dequalifizierung, Lohnabbau und gesteigerter Arbeitsintensität.

Dabei konnten, wie in der Druck- und Metallindustrie, Rationalisierungsschutzabkommen tarifvertraglich durchgesetzt werden. Nur ausnahmsweise, beim Kampf um das VFW-Werk in Speyer, wurden Stilllegungen verhindert. Auch hier blieb aber nur die Hälfte der Arbeitsplätze erhalten. In allen anderen Fällen konnten lediglich mehr oder weniger gute Sozialpläne durchgesetzt werden. Der defensive Charakter der Abwehrkämpfe gegen Rationalisierung und Betriebsstilllegungen wurde als Hauptmangel hervorgehoben.

Eine Ursache wurde darin gesehen, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe durchweg Reaktionen auf von den Unternehmern bereits geschaffene Tatsachen sind. Es müsse also zur rechtzeitigen Information von Arbeitern und Öffentlichkeit ein »Frühwarnsystem« entwickelt werden, das den Arbeitenden erlaube, schon in den Planungsprozess von Rationalisierungs- und Stilllegungsabsichten einzugreifen. Die Gewerkschaften könnten es allerdings nicht zu einem maschinenstürmerischen Nein kommen lassen, sondern müßten eigene Alternativen für den Einsatz neuer Technologie entwickeln, die Wege aufzeigen, wie der technische Fortschritt zur Humanisierung der Arbeit und zur Erhöhung der Qualifikationen genutzt werden könne.

Angesichts der branchenübergreifenden Rationalisierungswelle müßten die gewerkschaftlichen Teilforderungen zu gesamtgesellschaftlichen Strategien weiterentwickelt werden. Das hieße: Aufgreifen alter gewerkschaftlicher Forderungen nach überbetrieblicher Mitbestimmung z. B. bei der Investitionslenkung über sogenannte öffentliche Innovationsstellen. Die Forderung nach »Subventionsvergabe mit beschäftigungspolitischen Auflagen« müsse gekoppelt werden mit der Forderung nach demokratischer Kontrolle der staatlichen Subventionspolitik durch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten.

Vereinzelt seien in den Arbeitskämpfen selbst schon weitergehende Forderungen laut geworden, wie bei den Kämpfen im Saargebiet die nach Nationalisierung der Stahlindustrie.

Als Problem wurde ebenfalls erkannt, daß zwischen der konkreten Politik auf Betriebs- und Branchenebene und den durchaus vorhandenen gesamtgesellschaftlichen Strategien einer alternativen Wirtschaftspolitik (vgl. dazu Argument-Sonderband AS 35: Alternative Wirtschaftspolitik) keine Vermittlungsformen existieren. Allerdings wurden für dieses Problem keine Lösungsansätze formuliert. Unklar blieb auch, welches die Ursachen für den Mißerfolg so vieler Kämpfe waren. Der Mangel an mittel- und langfristigen Konzeptionen zeigte sich besonders deutlich darin, daß das gesamte Problem der Qualifikation der Arbeiter (bis auf einige Qualifikationsforderungen in Einzelbeiträgen) vollständig ausgespart blieb. So wurde beispielsweise nicht diskutiert, daß eine Einführung der 35-Stunden-Woche (abgesehen von den Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung) zwar 1 Million neuer Arbeitsplätze erfordern würde, daß aber die große Mehrheit der jetzt Arbeitslosen nicht die Qualifikation für diese Arbeitsplätze besitzt. Es ist bekannt, daß der Sockel von Dauerarbeitslosen aus Ungelernten besteht und daß es einen Mangel an Facharbeitern gibt. Ebenso wenig kam zur Sprache, daß der Kampf um jeden Arbeitsplatz angesichts der ungeheuren Produktivitätssteigerungen durch den Einsatz der Elektronik mindestens problematisch, wenn nicht illusionär ist: Auf der Tagung selbst wurden Prognosen vom IFO-Institut und von Prognos zitiert, nach denen die Arbeitslosenzahl in den nächsten 5 Jahren auf 2 Millionen anwachsen wird, beim Einsatz von Industrierobotern mit Sensoren sogar auf 3 Millionen. Schon solche Rechnungen zeigen also, daß selbst die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zur Lösung des Problems nicht ausreicht. Wenn der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze innerhalb des Betriebes nicht gestützt wird durch die Propagierung von z. T. vorhandenen aber kaum beachteten Konzepten zur Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf gesellschaftlich notwendige Bereiche wie Krankenversorgung, Bildungswesen, Umweltschutz usw. (vgl. das Memorandum '78 und den BdWI-Bedarfsplan), bleibt er ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Tagung mag insgesamt dazu beigetragen haben, die autonome Gewerkschaftsbewegung von der (wie Frank Deppe es ausdrückte) »Interessensvertretung zum Interessenskampf« zu orientieren.

Zur Zeit, so war das Resümee, sind die Strategien und Ideen der Unternehmer aber oftmals noch denen der Arbeitenden voraus.

Heinz Kappei und Nora Rätzkel (Berlin/West)

Wir bitten, in **ARGUMENT 114** folgenden Satzfehler zu berichtigen:
Im Tagungsbericht von **Breyvogel**, »**Tagung der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft**, S. 255, 2. Zeile, lies:
Aber die Einsicht, daß die Abfolge von naivem Anti-Hitlerismus . . .

Besprechungen

Philosophie

Heller, Agnes, Ferenc Fehér, u. a.: Die Seele und das Leben. Studien zum frühen Lukács. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (327 S., br., 12,- DM).

Ohne Herausgeber, dem man die schwer lesbare Übersetzung anlasten könnte, ist ein Sammelband mit Abhandlungen zum vormarxistischen Lukács entstanden, die zum Teil auf neu aufgefundenen Dokumenten basieren. Die Autoren, meist Schüler Lukács' und Mitglieder der Budapester Philosophenschule, entdecken ihr zentrales, aber wenig neues Thema in Lukács' Problematisierung des Kulturbegriffs. Der kulturkonservative Lukács ist Freund Ernst Blochs (S. Radnóti) ebenso wie Paul Ernsts (F. Fehér). Gemeinsam ist ihnen ein Unbehagen in der Kultur, in der ein adäquater Ausdruck dessen, was man vage »Leben« nannte, nicht möglich sei. Die konventionellen Normen einer organisierten Kommunikation, ohne die Kultur nicht denkbar ist, zerstören die Authentizität des Subjekts. Unterschiedlich ist aber der Weg, der aus dem Dilemma solcher Entfremdung des Individuums führen soll. Paul Ernsts flüchtiges Engagement für soziale Probleme endet schnell in der Ambition, als Volksdichter eine ganze Nation zu ergreifen; Blochs »romantischer Antikapitalismus« steigert sich zu mystischer Jenseitshoffnung. Weder die Flucht in poetische Volksnähe, noch in die Transzendenz steht Lukács offen. Nur gelegentlich antwortet er als marxistischer Philosoph; allerdings entwickelt Fehér den Weg in diese Position nicht detailliert. Ein anderes Mal sind Lukács die Objektivationen Gott und Kunst geschichtsphilosophische, also immanente Möglichkeiten des Menschen, die Verlassenheit des Subjekts auf eine Allgemeinheit hin zu überschreiten. Die geschichtsphilosophische Position unterscheidet denn auch, wie der Titelaufsatz von G. Márkus darlegt, Lukács' Philosophie von der Lebensphilosophie, die die Einsamkeit des Subjekts akzeptiert. Immerhin aber setzt die Trauer über das »inauthentische Leben« (108) doch den Grund für den von Fehér in Lukács' Dramentheorie beobachteten Pantragismus (30 ff.). Der Geschichtsphilosoph, der in den Phasen der Geschichte stets nur Variationen einer versuchten Aufhebung der Dualität von empirischer Erlebniswirklichkeit und normativ-konstruierter Form sieht, kann, so Márkus, nie zum Historiker werden, der ja den in die Form eingegangenen spezifischen Stoff wiederentdecken müßte. Dem Problem der Unauffindbarkeit der empirischen Wirklichkeit entgeht Lukács durch eine Kantianisierung seiner Philosophie in der »Heidelberger Ästhetik« (1916–1918). Er setzt ein »Erlebnispriori«, das die »Kontinuität der Erlebniswirklichkeit« (220) des Subjekts garantiert, so daß es die fertige Welt der Objektivationen »auf seine Weise in sich aufnimmt, an der es aber nichts zu verändern vermag.« (Lukács, nach Márkus 221). Den Versuch und sein Scheitern, auf diese Weise die in der »Heidelberger Philosophie der Kunst« (1912–1914) behauptete unaufhebbare Tragik des zwischen Leben und Form eingespannten Menschen zu lösen, zeigt Márkus' Aufsatz auf akribische und interessante Weise.

Es ist symptomatisch, daß gegenwärtig das Interesse vom marxistischen Lukács zum vormarxistischen Lukács zurückschreitet. Die Frage: »welcher Platz kommt den durch Formen zustande gebrachten normativ-homogenen Sphären – den Welten der Kunstwerke, der Wissenschaft, der Ethik, der Religion, der Metaphysik – im ›Leben‹ zu« (196), mag vor allem denen aktuell erscheinen, die sich mit Hilfe der Diskurs-Analytik in der Art der »Neuen Philosophen« zu Nach-Marxisten gebildet haben.

Hannelore Schläffer (Stuttgart)

della Volpe, Galvano: Kritik des Geschmacks. Entwurf einer historisch-materialistischen Literaturtheorie und Ästhetik. Luchterhand-Verlag, Darmstadt und Neuwied 1978 (249 S., br., 48,- DM).

Della Volpe will nachweisen, daß die Poesie – und, analog, die anderen Kunstgattungen – in nicht geringerem Maß als etwa die Philosophie oder die Wissenschaft eine Verstandesleistung ist und sich von diesen auf der Ebene allgemeiner, philosophischer Reflexion überhaupt nicht und nur durch die spezifische Art der sprachlichen Realisierung unterscheidet. Dieser sprachliche Unterschied wird im Rahmen der Saussureschen Linguistik erkenntnistheoretisch entfaltet. Aufgabe und Ziel der Literaturkritik sei es, ihn im Mittel der kritischen Paraphrase jeweils zu realisieren.

Della Volpes Hauptanliegen ist es, die Poesie und ihren erkenntnistheoretisch harten Kern, das Bild, der Sphäre des Unsagbaren zu entreißen, in der sie, vor allem dank Croces Ästhetizismus, als ein unanalysierbares, mystisches Ding an sich vegetiert, und sie einerseits in den allgemeinen Erkenntnisprozeß überhaupt zu reintegrieren, andererseits ihre Besonderheit unter rationale Kategorien zu bringen, die die ästhetische Differenz angemessen beschreiben. Um die ästhetizistische Hypostasierung der Form aufzulösen, in der sich das Poetische als das Unbegreifliche schlechthin verkörpert, dieweil der Inhalt, ohne jeden Anlaß, begriffen zu werden, mit unterläuft, schlägt della Volpe eine Umdefinition des Form-Inhalt-Verhältnisses vor, die geeignet ist, »die ganze aus der Romantik geerbte Kunstproblematik umzustülpen« (13): »nämlich erstere mit dem Denken oder Begriff gleichzusetzen – anstatt mit abstrakten, mystischen Bildern . . . – und letzteren mit der Materie oder dem Mannigfachen (den Bildern)« (ebd.). Um herauszuarbeiten, daß die poetische Differenz keine Suspendierung von den allgemeinen Wahrheitskriterien, sondern die spezifisch poetische Realisierung derselben meint, rekurriert er auf die Sprache als einzige Ebene, auf der eine Unterscheidung überhaupt möglich sei und den poetischen »Aspekt der Sprache« trifft »mit seiner formal-semantischen Strenge, die nicht geringer (wenn auch andersartig) als die des wissenschaftlichen ist, mit seinen Termini, die nicht mehrdeutig sind wie im vulgären Diskurs noch eindeutig wie im wissenschaftlichen Diskurs, sondern *vieldeutig* oder *polysem*« (86). Die poetische Leistung jeweils zu ermessen und zu beurteilen, ist die »kritische Paraphrase als wahre dialektische Artikulation des Geschmacks und damit entscheidendes Moment der literarhistorischen Forschung« (140) da. Sie ist »im Grunde nichts anderes . . . als ein Vergleich der *gewöhnlichen* Bedeutungen . . ., die das . . . Fundament des poetischen Textes sind, mit den *nicht gewöhnlichen* Bedeutungen . . ., die in diesem Text *entwickelt* wurden« (183), ein Vergleich, der das spezifisch Poetische eines Textes nicht rationalistisch verkürzt, sondern im Gegenteil erst zum Vorschein bringt; »denn es gibt ja ein *trennendes* Etwas zwischen poetischem Denken und seiner Paraphrase, das diesen Vergleich erzwingt (und der Aufweis dieses trennenden Etwas ist der Beginn des Geschmacks)« (146).

Della Volpe rühmt sich, »daß der erste Versuch, die Saussuresche Linguistik erkenntnistheoretisch zu Zwecken einer Poetik und im Bezugsrahmen einer philosophischen Ästhetik zu nutzen, eben in der *KdG* (Kritik des Geschmacks, I. B.) zu finden ist« (181). Konsequenz dieses Versuchs ist die Beeinträchtigung dieser zweifellos materialistisch gemeinten Philosophie, in deren »Bezugsrahmen« die strukturalistische Linguistik sich entfalten soll, an deren Stelle sie sich gleichwohl umstandslos setzt. Denn abgesehen von dem verbreiteten Irrtum, nur weil das Material der Poesie die Sprache ist, sei ein sprachwissenschaftlicher Ansatz bei ihrer Analyse schon im Sinne des Materialismus, ist auch der Preis für die materialgerechte Behandlung der Poesie, die entsprechende Versprachlichung nämlich sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche, von denen sie sich unterscheidet, bzw. auf die sie sich bezieht, entschieden zu

hoch: Gesellschaftliche Wirklichkeit überlebt als äquivokes »Wortmaterial« (138), das von Philosophie und Wissenschaft mit dem Ziel einer universalen Eindeutigkeit und von der Poesie mit dem einer zielstrebig bewußten Vieldeutigkeit bearbeitet wird.

Zugegeben: della Volpe versucht im Gegensatz zum »Linguisten . . . Superlinguisten . . . oder im besten Falle . . . modernen *Rhétoricien*« (189) immer auch die realgeschichtliche Bewegung in den Sprachprozessen festzuhalten. Von daher die hervorragende Bedeutung, die der Paraphrase als dem Hort der gesellschaftlichen Wirklichkeit zufällt. Gleichwohl bleibt er ganz im Bann der Erkenntnistheorie, die ihm der Gegner vorschreibt und sein Interesse auf das erkenntnistheoretisch Nachweisbare reduziert: So peinvoll langweilig sich daher seine gegen den Ästhetizismus gerichtete »experimentelle . . . Untersuchung« (44) liest, derzufolge, was gut und teuer ist in der Literaturgeschichte, qua der einzigartigen Bedeutung der in ihm transportierten gesellschaftlichen Wahrheit überlebt, so sehr verflüchtigt sich eben diese Wahrheit in der zur Fundamentierung und Spezifizierung sozialistischer Ästhetik gedachten linguistischen Erörterung. Gesellschaftliche Wirklichkeit ist da nur noch eine Frage des erkenntnistheoretisch Mitgemeinten, dessen, was »immer auch geschichtlich ist« (150). Ihre Rolle als Subjekt der Untersuchung hat sie ausgespielt.

Ilse Bindseil (Berlin/West)

Iser, Wolfgang: Der Akt des Lesens. Theorie ästhetischer Wirkung. Wilhelm Fink Verlag (UTB 636). München 1976 (358 S., br., 19,80).

Der Verfasser bemüht sich um eine Theorie ästhetischer Wirkung am Beispiel narrativer fiktionaler Texte. Die Orientierung an der Wirkungsästhetik ist Reflex der Übernahme des hegelschen Topos vom »Ende der Kunst«, demzufolge die Kunst der Moderne nicht mehr Erscheinungsform der Wahrheit ist. Für Iser ergibt sich daraus die Ersetzung des traditionell ontologischen Verständnisses des Kunstwerks als Repräsentation durch ein funktionales, das die transzendentalen Bedingungen der Interaktion von Text und Leser angibt.

Entgegen der traditionellen Bestimmung über das Fehlen von Realitätsprädikaten als autonomes Gebilde definiert Iser den fiktionalen Text in Anlehnung an die Semiotik Eco's als Fall sekundärer Zeichenverwendung, d. h. als ein komplexes Zeichensystem, das im Unterschied zur pragmatischen Zeichenverwendung die Kommunikationssituation, den Zeichencode und die Regeln der Sprachverwendung selbst herstellt, indem es über sein Textrepertoire und seine Textstrategien bestehende Formen der Sprachverwendung und sich darin vollziehende Wahrnehmungsstrukturen denotiert. Die Zeichen des Textes als sein Material (Textrepertoire) denotieren nicht Wirklichkeit oder deren Ausschnitte, sondern formulierte Wirklichkeit, wie sie sich in den Konventionsbeständen, Normensystemen der historischen Lebenswirklichkeit, d. h. in der außerästhetischen Realität im Sinne des Prager Strukturalismus, vorfindet, wie auch in den vorangegangenen Texten der literarischen Tradition.

Die Textstrategien leisten die Organisation dieses Textrepertoires, indem sie seine Elemente zu einer virtuellen Äquivalenz zusammenstellen und sie so in ihrer wechselseitigen Konfrontation »entpragmatisieren«, d. h. ihre unhinterfragte Gültigkeit als Horizont der Lebenswirklichkeit aufheben, indem sie sie thematisch machen. Darüber hinaus stellen die Textstrategien die Kommunikationsbedingungen für den Leser her, indem sie den Text als perspektivisches System strukturieren, das die perspektivische Hinsicht des Autors auf Welt realisiert, intern den Text als ein System wechselseitiger Perspektiven entwirft und die Perspektive des Rezipienten als Leerstelle des Textsystems offenhält und reguliert. Diese Textstrategien sind die aus der Erzählfor-

schung bekannten Textebenen der Erzähler-, Figuren-, Handlungs- und Leserperspektive, deren gemeinsame kommunikative Funktion Iser erstmals untersucht.

Textrepertoire und Textstrategien entwerfen das Sinnpotential des Textes, das durch die projektive Vorstellungsaktivität des Lesers erfüllt werden muß. Den Textstrukturen korrespondieren die Aktstrukturen des Lesens, die in Anlehnung an Husserls Phänomenologie des inneren Zeitbewußtseins beschrieben werden. Im Lesen setzt der Rezipient Textsegmente um in deren Bewußtseinskorrelate, aus denen der Textsinn als ästhetischer Gegenstand entworfen wird. Im Unterschied zur Objektwahrnehmung, wo der Gegenstand als Ganzer gegeben ist, entwickelt sich die Lektüre zeitlich in Ablaufphasen und hat synthetischen Charakter. Der Leser wandert durch den Gegenstandsbereich als ein perspektivischer Blickpunkt. Daraus ergibt sich, daß das momentan Vorgestellte immer unter der Modifikation von Vergangenenem und Erwartetem steht, von Retention und Protention.

Lesen gewinnt dadurch den Charakter von Wirklichkeitserfahrung, denn der Rezipient weiß nicht, was ihm im Verlauf der Lektüre geschehen wird (Offenheit der Erfahrung), er ist in den Text verstrickt, denn seine Einbildungskraft selbst bewirkt die Gestaltbildung. Da er im weiteren Verlauf der Lektüre zu ihrer Korrektur genötigt wird, reagiert er auf sich selbst, die von ihm hervorgebrachten Vorstellungen. Die Lektüre macht so unseren Erfahrungserwerb bewußt und bewirkt die Formulierung und Umschichtung unserer sedimentierten Erfahrungen.

Daraus ergibt sich für Iser ein erstes Bestimmungsmoment ästhetischer Wirkung: der Leser nimmt sich im Vorgang der Beteiligung selbst wahr.

Die Beteiligung des Lesers ergibt sich als die Konstitution eines kohärenten Textsinns im Rahmen der durch Textrepertoire und Textstrategien gegebenen Instruktionen. Bedingung und Anstoß dafür ist nach Iser wie in jeder Kommunikation der Abbau von Kontingenzen durch die Projektionen des Lesers. Die wesentliche textuelle Eigenschaft, diese auszulösen, ist die Negativität fiktionaler Texte.

Auf der Ebene der Textstrategien findet sich Negativität in Form der ›Leerstellen‹ von fiktionalen Texten. Ihre Funktion ist, durch Störung der ›good continuity‹ im Verlauf der Lektüre Segmente verschiedener Textstrategien voneinander abzugrenzen und so dem Rezipienten die Notwendigkeit zu signalisieren, diese Segmente durch die eigene Vorstellungstätigkeit zum kohärenten Sinn anzuschließen. Negativität zweiter Stufe ergibt sich aus der Korrektur der durch den Leser so gebildeten Vorstellung durch die Zusatzstrukturierung im Verlauf der Lektüre.

Der Sinn des Textes ist so nicht im Text formuliert, sondern durch das Gesagte hindurch vom Leser als sein Ungesagtes zu entwerfen.

Aus diesem Modell ergeben sich drei weitere Elemente traditioneller Literaturtheorie in der Neuinterpretation durch Iser. 1. Durch die Negativität fiktionaler Texte wird die Vorstellungstätigkeit des Lesers aktiviert, seine Kreativität und Spontaneität. Darin ist nach Iser der ästhetische Genuß bestimmt.

2. Fiktionale Texte überschreiten die Wirklichkeit, indem sie in der entpragmatisierenden Aufnahme von Formulierungen der Wirklichkeit das in ihnen Unformulierte als Defizit bewußt machen und den Rezipienten zu einer Neuformulierung der Wirklichkeit anleiten. Hier erfüllt sich der Topos vom innovativen und utopischen Charakter des literarischen Werks.

3. Aus den angegebenen Bedingungen läßt sich ein Kriterium des ästhetischen Werts fiktionaler Texte in seinem Vermögen sehen, die Vorstellungstätigkeit des Lesers zu aktivieren, d. h. aber nach Iser im Maß seiner Negativität (Negationen, Leerstellen etc.). Dies zeigt sich in Isters Versuch, innerhalb der Klasse fiktionaler Texte die Gruppe trivialer, propagandistischer und ästhetisch wertvoller Texte in diesem Sinne abzugrenzen.

Darin offenbart sich die latent normative Ausrichtung Iser's, der die ästhetische Wirkung an einem bestimmten Kanon von Kunstwerken ableitet. Diese Haltung findet ihren Niederschlag in der Festschreibung eines anthropologischen Modells, über das als transzendentelem Subjekt die Aktstrukturen der Rezeption ermittelt werden sollen. Iser unterschlägt dabei, daß die Wahrnehmungsstrukturen selbst historisch-gesellschaftlichen Bedingungen unterliegen und konstruiert einen ›idealen Leser‹. Die Möglichkeit bestimmte Vermögen (Kreativität, Spontaneität) in Anspruch zu nehmen, unterliegt aber nicht nur Bedingungen der Textstruktur, sondern auch der gesellschaftlich vorgeprägten Disposition der Leser. Dies zu übersehen heißt, die Interaktion von Text und Leser in einem verkürzten Kommunikationszusammenhang zu fassen, der einseitig von der Textstruktur her bestimmt ist. Fiktionalität z. B. ist nicht nur textuell als ›Entpragmatisierung‹ zu fassen, sondern auch institutionell vermittelt (vgl. die Selbstmorde im Anschluß an die zeitgenössische Werther-Rezeption).

Die Ausrichtung an der idealen Norm ästhetischer Wirkung führt auch zu einer defizitären Bestimmung des ästhetischen Genusses, denn sie übersieht einerseits den ästhetischen Genuß, den die vielen Leser von Trivilliteratur erfahren, andererseits bleibt unklar, wieso die Lektüre von Werken der Moderne so vielen diesen ästhetischen Genuß nicht bereitet.

Indem der Verfasser sich emphatisch auf das Paradigma der modernen Kunst einläßt, schließt er sein Modell gegen die Möglichkeit ab, mit ihm auch die über ästhetische Wirkung vermittelte ideologisierende Funktionsweise fiktionaler Texte befriedigend zu erklären.

Diese Bemerkungen verweisen auf notwendige Erweiterungen von Iser's Modell. Das ahistorische Verständnis der Aktstrukturen muß ergänzt werden um die historisch-gesellschaftlichen Bedingungen, die sie präformieren. Dies erfordert eine umfassendere Darstellung des kommunikativen Systems, innerhalb dessen Rezeption literarischer Werke gesellschaftlich stattfindet. Auf der textuellen Seite müßte die rezeptionsorientierte Analyse der Textstrukturen, z. B. ihre Funktion der Spannungserzeugung, der Unterweisung, der Überredung etc. vorangetrieben werden. Ästhetische Wirkung käme dann nicht mehr nur in ihrer emanzipatorischen, sondern auch in ihrer ideologisierenden Funktion in den Blick. Die Ablehnung der Fundierung der Ästhetik auf Wahrheit zugunsten der auf ästhetischer Wirkung fiele Iser dann nicht so leicht.

Harald Kargus (Heidelberg)

Gadamer, Hans-Georg, und Gottfried Boehm (Hrsg.): Seminar: Die Hermeneutik und die Wissenschaften. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (487 S., br. 18,- DM).

Mit dem vorliegenden Band soll der Einfluß von Gadamer's Philosophie auf unterschiedliche Einzelwissenschaften demonstriert werden: soziologische, politologische, juristische, psychoanalytische, theologische, geschichts- und literaturwissenschaftliche sowie kunstgeschichtliche Stimmen kommen zu Wort. Zudem zeigt ein Kapitel »Aspekte hermeneutischer Theorie«, daß Aspekte von Gadamer's Hermeneutik sich unabhängig von ihr auch bei anderen Denkern (Whitehead, Plessner) finden. Der Rahmen der Sammlung ist sichtlich: Hermeneutik bleibt affirmativ unter sich. Die bekanntesten philosophisch-hermeneutischen Formeln, gesammelt zumal in der Einleitung des Herausgebers Boehm, werden wieder einmal wiederholt. Daß Gadamer als Mitherausgeber firmiert, obwohl er in keiner erfindlichen Weise – weder durch einen eigenen Beitrag noch durch Auswahl von Beiträgen – an dem Buche beteiligt ist, ist offenbar der Zugkräftigkeit seines Namens geschuldet. Neben der Einleitung sind von den zwölf zusammengestellten Arbeiten lediglich zwei Originalbeiträge.

Michael Schneider (Bonn)

Krämer-Badoni, Thomas: Zur Legitimität der bürgerlichen Gesellschaft. Eine Untersuchung des Arbeitsbegriffs in den Theorien von Locke, Smith, Ricardo, Hegel und Marx. Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 1978 (119 S., br., 24,- DM).

Im Anschluß an die von J. Habermas und C. Offe geführte Diskussion über die »Legitimationskrise« kapitalistischer Staatsherrschaft möchte der Verfasser zeigen, »daß die Legitimität einer gesellschaftlichen Ordnung in der Moderne wesentlich von der Entfaltung kognitiver Systeme im Kontext der neuzeitlichen Wissenschaft abhängt« (9). Darunter versteht er die Herausbildung der Naturwissenschaft und die Entstehung der sich daran orientierenden Gesellschaftstheorie, vor allem der Politischen Ökonomie. Durch diese »Selbstthematizierung der Gesellschaft« unabhängig von zuvor herrschenden religiösen Deutungen werde Gesellschaft jedoch nicht nur als objektiv vorgefundene legitimiert, sondern in dieser Legitimation durch die damit einhergehende kollektive, symbolisch vermittelte Interpretation auch *konstituiert* (9, 13, 40).

In einem ersten Schritt wird die Entwicklung der neuzeitlichen Naturwissenschaft skizziert, deren bestimmende Merkmale Krämer-Badoni in der Trennung von »Wesen und Erscheinung«, im »Experiment« und in der »Quantifizierung« sieht. Dabei werden einige von der Frankfurter Schule bekannte Ressentiments gegenüber der Naturwissenschaft wiederholt wie etwa die Behauptung, der Naturwissenschaftler sitze notwendig dem *Schein* objektiver Naturgesetze auf, weil in seinen Resultaten die lebendige subjektive Tätigkeit, die diese Resultate konstituiere, verschwunden sei. Im ganzen sind diese Ausführungen zu kurz, um etwas Neues über Wissenschaftsgeschichte zu erfahren; auf der anderen Seite erscheinen sie aber auch zu ausführlich und damit disfunktional, weil die folgende Untersuchung der Gesellschaftstheorien sich darauf kaum noch bezieht.

Die Analyse des Arbeitsbegriffs und dessen Funktion bei der Legitimierung der bürgerlichen Gesellschaft ist sicherlich der interessantere Teil. Bei Locke zeigt der Autor, wie Privateigentum durch Arbeit begründet wird. Arbeit ist hier noch eine »rechtsbegründende Kategorie« (54). Aber schon bei Smith hat der Arbeitsbegriff diese Legitimationsfunktion eingebüßt und wird zur ausschließlich ökonomischen Kategorie (60 f.). Privateigentum und Klassengesellschaft werden jetzt im Rahmen der Moralphilosophie legitimiert. Daher verliert Krämer-Badoni, wenn er nun die Entwicklung der Arbeit als ökonomischer Kategorie anhand von Smith und Ricardo im einzelnen nachvollzieht, den Aspekt der Legitimation fast zwangsläufig aus den Augen. Man liest nun Bekanntes über Smith' Entdeckung der Arbeit als Tauschmaß, über Ricardos Unterscheidung zwischen der Arbeit als produktiver Tätigkeit und der Arbeit (Arbeitskraft) als Ware sowie über die Entdeckung, daß vergegenständlichte Arbeit Wert abgeben kann. Erst mit Hegel tritt das Dilemma der Legitimation offen zutage. Zwar begreift Hegel, wie der Autor referiert, die bürgerliche Gesellschaft als ein durch Arbeitsteilung vermitteltes »System der Bedürfnisse« und steht insofern »auf dem Standpunkt der modernen Nationalökonomien« (Marx, zit. S. 81), aber das Privateigentum und dessen Austauschverhältnisse läßt er keineswegs auf Arbeit gründen, sondern auf einen rein juristischen Vertrag. Deshalb glaubt Krämer-Badoni folgern zu können, Hegel gehe, weil er den Arbeitsbegriff aus der Legitimierung der Gesellschaft verbanne, hinter den von Smith und Ricardo erreichten Stand der Nationalökonomie zurück. Aber dies ist keineswegs eine Erfindung Hegels, sondern Allgemeinplatz seit dem beginnenden 18. Jahrhundert (z. B. Hume, Kant). In dieser Hinsicht steht selbst Smith nicht mehr auf dem Standpunkt seiner eigenen Nationalökonomie. Am Ende möchte der Verfasser zeigen, daß Marx' Analyse des »Doppelcharakters der Arbeitskraft« und damit der Lohnarbeit die bürgerliche Gesellschaft »als

illegitime Organisationsform« (95) nachweise. Hier wird nachträglich noch einmal deutlich, warum die Gesellschaftstheoretiker vor Marx davon Abstand genommen haben, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse durch Arbeit zu legitimieren. Insofern hat die vorliegende Untersuchung zu dem negativen, ursprünglich wohl kaum intendierten, aber durchaus verdienstvollen Ergebnis geführt, daß außer bei Locke, der am Anfang dieser Entwicklung stehend eine Sonderstellung einnimmt, der Arbeitsbegriff gerade *nicht* zur Legitimierung der bürgerlichen Gesellschaft herangezogen wurde. Eine Untersuchung der Legitimationsstrategien der bürgerlichen Gesellschaft hätte sich hingegen auf den Bereich zu konzentrieren, von dem der Verfasser ausgegangen ist und den er selbst für Gesellschaft konstituierend hält, auf den Bereich der von der Arbeit getrennten Interaktion.

Johannes Rohbeck (Berlin/West)

Moreau, Pierre-François: Marx und Spinoza, VSA, Hamburg 1978
(144 S., br., 14,80 DM).

Wenn Althusser in den »Elementen der Selbstkritik« bereits auf Spinoza als den Bezugspunkt einer neuen Marx-Lektüre verwiesen hatte, so legt Moreau jetzt ein beeindruckendes Zeugnis der Legitimität dieses Verweises am spinozistischen Gegenstand vor.

Man ist es gewohnt, in der Tradition der Philosophiegeschichtsschreibung Hegels, Schellings und Feuerbachs, der in dieser Frage jedenfalls in der Regel auch marxistische Autoren folgen, Spinoza in unmittelbarer Kontinuität zu Descartes zu sehen. Moreau konstatiert einen Gegensatz Spinozas zu Descartes (31, 33), in dem sich die Inkompatibilität zweier gänzlich verschiedener theoretischer Räume aufzeigen lasse (29). Zunächst sei Spinozas Definition der Gewißheit eindeutig anticartesianisch (31). Was jedoch schwerer wiege, sei die Tatsache, daß Spinoza einen ganzen theoretischen Raum verwirft (34), dessen Problematik aus dem »System des göttlichen und menschlichen Willens und der Finalität« (36) heraus funktioniert. Man muß Moreau hierin recht geben: es ist in der Tat kaum zu bestreiten, daß die »Ethik« die grundlegende Vorurteilsstruktur aus dem Wechselverhältnis der Freiheitsillusionen des Subjekts und dem daraus in die Natur extrapolierten anthropomorphen Finalismus erklärt. »So schließt sich der Kreis: vom freien Willen des Menschen zur Finalität, von der Finalität zum freien Willen Gottes. Die Grundbegriffe des klassischen Raums bilden ein System und verweisen aufeinander.« (38) Der klassische Diskurs konstituiert so ein »Universum der Spaltung« (38): alles Seiende wird durch zwei Kategorien erschlossen, nämlich durch das, was einen Willen hat (Subjekt) und das, was keinen Willen hat (Objekt). Spinozas Gegenentwurf, die Natur, einschließlich des Menschen, von ihrer notwendigen Wirkungskraft her zu analysieren, führt so zum ersten in den Raum einer »Welt ohne Objekte« (51), in der keinem Ding die Eigenschaft der klassischen Notwendigkeit zukommt, Mittel für einen Zweck zu sein (51). Die Notwendigkeit Spinozas ist in Kategorien der Wirkungskraft formuliert: alle Dinge sind aktiv. Schließlich, wie man später sehen wird (87, 96), führt Spinozas Entwurf zu einer Philosophie ohne Subjekt.

Wenn Spinoza die Illusion vom freien Willen Gottes als anthropomorph denunziert, unterscheidet er sich damit grundlegend von der materialistischen Religionskritik der Aufklärung: Spinoza verwirft nicht, er analysiert (58). Sofern er damit Feuerbach näher steht als der Aufklärung, ist doch ein radikaler Unterschied beider festzustellen: für Spinoza kann die Lektüre der Religion keine Interpretation sein (60). Die religiöse Illusion kann analysiert werden: »Der theologische Irrtum verweist nicht auf das menschliche Wesen, sondern auf den humanistischen Irrtum« (60). Man kann den Kult und die abergläubischen Praxen analysieren, ebenso wie die Apparate und Insti-

tutionen, die sie tragen: aber man kann die Religion nicht säkularisieren. Man kann aber die Natur Gottes oder der Natur als die eines notwendig produzierenden Wesens analysieren. Moreau zeigt hier überzeugend die Bedeutung des mathematischen Verfahrens für die Demonstration eines Produktionsbegriffs, der – anders als bei Herder und Schelling – nichts mit dem Emanationsbegriff der plotinischen Lichtmetaphysik gemein hat (63 ff.). Nicht die Ferne der Stufenleiter des ausströmenden Lichts (der Emanation) sondern das Verhältnis der Immanenz bestimmt das Verhältnis Gottes zu den Modi (68). Das bedeutet: es gibt keine Hierarchie; die endlichen Modi sind real, sie gehen nicht in der göttlichen Unendlichkeit auf (68). Hier zeigt sich nach Moreau ein wesentlicher Aspekt der erstaunlichen Aktualität Spinozas: »Aus dem Zusammenprall von expressiver Kausalität und strengem Nominalismus konstituiert sich ein schwer zu erkennender Raum: es ist möglicherweise der einzige Raum vor Marx, in dem verschiedene Realitätsebenen ohne Reduktion gedacht werden können« (69).

Spinoza hat in der »Abhandlung über die Verbesserung des Verstandes« gegen Descartes jeden Versuch, eine Garantie der Wahrheit im *cogito* festzumachen, zurückgewiesen. Moreau sieht darin zurecht eine Abwendung Spinozas von der Idee einer Erkenntnistheorie (73). An ihre Stelle tritt die Idee einer Theorie der Produktion von Erkenntnissen, weil die allgemeine Notwendigkeit zur Produktion auch das Wissen betrifft (73). Nicht, daß er verschiedene Grade der Erkenntnis anerkennt, sondern daß er mit der von der Erkenntnistheorie überlieferten Einheit des Erkenntnisprozesses bricht, zeichnet Spinoza aus: er bewirkt damit, »daß der Irrtum nicht mehr als ein Nichts aufgefaßt wird, sondern erklärt werden kann: das Terrain einer Theorie der Ideologie ist erschlossen« (79). Die Ideologie arbeitet mit Evidenzen, sie ist die subjektiv erlebte Welt der auf eine Entfernung von 200 Meter wahrgenommenen Sonne, mit aller Hartnäckigkeit ihrer eigenen Wahrheit. Lenin wird später zwischen alltäglichem Trade-Unionismus und Historischem Materialismus ähnliche Strukturbeziehungen aufdecken wie Spinoza zwischen der ersten und den beiden anderen Erkenntnisgattungen (83).

Rolf Hosfeld (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Posner, Roland, und Hans-Peter Reinecke (Hrsg.): Zeichenprozesse – Semiotische Forschung in den Einzelwissenschaften. Athenaiion, Wiesbaden 1977 (432 S., br., 44,- DM).

Der vorliegende Band vereinigt die z. T. stark überarbeiteten Referate, die anlässlich des Semiotischen Kolloquiums im Oktober 1975 in West-Berlin gehalten wurden. Ziel des Kolloquiums war es – so die Herausgeber –, »einen Überblick über zeichentheoretisch motivierte Forschungen in den Einzelwissenschaften zu verschaffen«, und zwar »durch die exemplarische Vorführung semiotischer Probleme und Methoden« (Vorwort). Die Veranstalter hatten die folgenden Themenkomplexe ausgewählt: Zeichenerkennung (Neurobiologische Grundlagen), Superzeichenbildung (Semiotische Voraussetzungen der Kreativität), Zeichenebenen (Komplementarität in multimedialer Kommunikation), Zeichensysteme (Zur Leistung sprachlicher, parasprachlicher und nichtsprachlicher Codes), Ästhetische Zeichenprozesse (Ein Musikstück – drei Beschreibungswesen; Semiotik in der Kunstwissenschaft), Systematische Irreführung? (Folgen der Verwendung von Zeichensystemen), Zur Geschichte der Semiotik, Kodewandel (dazu gab es keine Referate, sondern eine das Kolloquium begleitende Ausstellung mit dem Titel »Plädoyer für die Wiedereinführung der Säule – semiotische Operationen an einem Paradigma der Architektur«).

Das Buch könnte die Dokumentation eines wissenschaftlichen Kongresses darstellen. Dies ist es nicht, da die Herausgeber nur die Referate, nicht aber die Diskussions-

beiträge der Kongreßteilnehmer berücksichtigt haben. Herausgekommen ist so ein Sammelband mit über 20 Aufsätzen, die mehr oder weniger zwanglos den genannten Themenkomplexen zugeordnet sind und in irgendeiner Weise mit »Zeichenprozessen« zu tun haben. Nicht dokumentiert sind das Unbehagen, das nicht wenige Kongreßteilnehmer angesichts der heterogenen Ansätze erfaßte, und das Staunen über die unreflektierte Selbstverständlichkeit, mit der die »semiotische« Terminologie (»Zeichen«, »Kode«, »Botschaft«, »Bedeutung« usw.) verwendet wurde.

Der Band enthält eine Reihe interessanter und informativer Aufsätze (so etwa »Neurobiologische Grundlagen der Zeichenerkennung« [Grüsser]; »Grammatische Bedeutung in natürlichen Sprachen« [Lieb]; die Interpretation der Freischütz-Ouvertüre von drei verschiedenen Standpunkten aus [Eggebrecht, Reinecke, Faltin]), oft aber hat man den Eindruck, daß alter, z. T. uralter Wein in neuen Schläuchen geboten wird. Wenn man Sätze liest wie »Eine Treppe ist ohne Zweifel eine bedeutungsstragende Einheit; wie steht es aber mit den einzelnen Stufen?« oder »Eine Treppe verweist nicht in derselben Weise auf die nach oben gerichtete Bewegung wie der entsprechende wortsprachliche Ausdruck »aufwärts«; sie lädt vielmehr zum Hinaufgehen ein, vielleicht so wie ein perlokutiver Sprechakt« (60, 61) – sie stammen aus dem Beitrag von Umberto Eco, einem der Großmeister der Semiotik –, so fragt man sich, was eine solche »semiotische« Betrachtungsweise anderes bietet als die analogisierende Applikation einer modischen Terminologie. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Art der »Vorführung semiotischer Probleme und Methoden« eher dazu dient, sich selbst (und den staunenden Nicht-Semiotikern) seine Wichtigkeit und Aktualität zu suggerieren, als die Erkenntnis in den Einzelwissenschaften weiterzubringen. Symptomatisch dafür ist, daß die erkenntnistheoretischen und methodologischen Probleme, die mit der Semiotik aufgeworfen sind, zwar bisweilen (aber selten genug) thematisiert, aber nirgends ausgelotet werden. Unter Semiotikern scheint man den schlechten Konsens (nämlich den, daß sich so ziemlich alles »semiotisieren« läßt, wobei der Zeichenbegriff selbst völlig unbestimmt bleibt) der wissenschaftlichen Kontroverse vorzuziehen. Eine so betriebene Semiotik stellt in der Tat eine »Herausforderung an alle Wissenschaftler« (6) dar.

Vom Titel und vom Anspruch her ist das Buch ein Musterbeispiel »systematischer Irreführung« durch Zeichen, die den erwartungsvollen Leser 44 Mark kostet.

Jürgen Ziegler (Duisburg)

Resnikow, L. O.: Zeichen, Sprache, Abbild. Aus dem Russischen von Holger und Hannelore Siegel. Mit einer Einleitung herausgegeben von Achim Eschbach. Syndikat, Frankfurt/M. 1977 (240 S., br., 38,- DM).

Der vorliegende Band versammelt Aufsätze, die zwischen 1946 und 1963 in verschiedenen sowjetischen Zeitschriften erschienen sind. In ihnen versucht R. zum einen sich in die Debatte innerhalb der Sowjetunion um den Aufbau einer materialistischen Sprachtheorie einzuschalten, setzt sich dabei dann auch immer wieder mit »westlichen« Strömungen, vor allem pragmatischen und zeichentheoretischen Ansätzen neopositivistischer Provenienz auseinander. Die Thematik der Beiträge kreist um grundlegende sprachphilosophische Fragestellungen, deren Klärung für eine materialistische Sprachtheorie unerlässlich ist. Die Aufsätze sind so wichtige Dokumente der Entwicklungsgeschichte sowjetischer Sprachwissenschaft, entstehen sie doch in einer Zeit, in der auch Stalins Angriff auf Marr und sein Festschreibenlassen dessen, was man unter »Sprache« zu verstehen habe, liegt. R. diskutiert diese Kontroverse in den vorliegenden Aufsätzen nicht explizit, bezieht sich auch nicht direkt auf Stalin, häufiger – allerdings in kritischer Distanz – auf Marr, dessen Untersuchungsergebnisse er in weiten Teilen übernimmt und einer erneuten Interpretation unterzieht.

Seine zentralen Gedanken entwickelt R. in dem Beitrag »das Problem der Begriffsbildung in sprachgeschichtlicher Sicht«, der zuerst 1946 erschien. Er schließt sich der Ansicht Marrs an, der Periode des formal-logischen Denkens sei eine vorausgegangen, die er als elementar-dialektisch bezeichnet, in der die Menschen die Grundlagen geschaffen hätten für die geistige Aneignung von Wirklichkeit in Form des Benennens und Verallgemeinerns. In der Diskussion vieler sprachhistorischer Beispiele sowie bei Einbeziehung der sog. »primitiven Sprachen« verdeutlicht R., daß sprachliche und geistige Tätigkeit im Zusammenhang mit der materiellen sich entwickeln, deren Entwicklungsstand sich jeweils auch in den Sprech- und Denkstrukturen niederschlägt.

Hervorzuheben ist noch das Vorwort, in dem Achim Eschbach auf 48 Seiten kurz skizziert, wie die von R. untersuchten Probleme von anderen Wissenschaftlern, die sich materialistischer Sprachwissenschaft und Psychologie zurechnen, diskutiert werden. Ferner ordnet er die in diesem Band erschienenen Arbeiten in das Gesamtwerk R.s ein.

Heinz W. Giese (Oldenburg)

Haiduk, Manfred: Der Dramatiker Peter Weiss. Henschel Verlag, Berlin/DDR 1977 (342 S., br., 12,80 M).

Mit dieser Arbeit, die eine erheblich erweiterte Neuauflage der gleichnamigen Monographie von 1969 ist, liegt die erste umfassende Gesamtanalyse des Weiss'schen Werkes vor. Trotz des irreführenden Titels bezieht Haiduk auch die Prosaerzählungen und Romane bis zur 1977 erschienenen »Ästhetik des Widerstands« in die Untersuchung ein.

Ausgehend von dem frühen Roman »Der Schatten des Körpers des Kutschers« (1952) und den – teilweise auf schwedisch verfaßten – Erzählungen skizziert Haiduk das Gefühl der »Unzugehörigkeit« (15), das Peter Weiss aufgrund der ständigen Flucht- und Exilsituation prägt. Leiden an der Gesellschaft und an der in ihr herrschenden Gewalt werden auch deutlich in den 1963 erschienenen Moritaten »Nacht mit Gästen« und »Wie dem Herrn Mockinpott das Leiden ausgetrieben wurde«. Die grotesken Elemente beider Stücke dienen nur zur Schockierung des Zuschauers, sie weisen keine gesellschaftliche Alternative und erreichen daher noch nicht die operative Qualität des Brechtschen Verfremdungseffekts. Der entscheidende Durchbruch – sowohl in künstlerischer Hinsicht als auch in bezug auf die Publikumsreaktion – gelingt Weiss im »Marat/Sade-Drama« (45). Durch die Verbindung von mehrschichtiger historischer Analyse und Gegenwartsbezug von »historischem Drama« und »Zeitstück« (80), wird das Publikum hier vor die Notwendigkeit einer aktuell-politischen Entscheidung gestellt, denn »in der Klassenauseinandersetzung des Stückes (spiegelt sich, C. A.) die heutige Auseinandersetzung der beiden Weltsysteme« (80). Gerade den Aspekt der gesellschaftlichen Bedingtheit von Gewalt und Grausamkeit, die im Modell »Irrenhaus« herrschen, arbeitet Weiss im Laufe des Schaffens- und Rezeptionsprozesses des Stückes immer schärfer heraus. Hier erweist sich der von Haiduk geleistete Vergleich der 5 Fassungen unter literatur- und theaterwissenschaftlichem Aspekt als besonders fruchtbar: der gesellschaftlich-operative Gehalt des Dramas wird ja durch die Art seiner Inszenierung entscheidend beeinflusst.

Während der Arbeit am »Marat/Sade« beschäftigt sich Weiss bereits mit dem Plan einer säkularisierten »Divina Commedia«, die zeigen soll, »daß die Anlässe des Leidens hier, zeitlebens beseitigt« (119) werden müssen. Kritik am Faschismus und Neofaschismus führen schließlich zum dokumentarischen Drama »Die Ermittlung« (1965), in dem die Aufmerksamkeit des Zuschauers auf ein System gelenkt wird, in dem die hemmungslose Ausbeutung nach wie vor Gesetz ist. Weiss' nun herausgebildeter antikapitalistischer Standpunkt materialisiert sich auch in den »10 Arbeitspunk-

ten eines Autors in der geteilten Welt«. Die danach folgenden agitatorischen Stücke »Gesang vom lusitanischen Popanz« (1968) und »Viet Nam Diskurs« (1967) konkretisieren diese neugewonnene Haltung nun auf aktuell-politischer Ebene.

Mit »Trotzki im Exil« (1969) und »Hölderlin« (1971) wendet sich Weiss wieder der durchgehenden Stückfabel und dem individuellen Helden zu. Das historische Dokument erscheint hier als »Zitat«, das »die historische Grundierung sichern soll« (201). Die Wahl des Trotzki-Stoffes begründet Haiduk aus dem autobiographisch begründeten Interesse Weiss' an der Gestalt des Ausgestoßenen und Isolierten. Er kritisiert jedoch die »politische Unentschiedenheit und Widersprüchlichkeit« (207) des Stückes. Erst mit dem »Hölderlin« gelange Weiss wieder zu der Verbindung von geschichtlich bedeutender Situation und individueller Lebenssituation seines Protagonisten. Gegenüber der bürgerlichen Geschichtsfälschung vom »völkischen Mahner« (212) trete die jakobinische Grundhaltung des Dichters besonders hervor. Hölderlins noch im Idealistischen befangenes, besonders in der Empedokles-Szene vergegenständlichtes Weltbild erhält seine Kritik und sein Gegengewicht durch den kommentierenden Sänger und die auf die Rolle des Proletariats hinweisende Schlußperspektive.

Den Schlußpunkt von Haiduks Analyse bildet die »Ästhetik des Widerstands«, eine »Wunschautobiografie« (239), die konkrete historische Schicksale mit kunst- und kulturtheoretischen Reflexionen verbindet. Die individualpsychologisch gedeutete Isolation der Jugendzeit sieht Haiduk nun überführt in eine entschiedene Haltung des proletarischen Internationalismus.

Der Autor verzichtet auf eine Untersuchung der sprachlichen Mittel bei Weiss – eine Entscheidung, die insofern bedauerlich ist, als sie den umfassenden, Produktion, theatralische Realisation und Rezeption einbeziehenden Ansatz Haiduks der Vertiefung im Detail beraubt.

Claudia Albert (Berlin/West)

Kreuzer, Helmut (Hrsg.): Deutsche Dramaturgie der Sechziger Jahre. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1974 (182 S., br., 14,80 DM).

Die Texte stammen vorrangig von Stückeschreibern und Theaterpraktikern, nicht aber von Kritikern und Kulturtheoretikern, obschon diese (z. B. Adorno) in der fraglichen Zeit entscheidenden Einfluß hatten.

Problematisch ist, daß die ausgewählten Texte sich selten produktiv aufeinander beziehen und, was weit schwerer wiegt, dem Leser gewissermaßen geschichtslos gegenüber treten, herausgelöst aus allen ihren Zusammenhängen – Streikbewegung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg, Studentenbewegung, Auseinandersetzung mit der »Frankfurter Schule« etc. –, Zusammenhänge, aus denen sich ihr wirklicher Sinn erst erschlosse. Schlagartig deutlich wird dies bei der einzigen rühmlichen Ausnahme, wenn Karsunke einige scheinbar fortschrittliche Äußerungen Handkes zum Straßentheater ihres reaktionären Charakters überführt, indem er sie in den politischen Kontext hineinstellt, worin sie vertreten worden sind (S. 148 ff., 162). Fazit: Der Band präsentiert einige typische Primärquellen für eine Dramaturgie der Sechziger Jahre, eine solche Dramaturgie repräsentiert er nicht.

Die Beiträge sind – jeweils in chronologischer Abfolge – um drei Problemkomplexe gegliedert: Teil I dokumentiert die Entwicklung vom absurden Theater (Hildesheimer) zum »Dokumentartheater«, (Weiss, Kipphardt, Hochhut u. a.) und »neuen Volksstück« (Sperr, Kroetz). Teil II bringt Gedanken zur Aufhebung der Trennung zwischen Akteur und Zuschauer, Imagination und »Praxis«, »Kunst« und »Leben«, zum Mitspieltheater und Happening (Nitsch, Bremer, Pörtner, Beuys u. a.). Teil III befaßt sich mit organisatorischen und funktionellen Veränderungen der Theaterinstitutionen.

Ad. I. Die – theoretische – Dominanz des absurden Theaters in der BRD der frühen

Sechziger Jahre scheint vorerst absurd. Denn international hatte es seine Vorherrschaft bereits eingeübt und national war kein einziger »absurder« Theaterautor prominent hervorgetreten. Leider beschäftigt sich kein Beitrag historisch-analytisch mit dieser Erscheinung. Das Faktum würde erst verständlich, reflektierte man die stockkonservative politische Situation in der damaligen BRD und den Umstand, daß eine realistische Kunst, wie sie sich international bereits als Alternative zum absurden Theater abzeichnete, hierzulande besonders verpönt war. Realismus, das war allenfalls eine obskure »ostzonale« Kulturdoktrin. Noch 1960 konnte Hildesheimer die »Absurdität des Lebens« als eine suprahistorische, unveränderliche Tatsache postulieren (2 ff.), wo anderwärts bereits kritisch gefragt wurde, ob nicht doch eher bloß die Funktionsweise eines historisch ganz bestimmten gesellschaftlichen Systems absurd geworden und daher veränderungsbedürftig sei. Bedingung für ein solches Fragen war allerdings die Existenz einer gesellschaftlich relevanten Bewegung, die dieses System in Frage stellte. Und hier hinkte die BRD – politisch und daher auch kulturtheoretisch – dem Ausland hinterher. Erst 1962 vollzieht Walser dezidiert diese Wendung (18 ff.). Statt Parabeln, die nichts aussagen, »weil das Leben ja auch nichts aussagt« – so Hildesheimers Forderung ans absurde Theater (4) – verlangt er eine »aktive Fabel«, die »die Wirklichkeit zwingt, sich preiszugeben« (21), die »der Wirklichkeit das Gesicht aufblättert« (31). (Daß Walser hierbei die absurden Autoren Ionesco und Beckett zu neuen Realisten uminterpretiert, dokumentiert allerdings die Schwierigkeit dieser Wendung). Die weitere Ausarbeitung realistischer Positionen ist im wesentlichen die Geschichte einer langsamen und bruchstückhaften Brecht-Rezeption in der BRD. Sie erfolgt nicht ohne Rückfälle in naturalistische (z. T. bei Kipphardt und Forte) oder idealistische Positionen (Hochhut). Teil I enthält die noch heute interessantesten Texte, da hier Anfänge der und Materialien für die aktuelle Realismus- und ästhetische Abbilddebatte eingebracht werden.

Ad. II – Gesucht sind neue Kommunikationsformen zwischen Schauspielern und Publikum. Da allerdings die Inhalte einer solchen Kommunikation und die Mechanismen, welche im Kapitalismus eine Kommunikation über gesellschaftlich relevante Inhalte blockieren, ungenügend mitreflektiert wurden, blieben diese Konzeptionen meist formalistisch und darum letztlich ineffizient fürs Theater. Bis zu welchem Zynismus sie jedoch führen konnten, dokumentiert etwa Minks, wenn er bedauert, daß am Theater jene idealen Kommunikationsräume nicht herstellbar sind, die er in den Slums von Honkong kennengelernt hatte (118 ff.) (vgl. auch Karsunkes Kritik an Handke, 162). Verquickt mit solchen kommunikationstheoretischen Überlegungen sind solche zur Beseitigung der Trennung zwischen Theaterspiel und gesellschaftlicher Praxis. Sie laufen darauf hinaus, daß letztere selbst zum Theater uminterpretiert wird. Man findet in diesen Texten die gleichen kurzschlüssigen Vorstellungen, mit denen die soziale Rollentheorie operiert und die auch in der Lehrstück-Debatte (Steinweg u. a.) ihr Unwesen treiben.

Ad. III – Das heute noch interessanteste Thema dieses Teils ist die Mitbestimmungsfrage. Die Überlegungen hierzu muten inzwischen zuweilen recht naiv an. Politisch naiv, wenn vom politischen Geldgeber gefordert wird, daß er »für die Gesellschaft ein kritisches Forum duldet und sogar subventioniert, das ihr und dem Subventionsträger (!) so den Spiegel vorhält, als wäre es unabhängig«. (Karasek, zitiert bei Sichtermann/Johler, 142). Wirkungsästhetisch naiv, wenn geglaubt wird, die Einführung formal demokratischer Mitbestimmung am Theater *allein* schon genüge, um den mangelnden Dialog zwischen Theater und Öffentlichkeit herzustellen. Mit Ausnahme einiger interessanter Ansätze bei Karsunke fehlen grundsätzliche Überlegungen zum Zusammenhang zwischen den sozialen Funktionen und den Institutionsformen von Theater. Sie fehlen auch heute noch.

Urs Bircher (Luzern)

Hahn, Ulla: *Literatur in der Aktion. Zur Entwicklung operativer Literaturformen in der Bundesrepublik.* Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Wiesbaden 1978 (Athenaion Literaturwissenschaft Bd. 9) (257 S., br., 34,80 DM).

Hahn leistet einen Beitrag zur Literaturgeschichtsschreibung der BRD »von unten«; nicht die große, bürgerliche Literatur wird untersucht, sondern diejenige, die »im Zusammenhang mit den politischen Aktionen der außerparlamentarischen Opposition entstanden ist und diesen Bezug inhaltlich explizit aufweist« (9). Die Analyse setzt ein Anfang der 60er Jahre und endet mit einem Kapitel zur Situation am Beginn der 70er Jahre.

Das Textmaterial ist zum Teil recht unbekannt, so daß die Arbeit schon von daher verdientvoll ist. Die literarische Opposition gegen atomare Aufrüstung in den 50er und vor allem den 60er Jahren etwa, verbunden mit Autorennamen wie Gerd Semmer, Arno Reinfrank u. a., ist eine zu Unrecht verschüttete und verdrängte Tradition. Hahn analysiert weiter den literarischen Protest gegen den Vietnamkrieg, die in der Studentenbewegung produzierte Literatur und die Entwicklung des Straßentheaters. Ausführlich wird dann die literarische Gestaltung der Arbeitswelt bei Autoren der Gruppe 61, des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt und einzelnen engagierten Schriftstellern behandelt.

Gattungs- und genrespezifische Probleme werden in der Untersuchung reflektiert, stehen aber nicht im Mittelpunkt. Ein Schwergewicht liegt auf der Lyrik. Unübersichtlich bleibt freilich z. T. die Gliederung der Arbeit, die punktuell nach historischen Hintergründen (Anti-Atombewegung, Studentenbewegung), nach Sujets (Vietnam), dann nach Genres (Straßentheater), dann wieder nach literarischen Gruppen (Gruppe 61, Werkkreis) aufgebaut ist. Stellenweise gerät die Arbeit dadurch in die Gefahr einer allzu additiven Darstellung.

Hahn strebt eine Synthese von kursorischem Überblick, der generelle Tendenzen der inhaltlichen und formalen Qualität herausarbeitet sowie die Leistung einzelner Autoren und Gruppen würdigt, und sehr detaillierten Einzelinterpretationen von Texten an. Gelungen ist, wie literaturwissenschaftliche und -kritische Aussagen einander ergänzen und zu einer ästhetisch stark wertenden Darstellung verbunden werden. Ausführliche Zitate aus vielen literarischen Texten liefert die Autorin mit, allerdings nicht durchgängig; dies stört immer dann, wenn die untersuchten Texte recht unbekannt und unzugänglich sind und dem Leser dadurch der Nachvollzug der Argumentation erschwert wird.

Kritisches Fazit von Hahns Untersuchung der gesellschaftskritischen Literatur Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre: diese Literatur habe das große Verdienst, erstmals eine Gegenöffentlichkeit herzustellen für Fakten und Ansichten, die in der herrschenden Öffentlichkeit unterdrückt und verfälscht werden. Sie tendiere aber zur »Beschränkung auf die Darstellung und Analyse gesellschaftspolitischer Fakten und Vorgänge. Der Mensch tritt in seinen betrieblichen und sozialen Funktionen, nicht als Person, in Erscheinung. Zwar werden Verhaltensmöglichkeiten propagiert, Ansichten korrigiert; Antriebe des Denkens, Fühlens und Handelns der Personen, mithin deren Entwicklung, werden nicht dargestellt.« (198)

1972/73 sieht die Autorin in Literaturtheorie und -praxis einen Neuanfang, der stärker eine Einheit von ästhetischer Spezifik und politischem Anspruch der Texte anstrebt. Nicht nur neue Sujets werden erschlossen (wie Natur, Freizeit, Familie, Liebesbeziehungen), auch die literarischen Gestaltungsweisen verfeinern und differenzieren sich, die »Möglichkeit der Phantasieanregung, der Ausbildung von Gefühl und Sinnlichkeit werden als unabdingbare Voraussetzung für die Wirksamkeit von Literatur erkannt« (201).

Zusammen mit der wenig vorher erschienenen Untersuchung von Ursula Reinhold

(»Herausforderung Literatur«, vgl. *Argument* 108, 281 f.) ermöglicht Hahns Buch einen ersten Überblick über engagierte Autoren, Gruppen und einzelne Werke, wobei Hahn durch differenziertere Einzelinterpretationen und stärker ästhetisch begründete Wertungen besticht. Ausführliche Anmerkungen, Literaturverzeichnis und Autorenregister erhöhen den Gebrauchswert des Bandes.

Uwe Naumann (Hamburg)

Ulshöfer, Robert (Hrsg.): *Marxismus im Deutschunterricht*. Kohlhammer, Stuttgart 1978 (200 S., br., 28,- DM).

Die in diesem Band gesammelten Beiträge sind das Resultat eines Forschungsunternehmens, das – getragen von Vertretern der Studienseminare und pädagogischen Hochschulen – von der baden-württembergischen Landeszentrale für politische Bildung finanziert wurde. Ausgehend von der Einschätzung, daß Unterrichtstheorien und -materialien seit dem Ende der 60er Jahre stark unter den Einfluß marxistischer Positionen geraten seien, lautet die – offiziös klingende – Kernfrage des Sammelbandes: »welche Rolle soll, kann und darf der Marxismus im Deutschunterricht der Bundesrepublik spielen?« (7) Am postulierten Ideal einer »offenen Didaktik«, d. h. der »undogmatische(n) Ausrichtung auf den Auftrag der Schule im freiheitlich liberalen Rechtsstaat« (10) gemessen, soll sich erweisen, wie dieser Einfluß zu bewerten sei, als Verengung oder Erweiterung. Dies soll entschieden werden, nachdem man zunächst »Marxismen« im Konkreten nachgewiesen hat: anhand von Kinderbüchern, anhand von Vorschlägen für die didaktische Aufbereitung von Trivialliteratur, Texten aus der Arbeitswelt, Gedichten und selbst Goethes »Werther«, anhand der Gestaltung von Lesebüchern, der Behandlung von Textherstellung und Konzeptionen des Sprachunterrichts.

Zwei methodische Probleme eines solchen Unternehmens thematisiert zwar das Vorwort, aber gelöst werden sie nicht. Grundsätzliches Hindernis für eine Lösung ist der betont vertretene Wissenschaftspluralismus, der in Widerspruch gerät zu der faktischen Funktion des Vorhabens, nämlich Unterrichtstheorie und -planung gegen systemtranszendente Ansätze abzudichten. Einmal können die Beiträger sich weder darauf einigen, was denn Marxismus sei, ob Frankfurter Schule, Maoismus oder die sogenannte Orthodoxie etc., noch darauf – und dies wiegt schwerer – wie man seiner in den untersuchten Konzepten konkret habhaft werden könne. So entdeckt jeder einzelne Beitrag in seinem Untersuchungsbereich seinen marxistischen Einfluß (oder was er dafür hält) anhand seines Merkmalsystems. Was das Unternehmen zuallererst methodisch hätte lösen müssen, wird so dem einzelnen Beitrag aufgebürdet und verschimmt dort vornehmlich im Dilettantismus.

Zum andern stellt sich das Problem, wie »mit wissenschaftlichen Methoden vorurteilsfrei« (8) der Wissenschaftspluralismus die Grenzen des Pluralismus präzise zu ziehen habe: bis wohin befruchtet, ab wo dogmatisiert marxistisches Denken didaktische Konzeptionen; wie wird so etwas vorurteilslos wissenschaftlich nachgewiesen? Die Schaffung einer Kategorie »möglichster Objektivität« (10) beseitigt nicht das Dilemma zwischen wissenschaftstheoretischer Position und ideologischer Aufgabe, sondern fixiert es.

Daß bei einer derartigen methodischen Hypothek die Ergebnisse der einzelnen Arbeiten nicht gerade aufregend sind, nimmt nicht wunder. Zeigen läßt sich das z. B. am Beitrag des Herausgebers über die Behandlung von Texten aus der Arbeitswelt in Klasse 9/10. Gegen drei »marxistisch orientierte« (58) Unterrichtskonzepte entwirft Ulshöfer ein eigenes, als »offen« bezeichnetes Unterrichtsmodell. Dabei verzichtet er darauf, das spezifisch Marxistische seiner Vorlagen in deren Argumentationsverlauf und Begründungszusammenhängen aufzuarbeiten. Als Folge davon kann er die

Grenzbestimmungsproblematik verlagern. Anstatt Produktivität und Dogmatismus in seinen Vorlagen säuberlich zu trennen, also Grenzbestimmung zu betreiben, verinnahmt er sie einfach – vornehmlich bloß additiv – ins eigene ideologische System und betreibt derart ideologische Pazifizierung. So gesellt er zu Texten aus der Arbeitswelt über die Ausbeutung eben beruhigend Auszüge aus dem GG und verschiedenen Sozialgesetzen (62 f.), zu Leitfragen, die den Tatbestand der Ausbeutung erfragen wollen, relativierende andere Fragen (64 f.). Derart wird konkret »eingelöst«, was der Sammelband allgemein als Aufgabe gestellt erhielt: Nachweis und kritische Wertung marxistischen Einflusses im Bereich des Deutschunterrichts.

Wirklich lesenswert hingegen ist der Aufsatz von Karlheinz Fingerhut (118 ff.). Hier wird die Darstellung der Arbeitswelt in Lesebüchern der 70er Jahre – allesamt übrigens in Baden-Württemberg nicht zugelassen – daraufhin untersucht, ob man sie als marxistische Antwort auf eine konkrete gesellschaftliche Situation begreifen könne. Detailliert, genau und stringent die Logik herausarbeitend, nach der in den jeweiligen Schulbüchern Einzeltexte zum didaktischen Supertext zusammengesetzt werden, diagnostiziert Fingerhut schließlich Dokumentarismus statt marxistischer Gesellschaftserklärung: »die neuen Lesebücher berichten naturalistisch, dokumentaristisch, veristisch und moralisch-rhetorisch über die Arbeitswelt« (136). Allzusehr scheint sich demnach der Marxismus doch noch nicht des didaktischen Raums bemächtigt zu haben. Frieder Hildt (Stuttgart)

Grünwaldt, Hans Joachim und Helmut Hoffacker (Hrsg.): Politischer Deutschunterricht? Beiträge zu einer didaktischen Kontroverse. (Zur Praxis des Deutschunterrichts 10) Metzler-Verlag, Stuttgart 1978 (153 S., br., 20,- DM).

Seit dem Ende der 60er Jahre hat die Kontroverse um die Rolle des »Politischen« im Deutschunterricht (DU) ihren festen Platz in der fachdidaktischen Diskussion. Die vorliegende Aufsatzsammlung, deren Autoren sich zu einer marxistischen didaktischen Grundkonzeption bekennen, zeichnet sich durch eine Versachlichung und Differenzierung dieser Diskussion aus.

Im einleitenden Aufsatz umreißt H. Hoffacker die politische Dimension des DU, die er über die Vermittlung politischer Inhalte hinaus in der Einflußnahme gesellschaftlicher Faktoren – etwa ministerieller Vorgaben – auf den DU wie in der Einflußnahme des DU auf das Bewußtsein der an ihm Beteiligten sieht. Hoffacker konstatiert als das »entscheidende politische Moment im DU ... seine *strukturelle* Anpassung an die Verwertungsbedingungen einer spätkapitalistischen Industriegesellschaft.« (7) Die folgenden fünf Aufsätze versuchen den von Hoffacker aufgezeigten Rahmen mit Überlegungen zur Unterrichtspraxis zu füllen. H. Cordes stellt ein Programm eines »Kommunikationstrainings« im DU vor, das im Unterschied zu dem eher formal orientierten vorherrschenden Kommunikationsbegriff die soziale Praxis der Schüler thematisiert, etwa dadurch, daß die Schüler ihre kommunikative Rolle im vorherrschenden Frontalunterricht reflektieren oder daß »Gefühlsnormen« (26) mit dem Ziel der sprachlichen Bewältigung Unterrichtsgegenstand werden.

Innerhalb des Themas »Sprache als Mittel der Politik« stellt K. Ehlert die Verwendungsmöglichkeit politischer Gebrauchstexte dar. An dem von G. Klaus entwickelten »Gesetz von Informationseinengung und -erweiterung« (47) verdeutlicht er, wie die politischen Institutionen aufgrund ihres Informationsmonopols informative Daten entsprechend einer politischen Strategie auswählen mit dem Resultat, daß politische Gebrauchstexte über eine vereinfachende und tendenziöse Argumentation auf einen Integrationseffekt abzielen, der mit polarisierenden Inhalten, die sich in Schlagworten wie »Gefahr aus dem Osten« oder »Freiheit statt Sozialismus« (55–56) verdichten, an das Zusammengehörigkeitsgefühl der eigenen Wählergruppe appelliert

und es ihr zugleich ermöglicht, sich vom politischen Gegner abzugrenzen. Die genaue Analyse eines politischen Presstextes aus DER SPIEGEL schließt den Aufsatz ab. Eine stärkere unterrichtspraktische Orientierung hätte den Wert dieses informativen Aufsatzes noch erhöht.

Für H. J. Grünwaldt empfiehlt sich die Reisebeschreibung für den DU, da sie den Schüler allein schon aufgrund der zeitlichen Distanz an einer unkritischen Identifikation mit dem Inhalt hindert, da sie modernen Formen der Gebrauchsliteratur wie Reportage und Bericht nahe steht und da sie sich durch »eine gewisse Affinität zu einer liberalen, aufklärerischen Geisteshaltung« (69) auszeichnet. Als Ziel der Unterrichtsbehandlung von Reiseliteratur wird das Verstehen der jeweiligen Texte auf der Grundlage der historisch-sozialen Situation des Autors genannt. Eine detaillierte Analyse von Fontanes »Aus den Tagen der Okkupation« und eine nützliche Auswahl von Reisebeschreibungen beenden den Aufsatz. Allerdings wären für ein »Unterrichtsmodell« (67) genauere Überlegungen zu möglichen Lerngruppen oder zur Methodik wünschenswert.

R. Wenzel fordert den Einbau von Kinderbüchern in Unterrichtseinheiten, »die sich gründlicher mit soziologischen, psychologischen und politischen Fragen der primären Sozialisation befassen.« (111) Als Lerngruppe kommen Schüler in Frage, die als tatsächliche Konsumenten von Kinderbüchern am Unterricht teilnehmen, wie auch ältere Schüler, die eine stärker reflektierende Haltung zum Unterrichtsgegenstand einnehmen werden. Positiver Beurteilungsmaßstab für den Sozialisationsfaktor Kinderbuch ist hier die Stützung kritischer Verhaltensmuster. Wie er dies konkret verstanden haben will, demonstriert er an einem Vergleich von A. Lindgrens *Pippi Langstrumpf* und dem vom Berliner Basis-Verlag herausgegebenen Roman *Wie sich Bonzo Dresche verdiente*.

Der abschließende Aufsatz von Bode Lecke setzt einer »technokratischen Rationalität« (120) einen an dem sprachlichen Text gebundenen ideologiekritischen Unterricht entgegen, der unter Rückbezug auf die »Tradition der Rhetorik/Poetik/Stilistik« (121) des 18. Jhs. einer Literaturdidaktik verpflichtet ist, die sich »gleichsam als verlängerten Arm der Wirkungsästhetik« (121) sieht und der die den literarischen Texten immanente appellativ-didaktischen Momente zu nutzen sucht. Im zweiten Teil des Aufsatzes wird durch die Verknüpfung von Arbeitsempfehlung und Textmaterial ein ideologiekritischer Lehrgang für Schüler der Sekundarstufe II aufgebaut.

Frank Richter (Oldenburg)

Kunst- und Kulturwissenschaften

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (Hrsg.): Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Materialien der IMSF-Tagung »Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse«, 22./23. Oktober 1977 in Frankfurt/M. Damnitz Verlag, München 1978 (274 S., br., 15,- DM).

Die erste kulturwissenschaftliche Tagung des IMSF entspricht nicht ganz dem üblichen Bild solcher Veranstaltungen: Hauptreferat, kleinere Kritiken und Antikritiken, Berichte aus dem jeweiligen Praxisspektrum. Das liegt vor allem daran, daß westdeutsche Marxisten noch keine umfassende Kulturkonzeption entwickelt haben, auf die die Diskussion sich hätte beziehen können. Das Bemühen aller auf die Entwicklung der Theorie gerichteten Tagungsbeiträge um einen eigenständigen, die gesellschaftlichen Bedingungen der BRD reflektierenden Ansatz ist positiv zu vermerken – trotz der vielfach festgestellten Defizite macht es sich niemand so einfach, sich theoretische Fragen etwa durch DDR-Theoretiker wie Mühlberg oder Ulle beantworten zu lassen.

K. Maase bemüht sich in seinem Referat um eine theoretische Analyse der grundlegenden Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse und der Bestimmungs momente für die Kulturentwicklung. Seine umfassende Bestimmung von Kulturtheorie: sie »untersucht die materiellen und geistigen Lebensbedingungen in ihrer Funktion als Entwicklungsbedingungen, ihren Zusammenhang mit der Ausbildung bestimmter Lebensweisen in der aktiven Auseinandersetzung mit der Umwelt; sie fragt nach der Entwicklung der Fähigkeiten, Kenntnisse, Bedürfnisse, Beziehungen, Genüsse, Werte und Normen der Menschen in ihrer Lebenstätigkeit, vor allem in der gesellschaftlichen Arbeit« (9). Den Widerspruch zwischen den mit der Stufenleiter der kapitalistischen Reproduktion steigenden *Potenzen* der Reichtumsaneignung und Persönlichkeitsentfaltung und der Totalisierung und Verfeinerung der kapitalistischen Herrschaft über eben jene Prozesse faßt Maase mit dem Marxschen Paradox der »vollen Entleerung«. Die Frage sei, wie die »bürgerliche Dominanz der subjektiven Kultur zurückgedrängt« und die über die erweiterte Reproduktion erweiterten Möglichkeiten »für kulturellen Fortschritt genutzt werden können« (17). Das Fehlen einer präzisen Bestimmung der Spezifik des Bereichs »Kultur« und der in ihm möglicherweise in relativer Autonomie funktionierenden (und attackierbaren) Herrschaftsmechanismen führt bei Maase dann dazu, daß der *kulturellen* Herrschaft des Kapitals nur die allgemeine Strategie der Überwindung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse qua Ausbildung von Klassenbewußtsein, »Kampf- und Organisationskultur« (41) und wesentlicher Rolle der KP entgegengesetzt wird. Das Kulturelle wird in diesem Prozeß von Maase immer nur in Abhängigkeit von den ökonomischen Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse betrachtet. Ein Feld für die Entwicklung hegemonialer Positionen auf kulturellem Gebiet tut sich nicht auf, es sei denn, Kultur würde wieder eng als künstlerische Praxis verstanden. Maases Anspruch, die kulturelle Herrschaft im gegenwärtigen Kapitalismus als spezifisch »staatsmonopolistisch« auszuweisen (20 ff.), erfüllt sich nicht; das einzige Beispiel – die Werbung – kann nicht ernsthaft als Beleg gelten.

Th. Metschers Beitrag ist von dem Bemühen geprägt, den Kulturbegriff auf der Grundlage einer »materialistisch-dialektischen Humanismustheorie« zu fundieren. Seine Definition lautet: »Kultur« bezeichnet die prozessualen Formen der Vergegenständlichung und Aneignung sich historisch bildender, stets sich wandelnder, sich also unaufhörlich entwickelnder menschlicher Kräfte, Fähigkeiten, Bedürfnisse, Eigenschaften in der sinnlich-praktischen Tätigkeit des (!) Menschen, sowohl in geistigen Vergegenständlichungs- und Aneignungsformen als auch in den Formen der produktiven materiellen Arbeit.« (63) Über eine Unterscheidung von Tauschwert, Gebrauchswert und »kulturellem Wert« (die Seite des Gebrauchswerts, die »primärfunktional der Persönlichkeitsentwicklung dient« – nach L. Parade) gelingt es ihm, alle gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse als »kulturelle Bereiche« zu systematisieren. Ein Aufweis des Anspruchs, damit ein »Praxisfeld Kultur« (74) geschaffen zu haben, in dem sich die Parole »Humanität« historisch-konkret aufs Tapet bringen läßt, unterbleibt allerdings. Auch für die »Anmerkungen zum materialistischen Kulturbegriff« R. Hillgärtners ist die sehr allgemein gehaltene, auf die Gattungsentwicklung der Menschheit bezogene Ableitung des Kulturbegriffs kennzeichnend. Ebenso wie Metscher geht es ihm um die materialistische Aufhebung und Fundierung der »Freiheits- und Verwirklichungsvorstellungen des Neuhumanismus«. Kultur ist für ihn ein »Aspekt aller Seiten der menschlichen Lebenstätigkeit« (83), in den das Gestalten nach den Gesetzen der Schönheit eingeht. Er will mit dieser Definition vermeiden, daß »der weite Kulturbegriff unter Umständen auf seine Weise zu kurz greift, indem er zwar alles benennt, was die Menschen schaffen und nutzen, den Sinnzusammenhang dieses Vorgangs indessen hinter der Beschreibung und Pla-

nung der Fakten verliert« (90). Problematisch (und in gewisser Weise typisch für einen zu intensiven »Flirt« mit dem Neuhumanismus) erscheint mir Hillgärtners widerspruchsarme Definition des historischen und kulturellen Fortschritts: »Die Geschichte ist die des Fortschritts der Produktivkräfte, des immer umfassenderen Eindringens der Tätigen in die äußere und die eigene Natur. Die Geschichte ist zugleich die der Kämpfe um die Nutzung der Technik und um die Aneignung ihrer Resultate. Die Geschichte ist schließlich die der wachsenden Freiheit und Autonomie für eine immer größere Zahl von Menschen.« (87 f.) Antriebsmomente für ein selbstbewußtes Streiten um die Gestaltung der Reproduktionsverhältnisse lassen sich daraus nicht gewinnen.

W. F. Haug weist auf die Notwendigkeit hin, der Kulturtheorie die wirkliche Lebensweise der Arbeiterklasse zugrunde zu legen und daher für die BRD besonders die Dominanz der »imperialistischen Massenkultur« zu berücksichtigen. Er wendet sich gegen Kulturdefinitionen, die Kultur mit gesellschaftlichem Leben allgemein (Maase) bzw. mit Ideologie (Mühlberg) identifizieren. Für ihn ist Kultur – etwas präziser als bei Hillgärtner – ein »Aspekt«: »insofern Menschen sich ihre Aktivitäten als sinnvoll und sinnlich genießbar einrichten« (103). Er polemisiert dann in Anwendung dieser These zu Recht gegen die propagandistische Indienstnahme kultureller Aktivitäten, gegen »Administrationismus« und »Edukationismus«. Neben einer interessanten Debatte zum Verhältnis von Arbeit und Kultur (mit Beiträgen u. a. von S. Schunter-Kleemann, D. Brock/H.-R. Vetter, J. Hund, S. Wenk) enthält der Band noch 17 kürzere Stellungnahmen zu kommunalen, Freizeit-, Sport- und Jugendproblemen sowie zur gewerkschaftlichen Kulturpolitik. Z. T. geht es um die Vermittlung bestimmter politischer Erfahrungen, z. T. wird aber darüber hinaus (Thema: Jugendkultur) auf theoretisch noch wenig bearbeitete Aspekte des kulturellen »Alltags« verwiesen. Die eingangs gekennzeichnete Situation der Kulturtheorie spiegelt sich auch darin wider, daß auf den letzten hundert Seiten im Gegensatz zu den ersten hundert überwiegend völlig unbefragt von einem »engen« Kulturbegriff (= künstlerische Praxis) ausgegangen wird. Die Desiderate materialistischer Kulturtheorie in der Bundesrepublik sind mit diesem Band deutlich geworden, ein produktiver nächster Schritt wäre schon die wechselseitige Berücksichtigung der hier versammelten »nur« theoretischen und der »rein« praktischen Ansätze. Hermann Rotermund (Bremen)

Hiepe, Richard: Die Taube in der Hand. Aufsätze zur Kunst und Kulturpolitik 1955–1975, Damnitz Verlag, München 1976 (266 S., br., 18,- DM).

Das Symbol der weißen Taube steht »für die großen Fortschritte in der Befreiung von Ausbeutung, Kolonialismus und Unwissenheit, für die Festigung des Friedens in der Welt« (241). Hiepes Arbeit will im Zusammenhang einer solchen Fortschritts-Geschichte kunstwissenschaftlich auf die »ästhetisch-bildnerische Aneignung der Wirklichkeit« (222) hinaus, politisch auf eine analytische Aneignung und Veränderung dieser Wirklichkeit. Diejenigen, die den Autor R. Hiepe mit Berufsverbot belegten, könnten beides gefürchtet haben.

Zwischen 1955 und 1975 entstanden und zumeist in der Kunstzeitschrift »Tendenzen« erstabgedruckt, sind die Aufsätze für die vorliegende Publikation überarbeitet und durch Originalbeiträge ergänzt worden. Zahlreiche Beiträge behalten auch in ihrer jetzigen Fassung den Charakter von Notaten, Übersichten, Exkursen.

Innerhalb der Klassen- und Systemauseinandersetzungen Standpunkt zu beziehen, heißt: sich auseinandersetzen mit den Produkten der reaktionären Massenkunst (32) ebenso wie mit denen einer elitären, »über die dumpfen Massen erhabenen Kunst« (146); modische Kunstmarktpositionen ebenso zu analysieren wie an der »Bewahrung

des nichtkapitalistischen, nicht dem Imperialismus verfallenen formalen und inhaltlichen Erbes« (225) zu arbeiten; sich beschäftigen mit einer Kunsterziehung, die »aus dem riesigen Material der Kunst- und Kulturgeschichte (. . .) Stoff und die Beweise für die revolutionären Möglichkeiten der Kultur« (119) vermitteln könnte; zu kämpfen schließlich »um die Rehabilitierung der gesellschaftlichen Wahrheit in der Kunst« (250). In dieses Arbeitsgebiet einer marxistisch verfahrenen Kunstwissenschaft führt die Aufsatzsammlung umfassend ein. Neben einer Menge von Hinweisen zu einzelnen Malern (Schellemann, Heinzinger, Dix, Ben Shan, Guttuso, Sitte, Corinth, Cranach, Picasso, Gruppe Asso, etc.) stehen grundlegende Argumentationen für ein marxistisches Verfahren in den verschiedenen Spezialdisziplinen der Kunstwissenschaft. Die Sammlung zeigt dabei bereits ein Stück Geschichte dieser kunstwissenschaftlichen Schule, die weitgehend ausgeschlossen von der akademischen Diskussion entwickelt wurde und sich dazu auseinandersetzen mußte mit dem »ästhetischen Radikalismus« (99), der Kunst gänzlich abzuschaffen oder in Happening-Prozesse »umzufunktionieren« gedachte. Wenn man so die Aufsätze auch als bereits historisch gewordene Dokumente zu lesen versucht, läßt sich die Kritik an einzelnen Punkten als Vorschlag zur weiteren Perspektive der Arbeit formulieren: dringend wären systematischere Arbeiten zu den häufig nur feuilletonistisch attackierten Strukturen der modernen Massenkunst, dringend umfassendere Auseinandersetzungen mit dem Realismusbegriff, auch eine praxis-nähere Arbeit zur Kunstpädagogik notwendig.

Klaus-Dieter Lenzen (Kronberg/Ts.)

Würzburg, Gerd: Kultur und Politik. Der Beitrag Antonio Gramscis zur theoretischen Grundlegung der politisch-kulturellen Transformation Italiens.

Rita G. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1978 (268 S., br., 25,- DM).

»Das in den letzten Jahren auch hierzulande sich entwickelnde Interesse für die Politik und Theorie der italienischen KP hat – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zu keiner intensiven wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Werk des wohl gewichtigsten Begründers und überragenden Kopfes dieser Partei geführt.«

Wahre Worte, mit denen der Verfasser seine aus einer Dissertation hervorgegangene Arbeit einleitet. Wir stehen hierzulande leider erst am Anfang einer sich langsam entwickelnden Gramsci-Rezeption, die durch die zum Teil sehr vordergründige und hastige Publikationswelle zum Eurokommunismus eher behindert als gefördert wird. Was wir derzeit – gerade auch angesichts einer immer noch fehlenden guten Gramsci-Übersetzung – brauchen, ist eine sich nicht von vornherein diesem oder jenem Lager zuschlagende, sachliche und informierende Gesamtdarstellung, in der die immanente Rekonstruktion der grundlegenden Gedanken und Methoden von Gramscis Werk verbunden wird a) mit den historisch-politischen Entstehungsbedingungen, um zu zeigen, worin die Originalität des Theoretikers Gramsci liegt und b) mit dem Stand der einschlägigen theoretischen Diskussion hierzulande, um zu zeigen, worin die Relevanz einer Beschäftigung mit Gramsci für uns liegen könnte.

Dies ist ein hoher, zu hoher Anspruch, als daß er derzeit voll eingelöst werden könnte, aber Würzburgs Buch kommt ihm von allen westdeutschen Arbeiten noch am nächsten.

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Im ersten, umfangreicheren Teil entfaltet der Verfasser die zentralen Kategorien der politischen Theorie Gramscis: Er arbeitet die genaue Bedeutung der »bürgerlichen Gesellschaft« (*società civile*) und ihren Stellenwert im Rahmen von Gramscis Staatstheorie heraus und setzt sie in Beziehung zu seinem Hegemonie-Konzept. Er betont insbesondere die »prozessuale Seite« dieser Konzeption und damit zugleich die Ebene ihrer politisch-strategischen Operationali-

sierung. Mit dem Verfasser bin ich der Meinung, daß diese Ebene »der eigentliche Schlüssel zum Verständnis der in den Gefängnisheften entfalteten politischen Theorie« ist. (29) Besonderes Gewicht legt Würzberg auf Gramscis Konzeption des »historischen Blocks« als dialektische Einheit von Basis und Überbau und arbeitet überzeugend heraus, daß Gramsci damit einen theoretischen Bezugspunkt gewonnen hat, von dem aus eine marxistische Staatstheorie die Veränderung bzw. Ausweitung ihres Gegenstandes zur Kenntnis nehmen und die kulturelle und ideologische Seite der modernen Klassengesellschaft überhaupt erst adäquat erfassen kann (42), der aber auch eine andere Strategie nach sich zieht als etwa die »Volksfront-Strategie« der III. Internationale (vgl. 120).

Es liegt nahe, daß Würzberg, auch im Hinblick auf den zweiten Teil seiner Arbeit, die unter kultursoziologischem und kulturpolitischem Aspekt dem Beitrag Gramscis zur Literaturkritik gewidmet ist, sich mit besonderer Intensität dem Problem der Intellektuellen und ihrer politischen und kulturellen Funktion zuwendet. Dabei verwirft er m. M. nach zu Unrecht die These der Kontinuität von Gramscis Frühschriften zu den Gefängnisheften und legt dadurch den Akzent stärker auf die Differenz zwischen Gramsci und Lenin. Insgesamt zeichnet er, diskreter zwar als Plette und Roth, aber doch deutlich auf ihrer Spur, ein unleninistisches Bild von Gramscis, ohne sich meiner Meinung nach hinreichend mit dem (z. B. von Buci-Glucksmann rekonstruierten) Versuch Gramscis auseinanderzusetzen, Lenins Theorie und Praxis für die hochentwickelten westlichen Länder zu *übersetzen*. Dennoch habe ich Würzbergs vergleichende Analyse der Positionen Lenins und Kautskys zur Intellektuellenfrage und seine Auseinandersetzung mit diesbezüglicher neuerer DDR-Literatur mit besonderem Interesse und Gewinn gelesen.

Würzberg zeigt, wie Gramsci dialektischer Begriff des Basis-Überbau-Verhältnisses auch auf die Behandlung des Vermittlungszusammenhangs von Literatur und Gesellschaft im Kunstwerk durchschlägt. Nach der detaillierten Analyse der Auseinandersetzung Gramscis mit Croce, De Sanctis, Pirandello und den damaligen Vorformen der Trivialliteratur arbeitet er heraus, daß Gramsci die »Kinderkrankheit« sich marxistisch verstehender Literaturkritik mit ihrer einseitigen Betonung der inhaltlich-weltanschaulichen Komponente vor dem formalen Aspekt vermied und den *aktiven* Charakter der Form betonte, die den Inhalt verändert. Er kommt zu dem Ergebnis: »Gramscis Leistung auf literaturwissenschaftlichem Gebiet besteht gerade darin, die Zerstörung der crocianisch-idealistischen Fiktion von der reinlichen Scheidung zwischen Politik und Ästhetik begonnen zu haben, indem er einer dialektischen Bestimmung des Verhältnisses von Literatur und Gesellschaft den Weg bereitete.« (228)

Karin Priester (Münster)

Korte, Helmut (Hrsg.): Film und Realität in der Weimarer Republik. Hanser Verlag, München 1978 (243 S., br., 32,- DM).

Die Beiträge dieses Buches sind »als (notwendiges) Komplement« (9) zu den vorhandenen defizitären Auseinandersetzungen in dem Wissenschaftsgebiet Film konzipiert: noch immer fehle eine Filmästhetik; wenig beachtet seien die am Grundwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft entstehenden unterschiedlichen Interessen am Film. Dementsprechend ist das Buch nicht als »kontinuierliche Filmgeschichte aufgebaut« (9), sondern versucht, die »grundlegenden Entwicklungslinien« sowohl des bürgerlichen als auch proletarischen Films aufzuzeigen.

Als Einstieg in Teil I, der die ökonomische und ideologische Entwicklung des bürgerlichen Films von den Anfängen bis zum Ausgang der Weimarer Republik behandelt, versucht H. Korte, den Film als Gegenstand in die marxistische *Kulturtheorie*

einzuordnen. Aber eine marxistische *Film*theorie wird nicht erstellt, indem man einfach Paradigma der marxistischen Theorie an diesen konkreten Gegenstand heranträgt und ihre Gültigkeit konstatiert, vielmehr besteht gerade in ihrer Vermittlung die Aufgabe. Dies gelingt im zweiten Abschnitt: »Zur Entwicklung der Filmsprache« (25). In der Kontrastierung der bürgerlichen mit der neuen sowjetischen Filmkunst zeigt sich die Diskrepanz einer von fremdem Kapital abhängigen und einer »nicht nach kommerziellen Gesichtspunkten« (34) arbeitenden Filmproduktion. So zeichne sich diese Unabhängigkeit sowjetischer Filmemacher durch eine große Experimentierfreudigkeit aus, die ihren Niederschlag auch in unterschiedlichen Filmtheorien finde. Exponenten sind Pudowkin und Eisenstein, deren Einfluß auf das proletarische Filmschaffen in Deutschland eindeutig sei (44), ebenso Vertov, dessen Wirkung auf die Avantgarde des bürgerlichen Films zu erkennen sei (45). Der dritte Abschnitt »Die Entwicklung des Films zum Massenbeeinflussungsmittel in Deutschland« (51) veranschaulicht in detaillierter Aufarbeitung das Interesse der herrschenden Klasse in der Geschichte des Films: »Die Entwicklung des Films vom marktorientierten ›Volksvergnügen‹ zu einem direkten Ideologieinstrument« (51). Das neuerwachte »ökonomische Interesse am Produkt« (73) bedingt zum einen eine Expansion in der Produktion, andererseits aber führt es zu einer Verschärfung der Zensurmaßnahmen. Dieser Zwiespalt wird an der widersprüchlichen Situation avantgardistischer Filmemacher zu verdeutlichen versucht: ihre Filme werden solange geduldet wie sie sich amortisieren und die herrschende Ideologie nicht gefährden.

Als Einführung in Teil II »Grundlagen und Notwendigkeit eines oppositionellen Films« (93) wird die Filmpolitik von SPD und KPD problematisiert. Den unterschiedlichen Einschätzungen dieses neuen Mediums als auch weitergehend der Kultur überhaupt entspricht eine differierende Praxis: »die Förderung und Auswahl künstlerisch und inhaltlich wertvoller Filme der bürgerlichen Produktion« (96) seitens der SPD; »die Entwicklung einer eigenständigen proletarischen Filmtheorie und -praxis« (99) durch die KPD. Von daher wird auch die Auswahl der analysierten Filme begründet, stellten doch die beiden Spielfilme »Mutter Krausens Fahrt ins Glück« (1929) und »Kuhle Wampe« (1932) eine »wirklich neue(n) Qualität im Sinne des proletarischen Realismus« (101) dar. Außerdem schlagen »die beiden bei Eisenstein und Pudowkin sich ausprägenden Richtungen und Schwerpunkte im realistischen (. . .) Film hier nieder«: der durchgängige Handlungsablauf und die einfühlende, bei aller Typisierung individuelle Schilderung der handelnden Personen (»Mutter Krausens . . .«) sowie die kühlere intellektuelle Distanziertheit der Personencharakterisierung und der den Erzählzusammenhang durchbrechende Aufbau (»Kuhle Wampe«) (44). Diese unterschiedlichen Ansätze sind auch die Orientierung für die Autoren in ihrer Filmanalyse.

M. Michaelis stellt ihrer Analyse eine Einschätzung, »welche Voraussetzungen zur künstlerischen Gestaltung der gesellschaftlichen Realität mit den Vorstellungen und künstlerischen Programmen der beteiligten Künstler gegeben waren« (110) voran. Die »Feinanalyse« (122) verdeutlicht die Einflußnahme des theoretischen Ansatzes Pudowkins auf das Werk: untersucht werden »Mensch und Milieu«, die »filmische Charakterisierung der handelnden Personen« und »Realität und Filmrealität«. Konkretisiert werden diese Bereiche noch durch die gesonderte Betrachtung dreier ausgewählter Sequenzen, die typisch für die »Dynamisierung des Handlungsverlaufs« oder die »Erfassung der psychischen Situation der Personen« sind (144).

M. Happel geht in seiner Analyse aus von einer Bestimmung der »Aufgaben einer realistischen Kunst« (171), die das »Kuhle-Wampe-Kollektiv« (172) sich zur Grundlage seiner Arbeit machte. Er beginnt mit einer Kontrastierung der filmischen Realität (»Bestandsaufnahme« (174)) und der »Bezugsrealität« (177), in die auch die »Entste-

hung und Wirkung« (180) des Films miteinbezogen werden. Mit der »Feinanalyse« einzelner Sequenzen werden dann die Aussagen des Films »zunächst nach ihrer formalen und inhaltlichen Gestaltung immanent analysiert und dann auf ihre ›Richtigkeit‹ hin mit den dargestellten Realitätsaspekten verglichen« (184). Die Verschiedenheit der beiden (film)theoretischen Ansätze wird hier besonders deutlich: es werden keine Einzelpersönlichkeiten analysiert, sondern gesellschaftliche Zustände wie »Arbeitslosigkeit«, »die Rolle der Justiz«, in denen »nicht handelnde(n) Personen als Einzelne, sondern als mitwirkende Teile eines gesellschaftlichen Organismus« (36) zu erkennen sind.

In der Vermittlung von theoretischen und historischen Verallgemeinerungen mit der Analyse einzelner Filme leistet das Buch durchaus einen Beitrag zur Entwicklung einer Filmästhetik. Zu bedauern ist, daß die Erklärung des Verhältnisses von Film und Realität in der Weimarer Republik (Titel des Buches) lediglich am Beispiel zweier, zudem als fortschrittlich proletarische Werke propagierter und häufig analysierter Filme vorgeführt wird. Das verkehrte gesellschaftliche Verhältnis von Film und Wirklichkeit, das der bürgerliche Film widerspiegelt, wird nicht problematisiert. Die Verallgemeinerungen, die aus den Analysen zu ziehen sind, sind entsprechend zu relativieren.

Dietrich Klitzke (Berlin/West)

Courtade, Francis, und Pierre Cadars: Geschichte des Films im Dritten Reich. Hanser Verlag, München 1975 (336 S., br., 38,- DM).

Der deutsche Titel des Buches ist irreführend, der der Originalausgabe, »Le Cinéma Nazi«, dagegen korrekt: Die französischen Filmkritiker Courtade und Cadars haben keine »Geschichte« des faschistischen Films geschrieben – wenn unter Geschichtsschreibung mehr verstanden sein soll als das bloße Aneinanderreihen von Begebenheiten; eher wohl eine gründliche, manchmal pedantisch genaue Bestandsaufnahme dessen, was die Nazis während ihrer zwölfjährigen Herrschaft auf dem Filmsektor geleistet haben.

Man kann das Buch wie ein Nachschlagewerk benutzen. Sein systematischer Aufbau – die einzelnen Kapitel handeln die NS-Filmproduktion unter einem jeweils bestimmten »ideologischen« Aspekt ab, etwa unter dem Aspekt der Kreation von Feindbildern (Juden, Bolschewisten) (165 ff.) oder dem der »Vergangenheitsbewältigung« der Nazis (68 ff.) – erlaubt es dem Leser, sich ohne Mühe über einzelne Filmwerke zu informieren. Einem Streifen wie »Jud Süß«, dem bekanntesten und zugleich niederträchtigsten Propagandacoup der Nazis, sind z. B. mehr als acht Seiten gewidmet, wobei man über den historischen Hintergrund und die literarischen Vorlagen des Drehbuchs ebenso erhellende Details erfährt wie über die nachträglichen Rechtfertigungsversuche seines Regisseurs Veit Harlan nach dem Krieg. – Beim Durchblättern stößt man auch auf makabre Kuriosa. Als der antibritische Propagandafilm »Anschlag auf Baku« zu Ende gedreht ist, »kommt die Nachricht, daß Hitler einen Pakt mit Stalin geschlossen hat. Nun geht es natürlich nicht mehr, daß die Bolschewisten in einem deutschen Film schlecht wegkommen. Der Film muß umgeschrieben und zum größten Teil noch einmal gedreht werden. Als das geschehen ist, sind zwei Jahre vergangen – und Hitler hat der Sowjetunion längst den Krieg erklärt. Infolgedessen stellt sich heraus, daß die Bolschewisten in dem Film zu gut wegkommen. Der Film wird deshalb umgeschrieben und abermals neu gedreht« (180).

Daß die Nazis nicht nur krude Propaganda- und Denunziationsfilme abdrehten, um den »äußeren« Feind zu bekämpfen, sondern auch ein Gespür für die »Heimatfront«, d. h. für massenpsychologisch wirksame Einullungsmanöver hatten, machte Goebbels deutlich: » . . . Auch die gute Laune ist kriegswichtig«, verkündete er 1942

(222). Deshalb entstanden während des Krieges Filme wie »Die große Liebe«, »Die Frau meiner Träume« oder »Tiefland« von Leni Riefenstahl – daß letztere inzwischen ein spektakuläres Comeback als Buchautorin in der BRD feiern konnte, sollte nachdenklich stimmen –, Filme übrigens, die gerade wegen ihrer scheinbaren Harmlosigkeit, wegen ihrer vordergründigen Politikferne in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre durchaus »kongeniale« Nachfolger fanden, bestand doch ein identisches Interesse der Herrschaftsquellen vor 1945 und der nach 1945 daran, »die Massen« mit billigem Kulturkonfekt von der wirklichen Misere des Krieges bzw. des »Wiederaufbaus« abzulenken. Liest man das Kapitel über den faschistischen Unterhaltungsfilm bei Courtade/Cadars, so springt die Kontinuität frappierend ins Auge.

Dem Buch vorangestellt sind zwei Kapitel über »Nationalsozialismus und Film« (7 ff.) und »Die Organisation des deutschen Filmwesens im Dritten Reich« (21 ff.), die gleichsam als theoretische Klammer das Ganze zusammenhalten sollen. Leider stehen diese Kapitel merkwürdig exterritorial zu den im übrigen eher deskriptiv gehaltenen Teilen des Buches, die theoretische Einschätzung bleibt abstrakt und isoliert, sie geht nicht ein in die Betrachtung konkreter Filmwerke. Was das Verhältnis der Nazis zum Film betrifft, in welcher Weise und mit welchen Mitteln sie ihn für ihre Zwecke instrumentalisierten, erfährt man m. E. immer noch am genauesten aus Kraucers Buch »Von Caligari zu Hitler«, das im Anhang eine detaillierte Analyse des Nazikriegsfilms und seiner propagandistischen Funktion enthält. – Der umfangliche Abbildungsteil, der dem Band beigegeben ist, ist mehr als eine bloß optische Unterstützung für den Leser; manche Bilder und Einstellungen vermitteln eine Evidenz über den barbarischen Charakter des Faschismus, wie sie keine noch so prägnante Beschreibung leisten könnte.

Hans-Martin Lohmann (Frankfurt/Main)

Dahl, Peter: Arbeitersender und Volksempfänger. Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk bis 1945. Syndikat, Frankfurt/M. 1978 (235 S., 40 Abb., br., 28,- DM).

Dahl, selbst Journalist und Hörfunkautor, liefert eine zusammenfassende Darstellung der Arbeiter-Radio-Bewegung in Deutschland bis 1945. In verständlicher Sprache – oft aufgelockert durch zeitgenössische Abbildungen und Zitate – schildert er die ökonomisch-politische Ausgangssituation des deutschen Rundfunks, die Entwicklung und Aktivitäten der organisierten proletarischen Rundfunkhörer in der Weimarer Republik und die Indienstrafe des Massenmediums Rundfunk durch die Faschisten. Kleinere Abschnitte gelten dem antifaschistischen Widerstand im und mit dem Rundfunk, der Arbeiter-Rundfunkpresse und der praktischen wie theoretischen Rundfunkarbeit Brechts.

Dahls Ziel ist, für die aktuellen Auseinandersetzungen im Bereich der Massenmedien die verdrängten historischen Erfahrungen »klassenbewußter Auseinandersetzung« (10) um den Rundfunk als »Medium einer demokratischen Massenbewegung« (10) wieder verfügbar zu machen. Das gelingt ihm zu großen Teilen – auch wenn er manchmal Faktennachweise durch Vermutungen ersetzt, etwa bei der Bestimmung der ausschlaggebenden Kräfte für die Rundfunktieführung (Reichsregierung/Funkindustrie; vgl. 23–27). Dahl wäre seinem Ziel noch näher gekommen, wenn er präziser die diversen *Basisaktivitäten* der Arbeiter-Radio-Bewegung und die Schwierigkeiten ihrer *Entwicklung* und *Stabilisierung* geschildert hätte: das wäre für die bei uns jetzt zaghaft entstehenden medienpolitischen Bürgerinitiativen hilfreicher gewesen als die x-te Ausbreitung der sogenannten Brechtschen Radio-»Theorie«, deren verlegerisch erzeugtem Nimbus sich Dahl nicht hat entziehen können.

Insgesamt: eine gute, verständliche Zusammenstellung des vorliegenden Materials,

die medienpolitisch Interessierten historische Erfahrungen als Hinweise für gegenwärtige Praxis vermittelt. Ein ausführlicher Anhang mit Dokumenten aus der Arbeiter-Radio-Bewegung, Zeittafel, Auswahlbibliographie sowie Register erhöhen den Nutzen des Buches.

August Soppe (Berlin/West)

Eggebrecht, Axel: Der halbe Weg – Zwischenbilanz einer Epoche. Rowohlt Verlag, Reinbek 1975 (326 S., Ln., 39,50 DM).

Die Selbstbiographie konzentriert sich auf Eggebrechts Erlebnisse in der KPD und Berliner linken Intelligenz 1921–33; drei Schlußkapitel skizzieren sein Leben bis Sommer 1945. Er liefert keine marxistische Analyse, sondern tupft Impressionen hin, die mit ihr übereinstimmen. Eggebrecht ist 1899 geboren als Sohn eines gesuchten Leipziger Arztes; er erlebte 1919–20 als Germanistikstudent seinen ersten, 1921–25 in der KPD seinen zweiten Sturm und Drang. 1923 und dann wieder 1924 war er für Münzenberg in Moskau, der Kominternkongress 1924 öffnete ihm die Augen. Dort wurde nicht mehr marxistisch diskutiert, sondern die hinter den Kulissen gefallene Entscheidung gegen Trotzki ratifiziert. Thälmann und Heinz Neumann decouvrierten sich in Unterhaltungen mit Eggebrecht als Marionetten – wessen wurde bald offenbar. Daher trat Eggebrecht 1925 aus der Partei aus, aber als damals noch Unbekannter ohne Geräusch. Auch seinen KZ-Bewachern 1933 gestand er den Parteaustritt nicht; der Sache blieb er treu. Das Hauptgewicht des Buches liegt auf Eggebrechts Mitarbeit an der »Literarischen Welt« und der »Weltbühne« 1925–33. Bei diesen Blättern, vor allem in der wohlwollend strengen Lehre Siegfried Jakobsohns, lernte er schreiben. Seine militärische Vergangenheit und seine Verbindung mit dem kommunistischen Revolutionsversuch 1923 erschlossen ihm die sonst wenig verbreitete Einsicht, daß Deutschland um die Jahreswende 1923–24 eine Militärdiktatur war. Alle Mitarbeiter der »Weltbühne« teilten diese Einsicht, kannten mithin die Unwirklichkeit der Weimarer Republik, folgerten aber – anders als KPD und Komintern –, umso wachsamer und entschiedener müsse man sie verteidigen. Daher rief die »Weltbühne« ständig nach gemeinsamem Abwehrkampf der ganzen Arbeiterbewegung. Indes war die SPD auf Antikommunismus, die KPD auf Kampf gegen den »Sozialfaschismus« fixiert, der wirkliche Faschismus war beiden nebensächlich. Seit 1930 wohnte Eggebrecht in der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz in Berlin. Dort kam die Einheitsfront zustande. Der Selbstschutz dieser Kolonie ließ die SA nicht herein. Während dessen »zermürbten (Hitlers) Gegner einander. Verzweifelt stritten wir über dieses selbstmörderische Narrenstück mit Besuchern, die an Sonntagen aus den Arbeitervierteln . . . kamen; dort hatte sich herumgesprachen, wie erfolgreich wir uns im fernen Süden der Stadt behaupteten. Es war eine Ausnahme« (258). Noch in einer Schriftstellerversammlung am 30. Januar 1930 glaubte die Mehrheit, der braune Spuk werde rasch verfliegen; Ossietzky widersprach.

Der vom Verlag erhoffte Bestseller wird das Buch nicht, infolge des untertreibenden Tons. Dieser entspringt der Bescheidenheit und Selbstkritik des Autors. Ein Trost für ungeduldige Jünglinge: auch dieses Vorbild an Disziplin, Bescheidenheit, Objektivität und Toleranz ist als Jüngling in Abenteuer gestolpert, die er ohne Beschönigung gesteht. Für seine Torheiten gab es ein heute in Deutschland fehlendes Korrektiv: ein revolutionäres Proletariat, sogar revolutionäre Situationen.

Ulrich Küntzel (Göttingen)

Buchbender, Ortwin, und Horst Schuh (Hrsg.): Heil Beil! Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Analyse. See-wald Verlag, Stuttgart 1974 (215 S., br., 24,- DM).

Titel und Titelbild – ein Beilstil, mit Naziuniform bekleidet, die Schneide eine Hit-

lerkarikatur – täuschen: es handelt sich weder um illegale Flugblätter der Widerstandsbewegung noch überwiegend um Propaganda echten antifaschistischen Charakters, was diese Publikation beinhaltet. Der Historiker Buchbender und der Psychologe Schuh haben Flugschriften und -zettel der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA sowie des faschistischen Deutschlands aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges ausgewählt und wollen sie vergleichen und kommentieren. Doch das unterschiedlose Nebeneinander von Zeugnissen des sozialistischen Staates, welchem der Krieg aufgezwungen wurde, der zwei westalliierten kriegführenden Mächte und des Auslösers und Hauptaggressors des Zweiten Weltkrieges mißachtet deren jeweilige Position und Ziele, die ebenso unvergleichbar sind wie deren propagandistische Schriften. Die Undifferenziertheit durchzieht den Textteil, so bei dem Definitionsversuch, der auf taktische Absichten der Flugblattpropaganda abgestellt ist, bei der Schilderung der Organe, die solche Druckerzeugnisse herstellten (mit Schwerpunkt auf den Nazi-Propagandakompanien), oder bei der Gestaltung und der Verbreitungsmittel der Flugschriften. Genauso ist der Dokumententeil gehalten, gegliedert nach äußeren Merkmalen: Feldpostkarten, Briefe, Zeitungen, nachgemachte Lebensmittelkarten, Banknoten und amtliche Dokumente, Simulationsanleitungen usw.

Hitlerdeutschlands Elaborate überdeckten die faschistischen Eroberungs-, Raub- und Mordziele lautstark durch Verächtlichmachung des Gegners und dessen führenden Persönlichkeiten, operierten mit der Überlegenheit der Wehrmacht und bemühten sich um Infiltration nazistischer Ideen. Bezeichnenderweise auf Berichte faschistischer Propagandaeinrichtungen sich berufend, behaupten Buchbender und Schuh, deren Produkte seien sowohl 1940 gegenüber französischen Einheiten, 1941/42 und sogar noch 1944 in der UdSSR als auch 1943 in Italien und 1944 an der Invasionsfront gegenüber alliierten Truppen eindrucksvoll gewesen und hätten beachtliche Teilerfolge gezeitigt. Bei den westalliierten Blättern, auf die sich neben den Nazi-Propagandazeugnissen die Herausgeber konzentrieren, dominieren die Schriften der sogenannten schwarzen Propaganda, deren Ursprung schwer erkennbar war. Von einem dieser Stücke, dem angeblichen Brief des Jagdfliegers Mölders, ist bekannt, daß er in Hitlerdeutschland relativ stark erörtert wurde. Dennoch wollen Buchbender und Schuh wissen, die alliierte Propaganda habe nur geringen Eindruck gemacht. Als Beweis müssen Überläuferzahlen herhalten, die kein Wirkungskriterium sein können, wie sie auch den Blick auf ein Wirkungsfeld, die Frontruppen, verengen. Und wenn die Herausgeber außerdem konstatieren, die Flugblattpropaganda sei nicht kriegsentscheidend gewesen, legen sie sogar einen irrealen Maßstab an. Da sie überdies Schriften ausklammern, die die alliierte Nazigegegnerschaft verdeutlichen, z. B. alliierte Erklärungen und Abkommen oder Warnungen an Massenmörder, rücken sie die anglo-amerikanische in die Nähe der Nazi-Propaganda. Zu den ersten sowjetischen Publikationen, die sich an die Aggressionstruppen und das deutsche Volk wandten, gehörte die auf dem Titelbild wiedergegebene Karikatur und ähnliche Postkarten oder 1943 »Das Neue Soldaten-Liederbuch«, übrigens mit Gedichten Erich Weinerts, was Buchbender und Schuh verschweigen. Zwar erkennen sie verbal viele treffende Aussagen der sowjetischen Schriften an. Doch suchen sie die Ursache und die Unterschiede nicht in den dem Faschismus diametral entgegengesetzten Zielen der Macht, die die Hauptlast des Krieges trug und das Wichtigste zur Niederwerfung des Faschismus leistete. Sie wollen glauben machen, auch die sowjetischen Flugblätter seien bedeutungslos gewesen. Die Frage nach nachhaltigen Eindrücken stellt sich ihnen dabei überhaupt nicht.

Mit dem unterschiedlosen Nebeneinander und dem Vermeiden jeder grundlegenden Aussage über die Ziele der kriegführenden Mächte und jeglicher Erörterung des

Charakters des zweiten Weltkrieges, vor allem der verbrecherischen Politik Hitlerdeutschlands, erscheint die Flugblattpropaganda im zweiten Weltkrieg als Propaganda an sich und nicht wofür. Die Indifferenz kommt nicht von ungefähr. Sie gaukelt objektive Geschichtsbetrachtung – mit leichter Zuneigung zu Nazimachwerken – vor, um weitergehende Ziele zu verfolgen. Die Absicht der Herausgeber deutet sich schon in ihrem Text an, für den sie das bei historischen Arbeiten ungewöhnliche Präsens wählten. Überdeutlich wird sie im Verlagstext auf der letzten Umschlagseite: Das Buch sei »ein Exempel, das auch für den internationalen politischen Propagandakrieg von heute hochinteressante Schlüsse erlaubt«. Damit enthüllt sich der Band expressis verbis als wissenschaftlich verbrämtes Lehrmittel für die psychologische Kriegführung.

Klaus Drobisch (Berlin/DDR)

Erziehungswissenschaften

Schuch, Hans Waldemar (Hrsg.): Der subjektive Faktor in der politischen Erziehung. Reihe: Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, Band 16. Klett Verlag, Stuttgart 1978 (200 S., br., 15,80 DM).

Nicht alle Aufsätze dieses Buches können beanspruchen, im Titel der Erscheinungsreihe auf den Begriff gebracht worden zu sein: »Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung« stellen nur Hans Werner Schuch in »Prinzipien oder Erfahrungen? – Der subjektive Faktor in der Politischen Erziehung«, Roswitha Váth-Szudziara in »Subjektive Erfahrung und politisches Bewußtsein von Schülern« und Monika Junker-John in »Politische Bildung an der Hochschule als Verbindung von Theorie und Praxis« dar. Diese und die übrigen Beiträge zählen zu den neuerdings wieder stärker von der Sozialwissenschaftlichen Pädagogik diskutierten Bemühungen, subjektive Erfahrungen und emotionale Ausgangslagen bei Adressatengruppen nicht als Störvariable zu eliminieren, sondern darin im Gegenteil eine sinnliche Grundlage für Erziehungsprozesse anzuerkennen und weiterzuentwickeln. Die grundsätzliche Frage allerdings bleibt meistens, so auch hier, ausgespart: Was kennzeichnet den »subjektiven Faktor«, wie sind darin die widersprüchlichen Erfahrungen des materiellen Lebens und der konkreten Lebensbeziehungen der Menschen enthalten? Ohne diese Problemstellung in den analytischen Mittelpunkt zu rücken, haben entsprechende didaktische Entwürfe zur politischen Erziehung den Anschein, als werde heute die Dominanz kognitiv orientierter Ansätze durch die wiederentdeckte »Erlebnis- und Bedürfnisdidaktik« abgelöst. Diese aber bleibt, so bedeutsam sie für Erkenntnisprozesse auch ist, allzuleicht individualistisch verkürzt, d. h. ohne einen gesamtgesellschaftlich bestimmten Bezugspunkt des politisch-pädagogischen Handelns. So stellt Schuch die Ich-Leistungen des einzelnen Individuums in den Mittelpunkt der politischen Erziehungsprozesse. Die Individuen hätten »selbst zu entscheiden, in welcher Intensität sie mitarbeiten, inwieweit sie sich einbringen, welche Meinungen sie überprüfen, welche und wieviele Informationen sie sich beschaffen, was sie konkret lernen wollen . . . Diese Form der Erziehung ist im Ergebnis offen« (33).

Der Beitrag von Váth-Szudziara erhellt demgegenüber die subjektiven Strukturen bei Schülern der 9. und 10. Klasse ein Stück weit als »verfestigtes Auseinandersetzungsmo-
dell mit der objektiven sozialen Wirklichkeit«. Ausgehend von einer Kritik der gesellschaftlichen Leistungs-ideologie und des Chancengleichheitspostulats berichtet die Mitarbeiterin des Projekts »Sozialisierungseffekte unterschiedlicher Schulformen« (Fend u. a. 1976) über bedeutsame empirische Ergebnisse zum Einfluß ob-

jektiver Bedingungen (= schulische Umwelt) und subjektiver Bedingungen (= soziale und reflexive Kompetenzen) auf politische Sozialisationsprozesse. – Junker-Jahn beschreibt und analysiert auf psychoanalytischer Grundlage subjektive Bedingungen im Hochschulalltag eines Einführungskurses in das gesellschaftswissenschaftliche Studium, bei dem persönliche Erfahrungen und übergreifende Zusammenhänge vermittelt werden sollten. Ihre selbstkritischen Einsichten werden von hochschuldidaktisch Interessierten wohl nur dort noch lebhaft diskutiert werden, wo wachsende Studentenzahlen, Studienzeitlegimentierungen und Prüfungsdruck freiwillige Kleingruppenarbeiten noch nicht ausgeschlossen haben.

Für Aus- und Fortbildner aller Erwachsenen und nicht nur für Erzieherinnen im Elementarbereich ist der Erfahrungsbericht von Ebert geeignet, Ansätze der humanistischen Psychologie zu nutzen, um »Selbsterfahrungslernen« und relevante stoffliche Inhalte zu verbinden. In einer kritischen Auseinandersetzung mit den Cohn'schen Kategorien der Themenzentrierten Interaktion (TZI) weist sie auf deren begrenzte aber praktikable Möglichkeiten hin, Inhalte nicht enthistorisiert und um ihre gesellschaftliche Dimension verkürzt zu diskutieren.

Zwei weitere Aufsätze von Fritz Wandel zur Anwendung der Transaktionsanalyse im Unterricht bzw. vom Autorenkollektiv Domnick, Mohr und Wolf über eine Survey-Feedback-Strategie des Projekts »Konstruktive Schulforschung« zeigen, wie ambivalent der didaktische Umgang mit dem subjektiven Faktor ohne dessen strukturelle Kennzeichnung sein mag: im einen Fall wird deutlich, wie der untaugliche Weg in die Innerlichkeit beschritten wird, und im anderen Fall, zu welchen sozial-technologischen Funktionalisierungen es führen kann, wenn die Erfahrungen und das Bewußtsein eines Adressatenkreises bekannt sind und beliebiger Verwendung überlassen werden.

Arnulf Hopf (Oldenburg)

von Staehr, Gerda: Zur Konstitution der politisch-historischen Didaktik. Der Zusammenhang von Geschichtstheorie, Curriculumtheorie und Lerntheorie für die Planung des politisch-historischen Unterrichts. Haag und Herchen Verlag, Frankfurt 1978 (643 S., Paperback, 49,80 DM).

In der Geschichtsdidaktik wie in der Geschichtswissenschaft sind seit Ende der sechziger Jahre zunehmend sozialwissenschaftliche Theorien berücksichtigt worden. Den Geschichtsunterricht vor allem der Klassen 6–10 haben diese Bemühungen auf's Ganze geschehen indes kaum verändert. Die Autorin meint, dies sei nicht zuletzt verursacht durch eine verwirrende Vielfalt in der didaktischen Literatur, die ein – aus lerntheoretischen Überlegungen gebotenes – zusammenhängendes Curriculum mit konsistenten Lernzielen verhindere. Der bekannte Sachverhalt, daß verschiedene weltanschauliche und politische Positionen sich bei Interpretation und Darstellung der Geschichte bis in die Schulbücher hinein deutlich auswirken, wird am Beispiel der Pariser Kommune (16–86) belegt. Bei dieser Analyse schneiden die Lehrpläne und Schulbücher der Bundesländer und insbesondere der DDR schlecht ab. Der in der DDR ausgemachten Form des Marxismus-Leninismus hält die Autorin vor, diese wirke sich »einengend auf die Möglichkeiten der Erkenntnis aus und hemmend auf die Denkmöglichkeit für politisches Handeln« (86), letztlich sei sie nur am Erhalt der Herrschaft einer Partei orientiert (103). Demgegenüber entfaltet Staehr ihre Interpretation der Marx'schen Geschichtstheorie, bei der sie einen subjektiven Ansatz – die Theorie der Entfremdung (106–262) – und einen objektiven Ansatz – das Verhältnis von Gesellschaft und Staat im Laufe der Menschheitsgeschichte (264–451) – unterscheidet. Marxismus ist hier, um an die von Tomberg in Argument 97 und 98 verwendete Begrifflichkeit anzuknüpfen, als »kritische Theorie«, nicht als »wissenschaftliche Welt-

anschauung« zu verstehen. Die im Vergleich zur Curriculum- und Lerntheorie ausführliche Behandlung der Geschichtstheorie begründet die Autorin damit, daß letzterer als umfassendem Rahmen der Vorrang zukomme und andere Überlegungen sinnvoll nur unter den hier gewonnenen Perspektiven behandelt werden könnten. Den im Gegensatz zu bisher in der Geschichtsdidaktik verwendeten – eben nur partikular gültigen – Werten und Normen universal verbindlichen Wert findet Staehr im Ziel der Aufhebung von Entfremdung. Sie weist dabei – wie bereits Marx gegenüber Proudhon – darauf hin, daß einer revolutionären Veränderung der ökonomischen Verhältnisse nicht automatisch die Aufhebung von Entfremdung folge. Offen bleibt bei dieser impliziten Kritik am »realen Sozialismus«, ob denn ohne eine revolutionäre Aufhebung der kapitalistischen Ökonomie, die evolutionäre Reduktion von Entfremdung möglich sei.

Folgt man Staehrs Überlegungen, ergibt sich aus dem Blickwinkel der Entfremdungstheorie für die Geschichtsdidaktik, daß die Entwicklung der Menschengattung als einheitlicher Prozeß dargestellt werden kann, in dessen letztem Abschnitt die Bedingungen geschaffen werden könnten, die zur Aufhebung der Entfremdung notwendig sind: materieller und individueller Reichtum der Gesellschaft. Im chronologisch geordneten Geschichtsunterricht, soll die Genese sozialer Institutionen dargestellt werden, u. a. um zu zeigen, wie sich die dialektischen Beziehungen zwischen Individuum – Gesellschaft – Staat entwickelten und funktionale Beziehungen sich als Reflex auf bestimmte Verhältnisse im Bewußtsein verkehrten und zu Unterordnungsverhältnissen, d. h. zur Entfremdung führten. Chronologisch-genetische Aspekte sind vorrangig beim Übergang zwischen Gesellschaftsformationen, strukturelle Probleme an einzelnen Gesellschaftsformationen im Unterricht zu behandeln.

Der Geschichtsprozeß kann so rekonstruiert werden, »indem zunächst nur einfache Formen der Vergesellschaftung behandelt werden, wobei die Interpretationsmuster . . . leicht zu erlernen sind, weil sie den Alltagserfahrungen nahestehen. Mit zunehmender Komplexität der gesellschaftlichen Organisation werden weitere Interpretationsmuster heranzuziehen und strukturelle Kenntnisse zu bewältigen sein« (480). Dem Verdacht, hier würde theoretisch verbrämt die längst überwundene Entwicklungspsychologie wieder auftauchen, begegnet Staehr, indem sie beispielhaft am Begriffslernen und am Aufbau von Ich-Identität im historisch-politischen Unterricht ihren Ansatz einer materialistischen Lerntheorie entfaltet (533–596). Staehr will mit historisch-politischem Unterricht erreichen, daß die Lernenden den gattungsgeschichtlichen und gesellschaftlichen Lern- und Entwicklungsprozeß rekonstruieren und sich dabei »mit den Bedingungen und Voraussetzungen sowohl für die bestehende Wirklichkeit wie auch für die historisch-politischen Möglichkeiten« vermitteln (529 f.).

Mit diesem Werk liegt für die Bundesrepublik erstmalig der sozialwissenschaftlich fundierte Gesamtentwurf einer politisch-historischen Didaktik vor. Die fachwissenschaftliche Diskussion ist damit ein erhebliches Stück vorangebracht. Auch wer die Kongruenz von Geschichts-, Curriculum- und Lerntheorie wegen empirischer Lücken nicht wie beansprucht erreicht sieht, wird allein aus der Auseinandersetzung mit dem vorgestellten und verarbeiteten Material seinen Nutzen ziehen.

Ob allerdings die hier theoretisch vollzogene Konstituierung einer politisch-historischen Didaktik ihren eigentlichen Zweck, die Beeinflussung des praktischen Unterrichts, erreicht, muß dahingestellt bleiben. Dies ist nicht vorrangig als Kritik an der Verfasserin gemeint, die Realisierungsstrategien nachliefern kann, sondern als Hinweis auf die Institutionen und Verhältnisse in denen konkret Curricula entworfen und exekutiert werden. Dort geht es vorrangig um politische Macht, nicht um Aufhebung von Entfremdung.

Jörg Berlin (Hamburg)

Bergmann, Klaus und Jörn Rüsen (Hrsg.): *Geschichtsdidaktik: Theorie für die Praxis.* Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1978 (199 S., br., 22,- DM).

Der Band steht in dem allgemeinen Diskussionsrahmen, in dem das strittige Verhältnis von Geschichtsdidaktik zu Geschichtswissenschaft erörtert wird; das Thema wird in dreifacher Weise angegangen: Der erste Teil konzipiert Theorien, die als Fundament von Geschichtsdidaktik dienen können; der zweite sichtet Probleme der Praxis; und im dritten werden zwei Diskussionen am Gegenstand ausgetragen. Bergmann/Rüsen ist es in ihren einleitenden Bemerkungen vornehmlich darum zu tun, die Stellung von Geschichtsdidaktik innerhalb des Modells einer »erneuerten Historik« (vgl. die Besprechung Rüsens in Argument 107) auszumachen. Dieses erkennt den lebensweltlichen Voraussetzungen und Absichten des Forschenden eine konstitutive Bedeutung für jede Form von Geschichtswissenschaft zu, welche demnach – reflexiv gewendet – Didaktik als ihren definitiven Bestandteil mitdenken muß: Denn Didaktik kontrolliert allgemein den Einfluß der Forschung auf das »Geschichtsbewußtsein als wesentlichen Faktor menschlicher Selbstidentität und als notwendige Voraussetzung vernünftiger Praxis« (9). Hier liegt die Stärke des Konzepts: Geschichtsdidaktik folgt einem allgemeinen, nicht auf Schule begrenzten Bildungsauftrag, der in den Modalitäten der Forschung selbst begründet ist; umgekehrt steht einer so verstandenen Didaktik das Recht zu, im Nachhinein an Forschungsleistungen die Frage der praktischen Relevanz heranzutragen. – Kockas Arbeit leitet ebenfalls die Absicht, Geschichtsdidaktik »unter der Perspektive gesellschaftlich-politischer Pädagogik« (29) zu reflektieren, d. h. sie als »Teil der Fachwissenschaft« selbst (27) auszuweisen. Die praktischen Folgerungen lassen sich aus der Logik einer Geschichtswissenschaft ableiten, die sich – angesichts der Zweitrangigkeit des Intentionalen im Geschichtlichen und der emanzipatorischen Interessennahme an der Brechung der dafür verantwortlichen naturwüchsigen Kräfte – als historische Sozialwissenschaft begreift. Als solche umfassend begriffene ist sie zu unterscheiden von sowohl Sozialgeschichte – einer bloßen Teildisziplin – als auch Gesellschafts- und Strukturgeschichte, welche Geschichte nur unter bestimmtem Blickwinkel erforschen. Pingel macht zunächst deutlich, daß eine Geschichtswissenschaft, die Didaktik als Teil ihrer eigenen Disziplin ansieht, nur eine ursprüngliche Verbindung wiederherstellt: Bis zur Jahrhundertwende wurde Geschichtswissenschaft immer zugleich auch in didaktischer Absicht betrieben. Fachdidaktik heute hat die Aufgabe, zu bestimmen, »wie und aus welchem Grunde die jeweilige Wissenschaft über die fachimmanente Diskussion hinaus anderen nahegebracht werden sollte« (38) – Wissenschaft geht nicht in ihrer Didaktik auf! Daß Geschichtswissenschaft sich als historische Sozialwissenschaft entwerfen müsse, begründet Pingel sodann – ähnlich wie Kocka – mit der Eigenart von Geschichte, »regelmäßig und nicht subjektiv-zufällig«, wiewohl subjektiv-vermittelt, zu sein (36); da Geschichtswissenschaft Licht wirft auf z. T. verschlüsselte objektive Zusammenhänge, gewinnt sie eine »Ratgeberfunktion« (36). Im Schulunterricht konvergieren die Anliegen von Fachdidaktik und Fachwissenschaft: »Die sozialen Kräfteverhältnisse, in denen sich der Schüler befindet, als Widerspiegelung umfassenderer Kräftebewegung unter historischem Maßstab darzulegen, ist damit das Ziel eines sozialwissenschaftlich orientierten Geschichtsunterrichts« (47). Nach diesen Überlegungen beschränkt sich der Band, entgegen seinem ursprünglich weiteren Ansatz, reduktiv auf Probleme des Geschichtsunterrichts allein. Es werden Unterrichtsziele formuliert: »Vermittlung von personaler und historischer Identität« (58, Becher), »Entwicklung der Urteilsfähigkeit« des Schülers (67, Gosmann); Fragen der spezifisch historischen Quelleninterpretation werden erörtert (Pandel, v. Staehr); »Möglichkeiten der fach- und berufsorientierenden Einführung« endlich am Beispiel des Oberstufenkollegs der

Univ. Bielefeld vorgestellt (128, Böhning/Emer/Horst). Die Beiträge sind durchgängig, ebenso wie die theoretischen, den Standards der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik verpflichtet, deren geläufige Stärken und Schwächen sie generell teilen. Der kontroverse dritte Teil exponiert eine Diskussion zwischen Calließ und Kuhn, die am Beispiel ›Industrialisierung‹ im wesentlichen Probleme des geschichtstheoretischen Bezugsrahmens, den eine auf den Unterricht zielende Didaktik wählen muß, zum Thema hat, sowie einen Disput zwischen Mütter und Rothe, in dem am Beispiel ›Russische Revolution‹ der Frage nachgegangen wird, welche Sicht der Dinge den Unterricht strukturieren müsse: eine auf die Gegenwart bezogene Sicht, die einseitig das »emanzipatorische Potential« heraushebe (Rothe), oder eine eher historistische Sicht, die das historische Phänomen in seinen mannigfaltigen Aspekten beleuchtet. Wie im ganzen Band steht also auch hier wieder die Frage nach dem Verhältnis Fachwissenschaft-Fachdidaktik zur Rede. Zum Sammelband insgesamt ist zu sagen, daß er einmal dem werdenden Lehrer, anders als das verbreitete Lehrangebot der Hochschulen, eine sinnvolle Perspektive auf die spätere Berufspraxis eröffnet; daß er zum andern dem akademisch Forschenden zeigt, welche sinnvolle praktische Perspektive er auch in der exklusivsten ›Quisquillie‹ (9) nicht aus dem Auge verlieren sollte. Die zahlreichen Druckfehler aber hätten sich wohl vermeiden lassen.

Michael Schneider (Bonn)

Soziale Bewegung und Politik

Adler, Alexandre, Fracis Cohen, Maurice Decailot, Claude Frioux und Léon Robel: L'URSS et nous. Editions sociales, Paris 1978 (br., 223 S., 45,- FF).

Das Buch provozierte ein großes Presse-Echo, die Publikation des Vorworts in der »Humanité« gab dieser Analyse französischer Kommunisten den Charakter einer FKP-offiziellen Sowjetunion-Kritik. Das Vorwort skizziert die Haltungen der FKP zur Sowjetunion von 1920 bis heute: an die Stelle der »unbedingten Verteidigung« des um seine Existenz kämpfenden ersten sozialistischen Staates, dessen Entwicklung als »universales Modell« begriffen wurde, ist seit den 60er Jahren die Haltung des »Erklärens« getreten (15). Die Autoren beanspruchen, die Sowjetunion in ihren »wirklichen Widersprüchen« (13), in ihrer »wirklichen Bewegung« (200) zu studieren, um die Beziehungen zwischen französischen und sowjetischen Kommunisten auf eine »klare Basis« zu stellen, und um den französischen Weg zum Sozialismus durch eine »vertiefte Erkenntnis« der sowjetischen Erfahrungen vorzubereiten (25 f.).

Nach einem historischen Abriss (27 ff.) beschäftigt sich das 2. Kapitel mit den »stalinischen Realitäten«, deren Keime sich bereits in den ersten Jahren nach der Revolution finden: zwar dominieren in der politischen Praxis der Bolschewiki die Bemühungen um politische Bündnisse (44 ff.), doch die politischen und juristischen Institutionen werden lediglich als »Reflex« des ökonomischen Kräfteverhältnisses begriffen – aus der Erwartung heraus, der Sozialismus werde die unterschiedlichen sozialen Interessen schnell beseitigen und damit politische Vermittlungsformen überflüssig machen (48 f.). Anstelle eines Systems politischer Beziehungen vom Typ der Sowjets wird die mit dem Staat verflochtene Einheitspartei zum einzigen Entscheidungsträger. Mit der Ende der 20er Jahre einsetzenden Repressionspolitik gegen Bauern und technische Intelligenz verliert dann die Partei selbst an Bedeutung: als wichtigstes Merkmal der »stalinischen Abweichung« sehen die Autoren den »systematischen Rekurs auf administrative Maßnahmen, wobei der Staatsapparat anstelle der Partei zum zentralen Instrument der Politik wird« (51). Stalins Repressionspolitik, die sich von 1935 an vor allem gegen Kommunisten richtet (57 ff.), trifft auf Neutralität bzw. Zustimmung bei der »neuen Arbeiterklasse« bäuerlicher Herkunft. Die Autoren sehen

die Basis der stalinschen Herrschaft in einem »ideologischen Kompromiß mit den Bauernmassen« (203), der bäuerliche Traditionen (autoritäre Strukturen, persönliche Abhängigkeit) mit einer »Philosophie der Einheitspartei« als dem »allmächtigen Instrument des historischen Fortschritts« verbindet (69, 72). – Den Konsequenzen dieser politischen Praxis geht das 6. Kapitel am Beispiel von Wissenschaft und Kunst nach: die unmittelbare Unterordnung dieser Bereiche unter politische Erfordernisse gipfelt nach dem Weltkrieg in einer Kulturpolitik, die in allen Disziplinen eine bestimmte Theorie als »marxistisch« deklariert und ganze Bereiche der wissenschaftlichen und künstlerischen Produktion als »schädlich« ausschaltet (173 ff.).

Die Bemerkungen zur gegenwärtigen Sozialstruktur (3. Kapitel) behandeln – ausgehend vom Auseinandertreten von allgemein hohem Bildungsstand und wenig entwickelter Arbeitsplatzstruktur in Industrie (80 f.) und Landwirtschaft (85 f.) – vor allem das Problem des Zugangs zu den Führungspositionen. Auswahlkriterium für die Besetzung von Führungspositionen in Staat, Wirtschaft und Partei ist die »Effizienz bei der Umsetzung der anzuwendenden Politik« (95). Es gibt kein Monopol einer Schicht auf Führungspositionen (90), wohl aber die Tendenz, sich an privilegierte Posten zu klammern (91 f.); die Autoren sehen einen Grund der gegenwärtigen Entwicklungsprobleme darin, daß ein Teil der Intellektuellen mit den Ansprüchen der Arbeiterklasse auf Übernahme der Leitungsfunktionen in Konflikt gerät und zur Sicherung seiner Position ein Bündnis mit der Bauernschaft anstrebt (99 f.) – ohne freilich Belege für diese These anzuführen. – Das 4. Kapitel zur Ökonomie beschreibt die seit 1965 unternommenen Reformen (105 ff.) und sucht nach Gründen für deren Erfolglosigkeit und für die aktuellen Stagnationstendenzen (114 ff.). Die Autoren sehen die entscheidende Entwicklungsschranke in den Eigentumsverhältnissen: das »öffentliche Eigentum« wird von zentralen staatlichen Instanzen gelenkt und ist dem Einfluß der Arbeiter noch weitgehend entzogen (119 f.). Gegen die Gleichsetzung von »sozialem Eigentum« und »Staatseigentum« (128) betonen die Autoren die Notwendigkeit, die sozialen Beziehungen in Richtung auf ein »Eigentum der assoziierten Produzenten« hin zu verändern (120).

Das 5. Kapitel hat die Auswirkungen der unter Stalin herausgebildeten Verschmelzung von Partei und Staat auf das politische Leben zum Gegenstand: die staatliche Verwaltung ist bestimmt von einer »Praxis des Geheimnisses« (135); die Partei übernimmt staatliche Aufgaben und macht sich zum Instrument des Ziels »Produktion«, anstatt auf der Basis der vorhandenen sozialen Bewegungen an der Veränderung der politischen und ideologischen Strukturen zu arbeiten (139 f.); da Partei und Gesellschaft als monolithisch gedacht werden, sind soziale und politische Widersprüche nur aus moralischen Mängeln, subversiven Umtrieben oder ideologischen Verirrungen zu erklären und werden mit Pädagogik, Strafrecht oder Zensur bekämpft (205); die Gewerkschaften beschränken ihre Tätigkeit darauf, die unmittelbaren Interessen der Arbeiter zu vertreten und deren Initiativen auf die von Staat und Partei vorgegebenen Ziele zu orientieren (146 ff.). Unausgesprochen bleibt, inwieweit diese Mechanismen auch heute noch dominieren; es entsteht der Eindruck, daß sich (trotz 20. Parteitags) die politischen Entscheidungsprozesse nicht verändert haben. Die Autoren betonen zwar wiederholt, daß es sich nicht um eine »erstarrte Gesellschaft« handelt (172), sie lassen jedoch in ihren Aussagen zu den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen deutlich werden, daß ein Bruch mit den überkommenen politischen Praktiken noch aussteht (206 f.). Insgesamt bleiben die Aussagen zum politischen und gesellschaftlichen System der Gegenwart spärlich, im Vordergrund stehen die ersten 30 Jahre der Sowjetunion. Die politischen Fehlentwicklungen der »stalinistischen« Vergangenheit und ihre bis in die Gegenwart reichenden Folgen werden deutlich benannt und durch Einbezug der zugrundeliegenden sozialen Interessengegensätze thesenartig zu erklä-

ren versucht. Ziel des Buchs ist weniger die Entwicklung neuer Forschungsperspektiven, sondern in erster Linie die zusammenfassende Darstellung von Analysen, die der kritischen Haltung der FKP zur Sowjetunion zugrunde liegen. Die politische Leitlinie des Buches zeigt sich in dem methodischen Verfahren, die Probleme der Verfügungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse über die Produktion und der Entwicklung demokratischer Prozesse in allen Bereichen der Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen – die Perspektive des »demokratischen Wegs« zum Sozialismus wird zum Standpunkt der Sowjetunion-Analyse.

Eckhard Volker (Berlin-West)

Geyer, Dietrich: *Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914.* Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977 (344 S., br., 54,- DM).

Die bisherige Geschichtsschreibung über die Endphase der russischen Autokratie krankte weitgehend daran, daß mehr oder weniger isoliert die Außenpolitik, wirtschaftliche Vorgänge, die Entwicklung von Parteien und parlamentarischen Ansätzen oder die Verhältnisse am Zarenhof selbst untersucht worden waren. Geyer versucht nun in einer Synthese der Forschung und gestützt auf das umfangreiche veröffentlichte Quellenmaterial, die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Einzelfaktoren analytisch zu erfassen: »Zu fragen ist zum einen nach den gesellschaftlichen und ökonomischen Bewegungskräften, die die Großmachtspolitik des Zarenreichs beeinflussen haben, zum anderen nach den Rückwirkungen des internationalen Engagements auf innerrussische Spannungslagen und Entwicklungsprobleme« (11).

Geyer geht dieser Frage in drei großen Schritten nach: Im ersten Teil stellt er die Rahmenbedingungen der Reformzeit in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts und die wirtschaftliche Entwicklung in Beziehung zu dem vor allem in der Öffentlichkeit virulenten Nationalismus. Dieser kompensierte für ihn den »Orientierungsnotstand der Oberschichten« (55), der durch den beginnenden Zerfall der alten Gesellschaftsordnung und die Auswirkungen der ökonomischen Konjunkturen hervorgerufen wurde. Die zaristische Regierung reagierte zurückhaltend auf die nationalistischen Bewegungen: sie befürchtete internationale Verwicklungen, dadurch eine weitere Verschlechterung der finanziellen Lage des Reiches, innenpolitisch aber auch eine Bedrohung des Prinzips der »Selbstherrschaft«. Dennoch ließ sie sich in riskante außenpolitische Abenteuer ein, weil sie durch die geschwundene Autorität des Zaren, durch den eigenen Wunsch, die russische Großmachtrolle zu erhalten, und durch den Druck innerer Verhältnisse in ihrem politischen Spielraum erheblich eingeschränkt war. An zwei Fallstudien zeigt Geyer, wie die strukturelle Führungsschwäche des Systems zum kriegerischen Konflikt auf dem Balkan führte und wie die Expansion in Zentralasien die außenpolitischen Rückschläge in Europa ausgleichen sollte. Am Ende lag die »Krise der Selbstherrschaft« erneut bloß, der Zar war mehr denn je ein »Kaiser ohne Kleider« (71).

Als entscheidender Hinderungsgrund für die innere wie internationale Handlungsschwäche Rußlands erwiesen sich »Armut und wirtschaftliche Stagnation« (97). Im zweiten Teil untersucht Geyer den Anlauf der russischen Regierung zwischen 1885 und 1905, durch eine beschleunigte Industrialisierung aus dieser Sackgasse herauszukommen. Dabei war sie in außerordentlich hohem Maße von ausländischer Finanzhilfe abhängig. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die russischen Bündnisse mit anderen Mächten, vorab Deutschland und Frankreich, ohne daß es allerdings einem von ihnen durchgängig gelungen wäre, Rußlands ökonomische Situation für politische Pressionen auszunutzen. Die beschleunigte Industrialisierung, die den Machteliten in erster Linie wegen ihres Zusammenhanges mit Rußlands Großmachtrolle ein-

sichtig war, hatte zwei wesentliche Folgen für das System: Einmal untergrub sie das sozialökonomische Fundament jener agrarischen Schichten, die die Stütze der Autokratie waren, zum anderen suchte die Regierung den Ausweg aus steigenden Rüstungslasten und negativer Zahlungsbilanz in einer typisch imperialistischen Expansion in Ostasien, um Absatzmärkte zu erschließen und zugleich die eigene Machtposition zu stärken. Das Ergebnis war der russisch-japanische Krieg, der im militärischen wie finanziellen Fiasko und in der Revolution von 1905 endete.

In einem erstaunlichen Aufschwung konnte sich das zaristische Rußland, wie Geyer im dritten Teil deutlich macht, vor dem 1. Weltkrieg von diesem Tiefpunkt erholen. Mit gewaltigen Anstrengungen wurde die Industrialisierung erneut, hauptsächlich über die Aufrüstung, vorangetrieben. Doch die Strukturschwächen des Systems ließen sich dadurch nicht vermindern, im Gegenteil: die Disproportionen der ökonomischen Entwicklung erzeugten wiederum Orientierungslosigkeit und »Katastrophenstimmung« (232), »nationalistische Großmachtideologie« (238) und Chauvinismus sollten in bewährter Manier ihre integrative Funktion beweisen. Das russische Engagement in Asien wie auch der Eintritt Rußlands in den Weltkrieg waren deshalb nicht zuletzt Produkte einer »konvulsiven Modernisierung« (238).

Das russische Großmachtinteresse förderte die Industrialisierung – und behinderte sie doch zugleich, indem immer wieder dysfunktionale Entscheidungen getroffen wurden. Den Zusammenhang zwischen Rußlands internationaler Rolle, seiner ökonomischen Entwicklung und dem Verfall des autokratischen Systems prägnant herauszuarbeiten, ist Geyer überzeugend gelungen, auch wenn sicher manche Einzelfragen strittig bleiben. Der Einordnung des russischen Imperialismus wäre es zugute gekommen, wenn Geyer zusammenfassend einen knappen Vergleich mit dem Imperialismus der anderen Großmächte angestellt und vielleicht auch die gängigen Imperialismustheorien auf ihre Relevanz für Rußland geprüft hätte. Material dazu liefert er genügend. Wer sich für das internationale System zwischen 1860 und 1914 sowie für den Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik interessiert, wird an diesem Buch nicht vorbeikommen. Unerläßliche Lektüre ist es für jeden, der die vorrevolutionäre Gesellschaftsordnung Rußlands kennenlernen will.

Heiko Haumann (Freiburg i. Br.)

Meyer, Gert: Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1974 (757 S., br., 40,- DM).

Die vorliegende Arbeit G. Meyers unternimmt den Versuch, die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft in der Phase des Übergangs von einem durch Bürgerkrieg und »Kriegskommunismus« bestimmten Wirtschaftssystem zum System der »Neuen Ökonomischen Politik« zu beschreiben. Da der Autor die sozialökonomischen Hintergründe der sowjetischen Entwicklung auf einer sehr breiten Quellenbasis untersucht und das gesamte in Westdeutschland und Amsterdam zu diesem Thema zugängliche Material verarbeitet hat, besitzt seine Studie einen hohen Informationswert und darf zur Zeit als Standardwerk für diese Periode des sowjetischen Aufbaus gelten.

Ausgehend von der Krise der »proletarischen Naturalwirtschaft«, wie das sowjetische Wirtschaftssystem des »Kriegskommunismus« im nachhincin bezeichnet wurde, skizziert Meyer zunächst die Versuche, die sowjetische Wirtschaft auf der Grundlage eines einheitlichen Wirtschaftsplans wiederherzustellen, und untersucht, warum diese Ansätze, das Konzept der »proletarischen Naturalwirtschaft« weiterzuführen und auszubauen, keinen Erfolg hatten. Anknüpfend an die Diskussionen innerhalb der Partei werden dann die Maßnahmen zur Belebung des Marktes und zur Neureg-

lung des Warenaustausches zwischen Stadt und Land beschrieben, die nach und nach zum System der »Neuen Ökonomischen Politik« erweitert wurden. In der Analyse des Verhältnisses von Stadt und Land, die das Zentralthema des Buches darstellt, in der minutiösen Untersuchung der sozialen Entwicklung auf dem Dorfe in den ersten Jahren der Neuen Ökonomischen Politik stellt Meyers Studie eine wertvolle Ergänzung der wissenschaftlichen Diskussion dar. G. Meyer zeigt die Problematik, die sich aus dem Verhältnis von staatlicher Großindustrie und privatwirtschaftlich organisierter Landwirtschaft für ökonomische und politische Entwicklung der Sowjetmacht ergab.

Bei der Schilderung der Situation im Dorf geht er auf die Renaissance der russischen Feldumteilungsgemeinde, der »obščina«, seit der Agrarrevolution 1917/18 ein, deren perpetuierte Produktionsstruktur die privatwirtschaftliche Zersplitterung des Agrarsektors noch verstärkte, und entzieht durch seine Darstellung Vorstellungen über die »asiatische Produktionsweise« in der Form, wie sie etwa bei R. Dutschke entwickelt werden, jeden Boden. An dieser Stelle, wie durch seine ganze Studie, schafft G. Meyer durch die präzise Beschreibung der sozioökonomischen Verhältnisse die Voraussetzungen für eine historisch abgesicherte Einschätzung des sowjetischen Transformationsprozesses, hinter die die Diskussion der Übergangsgesellschaft nicht mehr zurückfallen sollte.

So hoch man diese Leistung auch bewerten muß, besitzt die Arbeit doch einige Schwächen. So leuchtet die Gliederung nicht immer ein. Welche Funktion haben die Abschnitte über die soziale Lage der Arbeiterschaft (6.1.), die Arbeitslosigkeit (8.1.) und die Streiks (8.2.) im Gesamtkonzept der Studie? Weder in anderen Abschnitten noch im Schluß wird auf sie Bezug genommen. Ebenso wenig einsichtig ist, warum etwa der sehr wichtige und informationsreiche Abschnitt zur agrarischen Überbevölkerung an den Schluß des Bauernkapitels (7.7.) gerückt wurde und das Problem der Währungskrise und der Doppelwährung erst ganz am Schluß auftaucht. Ein wichtiges Problem der Emissions- und Währungspolitik des Finanzkommissariats wird kaum behandelt: gerade für die ökonomische Seite des Verhältnisses von Stadt und Land, insbesondere für die Preisgestaltung, war es von elementarer Bedeutung, daß zwei Währungen im Land umliefen, der inflationäre Sovznak auf dem Dorf und der harte Červonec im Bereich der Staatsindustrie. Eine derartige Finanzpolitik, die die Bauern in eklatanter Weise benachteiligte, mußte der Losung des Klassenbündnisses zu widerlaufen. Der Autor unterläßt es, den Inhalt der »smyčka«-Politik unter den Gesichtspunkten einer solchen finanztechnischen Praxis zu analysieren.

Bei der Erstellung des statistischen Apparates sind einige Ungenauigkeiten unterlaufen: eine Einzeluntersuchung von Strumilin (198 f.), die sich nur auf einen kleinen Kreis von Arbeitern und Angestellten bezieht, wird kommentarlos verallgemeinert. Eine Tabelle Kvirings über Veränderungen der Arbeitsproduktivität in der Großindustrie wird benützt, obwohl einfaches Nachrechnen zeigt, daß die Prozentangaben nicht mit den angegebenen absoluten Größen korrelieren (193).

Die politischen Inhalte der »smyčka« werden nicht eigentlich reflektiert. Meyer setzt sich nicht mit der Frage auseinander, welche gesellschaftliche Gruppe diese Politik bestimmt und aus ihr Vorteil zieht: die kapitalistisch wirtschaftenden Großbauern? Die Industriearbeiter? Die Landarbeiter und Kleinbauern? Das Management der Großindustrie und des Finanzapparates? Diese Frage wurde 1923/24 lebhaft diskutiert und in Gestalt der »Neuen Ökonomik« Preobrazenskij's existierte auch der Entwurf einer Strategie, die die private Agrarproduktion im Rahmen der »smyčka« für den Aufbau des Sozialismus dienstbar machen wollte. Eine andere Konzeption liegt im sogenannten Leninschen Kooperativplan vor. Die Parteidiskussionen der Zwanziger Jahre warfen immer wieder die Frage auf, wieweit man der kapitalistischen Ent-

wicklung auf dem Dorf entgegenkommen könne, ohne sozialistische Positionen aufzugeben. Der Autor läßt sich auf solche Reflexionen leider nicht ein. Ebenso verzichtet er auf die Frage, wie realistisch überhaupt die Losung eines »Bündnisses von Arbeiterklasse und Bauernschaft« sein konnte angesichts einer »kulturellen Schere« – d. h. eines sehr unterschiedlichen Niveaus an Zivilisation – und angesichts stark differierender ökonomischer Interessen in Stadt und Land, wie es in der Studie ausführlich dargestellt wird.

Indem Meyer so darauf verzichtet, die Selbstdarstellung der bolschewistischen Politik zu hinterfragen, begibt er sich der Möglichkeit, die soziale Funktion der »smykka«-Politik zu bestimmen. Wäre es z. B. nicht denkbar, daß es sich hier lediglich um eine auf Konsens abgestellte Strategie handelt, die die größte Bevölkerungsgruppe der UdSSR, die Bauernschaft, von politischen Entscheidungen fernhalten sollte? Sowohl eine positive wie eine negative Antwort wären hier denkbar, doch der Autor kommt erst gar nicht zu einer solchen Frage. So kann er sich denn auch im Schlußkapitel mit der Effektivierung von Herrschaft und der Rationalisierung der Parteiorganisation befassen, ohne zu fragen, wessen Herrschaft eigentlich effektiviert wird: die der Sowjets? Die der Großbauern? Die des Wirtschaftsapparates? Ebensowenig setzt sich Meyer mit der Frage auseinander, welche Probleme es für die Partei des Proletariats mit sich bringt, wenn sie in einem teilkapitalistischen System, wie es die Neue Ökonomische Politik der Studie Meyers nach darstellte, Träger einer Wirtschaftspolitik wird, die notwendig auf Erweiterung der Reproduktion gerichtet ist. Wird die Partei nicht – wie die von Meyer beschriebenen Streikaktionen der Arbeiter wenigstens vermuten lassen – immer stärker ihrer eigentlichen Basis, dem Proletariat, entfremdet und tritt diesem in der Funktion als Management oder Verwaltung gegenüber? Mit der Beschreibung der Rationalisierung von Parteiarbeit scheint es mir hier nicht getan.

Hans-Henning Schröder (Berlin/West)

Conert, Hansgeorg und Wolfgang Eichwede: Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR. Hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover 1976 (132 S., br.).

Nach einem knappen Abriss der historischen Entwicklung des Wirtschaftssystems stellen die Autoren Gründe und Funktionsweise der Wirtschaftsreform von 1965 dar. Zur Frage, ob sozialistische und »marktwirtschaftliche« Systeme beliebig kombiniert werden können, wird bemerkt, daß es »keine beliebige Zwischenform« gebe, weil Markt- und Planwirtschaft »ihre je eigene Funktionslogik« hätten (41). Die Autoren zeichnen ein informationsreiches Bild von der sowjetischen Arbeitsverfassung und von der Lage der Arbeiterklasse; sie bringen neuere Daten aus der sowjetischen Statistik und aus sowjetischen soziologischen Untersuchungen zur Sozialstruktur, inneren Gliederung der Arbeiterklasse, zu Qualifikation und Bildung der Arbeiter, zum Lohn.

In ihrer Untersuchung von »verschiedenen Seiten des in der UdSSR vorherrschenden Produktionsverhältnisses« (8) unterscheiden die Autoren zwischen gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln und »faktischer Verfügungsgewalt« (52) über sie im Sozialismus und werfen der sowjetischen Selbstdarstellung vor, sie würde ersteres »überwiegend formalrechtlich« (52) auffassen und letztere vernachlässigen. Trifft diese Kritik auch auf die sowjetische Rechtslehre der frühen 50er Jahre zu, so ist diese inzwischen einem differenzierteren Verständnis von »gesellschaftlichem Eigentum« gewichen. Man unterscheidet jetzt zwischen »Verstaatlichung« und »Vergesellschaftung« der Produktion und begreift den letzteren Prozeß als in dem Sinne un abgeschlossen, daß immer mehr Werk tätige zur Planung und Leitung herangezogen werden müssen.

Nach Conert und Eichwede haben die Produzenten in der Sowjetunion keinen Anteil am Zustandekommen von Planungs- und Leitungsentscheidungen (54). Dieses »Defizit an realer Vergesellschaftung« (54) wird als wichtigstes Merkmal der grundlegenden Produktionsverhältnisse reklamiert, findet seine Begründung aber nicht bei der Abhandlung der Produktionsverhältnisse, sondern im Kapitel über Herrschaft, Partei und Staat. Dem liegt die Auffassung zugrunde, daß der sowjetischen Gesellschaft »eine systemimmanente ökonomische Eigengesetzlichkeit fehlt« (58) und daß hier »Politik nicht in einem abgeleiteten Verhältnis zur Ökonomie« stehe (58). Hier fehlt eine theoretische Begründung, weshalb die Autoren davon ausgehen, daß sich das Verhältnis von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau gegenüber dem von Marx analysierten geradezu umgekehrt habe.

Selbst wenn man sich auf die These einläßt, daß politische Verhältnisse für den Charakter der Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion entscheidend seien – und zwar eben Verhältnisse der Ausschließung der Werktätigen von wichtigen Entscheidungen, so verlangt man umso mehr einen Nachweis für die Wahrheit dieser Behauptung. Angesichts dessen verwundert, daß das für diesen Nachweis entscheidende dritte Kapitel gegenüber den anderen sehr knapp gehalten ist und sich auf die Erörterung einiger Aspekte der sozialen Zusammensetzung der obersten Partei- und Staatsorgane beschränkt. Hier wie auch bei der Behandlung der Betriebsverfassung im vierten Kapitel unterlassen es die Autoren, gründlich über den Mechanismus der Willensbildung und Entscheidungsfindung im sowjetischen Staat zu informieren, der sich eben nicht in Partei und Staat erschöpft. Die Rechte der Arbeiter zur Mitwirkung an Planungs- und Leitungsentscheidungen in den sowjetischen Betrieben werden flüchtig auf eineinhalb Seiten behandelt (121 f.), über die Aktivierung des Status des Deputierten der örtlichen Sowjets, ihre Öffnung für Wählerforderungen erfährt man nichts. Wenn in Bezug auf die Rechte der Gewerkschaften im Betrieb gesagt wird: »Beschwerdemöglichkeiten reichen kaum aus, um Sozialismus zu definieren« (122), so ist dem zuzustimmen; nur hätte nicht verschwiegen werden dürfen, daß die sowjetischen Gewerkschaften bei der Erstellung der betrieblichen Pläne mitwirken, daß die Verteilung des Betriebsfonds (betrieblicher Wohnungsbau, Kindergärten; Prämierung der Arbeiter) unter maßgeblicher Mitwirkung des Gewerkschaftskomitees vorgenommen wird, daß schon mancher Betriebsleiter bei Fehlverhalten auf Betreiben der Gewerkschaften abgesetzt wurde usw. usf.

Schade auch, daß der richtige Gedanke, man dürfe die tatsächliche Funktion und Stellung der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion nicht nach Maßstäben des bürgerlich-liberalen Repräsentativsystems beurteilen (77), durch das Vorurteil ersetzt wird, die »Konstruktion einer Avantgardepartei« müsse »mit dem Anspruch einer Gesellschaft auf autonome Lernprozesse, Erfahrungen und daraus entwickelte Strukturen kollidieren« (78). Es ist eine Forschungsaufgabe zu untersuchen, ob »autonome Lernprozesse« in der Sowjetunion zukünftig auch durch Entwicklung innerparteilicher Demokratie und durch eine Pluralität der politischen Praxisformen der Werktätigen (Sowjets, Gewerkschaften, Partei, andere gesellschaftliche Organisationen) ermöglicht werden.

Die Autoren hätten die Chance nutzen können, ein gegenüber den üblichen Schulbüchern und Handbüchern für den Lehrer differenzierteres Bild des politischen Systems der Sowjetunion zu zeichnen: nicht nur noch einmal darzustellen, daß ein großer Teil der verantwortlichen Kader im Staatsapparat Parteimitglieder sind und daß die Parteispitze entscheidenden Einfluß auf die Besetzung etwa von Ministerposten hat, sondern auch zu zeigen, daß dieser Minister sich ständig mit dem ZK der zuständigen Zweiggewerkschaft auseinandersetzen muß, das Arbeiterinteressen zu vertreten hat; nicht nur zu wiederholen, was jeder weiß – daß das ZK der KPdSU große

Macht hat –, sondern einmal darzustellen, daß z. B. der Anteil der Arbeiter und Kolchosbauern unter den Parteimitgliedern und auch unter den Mitgliedern der unteren Parteikomitees bis hinauf zu den ZKs der Republikparteien systematisch erhöht wurde, daß die ständige Erneuerung (Rotation) der leitenden Parteiposten (Sekretäre der Grundorganisationen) nach dem 20. Parteitag drastisch aktiviert wurde, – ja so sehr (ca. zwei Drittel pro Jahr ausgewechselt), daß teils die Kontinuität der Parteiarbeit gefährdet wurde und die Erneuerungsquote gesenkt werden mußte (heute ca. ein Viertel jährlich) und derartige Aspekte mehr. Wieland Elfferding (Berlin/West)

Gramatzki, Hans-Erich und Gudrun Lemân: *Arbeiterselbstverwaltung und Mitbestimmung in den Staaten Osteuropas.* Fackelträger-Verlag, Hannover 1977 (176 S., br., 16,- DM).

Nach einem ersten Teil über theoretische Aspekte von Mitbestimmung und Selbstverwaltung und über Mitbestimmung in kapitalistischen Ländern werden im zweiten Teil die Systeme der Mitbestimmung bzw. Arbeiterselbstverwaltung, die Mitwirkungsregelungen, Organe sowie ihre historische Entwicklung und die Wirtschaftslenkungsorgane vor allem der UdSSR und der DDR, Jugoslawiens und Polens dargestellt, nur kurz in Bezug auf die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Dabei kommen unorthodoxe Überlegungen vor; so etwa die, daß die Bildung von größeren Wirtschaftseinheiten (Produktionsvereinigungen) nicht unbedingt zur Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten führt (165). Immer wieder werden anregende Hinweise gegeben auf die Schwierigkeiten und den Grad der Realisierung der dargestellten Regelungen. So z. B. bei der Schilderung der Probleme in der Position des Meisters in der UdSSR und der DDR (86), die nicht nur aus dem Loyalitätskonflikt gegenüber den Arbeitern einerseits und dem Abteilungsleiter andererseits entsteht, sondern auch aus historischen (autoritärer Leitungsstil) und sozialen Gründen (mangelnde Qualifikation der Meister und geringe materielle Attraktivität dieser Arbeit).

Als problematisch erweist sich das Buch hauptsächlich in seinen begrifflichen Grundlagen und theoretischen Voraussetzungen. Die Autoren wagen keine eigene Bestimmung von »Mitbestimmung« und »Arbeiterselbstverwaltung«. Stattdessen zählen sie auf, was so an Begriffen im Zusammenhang des Themas in der Diskussion ist. Wenn z. B. nach *Ebenen* der Mitbestimmung bzw. Selbstverwaltung unterschieden wird (Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmung, Gesamtwirtschaft), so hätte den Leser noch interessiert, unter welchen Bedingungen wo welche Art von Mitbestimmung entsteht und warum dies so ist, wer sich für Mitbestimmung auf welcher Ebene einsetzt und was von der Entscheidung dafür oder dagegen abhängt. Als Antwort auf die Frage, wovon die Möglichkeiten für *direkte* Mitbestimmung abhängen, zählen die Autoren fünf Faktoren auf, von denen der erste die Größe des Unternehmens und der fünfte das Wirtschaftssystem ist. Hätte nicht gesagt werden müssen, ob die Reihenfolge als Rangfolge zu verstehen ist und wie die Autoren zu ihr kamen? Statt Erklärungen über den Entstehungszusammenhang von Mitwirkungsregelungen werden sozialethische, politische und ökonomische »Begründungen« für Mitbestimmung geliefert, aus denen sich der Leser anscheinend eine aussuchen soll.

Für die UdSSR und die DDR wird der sozialistische Wettbewerb und die Humanisierung der Arbeit *neben* der Mitbestimmung behandelt. Aber sind denn Gegenpläne (Form des sozialistischen Wettbewerbs) keine Form der Mitbestimmung, und werden die Sozialpläne, die unter »Humanisierung der Arbeit« abgehandelt werden, nicht von den Mitwirkungsorganen diskutiert und verabschiedet?

Auch macht die ungeprüfte Verwendung des bundesdeutschen Mitbestimmungs-Begriffs für Verhältnisse in sozialistischen Ländern mißtrauisch. Werden hier nicht fremde Voraussetzungen an diese Verhältnisse herangetragen? Die Autoren gehen davon aus, daß betriebliche Demokratisierung von der »Dezentralisierung gesamtwirtschaftlicher Entscheidungen« abhängt (Vorwort, 9). Damit wird die sogenannte marktwirtschaftliche Ordnung letztlich zum Kriterium der Beurteilung der Handlungsfreiheit der Betriebskollektive gemacht (vgl. ebenso 165). Nach einem ähnlichen Muster verfahren die Autoren bei der Beurteilung der Demokratisierungschancen des politischen Systems der UdSSR und der DDR: sie werden davon abhängig gemacht, ob eine »institutionalisierte legale Opposition vorhanden ist . . .« (71), statt den diesem politischen System eigenen Demokratisierungspotentialen nachzugehen. Breite Volksdiskussionen vor der Verabschiedung von wichtigen Gesetzen (zuletzt bei der Verabschiedung der neuen Verfassung der UdSSR und des neuen Arbeitsgesetzbuches der DDR), die Aktivierung von Praktiken der Kritik und Selbstkritik in der KPdSU (zum Beispiel 1975 anhand der Tambover Gebietsparteiorganisation) u. a. m. deuten auf die Existenz solcher Potentiale hin, deren Bewertung nicht absolut an die Existenz oder Nichtexistenz einer »legalen Opposition« gebunden werden kann.

Einerseits distanzieren sich die Autoren von totalitarismustheoretischen Ansätzen (10) und treten für »die Einführung wirtschaftlicher Mitbestimmung in betrieblicher und überbetrieblicher Form in kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systemen ein« (10) und für das Recht auf Arbeit in den kapitalistischen Ländern (18), andererseits ist die Darstellung der Rechte der Gewerkschaften in der UdSSR und der DDR (nach der Feststellung, sie seien keine »Gegenkraft« im gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßstab, 69) sehr knapp gehalten; von der deutlichen Ausweitung ihrer Rechte im Betrieb in den 70er Jahren ist keine Rede. Warum erfährt der Leser nicht, daß kein Arbeiter ohne Zustimmung des betrieblichen Gewerkschaftskomitees entlassen werden darf, daß ganze Abteilungen auf Anweisung der Gewerkschaften geschlossen werden können, wenn die Wirtschaftsleiter die Arbeitsschutzbestimmungen nicht einhalten, – kurz, daß in der heutigen Stellung der Gewerkschaften im politischen System der UdSSR bereits Elemente kommunistischer Selbstverwaltung vorgeformt sind?

Wieland Elfferding (Berlin/West)

Ökonomie

Piven, Frances F. und Richard A. Cloward: Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1977 (449 S., br., 12,- DM).

Cloward, Richard A. und Frances F. Piven: The Politics of Turmoil. Poverty Race and the Urban Crisis. Vintage Books, New York 1975 (365 S., br., 2,95 Dollar).

Piven, Frances F. und Richard A. Cloward: Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail. Pantheon Books, New York 1977 (381 S., Ln., 12,95 Dollar).

In drei breit angelegten Buchveröffentlichungen setzen sich die amerikanischen Sozialwissenschaftler Frances Fox Piven und Richard Cloward mit Problemen der Armutsbevölkerung, ihren Protestbewegungen und deren staatlicher Pazifizierung auseinander. Das erste ihrer Bücher, *Regulating the Poor*, aus dem Jahre 1971 liegt jetzt in deutscher Sprache vor, ergänzt durch einen Vergleich deutscher und US-amerikanischer Sozialhilfe von Stephan Leibfried und durch ein Nachwort der Autoren für

die deutsche Ausgabe, das auf neuere Entwicklungstendenzen unter der Armutsbevölkerung und vor allem auf die gegenüber den 60er Jahren restriktivere staatliche Wohlfahrtspolitik der Nixon- und Ford-Administrationen eingeht. *The Politics of Turmoil* ist eine Sammlung von Aufsätzen aus den Jahren 1963 bis 1974, die überwiegend aus der aktiven Mitarbeit der Autoren in Bewegungen der Armutsbevölkerung – Mietstreiks, organisierten Aktionen von Wohlfahrtsempfängern, etc. – entstanden und das Machtpotential der städtischen Minoritäten und die »counterinsurgency«-Strategien des Staatsapparats analysieren. Das *Poor People's Movements* greift viel Material aus *Regulating the Poor* wieder auf; der Schwerpunkt der Fragestellung hat sich jedoch von Struktur und Funktionen staatlicher Sozialpolitik auf Bewegungen der Armen selbst verlagert.

Regulierung der Armut. Die Politik der Öffentlichen Wohlfahrt analysiert das Netz staatlicher Fürsorgemaßnahmen in ihren zwei Hauptaufgaben, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Integration der Armutsbevölkerung in den privaten Arbeitsmarkt. Auf ökonomische Freisetzungprozesse und Massenarbeitslosigkeit, die zum Ausbruch von Unruhen führen, reagiert das politische System zunächst mit der Initiierung oder Ausweitung öffentlicher Unterstützung. Ist die Ordnung wiederhergestellt und aufgrund der wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen eine legitimatorische Balance geschaffen, wird die Sozialfürsorge wieder eingeschränkt und die Reintegration der Unterstützungsempfänger in den Arbeitsmarkt betrieben, um die zeitweilig geschwächte »Arbeitsrolle« wiederherzustellen. Fürsorgesysteme sind also zyklisch und werden keinesfalls immer liberaler und großzügiger, wie es Apologeten eines modernen »Wohlfahrtskapitalismus« vorgeben. Ihre These von dieser Kreislaufbewegung öffentlicher Unterstützung können die Autoren am deutlichsten für die Große Depression der 30er Jahre und die anschließende Stabilitätsperiode nachweisen (Kap. 2–5). Für die 60er Jahre (Kap. 6–10) ist der Zirkel nicht ganz so eindeutig, da die scharfen Restriktionen nach einer explosiven Ausweitung der Unterstützung (noch) fehlen. Massive Kürzungen der Wohlfahrtsmaßnahmen und die Reintegration der Armutsbevölkerung in den Arbeitsmarkt (m. a. W. Arbeitszwang) nach Überwindung der politisch-sozialen Krise und Wiederherstellung der Ordnung sind heute nicht mehr so glatt durchführbar wie noch in den 40er Jahren. Das zeigt u. a. das Scheitern sämtlicher Versuche zur bundesweiten Wohlfahrtsreform in den letzten zehn Jahren.

Für die Große Depression mit ihrer Entstehung von Massenorganisationen der Arbeitslosen, die mit Hungermärschen und direkten Aktionen eine drastische Erhöhung öffentlicher Unterstützung verlangten, beschreiben die Autoren den Kreislauf wie folgt: »Zu Beginn hatten Unruhen ein massives direktes Unterstützungsprogramm des Bundes erzwungen; dann wurde die direkte Unterstützung in öffentliche Arbeit umgewandelt; dann wurde das Arbeitsprogramm wieder gekürzt, und die Arbeitslosen sahen sich auf Länder und Gemeinden angewiesen, die in den meisten Fällen die Unterstützung auf Arbeitsfähige beschränkten und sie schließlich an vielen Orten völlig abschafften. Was blieb, waren die gruppenspezifischen Unterstützungsprogramme für die Hilflosen unter den Armen – die Alten, die Blinden und die Waisen. Für die arbeitsfähigen Armen . . . traf die Bundesregierung keine Vorsorge . . .« (180); diese waren damit auf den privaten Arbeitsmarkt verwiesen und zur Arbeit unter jeder Bedingung gezwungen. Auch der zweiten »Fürsorgeexplosion« in der US-amerikanischen Geschichte lag die staatliche Reaktion auf ökonomische Freisetzungprozesse und daraus resultierende Massenunruhen – diesmal unter der schwarzen Bevölkerung – zugrunde. Daß die Expansion des Wohlfahrtssektors als Teil einer Pazifizierungsstrategie für das explodierende Getto gedacht war, ist schon daran zu erkennen, daß die Zahlungen überwiegend in die Innenstädte, nicht in die ländlichen

Gebiete gelenkt wurden, und unter den armen Familien schwarze stärker als weiße in ihren Genuß kamen. Piven/Cloward schildern eindringlich das Vorgehen der Bundesregierung, deren »Great Society«-Projekte, wie der Krieg gegen die Armut, häufig gegen den Widerstand städtischer Parteiapparate der Gettobevölkerung mehr soziale Dienstleistungen und finanzielle Unterstützung zukommen ließen. Als »das spezifische Merkmal der Great Society-Programme« bezeichnen sie die direkte Beziehung zwischen der nationalen Regierung und den Gettos, die sowohl Länder- als auch Gemeinderegierungen unterließ und dazu führte, daß verschiedene Ebenen der Bürokratie gegeneinander arbeiteten (319). Die Bundesprogramme trugen sogar nach Piven/Cloward kurzfristig zur erhöhten Militanz der Gettobewohner bei, indem sie die ersten Organisationsversuche von Wohlfahrtsempfängern unterstützten und der Armutsbevölkerung selbst zunächst die drittelparitätische Repräsentation in den Planungsgremien des Kriegs gegen die Armut garantierten; langfristig gesehen, zielten sie allerdings auf die Absorption der Führungskader der schwarzen Bewegung und die Befriedung der Gettomassen durch begrenzte materielle Zugeständnisse. Eine Reihe schwarzer Politiker schuf sich in der Tat ihre politische Basis anfangs in den Gremien des Anti-Armutsprogramms. Heute fehlt noch der letzte Schritt in den von Piven/Cloward vorgebrachten Zirkel der Sozialfürsorge. Zwar sind die Great Society-Programme unter Nixon eingeschränkt und von Kongreß und Exekutive verschiedene Programme zur Wohlfahrtsreform vorgelegt worden, doch die Mittel für öffentliche Unterstützung und die Zahl ihrer Empfänger steigen noch immer, eine zwangsweise Reintegration der Wohlfahrtsempfänger in den Arbeitsmarkt zu Niedriglöhnen scheint (noch) nicht durchführbar. Auch die Carter-Administration hat 1977/78 wieder einen Vorschlag zur Wohlfahrtsreform eingebracht; wie seine Vorgänger deutet jedoch vieles darauf hin, daß auch dieser wieder in den Grabenkämpfen des Kongresses stecken bleiben wird.

Stephan Leibfried versucht in seinem *Vorwort* eine Systematisierung der Thesen von Piven/Cloward und einen Vergleich der Sozialhilfesysteme in den USA und der BRD. Er hält das »Druck-Reaktions-Schema« der Autoren für spezifisch US-amerikanisch und für die Sozialpolitik der BRD nicht gleichermaßen zutreffend. Für Leibfried bleibt hinsichtlich der deutschen Sozialpolitik »zu erklären, warum sozialpolitische Programme entworfen wurden, obwohl die Armutsbevölkerung in diese Richtung keinen konkreten Druck ausübte«. (14) Auf das politische System der USA, so seine These, können soziale Prozesse stärker durchschlagen, da es dem Staatsapparat an »hinreichender Distanz« zur Gesellschaft fehle. Außerdem besitzt die Armutsbevölkerung in den USA Strukturelemente wie rassische Zusammensetzung und Gettoisierung, die sie vergleichsweise organisations- und druckfähiger machen. An Gemeinsamkeiten der amerikanischen und deutschen Sozialhilfe hält Leibfried folgendes fest: das Reservoir der Armutsbevölkerung übersteigt die Zahl der Fürsorgeempfänger beträchtlich; außerdem wird Sozialfürsorge unter ständiger Berücksichtigung von Arbeitsmarktkonditionen gewährt; arbeitsmarktnahe und -ferne Fälle werden unterschiedlich behandelt, die ersteren stets unter Berücksichtigung des Lohnniveaus unterer Lohngruppen, so daß der materielle Anreiz von Arbeit erhalten bleibt.

Die Beiträge in *The Politics of Turmoil* liefern zu einem großen Teil Konkretisierungen des von Leibfried sogenannten »Druck-Reaktions-Schemas« für die 60er Jahre. Die Teile I und IV befassen sich mit der Kontrolle der Armutsbevölkerung durch den Staatsapparat, die Teile II und III mit den Möglichkeiten ihrer Mobilisierung und Erringung politischer Macht – die eindeutig interessanteren Abschnitte des Buches, zumal Teil IV weitgehend nur eine Wiederholung der »Great Society«-Thesen darstellt. In Teil II gehen die Autoren von einer »neuen Theorie politischer Aktion« (70) aus und propagieren eine Strategie »institutioneller Störungen« (71), da die regulären

politischen Kanäle für die Armutsbevölkerung nicht durchlässig seien. Massive und vor allem öffentlich sichtbare institutionelle Störungen könnten durch Aktivierung signifikanter politischer Gruppen zu einer politisch-sozialen Krise führen und damit das politische System zu Konzessionen zwingen. Primärer Adressat soll nicht der einzelne institutionelle Bereich sein, sondern das politisch-administrative System als ganzes. So werfen die Autoren den Teilnehmern an Mietstreiks in Harlem und der Lower East Side 1963/64 vor, die »slumlords« zum Adressaten ihrer Forderungen gemacht, anstatt den Staatsapparat zur Übernahme der Gebäude veranlaßt zu haben. (155 f.) Für den Bereich der öffentlichen Unterstützung schlagen Piven/Cloward in einem 1966 erstmals veröffentlichten, einflußreichen Artikel (89–106) vor, die institutionelle Störung städtischer Wohlfahrtsverwaltungen durch Massenanchräge, Sit-Ins und Behördenbesetzungen so weit zu treiben, daß der Bund zum Einschreiten gezwungen würde und ein nationales Mindesteinkommen einführen müsse. An den Artikel schließt sich eine lesenswerte Diskussion an, in der u. a. der Leiter eines Anti-Armut-Büros den Vorschlag als rein materielle »Brot und Butter«-Forderung verwirft und meint, »die Energien würden weit besser darauf verwandt, eine breite ideologische Bewegung zu formen.« (120) Wir kommen auf diesen Punkt bei der Besprechung von *Poor People's Movements* noch einmal zurück.

Teil III über die Entwicklung schwarzer politischer Macht in den großen Städten ist heute bereits weitgehend überholt. Piven/Cloward spekulieren hier in Aufsätzen aus den 60er Jahren über die politische Manövrierfähigkeit zukünftiger schwarzer Stadtverwaltungen. Mittlerweile sind eine ganze Reihe solcher Verwaltungen im Amt, u. a. in Gary, Detroit und Atlanta; dem Rezensenten sind jedoch keine nennenswerten sozialwissenschaftlichen Studien über ihre Effekte auf die ökonomische Entwicklung der schwarzen Armutsbevölkerung bekannt. Piven/Clowards Skepsis über politisch-ökonomische Statusverbesserungen der schwarzen Massen durch solche »black faces in high places« scheint jedoch angebracht. (264) In der Tat hat sich ja trotz des Mobilitätsangebots an die schwarze Mittelklasse für die Gettomassen im Norden überraschend wenig verändert, zumal wenn man die Stärke berücksichtigt, die die politische Bewegung der Schwarzen in den Bürgerrechtskämpfen und Gettoaufständen erreicht zu haben schien. Heute ist die Bewegung der Massen gebrochen; die organisatorischen Ansätze, die sich aus den Kämpfen des letzten Jahrzehnts entwickelten, sind gescheitert oder nur noch rudimentär vorhanden. Eine Reihe ökonomischer Indikatoren, etwa der Umfang des arbeitslosen oder marginal beschäftigten Subproletariats oder die Relation des schwarzen zum weißen Durchschnittseinkommen haben sich gegenüber dem Ende der 60er Jahre noch verschlechtert.

Woher kommt dieser relative Mißerfolg politischer Bewegungen der Armutsbevölkerung in den USA, fragen Piven/Cloward in *Poor People's Movements*. Als Antwort entwickeln sie in einem theoretischen Kapitel eine spontaneistisch inspirierte Organisationskritik. Ihre Hauptthese lautet: »Wenn Unterschichtengruppen (von den Autoren als ärmere Schichten innerhalb der Arbeiterklasse begriffen, d. Verf.) in den USA bisweilen Einfluß ausüben, dann nicht als Ergebnis von Organisation, sondern von Massenprotest.« (36) Piven/Cloward nehmen hier ihren Ansatz der »institutionellen Störungen« aus *The Politics of Turmoil* wieder auf. Den politischen Aktivisten werfen sie vor, militante Bewegungen in der Regel zum Aufbau formal strukturierter und Interessengruppenpolitik betreibender Organisationen ausgenutzt zu haben, anstatt ihre institutionellen Störungen bis zum äußersten zu treiben und damit dem Staatsapparat ein Maximum an Konzessionen abzurufen. Hat der Staat einmal die Bewegung durch seine charakteristische Doppelstrategie von Kooptation und Repression im Griff, sterben die meisten Organisationen ohnehin wieder ab und die überlebenden »nützen denen, die die von ihnen benötigten Mittel kontrollieren, mehr als den Un-

terschichtengruppen, die die Organisationen zu vertreten beanspruchen. Kurz gesagt, Organisationen bestehen nur durch Aufgabe ihrer oppositionellen Politik.« (XI) Der Aufbau formaler Organisationen aus einer sozialen Bewegung heraus bedeutet also für Piven/Cloward bereits den ersten Schritt zur Niederlage. Sie versuchen, diese These anhand von vier Fallstudien zu erläutern: der Arbeitslosenbewegung in der Weltwirtschaftskrise, den Industriearbeitern der 30er Jahre, den Bürgerrechtskämpfen gegen Rassentrennung und Wahlrechtsentzug sowie der Bewegung zur Durchsetzung des Anspruchs auf öffentliche Wohlfahrt (Welfare Rights Movement). Für alle gilt: was die Bewegungen erreichten, »war eine Antwort auf ihre Turbulenz, nicht auf ihre organisierte Zahl.« (XIII) Als die Arbeitslosen der 30er und die Wohlfahrtsempfänger der 60er Jahre sich von der Strategie institutioneller Störungen auf den Fürsorgeämtern zur organisierten politischen Einflußnahme auf exekutiver oder parlamentarischer Ebene hinwandten, garantierten sie nach Piven/Cloward ihr eigenes Scheitern. Die Gewerkschaften, so die These eines weiteren Kapitels, waren nicht einmal in der Lage, die von den Industriearbeitern vor der großen Organisierungswelle durch Fabrikbesetzung erreichten Zugeständnisse von Staat und Kapital zu verteidigen – siehe etwa das Taft-Hartley Gesetz von 1947.

Geläufige Argumente für die Organisation kollektiver Interessen, wie die Koordination von Ressourcen, Möglichkeiten langfristiger Planung, Sicherstellung von Kontinuität der Ziele, lehnen Piven/Cloward ab. Kein Wort über den Aufbau von Gegenmacht oder Doppelherrschaftsstrukturen; die politische Arena ist für sie nur Ort der Kooptation, an dem Anführer sozialer Bewegungen zu Lobbyisten werden und ihre Massenbasis hinter sich lassen. Dieser Einschätzung liegt eine äußerst pessimistische Interpretation der Möglichkeiten politischen Wandels in den Vereinigten Staaten zugrunde. Die von den Autoren empfohlene Proteststrategie bleibt stets auf einzelne Sektoren beschränkt und zielt nie auf das politische System als Ganzes. Hatten sie noch in *Regulierung der Armut* eine marxistisch fundierte Staatsanalyse entwickelt, nach der kapitalistische Wohlfahrtspolitik gesellschaftliche Ungleichheit nur reproduzieren kann, läuft ihre Empfehlung in *Poor People's Movements* auf lokale Militanz mit dem Ziel der Expansion des Wohlfahrtsstaats hinaus. Sie haben eine gerechtere Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Auge, weisen jedoch keine strukturell-politische Alternative, weder für Minoritäten noch für die Arbeiterbewegung. Auch bezüglich der Entwicklung politischen Bewußtseins mit der Perspektive gesamtgesellschaftlicher Veränderungen zeigen sich Piven/Cloward eher skeptisch. Bewußtsein geht bei ihnen in der Regel nicht über das Stadium der Auseinandersetzung mit konkreten, täglich erfahrbaren Aspekten von Ausbeutung und Unterdrückung hinaus. Widerstand »entsteht nicht durch die Analyse von Machtstrukturen . . . Arbeiter erfahren die Fabrik, den schnellen Rhythmus des Fließbands, den Vorarbeiter, die Spione und Wächter, den Eigentümer und die Lohntüte. Sie erfahren nicht den Monopolkapitalismus. Fürsorgeempfänger erfahren die schäbigen Wartezimmer, den Sachbearbeiter oder Aufseher, die Almosen. Sie erfahren nicht die amerikanische Wohlfahrtspolitik als solche.« (22, 20) Dieses Argument kann natürlich gerade ein Argument für Organisation sein und ist es in der Geschichte der Arbeiterbewegung häufig gewesen. In dieser Tradition steht z. B. der von den Autoren zitierte (87) Herbert Benjamin, ein Führer der Arbeitslosenbewegung aus den 30er Jahren, der eine »politische Erziehung« der Arbeiterschaft forderte, die die Notwendigkeit der Bekämpfung politischer Institutionen auf »höherem Niveau« impliziert. Bekanntlich hat diese Auffassung aber in den USA stets nur eine Minderheit unter der Arbeiterschaft und der Armutsbevölkerung ergriffen. Piven/Clowards Schlußfolgerung, auf die Förderung eines umfassenden politischen Bewußtseins und den Kampf in der politischen Arena überhaupt zu verzichten, enthält jedoch keinerlei langfristige

Perspektiven. Sie faßt soziale Bewegungen als rein materielle, die einen größeren Anteil des Kuchens fordern, die ansonsten aber im kapitalistischen Zwei-Parteien-System der USA gefangen bleibt. In der US-Geschichte kommen und gehen die Protestbewegungen, wobei die vorhergehende der nachfolgenden keine Strukturen – oft nicht einmal eine Erinnerung – überläßt, die in die Richtung fundamentaler gesellschaftlichen Wandels weisen. Piven/Clowards Anti-Organisationsansatz reicht zur Erklärung dieses Phänomens nicht aus. Was aber seine mögliche Überwindung betrifft, so ist der Verzicht der Autoren auf die Entwicklung oder zumindest Andeutung politischer Strategien für gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse ein eindeutiger Mangel dieses Buches, das im übrigen für jeden USA-Interessenten eine faszinierende Lektüre abgibt.

Peter Tergeist (New York)

Gimbel, John: *The Origins of the Marshall Plan*. Stanford University Press, Stanford, Cal. 1976 (344 S., 45,- DM)

John Gimbel wertet in seiner Entstehungsgeschichte des European Recovery Program (ERP) bislang unzugängliche oder schwer zugängliche amerikanische Quellen aus, bietet eine neue Analyse und Interpretation der Rolle Frankreichs als Besatzungsmacht in Deutschland und zwingt damit zu einer Revision des Bildes, das sich die Geschichtsschreibung bisher von der interalliierten Deutschlandpolitik nach 1945 gemacht hat. Allerdings trifft er damit am eigenen Anspruch, den Gesamtkomplex der Ursprünge des ERP zu analysieren, vorbei; indem er a priori dem Deutschlandproblem und insbesondere der besatzungspolitischen Entwicklung in Deutschland eine Schlüsselfunktion für die Einrichtung des ERP zuweist, reduziert er die Ursachen des ERP auf nur einen zentralen Faktor. Die Eingrenzung seiner Untersuchung auf den Zeitraum von 1945 bis 1947 erleichtert ihm den Verzicht auf die Analyse einer Reihe entscheidender ökonomischer Voraussetzungen, strategischer Vorentscheidungen und weltmarktpolitischer Zielvorstellungen im Hinblick auf die Formulierung und Konzipierung der amerikanischen Nachkriegsstrategie. Die politischen und ökonomischen Implikationen der amerikanischen Finanzhilfe für die europäischen Verbündeten während des Krieges sind insofern Voraussetzung für das Wirtschaftshilfeprogramm der USA von 1948, als sie in sich schon die zentrale Konfiguration der amerikanischen Strategie enthalten. Dies erfordert eine Relativierung der Bedeutung der Rolle der alliierten Besatzungspolitik in Deutschland für die Entstehung des ERP.

Hierin liegt zugleich die Fehleinschätzung Gimbels begründet, daß im Frühjahr 1947 kein strategisches Konzept und kein Plan für die amerikanische Wirtschaftshilfe existierte, sondern allgemein Planlosigkeit herrschte. Diese These, die sich auf die Existenz paralleler Planungskompetenzen in den Ministerien und unterschiedlicher politischer Interessenlagen einzelner Politiker bezieht, ist nur vertretbar, wenn die Analyse der vorgelagerten Strategieentwicklung und -formulierung in den USA, sowie ihre historisch-ökonomische Ableitung in der Zeit von 1941 bis 1947, unterbleibt und das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947 als analytischer Ausgangspunkt für das ERP unterstellt wird. Im Kontrast dazu ist auf die 1949 erschienene Dissertation von Warren L. Hickman zu verweisen (*Genesis of the European Recovery Program. A Study on the Trend of American Economic Policies*. Genève 1949), in der er die strategische Planung der amerikanischen Außenpolitik von 1941 bis zur Verabschiedung des Auslandshilfegesetzes von 1948 analysiert und den Zusammenhang nachweist, der zwischen dem amerikanischen Exportinteresse, einer Veränderung der Weltmarktstruktur und der Konzipierung des Auslandshilfeprogramms in Gestalt des ERP bestand.

Die Rolle der Sowjetunion gerät in Gimbel's Analyse, die ganz auf die französische Politik fixiert ist, an den Rand. Dies impliziert seine Einschätzung, daß die Stoßrichtung des ERP nicht gegen die Sowjetunion geplant war, sondern gegen die Obstruktionspolitik Frankreichs, die die Einrichtung zentraler Verwaltungen in ganz Deutschland verhinderte und die Lösung der Frage des Ruhrgebietes sowie die Festsetzung eines ausreichenden industriellen Produktionsniveaus in den Besatzungszonen verschleppte. Nach Gimbel ist der antikommunistische und antisowjetische Aspekt während der Debatte des Auslandshilfegesetzes im Kongreß künstlich in die Auseinandersetzung getragen worden. Es ist jedoch anhand der auch ihm bekannten Quellen (Foreign Relations of the United States 1947, Vol. III, Washington 1972, insbes. S. 235) zu belegen: einerseits war das ERP gegen die Entfaltung kommunistischer und sozialistischer Tendenzen in Westeuropa gerichtet; andererseits sollten die osteuropäischen Länder vom ERP ausgeschlossen bleiben, wenn sie nicht ihre enge ökonomische Orientierung am System der Sowjetunion aufgeben würden. Demgegenüber behauptet Gimbel, das ERP sei primär als ein Ausweg aus dem besatzungspolitischen Dilemma der USA in Deutschland konzipiert worden. Die Überschätzung dieses Dilemmas hat eine methodische Ursache. Gimbel's Analyse ist überwiegend diplomatiegeschichtlich orientiert; sie untersucht auf einer breiten Quellengrundlage die diplomatische Auseinandersetzung zwischen den westlichen Alliierten, sowie die inneradministrative Interaktion zwischen President, State Department, Department of War und Occupation Army. Dabei werden die ökonomischen und politischen Voraussetzungen dieser Interaktion als gegeben konstatiert, nicht aber in ihrer Entstehung und in ihren für den Untersuchungsgegenstand relevanten Dimensionen abgeleitet; noch weniger werden sie in ihrer Wirkung und Bedeutung für die Einrichtung des ERP erkannt. Gimbel distanziert sich von methodischen Ansätzen, die über die reine Quelleninterpretation hinausgehen. So verwirft er Kuklick's Multilateralismuskonzept ebenso wie die krisentheoretisch begründete Kritik der amerikanischen Expansionspolitik. Damit begibt er sich eines theoretisch reflektierten, erkenntnisleitenden Konzepts für die Interpretation des immensen Quellenmaterials und verliert insbesondere die ökonomische und weltmarktstrategische Dimension des ERP völlig aus dem Blick.

Die Arbeit von Gimbel behandelt eine ganz andere als die im Titel gestellte Frage: inwieweit forcierte das Deutschlandproblem die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaftshilfe und warum wurde Westdeutschland in der bekannten Form in das Programm miteinbezogen? Im Hinblick auf die amerikanische Deutschland- und Besatzungspolitik sollte das ERP den ökonomischen Wiederaufbau Westdeutschlands und seine politische Rehabilitierung speziell für die französische Nachkriegspolitik akzeptabel machen. Die ausdrückliche Forderung im Auslandshilfegesetz von 1948, eine ökonomische Integration zwischen den am ERP beteiligten Staaten einzuleiten, sollte das westdeutsche Industriepotential eng an die anderen Westmächte binden und an politischen und ökonomischen Alleingängen hindern. Entgegen der traditionellen Auffassung wird aus der Analyse Gimbel's deutlich, daß das ERP nicht die Frage löste, ob das Wirtschaftspotential Westdeutschlands im Rahmen des westeuropäischen Wiederaufbaus genutzt werden sollte, sondern nur die von ökonomischen und politischen Interessen bestimmten Fragen, wie dieses Potential, zu wessen Gunsten und unter welcher Hoheit es innerhalb des Wiederaufbaus nutzbar gemacht werden sollte. Der besatzungspolitischen Strategie Frankreichs ist in dieser Auseinandersetzung ein größeres Gewicht beizumessen, als dies bisher geschah.

J. Rainer Brähler (Frankfurt/M.)

Paschen, Herbert, Klaus Gresser und Felix Conrad: *Technology Assessment – Technikfolgenabschätzung*. Ziele, methodische und organisatorische Probleme, Anwendungen. Campus Verlag, Frankfurt/M. – New York 1978 (163 S., br., 26,- DM).

Der Begriff des Technology Assessment (TA) stammt aus den USA und bezeichnet eine dort inzwischen gängige Praxis. Eine einheitliche Übersetzung existiert noch nicht. »Technologiebewertung«, »Einschätzung und Bewertung der Technik« finden sich ebenso wie »Technikfolgenabschätzung«. Die Autoren haben sich für letztere entschieden und kommen damit der Intention des TA sicherlich am nächsten. Das programmatische Ziel des TA besteht darin, zur Entscheidung in Wirtschaft und Politik anstehende technische Vorhaben im weitesten Sinne, also auch Sozialtechniken, auf ihre – ökonomischen, ökologischen, im Prinzip: sämtlichen – Auswirkungen auf die Gesellschaft hin zu überprüfen sowie gegebenenfalls Alternativen auszuarbeiten, mit denen festgestellte Nachteile minimiert und/oder Vorteile gefördert werden können. Bedeutend ist, daß nicht nur die kurzfristigen und unmittelbaren Auswirkungen der untersuchten Technik ausgewiesen werden sollen. Vielmehr sollen vor allem die sekundären, tertiären usw. Einflüsse in ihrer langfristigen Entwicklung bestimmt werden. Damit weist der inhaltliche Anspruch des TA über bisherige Verfahren zur Entscheidungsfindung, z. B. die Kosten-Nutzen-Analyse, hinaus und beansprucht, Beschlüsse über technologische Innovationen in einen gesamtgesellschaftlich- und zukunftsorientierten Rahmen einzubinden. Insofern enthält das TA Elemente bewußter Planung gesellschaftlicher Teilbereiche.

Im TA kommt die objektive Notwendigkeit zum Ausdruck, den ökologischen und sozialen Gefahren einer unkontrollierten technischen Entwicklung entgegenwirken zu müssen. In den USA hat man bereits 1972 versucht, mit der Errichtung eines Bundesamtes für TA diesem Erfordernis Rechnung zu tragen. Seitdem hat sich die Beschäftigung mit dem TA ständig ausgebreitet und ist inzwischen sogar zu einer universitären Disziplin geworden. Ähnliche Aktivitäten sind weltweit in hochindustrialisierten Ländern zu beobachten. In der BRD hingegen hat das TA noch keine nennenswerte Verbreitung erfahren. Gleichwohl gibt es seit Anfang der siebziger Jahre Bemühungen, die TA-Idee auch hier zu realisieren. Das vorliegende Buch belegt dies. Es basiert auf einem Gutachten, das die Autoren 1974 im Auftrag der Verwaltung des Deutschen Bundestages angefertigt haben, um Möglichkeiten einer dem amerikanischen Amt für TA analoge Einrichtung in der BRD zu prüfen. Von dieser Vorlage ist die Arbeit geprägt. Sie gibt eine Darstellung von Inhalt und Anspruch des TA, versucht, TA gegenüber verwandten Verfahren, z. B. der Systemanalyse, abzugrenzen, weist auf mögliche institutionelle Träger des TA hin und bietet eine ausführliche Übersicht über den internationalen Stand des TA. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Diskussion von Aspekten, die bei der praktischen Durchführung des TA-Konzeptes zu beachten sind. Dies betrifft Kriterien zur Bestimmung relevanter TA-Analysebereiche und des optimalen Einsatzes interdisziplinärer TA-Teams. Relevant ist die Skizzierung der wichtigsten Methoden, die für TA-Analysen zur Verfügung stehen. Auch Fragen nach geeigneter Bürgerbeteiligung und effektiver Informationsgewinnung werden diskutiert.

Die Arbeit konzentriert sich auf eine deskriptive Systematisierung des TA-Programms und seiner Realisierungsbedingungen. Fragen nach gesellschaftlichen Entwicklungen, die ein solches Instrumentarium erforderlich machen, werden nicht gestellt. Dem entspricht, daß keine Kriterien entwickelt werden können, an denen sich Erfolg bzw. Defizite und Widersprüche der TA-Praxis messen lassen. Die Abstraktion von den spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen, die gerade dem potentiellen Planungsaspekt, der das TA auszeichnet, entgegenstehen, geht einher mit einem

technokratischen Vertrauen in die Steuerbarkeit gesellschaftlicher Teilbereiche, deren Friktionen lediglich dem hohen Niveau komplexer Technologien zugeschrieben werden. Diese Mängel vermitteln jedoch noch eine adäquate Vorstellung der eigentümlichen Ambivalenz und Probleme des TA: die praktischen Möglichkeiten der institutionellen, methodischen und empirischen Umsetzung engen das TA auf Datensammlung und -auswertung ein. Solche Beschränkung verhindert mit dem analytischen Rückbezug der Oberflächenphänomene auf gesellschaftliche bestimmende Determinanten und Interdependenzen zugleich die Ausarbeitung planungsstrategisch wichtiger Perspektiven und normativer Orientierungen. Sie reduziert TA auf das Niveau gängiger Entscheidungsoptimierungsverfahren. Insgesamt stellt dieses Buch als bislang einzige deutschsprachige Monographie über das TA – nicht zuletzt wegen der stichwortartigen Darstellung von zwölf TA-Analysen aus den USA und einer umfangreichen Bibliographie – ein unumgängliches Nachschlagewerk für jeden dar, der auf dem Gebiet des TA arbeiten will.

Willi Riepert (Marburg)



AS 34: 1979, ca. 216 S.; 15,50 DM.
Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM.
Stud. 11,- DM.

Zum Tode von Alexej Nikolajewitsch Leontjew

K. Holzkamp: Das Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft in der traditionellen und in der Kritischen Psychologie (I)

R. Seidel: Über die ökonomische Funktion der Logik. Deduktion im Denkprozeß

Diskussion

H. Gottschalch: Probleme der Motivationstheorie der »Kritischen Psychologie«

U. H.-Osterkamp: Motivationstheorie im Lichte psychologischer Tagesmeinungen. Antwort auf Gottschalch

B. Uhrig: Zur Besonderheit menschlicher Sexualität. Natur und Gesellschaft in der Auffassung der Bedürfnisse bei H.-Osterkamp

U. H.-Osterkamp: Antwort auf Uhrig

Rezensionen

K. Holzkamp: Rezension des Buches von Georg Rückriem (Hrsg.): Historischer Materialismus und menschliche Natur

Tomberg und Rückriem: Replik



3. WELT MAGAZIN

1 '79

A. Danesch: Sprengkraft der Arbeiterstreiks
 Internationaler Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika
 IMSF/AIB Kolloquium: BRD-Neokolonialismus und Befreiungskampf
 Sandinistische Front: Regierungsprogramm
 J. Ostrowsky: »Ungeheurer Wandel« in Mocambique
 9. Arabische Gipfelkonferenz: Deklaration von Bagdad

2 '79

Die Befreier Phnom Penhs
 Deklaration der Nationalen Einheitsfront Kampuchea
 W. Ritter: Bonner Nibelungentreue zum Schah
 K. Sahin: Von Atatürk zu Ecevit (I)
 IV. Kongreß der Frente POLISARIO
 M. Haile-Mariam: Priorität für die Produktionsschlacht
 R. Falk: Geisels »relative Demokratie«

3 '79

E. Wulff: AAPSO-Tagung in Hanoi
 W. Burchett: Aggression Vietnams?
 R. Samay: Sieg eines gepeinigten Volkes
 A. Kohmeini: Ratgeber der Nation sein, Demokratische Volksunion, Iran-Solidaritätskomitee
 ZK der Tudeh-Partei: Keine Spaltung zulassen
 K. Sahin: Von Atatürk zu Ecevit (II)
 W. Brönner: Stationen des palästinensischen Widerstands
 Erklärung afrikanischer kommunistischer Parteien: Aufruf an Afrika (I)

10. Jg. 1979

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, W. Brönner, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatkowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeier, F. Werkmeister, E. Wulff. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15,- DM. – AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

1/2 '79

Mauretaniens Militär ohne Entscheidungsbefugnis. 3. WM-Interview mit Fatimatou Alali
 F. N. Eisenloeffel: Die Beeinflussung hat längst stattgefunden. Scheinwahlen in Namibia
 Iran: Folter, Wirtschaftskrise und soziale Revolution
 Gespräch mit René Philombe: Zur Situation afrikanischer Schriftsteller
 G. Kornat: Telex-Kolonialismus

3 '79

L. Basso: Perspektiven sozialistischer Politik in der EG (I)
 A. Krims: Information muß als soziales Gut und kulturelles Produkt verstanden werden
 B. Decke: Zur politischen Entwicklung in Angola
 Denkt an 1948! . . .
 Israelische Kriegserklärung an die Palästinenser
 A. Wolfe: Die US-Streitkräfte als Instrument der Politik
 T. V. Sathyamurthy: Indiens herrschende Klassen haben keine überzeugende politische Vertretung
 M. Stötzl: Grobe Anwürfe und durchkreuzte Diplomatie nach der 2. Befreiung Kampuchea
 D. Eich: Kuba: 20 Jahre danach

5. Jg. 1979

Redaktion: D. Habicht-Benthin, D. Haude, A. Hüter, N. Paech, B. Sommer, U. Stewen, D. Ziegert (Bildredaktion D. u. K. Kierzkowski). – Einzelheft 4,- DM, Jahresabo 48,-DM, vergünstigt 32,-DM – pdw. Buschstraße 20, 5300 Bonn 1.

Blätter für deutsche und internationale Politik

2 '79

Kommentare und Berichte

B. Greiner: Die chinesische Karte
E. Waltemathe: Mord ist nicht gleich Mord

Glosse

C. Götz: Schützt die Verfassung

Hauptaufsätze

R. Kühnl: »Holocaust« und die Folgen
H. Scoville Jr.: Neue Waffen rücken die atomare Katastrophe näher
A. Pinck/L. Schröder: Das »Europäische Währungssystem« – eine erweiterte »DM-Zone«?
H.-J. Axt: Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (2)
M. Zeitlin: Wem gehört Amerika? Sozialstruktur und Besitzverhältnisse in den Vereinigten Staaten
L. Knorr: Denkspiele über Nützlichkeit von Kriegen
B. v. Multius: Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte

Medienkritik

G. Giesenfeld: »Holocaust« und die Dichter

Wirtschaftsinformationen

J. Goldberg: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

24. Jg. 1979

3 '79

Kommentare und Berichte

G. Kade: Mehr westliche Initiativen für die Abrüstung
I. Kurz: Berufsverbote – neue Grundsätze, aber grundsätzlich nichts Neues
R. Wojna: Punktierter Grenzen

Hauptaufsätze

G. Kade: Gefahr aus dem Osten? Die Bedrohungslegende als Jahrhundertlüge
G. Giesenfeld: Hintergründe der Entwicklung in Indochina
K. Krusewitz/K. Gauer: Umweltschutz durch Abrüstung
D. Joachim/B. Keller/V. Ullrich: Auf dem Wege zur »Vergangenheitsbewältigung«
H. Jung: Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand
J. Kuczynski: Zur Debatte über das Verhältnis von Technik und Fortschritt
E. Süßdorf: Die Carter-Administration und die Panama-Frage

Medienkritik

L. Müller: Die Braven Soldaten des Imperialismus

Wirtschaftsinformationen

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1978

24. Jg. 1979

Hg.: Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Huffscheid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. – Red.: K. Bayertz, K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

blätter des **iz3w**
blätter des informationzentrums dritte welt

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

73 '78

Mexiko

Elend der Bauern nach 60 Jahren Mexikanischer Revolution

Tansania

Erfahrungen beim Besuch von Ujamaa-Dörfern

74 '78

Mosambik

Befreiung kommt nicht in Kisten

Reiseeindrücke aus Maputo

Nach wie vor Abhängigkeit von Cabora Bassa

Das antikoloniale Gesundheitsprogramm der Frelimo

75 '79

Sri Lanka (Ceylon)

Sri Lanka – Neokolonialer Stützpunkt im Indischen Ozean

Sri Lanka setzt auf Freihandelszonen

Sarvodaya – Selbsthilfebewegung Sri Lankas

Argentinien

Unterstützt die Ligas Agrarias!

Rezensionen: Bücher über die Türkei

„Liebe zum Imperium“

Analyse der Misereor / Brot für die Welt-Plakate

20

Iran

A. Tahmasebi: Möglichkeiten und Schranken der Revolution im Iran

A. Schirazi: Der Islam

H. Givsan: Abriss der iranischen Geschichte

M. Massarrat: Bürgerliche Revolution oder islamische Republik?

R. Asaram: Frauen im Iran

U. Froneberg: Die Wirtschaftsbeziehungen BRD – Iran

R. Küpper: Chronologie des Protestes

Gewerkschaften

E. Maire: Aktuelle Probleme gewerkschaftlicher Politik in Frankreich

U. Schätle: Internationale Gewerkschaftspolitik in der Druckindustrie

F. Bentivogli: Alle arbeiten weniger, damit alle Arbeit haben

Lidschreiber / Schneider: Zur gewerkschaftlichen Diskussion über Arbeitszeitverkürzung in Großbritannien

L. Mahlein: Die 35-Stunden-Woche kommt! (Interview)

A. Schunk: Stahlstreik und internationale Politik der IG Metall

V. Brandes: Über den Ausstieg der IG Metall aus dem Kampf um die 35-Stunden-Woche

Sozialismuskritik

T. Deutscher: Opposition im Ostblock, Teil 2: Ungarn, Sowjetunion

H. Fleischer: Zur Debatte über »Revolutionsmodelle«

A. Münster: Einleitung zu Burkhart Schmidt

B. Schmidt: Marxismus und Naturbeherrschung bei Bloch

7. Jg. 1979

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40–60 Seiten: DM 28,- / 05 200,- / Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,- / 05 140,- / Sfr 20,40). Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel. 3761 / 74003

Herausgeber: Ulf Wolter, Redaktionsbeirat: Fernando Claudin, Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtman, Helmut Fleischer, Robert Jungk, Ekkehart Krippendorff, Ernest Mandel, Klaus Meschkat, Lutz Mez, Jacob Moneta, Arno Münster, Oskar Negt, Theo Pirker, Bernd Rabehl, Lucio Lombardo Radice, Jochen Steffen. – 4 Nummern im Jahr. – Einzelheft 7,- DM, im Abo 6,- DM. – Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

2 '79

Rüstung oder Entspannung?

M. Buschmann: Hauptaufgabe in der
Weltpolitik: Abrüstung beginnen!

L. Knorr: NATO-Politik der Gegen-
wart

J. Huffschmid: Bedroht Abrüstung die
Arbeitsplätze?

H. Hünck: Die Außen- und Sicherheits-
politik der sozialistischen Staatengemein-
schaft

H. Trapp: Waren die bisherigen Abkom-
men zur Begrenzung der Rüstung erfolg-
reich?

F. Noll: Worte und Wirklichkeit der Ab-
rüstung in den imperialistischen Län-
dern

F. Schmid: Militär-Industrie-Komplex in
der BRD

Konsultation: Worum geht es bei SALT
II?

L. Müller: Zu einigen Problemen des
Streiks in der Eisen- und Stahlindustrie

W. Cieslak / K. Stiffel: Betriebsgruppen
der DKP – Rolle und Funktion im Klas-
senkampf

Th. Neumann: Zum 100. Geburtstag von
Albert Einstein

F. Hervé: Zum 100. Jahrestag des Er-
scheinens von »Die Frau und der Sozial-
ismus«

H. Kopp / P. Strutynski: 60 Jahre
Münchener Räterepublik

K. Maase: Zur Diskussion um »Kultur der
Arbeiterklasse«

17. Jg. 1979

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer,
W. Oreczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Stei-
gerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause – Alle zwei
Monate. – Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM,
Studenten 20% Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blät-
ter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frank-
furt, M. 50

MATERIALES

Revista de información y crítica cultural

11

Editorial

Entrevista con Jürgen Habermas: Crisis
del capitalismo tardío y posibilidades de la
democracia

Grupo DADA: Un tema polemico: el ab-
orto

A. Aguilera: Tentativas sobre fotografía,
«realismo» y encantador de serpientes

J. M. Ripalda: Los límites de la dialecti-
ca

Controversias

I. Zubillaga: Notas sobre la actualidad del
debate historica en Euskadi

J. P. Martinez: Sobre la degeneracion de la
revolucion. Respuesta a Adam Schaff

Documentos

R. Bahro: Contribucion a la critica del so-
cialismo real (II)

2. Jg. 1978

Redaktion: R. Argullol, M.-J. Aubet, J. Clavera,
A. Domenech, P. E. Baeu, K. Garrabou, J. Muñoz,
M. Sacristan. – Sechsmal im Jahr. – Einzelheft 180 Pts.,
Jahresabo: 1000 Pts. – Materiales, Escipcion 21 ático,
Barcelona 6, Spanien. Auslieferung für BRD und
Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6,
1000 Berlin 65. Einzelheft: 9,80 DM, Studenten
8,50 DM.

mehr wert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

19

Editorial: Ökonomie und Leben

R. Feld: Subkultur, Lebensform und Jugendbewegung in Deutschland von 1890 bis zum Faschismus

K. Novy: Sozialisierung von unten – Überlegungen zur vergessenen Gemeinwirtschaft im »Roten Wien« 1918–1934

G. Vonderach: Pierre Joseph Proudhon und die »alternative« Denktradition

A. Blechschmidt: Der Friedrichshof – ein Experiment in Entwicklung – Von der AA-Kommune zum Zentrum für Selbstdarstellung

L. Liegle: Die Kibbutz als integrierte Genossenschaft

R. zur Lippe: Was heißt hier Ökonomie?

T. Dücker / A. Krafft: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Chance zur Veränderung von Arbeits- und Lebensbedingungen

April 1979

NEGACIONES

REVISTA CRITICA DE TEORIA HISTORIA Y ECONOMIA

6 '78

Marxismo y anarquismo frente al capitalismo

Llamamiento a la opinión pública española

Comité de solidaridad con el pueblo y los presos políticos en Portugal

F. Mintz: Las contradicciones del antileñinismo

A. Santesmases: Ante la crisis del marxismo

F. Ariel del Val: La revolución como crítica de la política

T. Tajuelo: La oposición obrera, Alejandra Kolontai y el Xº Congreso del Partido Comunista ruso (bolchevique)

P. Mattick: Valor y precio en Marx

J. Sabada: Chomsky: ultraliberalismo o anarquismo?

B. López: »Que la fuerza te acompañe« (cine e imperialismo USA)

Libros

M. Foucault: Microfísica del poder (V. de Dios y M. A. Sánchez)

A. Heller: Sociología de la vida cotidiana (J. F. Ivars)

J. Israel: Teoría de la alienación (F. J. Puertes)

J. J. Sebrelli: Tercer Mundo: Mito burgués (L. Bermejo)

2. Jg. 1978

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e. V.: Horst Arndt, Adelheid Biesecker, Gerd Famulla, Hans Utz Foederreuther, Elsbeth Glombowski, Jörg Glombowski, Lutz Heiligenstadt, Sönke Hundt, Rainer Künzel, Jürgen Mendner, Gunther Ortmann, Hajo Riese, Manfred Sommer, Ilse Costas-Steinfeld, Dieter Timmermann, Heide Wiemann. – Erscheint unregelmäßig. – mehrwert, Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

Editor: Fernando Ariel del Val. – Aparece 3 veces al año. Precio de venta: 180 ptas.; Anualidad: 600 ptas. – Redacción: Atocha, 95, Madrid – 12, España.

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

303/304

E. Kmölniger: Mudlsauber. Comic strip

B. Fürchter: Des sein Nudldruckcha

P. Turrini: Verpickt & zugenäht!

M. Siegert: Große Wahnschaffe

J. Dvorak: Trotzkopfs Entführung. Psychologisches zum 1. österreichischen Terroristenprozeß

P. Glotz: Ich, Hilfsbulle und Kretin

Pevny / Taus / Turrini: Eier-Tänze. Österreichische Autoren diskutieren mit dem ÖVP-Obmann

H. Pataki: Aufputsch in Mödling

C. Lévi-Strauss: Für Tier und Pflanzenrechte

R. Bernard: Sonnen-Sophismen

P. Sonntag: Rettung durch 20-Stunden-Woche

R. Dubois: Ich bin Öko-Optimist

R. Böhm / W. Mayer: Frauengewerkschaft. Warnung vor einer Sackgasse

V. Brandes: Verlorene Siege. Westdeutsche Streiklandschaft 78

F. Vilmar: Gewerkschaft erwache! Zum Stahlarbeiterstreik

S. Jäger: Auf zum letzten Gefecht! Stahlarbeiter gescheitert?

J. Dvorak: Der verborgene Iman. Religion und Revolution in Persien

Rezensionen

26. Jg. 1979

Herausgeber: Gunther Nenning. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. – 12 Hefte im Jahr. – Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48,- DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36,- DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

19

J.-P. Fabre: Schweizerischer Generalstreik – Literatur und neue Ansätze

B. J. Lanz: Finanzpolitik und Klasseninteressen

H. Hecht: Warum sind die Deutschen so? (II)

B. Schneider: Die Linke im Jura

T. Heilmann: Anmerkungen zur Kritik am Parteiprogramm der POCH

Rezensionen

Dezember 1978

20

U. Mäder: Schweizer Multis und Dritte Welt

L. Schmid: Iran: Glaubenskampf oder Revolution?

T. Heilmann: Macht und Gesellschaft in der Schweiz. Zur Analyse von Claire und François Masnata-Rubattel

C. und F. Masnata: Antwort auf einige Fragen zur Person

F. Masnata: Germanisierung der Welschschweiz?

E. Gräub: Die Thesen der KPI für den XV. Parteitag

Rezensionen

Februar 1979

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH). – 6 Nummern pro Jahr – Einzelheft Fr. 2.50, Doppelheft Fr. 3.50 – Abo: Schweiz Fr. 13.-, Ausland Fr. 16.- – Redaktion positionen, Postfach 1927, CH-4001 Basel

PROBLEMI DEL SOCIALISMO

10/11

Tendenze autoritarie del capitalismo sviluppato

L. B.: Introduzione

F. Stame: I processi di socializzazione nello Stato moderno e la funzione politica e sociale del rapporto di autorità

E. Altwater/J. Hoffmann/W. Semmler: Germania federale: la formazione autoritaria di una democrazia parlamentare

E. Collotti: Stampa, consenso, ideologia autoritaria nella Repubblica federale tedesca

E. Dal Bosco: Tendenze autoritarie e crisi del «welfare state» nella Germania federale

A. Orsi Battaglini: Libertà e democrazia in Italia. Tendenze istituzionali negli anni '70

P. Mattick: Autorità e democrazia negli Stati Uniti

Note

L. Ammannati: Tendenze autoritarie dello Stato o critica dei sistemi sociali?

A. C. Pelino: Autoritarismo e «stabilizzazione dinamica» nell'Italia degli anni '50

Recensioni

E. De Marchi: «Lavoro e capitale monopolistico» di H. Braverman

E. Pulcini: «La geometria dell'imperialismo» di G. Arrighi

19. Jg. 1978

Herausgeber: Lelio Basso. - Vierteljahresschrift. - Einzelheft 3,500 L., Jahresabo 15,500 L. - Via della Dogana Vecchia 5, I-02186 Roma

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

3 '79

Sozialdemokratie und Westeuropa

K. Thüsing: Das Europa-Programm der SPD - Kommt der Sozialismus?

N. Paech: Die neokoloniale Stoßrichtung der westeuropäischen Integration

S. Holland: Die Linke und Europa heute

S. Collignon: Strategien der französischen Linksparteien nach den Wahlen

J. Günther: Strategien der westeuropäischen sozialistischen Parteien

H. Janßen: Der Tarifkonflikt in der metallverarbeitenden Industrie

M. Buttgerieit: 100 Jahre Bebel's «Die Frau und der Sozialismus»

J. Hindels: Bemerkungen zu den Herforder Thesen

K. P. Kisker: Gewerkschaften und Multinationale Konzerne

H. Albrecht: Das Nahost-Problem anders gesehen

C. Rix: 20 Jahre gute Argumente. Zum 20jährigen Bestehen der Zeitschrift «Argument»

Rezensionen

B. Pollmeyer: Deppe, Frank: Gewerkschaftstheorie

Dokumentation zu Direktwahlen (SPD-Programm, Juso-Beschlüsse)

2. Jg. 1979

Hg. Detlef Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Klaus-Peter Kisker, Heinrich Luenker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beinert, R. Brögeler, J. Harland, F. Heidenreich, M. Karnatz, H. Raßmes, Ch. Rix, D. Scholz, M. Zenz. Diespwe erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 4,50 DM einschließlich Postversand. Bestellungen über «spw»-Verlag/Redaktion GmbH, Königin-Luise-Str. 81, 1000 Berlin 33

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

TEXT+KRITIK

122

Goya

J. Held: Goyas Stellungnahme zum Krieg

H. Gewecke: Goyas Caprichos und ihre Vorstudien

A.-M. Kassay/A. Lütgens: Die Arbeiterbilder Edvard Munchs

M. Deppner/Ch. Krämer: Beckmann und Léger

G. Sprigath: Courbet – die Parteilichkeit des freien Menschen

H. Frey: Zu Theo Kempkes

P. Tasarek-Thoss: Bilder zum Majdanek-Prozeß

N. Stratmann: Der Westberliner Maler Gerd Wulff

R. Schnell: Erhard Heinke – Kontakt mit Gewerkschaften

T. Bruttel/Ch. Friemert: Havanna 1978

19. Jg. 1978

123

Kunst und Kultur in den USA

J. D. Cockcroft/E. S. Cockcroft: Das »Community Mural Movement«

Sh. M. Goldman: Siqueiros und drei frühe Wandgemälde in Los Angeles

H. Frey: Amerika, du hättest es besser gehabt!

H. Plarschek: Malerei als Fata Morgana

K. Eichler: Kunst- und Kulturpolitik in den USA

R. Hiepe: Zu Jacob Holdts Fotobericht über Menschenrechte und Freiheit in Carters eigenem Land

20. Jg. 1979

Redaktion: H. v. Damitz, H. Erhardt, R. Hiepe, Th. Lieoner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Schenkamp, G. Sprigath, G. Zünger. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft: 6,50 DM. Jahresabo 35,- DM. (Stud. 27,- DM). – Damitz Verlag, Höhenzollerstraße 144, 8022 München 42

60

Franz Mon

F. Mon: Geburtstag

H. Ch. Kosler: Sprachkritik und Sprachexotik in der experimentellen Literatur

G. Dirschner: Über die Unverständlichkeit. Zur Krise der Repräsentanz

F. Mon: Situationen

H. Heißenbüttel: »herzerro« oder die Fortbewegung von Textmengen

F. Mon: Mortuarium für zwei Alphabete

H. Heißenbüttel: 13 Thesen über ästhetische Grenzüberschreitung für Franz Mon

F. Mon: Hörspiele werden gemacht

K. Schöning: hörst du das Gras wie's wächst. Anmerkungen und Zitate zu Franz Mons Hörstücken

F. Mon: Bibliographie Franz Mon 1951–1978

61/62

Alfred Andersch

W. Koeppen: Rhode Island Transfer

H. Kesting: Die Flucht vor dem Schicksal

A. Andersch: Meine Himbeeren und Peter Paul Zahl

U. Fries/G. Peters: Zum Verhältnis von Kunsttheorie und ästhetischer Praxis bei Andersch

P. Bekes: Wie man sich verweigert

E. Schütz: Eis(kunst)läufer

A. Andersch: Tapetenwechsel

A. Andersch: Gedichte

H. Heißenbüttel: Andererseits schreibe ich nur was mir Spaß macht

U. Fries/G. Peters: Auswahlbibliographie zu Alfred Andersch

1979

Herausgeber: H. L. Arnold; redaktionelle Mitarbeit: I. Laurien, U. Voskamp. – Erscheint jährlich in 4 Heften. – Preis 6,50 DM. – edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

.....
**Helmut Bachmaier/
Thomas Horst/Peter Reisinger**
.....

Hölderlin

.....

**Transzendente
Reflexion
der Poesie**

Die drei Autoren analysieren die schwierigen Fragmente Hölderlins, welche seine Theorie der Dichtung zum Inhalt haben.

Jahrzehntelang haben Heideggers Philosophie und die Hermeneutik die Hölderlin-Interpretation bestimmt.

Dagegen wird hier Hölderlins genuines Denken herausgearbeitet: es zeigt sich der Entwurf einer selbständigen Position zwischen Kant, Fichte, Schelling und Hegel.

»Es hieße wahrscheinlich übertreiben, wollte man in dieser Sammlung schon Symptome einer neuen Generation diagnostizieren. Dennoch sollte man in dieser Hölderlin-Forschung gemeinsame Impulse nicht übersehen: in der rational-analytischen Versachlichung im Umgang mit den Texten Hölderlins, in der kritisch-problembewußten Verstehensgenauigkeit und Akribie gegenüber Begriff und Wort, die ähnlichem Verfahren in der Textphilologie um nichts nachsteht, in der Abneigung gegen jegliche Art von aktuell-ideologischen Vereinnahmungen von Hölderlins Dichten und Denken, in der Absicht und Art, interdisziplinär zu arbeiten. Damit wäre in etwa der wissenschaftliche Ort dieser Studien innerhalb der Hölderlin-Forschung gekennzeichnet, ein Standpunkt, der sich vielleicht in der kommenden Forschung auswirken wird.«
(Fritz Martini)

Einleitung von Fritz Martini
187 Seiten, Leinen, 38,- DM, ISBN 3-12-910260-4



Klett-Cotta

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE



VERLAGSNUMMER 1115-1979

Deutsche Zeitschrift für Philosophie

Herausgegeben von einem Redaktionskollegium
Erscheint monatlich, je Heft etwa 128 Seiten
Preis pro Heft apart 8,- Mark,
im Abonnement 7,- Mark

Die »Deutsche Zeitschrift für Philosophie« ist das Organ der philosophischen Forschung, Lehre und Diskussion in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie veröffentlicht Beiträge zu Problemen der marxistisch-leninistischen Philosophie und ihrer Disziplinen (dialektischer Materialismus, historischer Materialismus und Soziologie, dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie, philosophische Probleme der Wissenschaft, Geschichte der Philosophie, Ästhetik, Ethik), zum wissenschaftlichen Kommunismus sowie zur Logik, Methodologie und Wissenschaftstheorie.

21. JAHRGANG 1979
EVP 8,- Mark

ZfG

AUS DEM INHALT

Udo von Roß
Friedrich Engels am 16. November 1918

Klaus Kasper
Die Entwicklung des KPD's theoretischen Schrifttums und der deutschen Kommunisten in der Zeit des Weimarer Republik

Peter Schulz
Zur Verständigung der Erfahrungen der Debatte mit dem neuen Charakter in der internationalen Arbeitstheorie
von Hans-Joachim Zander

Werner Dreyer
Über die Haltung deutscher Philosophen zur deutschen Literaturkritik von Otto von Guericke (1817-1923)

11

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Herausgegeben von einem Redaktionskollegium
Erscheint monatlich, je Heft etwa 96 Seiten
Preis pro Heft apart 8,- Mark,
im Abonnement 7,- Mark

Die Zeitschrift ist das Fachorgan der Historiker der DDR. Sie veröffentlicht Arbeiten über grundlegende theoretische und methodologische Probleme der Geschichtswissenschaft und neue Forschungsergebnisse zur deutschen und zur allgemeinen Geschichte, zu Fragen der Historiographie und der Hilfswissenschaften. Durch Veröffentlichungen von Diskussionsbeiträgen fördert sie den wissenschaftlichen Meinungsstreit. Dokumentation von Archivmaterialien machen neue Quellen zugänglich. In einem umfangreichen, literaturkritischen Teil bringt die Zeitschrift Rezensionen, Annotationen und Literaturberichte über Neuerscheinungen der geschichtswissenschaftlichen Literatur der Deutschen Demokratischen Republik und des Auslandes.

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN

DDR - 108 Berlin, Postfach 1216



Helmut Schelsky

Die Hoffnung

Blochs

Kritik der
marxistischen
Existenzphilosophie
eines Jugendbewegten

Ernst Bloch wird hier einer philosophischen und politischen Kritik unterzogen: Schelsky faßt Bloch als Marxisten auf, als Jugendbewegten, als Existenzphilosophen. Politisch unmittelbar aktuell ist die Auseinandersetzung über die Funktion von Blochs Lehre in der DDR und in der Bundesrepublik. Hier erscheint Bloch als der Vertreter eines spezifisch bundesdeutschen Eurokommunismus mit großer Zukunftswirkung.

Schelsky setzt dem »Prinzip Hoffnung« dialektisch ein »Prinzip Erfahrung« entgegen.

234 Seiten, engl. brosch., DM 22,-, ISBN 3-12-911730-X



Klett-Cotta

Über die Autoren

Albert, Claudia; Lehrerin. Arbeitsgebiete: 18. Jahrhundert, DDR-Literatur, Pädagogik. Mitglied der GEW.

Berlin, Jörg, geb. 1944; wiss. Ass. an der Uni Hamburg. Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Geschichtsdidaktik und von Unterrichtsmaterialien. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Geschichtsdidaktik.

Bindseil, Ilse, Dr. phil., geb. 1945; ab 1972 Lehrtätigkeit am Religionswiss. Institut der FU Berlin, seit 1977 Studienrätin z. A. Veröffentlichungen: *Ambiguität und Ambivalenz* (1976). Arbeitsgebiete: Kritik bürgerlicher Text- und Triebtheorien, Ästhetik und Warenästhetik.

Bircher, Urs, geb. 1947; Studium der Philosophie, Theaterwissenschaften, Geschichte; Dramaturg und Regisseur, Redakteur im *Kulturmagazin*. Veröffentlichungen: Rezensionen, Aufsätze und Kritiken. Mitglied des Schweiz. Bühnenkünstlerverbandes (SBKV) und der Poch.

Busch, Walter; Doktorand am Fb. Literaturwissenschaften der Uni Marburg. Arbeitsgebiete: Literatur der 20er und 30er Jahre; Exilliteratur.

Claas, Herbert, Dr. phil., geb. 1941; Akad. Rat am Fb. Gesellschaftswissenschaften der Uni Marburg. Veröffentlichungen: *Die politische Ästhetik Bertolt Brechts vom Baal zum Caesar* (1977); Buch- und Zeitschriftenbeiträge. Arbeitsgebiete: Soziologie des Bildungswesens, antifaschistische Literatur. Mitglied von BdWi und GEW.

Elfferding, Wieland, vgl. Argument 109

Epskamp, Heinrich, Dr. phil., geb. 1942; Dozent für Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Arbeitsgebiete: Wissenschaftssoziologie, Sozialpsychologie.

Frei, Bruno, vgl. Argument 111

Giese, Heinz, vgl. Argument 111

Götze, Karl-Heinz, vgl. Argument 114

Hamer, Wolfgang; Student der Rechtswissenschaften an der FU Berlin, gelernter Bankkaufmann, gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Veröffentlichungen: *„Die Aussperrung“* (1978, Mitverf.), *Entwicklung der Rechtsprechung und gewerkschaftliche Handlungsstrategien* (SPW 2, 1979), Arbeitsgebiete: Arbeitsrecht. Mitglied der HBV.

Haug, Wolfgang Fritz, vgl. Argument 108

Haumann, Heiko, Dr. phil. habil, geb. 1945; Privatdozent für Neuere und Osteuropäische Geschichte und wiss. Ass. an der Uni Freiburg. Veröffentlichungen: *Beginn der Planwirtschaft* (1974); *Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion* (1977); *Grundlagen der sowjetischen Wirtschaftsverfassung* (1977); Beiträge zur russischen und sowjetischen Geschichte sowie zum Geschichtsunterricht in Zeitschriften und Sammelbänden (u. a. *Argument* 82). Mitglied von BdWi und GEW.

Hildt, Friedrich, Dr. phil., geb. 1950; Lehrer. Veröffentlichungen: *Gottfried Keller. Literarische Verheißung und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft im Romanwerk*.

Hosfeld, Rolf, vgl. Argument 108

Hopf, Arnulf, Prof. Dr. phil., geb. 1939, seit 1975 Hochschullehrer an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Veröffentlichungen: *Lehrerbewußtsein im Wandel* (1975), *Kleinkindererziehung als Privatsache?* (zus. mit Koch/Rocholl u. a., 1977), verschied. Zeitschriftenaufsätze und Lexika-Beiträge. Arbeitsgebiete: Vorschulische Sozialisation, Erziehungswissenschaft, Sozialpädagogik.

Kappei, Heinz, vgl. Argument 112

Kargus, Harald; Studium der Germanistik und Philosophie in Marburg und Heidelberg, Doktorand. Arbeitsgebiete: Literatur- u. Medientheorie, dt. Literatur 18. Jhd.

Klitzke, Dietrich, geb. 1953; Student am Institut für Medienwissenschaft TU Berlin. Arbeitsgebiete: Antisemitismus, Cross Cultural Communication.

Krause, Hartfrid, Dr. phil., geb. 1942; Studienrat z. A. Veröffentlichungen: *USPD* (1975), *Kontinuität und Wandel* (1976), Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau (1974), Aufsätze und Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, 20. Jahrhundert. Mitglied der GEW.

Küntzel, Ulrich, vgl. Argument 109

Lehmann, Hans-Thies, geb. 1944; 1971–77 wiss. Ass. am Seminar für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft der FU Berlin, Übersetzer. Veröffentlichungen: *Beiträge zu einer materialistischen Theorie der Literatur* (1977), *Bertolt Brechts Hauspostille – Text und kollektives Lesen* (1978). Arbeitsgebiete: Literaturtheorie, Komparatistik.

Lison, Rüdiger, Dr. phil., geb. 1944; wiss. Ass. Veröffentlichungen: *Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung* (1976), *Strategie als Reform* (1978). Arbeitsgebiete: Soziale Bewegungen, Gewerkschaftstheorie, Sozialgeschichte. Mitglied des BdWi und der GEW.

Lohmann, Hans-Martin, vgl. Argument 112

Metscher, Thomas, Prof. Dr. phil., geb. 1934; 1961–1971 Lektor und Dozent für neuere deutsche Literaturwissenschaft Uni Belfast, seit 1971 Professor für englische Literaturwissenschaft und Ästhetik an der Uni Bremen, 2. Bundesvorsitzender des DKBD. Veröffentlichungen zur englischen und deutschen Literaturgeschichte (besonders Shakespeare, Goethe, Romantik, Beckett und O'Casey), zur Literaturtheorie und Ästhetik. Arbeitsgebiete: Vergleichende Literaturwissenschaft, Literaturtheorie und Ästhetik. Mitglied im BdWi, der DKP, DKBD, der GEW und der Naturfreunde.

Naumann, Uwe, geb. 1951; Studienreferendar. Veröffentlichungen: *Geschichte und Ideologie* (Mitauteur, 1978), *Sammlung – Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Kunst* (1978), *Zehn Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt* (Mitherausgeber, 1979), *Faschismus als Grotteske* (1979); Beiträge in Periodika und Sammelbänden. Mitglied der GEW und des DKBD, Koop-Mitglied des Werkkreises.

Priester, Karin, geb. 1941; Akad. Oberrätin am Institut für Erziehungswissenschaft der Uni Münster. Veröffentlichungen: Buch- u. Zeitschriftenveröffentlichungen zu ital. Faschismus, ital. Marxismus/Kommunismus, zur politischen Bildung.

Rätzfel, Nora, vgl. Argument 110

Roder, Hartmut, geb. 1951; Doktorand an der Uni Bremen. Arbeitsgebiete: Bürgerliche Arbeiter- und Angestelltenbewegung, spez. christlich-nationale Arbeiterbewegung in Kaiserreich und Weimarer Republik. Mitglied der GEW.

Rohbeck, Johannes, vgl. Argument 110

Rotermund, Hermann, Dr. phil., geb. 1949; Lehrbeauftragter an der Uni Bremen, Veröffentlichungen: *Ästhetische Bedürfnisse* (1977). Arbeitsgebiete: Deutsche Literaturwissenschaft, Kulturtheorie, Britannica.

Schlaffer, Hannelore, Dr. phil., geb. 1939; Studienrätin 1964–1972, Lehrbeauftragte, Lektorin für Literaturwissenschaft an der Sorbonne Nouvelle, Paris 1976–78, Journalistin. Veröffentlichungen: *Dramenform und Klassenstruktur* (1972); *Studien zum ästhetischen Historismus* (1975). Arbeitsgebiete: Goethes Romane, Deutsche Romantik ab 1806, ästhet. Theorie des 18. Jhdts.

Schleifstein, Josef, Prof. Dr. phil., geb. 1915; Leiter des Instituts für marxistische Studien und Forschung (IMSF) in Frankfurt/Main. (Seit 1932 Mitglied der KPD, Widerstand, Zuchthaus, Emigration, nach 1945 führend in der KPD der Westzonen, später in der BRD, Mitglied des Parteivorstandes der DKP.) Veröffentlichungen: *Franz Mehring – sein marxistisches Schaffen; Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin; Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung*.

Schröder, Hans-Henning, Doktorand. Veröffentlichungen: *Innere Entwicklung und soziale Funktion der bolschewistischen Partei 1921–1927* (1979). Arbeitsgebiete: Parteibürokratie und Stalinismus in den 20er und 30er Jahren in der SU.

Schurig, Volker, Prof. Dr. phil., geb. 1942. Veröffentlichungen: *Naturgeschichte des Psychischen*, Bd. I u. II (1975). *Die Entstehung des Bewußtseins* (1976). Arbeitsgebiet: Wissenschaftstheorie.

Statz, Albert, vgl. Argument 110.

Volker, Eckerhard, vgl. Argument 113.

Ziegler, Jürgen, Dr. phil., geb. 1941; wiss. Ass. an der GH Duisburg. Veröffentlichungen: *Form und Subjektivität* (1972), *Kommunikation als paradoxer Mythos* (1977). Arbeitsgebiete: Linguistischer Zeichenbegriff. Mitglied der GEW.

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Posner, Roland, und Hans-Peter Reinecke (Hrsg.): Zeichenprozesse – Semiotische Forschung in den Einzelwissenschaften (J. Ziegler)</i>	455
<i>Resnikow, L. O.: Zeichen, Sprache, Abbild (H. W. Giese)</i>	456
<i>Haiduk, Manfred: Der Dramatiker Peter Weiss (C. Albert)</i>	457
<i>Kreuzer, Helmut (Hrsg.): Dramaturgie der Sechziger Jahre (U. Bircher)</i>	458
<i>Hahn, Ulla: Literatur in der Aktion (U. Naumann)</i>	460
<i>Ulshöfer, Robert (Hrsg.): Marxismus im Deutschunterricht (F. Hildt)</i>	461
<i>Grünwaldt, Hans-Joachim, und Helmut Hoffacker (Hrsg.): Politischer Deutschunterricht? (F. Richter)</i>	462

Kunst- und Kulturwissenschaften

<i>IMSF (Hrsg.): Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse (H. Rotermund)</i>	463
<i>Hiepe, Richard: Die Taube in der Hand. Aufsätze zur Kunst- und Kulturpolitik 1955–1975 (K.-D. Lenzen)</i>	465
<i>Würzberg, Gerd: Kultur und Politik bei Gramsci (K. Priester)</i>	466
<i>Korte, Helmut (Hrsg.): Film und Realität in der Weimarer Republik (D. Klitzke)</i>	467
<i>Courtade, Francis, und Pierre Cadars: Geschichte des Films im Dritten Reich (H.-M. Lohmann)</i>	469
<i>Dahl, Peter: Arbeitersender und Volksempfänger (A. Soppe)</i>	470
<i>Eggebrecht, Axel: Der halbe Weg – Zwischenbilanz einer Epoche (U. Küntzel)</i>	471
<i>Buchbender, Ortwin, und Horst Schuh (Hrsg.): Flugblattpropaganda im 2. Weltkrieg (K. Drobisch)</i>	471

Erziehungswissenschaften

<i>Schuch, Hans Waldemar (Hrsg.): Der subjektive Faktor in der politischen Erziehung (A. Hopf)</i>	473
<i>von Staehr, Gerda: Zur Konstitution der politisch-historischen Didaktik (J. Berlin)</i>	474
<i>Bergmann, Klaus, und Jörn Rüsen (Hrsg.): Geschichtsdidaktik. Theorie für die Praxis (M. Schneider)</i>	476

Soziale Bewegung und Politik

<i>Adler, Alexandre, u. a.: L'URSS et nous (E. Volker)</i>	477
<i>Geyer, Dietrich: Der russische Imperialismus (H. Haumann)</i>	479
<i>Meyer, Gert: Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923 (H.-H. Schröder)</i>	480
<i>Conert, Hansgeorg, und Wolfgang Eichwede: Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR (W. Elfferding)</i>	482
<i>Gramatzki, Hans-Erich, und Gudrun Lemân: Arbeiterselbstverwaltung und Mitbestimmung in den Staaten Osteuropas (W. Elfferding)</i>	484

Ökonomie

<i>Piven, Francis F., und Richard A. Cloward: Regulierung der Armut (P. Tergeist)</i>	485
<i>Cloward, Richard A., und Francis F. Piven: The Politics of Turmoil (P. Tergeist)</i>	485
<i>Piven, Francis F., und Richard A. Cloward: Poor Peoples Movement (P. Tergeist)</i>	485
<i>Gimbel, John: The Origins of the Marshall Plan (J. R. Brähler)</i>	490
<i>Paschen, Herbert, Klaus Gresser und Felix Conrad: Technology Assessment (W. Riepert)</i>	492

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)**Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag****AS 30 Argumente für eine soziale Medizin (VIII)****Gesundheitspolitische Analysen**

R. Crawford: Gesundheitsgefährdendes Verhalten: Zur Ideologie und Politik des Selbstverschuldens

T. Waldhubel: Arbeit als gestörte Ruhe – oder: Von der Arbeitswissenschaft und ihren Zielen

H. Kühn: Zur Theorie gewerkschaftlicher Interessenpolitik im Krankenhaus

R. Rosenbrock: Staatliche Reformpolitik im Gesundheitswesen am Beispiel der Arzneimittelversorgung

Primärmedizin

R. v. Waechter und Peter Kastner: Praxisgemeinschaft Heerstraße-Nord – Planung und erste Erfahrungen

H.-H. Abholz: Erfordernisse an die ambulante Medizin – Ableitung aus klinisch-epidemiologischen Befunden

H.-U. Deppe: Gesundheitszentrum und Patientenkomitee – das Beispiel Aberdare (Wales)

C. u. J. Zenker: Demokratische Psychiatrie in Italien – Alternative zur deutschen Sozialpsychiatrie?

B. Meine-Hagemann / W. Voigtländer: Zur ambulanten Versorgung in der Psychiatrie – die sozialpsychiatrischen Dienste in Westberlin

P. Gut / E.-J. Steffen / W. Thiele: Berufsspezifische Inanspruchnahme medizinischer Leistungen

O. Rasper: Die Künstlichkeit gruppenspezifischer Veranstaltungen

192 S., 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030 / 4 61 90 61